

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw - 15



US-Hegemonie und Gegenbewegungen

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Konstanz), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Gerald Mackenthun, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Andreas Westphal.

Sekretariat: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 3429

Anzeigen: Andreas Runze, Leonhardtstr. 8/9, D-1000 Berlin 19, Tel.: 030/323 7461

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1982.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend Juni 1982

Die *spw* erscheint 1982 in 4 Heften mit einem Jahresumfang von 516 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)
Postcheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält eine Beilage der Europäischen Verlagsanstalt (EVA), Frankfurt/Main, sowie — in Teilaufgaben — Prospekte des Argument-Verlags, Berlin/West, des *spw*-Verlags, Berlin/West, der Wohltat'schen Buchhandlung Berlin/West und eine Zahlkarte des *spw*-Verlags.

Inhalt

Verlagsmitteilungen	105
Editorial	106
Statt eines Nachrufs: Peter Weiss im Gespräch mit Burkhardt Lindner	108

Aktuelle Kommentare

<i>Gerhard Weiher</i> : Zur innenpolitischen Situation in der Türkei	113
<i>Axel Horstmann</i> : Punktsieg für die Linke	116
<i>Detlef Hensche</i> : Beschäftigungsprogramm oder Beschäftigungsfarce?	118

Diskussionsschwerpunkt: US-Hegemonie und Gegenbewegungen

<i>Michael Lucas</i> Die amerikanische Krise und der NATO-Doppelbeschluß	121
<i>Christiane Rix-Mackenthun und Albert Statz</i> Das kleinere Übel in der Klemme	132
<i>Ernesto Richter</i> El Salvador im internationalen Zusammenhang	143
<i>Ingmar Anderson</i> Zur Diskussion um eine atomwaffenfreie Zone in Westeuropa	152
<i>Wolfgang Schneider</i> Am Beispiel Österreichs: Friedensbewegung und Armee	156
<i>Nikolaus H. Derkowitsch</i> Das Dilemma der westlichen Polenpolitik	162
<i>Hans-Gert Marian und Rudolf Hönnings</i> »Antikriegszustand« in Polen	169

Außerhalb des Schwerpunktes

<i>Tricia Davis und Catherine Hall</i> : Das vorwärtsweisende Gesicht des Feminismus	176
<i>Alfred Georg Frei</i> : Gramsci und der dritte Weg	182
<i>Richard Meng</i> : Theorie, Praxis und Identität	190
<i>Ulrich Schöler</i> : MEW — Gemischtwarenladen	196

Berichte

III. Otto-Bauer-Seminar Wien, Forum Demokratischer Sozialisten in Recklinghausen, Probleme gegenwärtiger materialistischer Ideologieforschung, <i>spw</i> -Leserseminar in Dümmerlohausen, 50 Jahre preußischer Staatstreich	201
--	-----

Besprechungen	216
Über die Autoren	228

Das Argument-Konzept

Das Verlagsprogramm soll der Entwicklung der theoretischen Kultur der Linken dienen. Wissenschaftliche Zuarbeit zu den sozialen Bewegungen: den Kräften der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur, der Frauenbefreiung, der Naturbewahrung und der Friedensbewegung. Zuarbeit zu einem sozialistischen Projekt, das diese Bewegungen aneinanderlagert.

Die wissenschaftliche Taschenbuchreihe **Argument-Sonderbände** stellt im Rahmen dieses allgemeinen Projekts einen Verbund spezieller Projekte dar. Die einzelnen Serien innerhalb der Reihe sind Medien der Forschung und Kommunikation spezifischer Praxisbereiche:

Gewerkschaftsfragen/Arbeitergeschichtsschreibung

Frauen-Forschung

Kultur-von-unten/Eisler/Brecht

* Literatur im historischen Prozeß

* Gulliver/Deutsch-Englische Jahrbücher

Ideologie-Theorie

* Kritische Psychologie

* Kritische Medizin

Automation und Qualifikation

Alternative Wirtschaftspolitik

Alternative Umweltpolitik

Theorie der Politik und der Parteien

Internationale Sozialismus-Diskussion.

Wie bei einem Buchklub kann man AS-Bände auch billiger beziehen, wenn man sich auf eine jährliche Mindestbestellung festlegt. Das **Auswahl-Abo** verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach Wahl aus der Jahresproduktion. Man kann sich auch auf ein **Spezial-Abo** einer der mit Sternchen bezeichneten Serien beschränken. Schließlich gibt es das besonders preisgünstige **AS-Gesamt-Abo**. Jede dieser Abo-Arten berechtigt zum Bezug weiterer AS-Bände — auch aus früheren Jahrgängen — zum Abo-Preis.

Die einzelnen Projekte der **Argument-Sonderbände** werden verbunden über die Zeitschrift **Das Argument**. Sie dient der Entwicklung des allgemeinen Wissens- und Diskussionszusammenhangs.

Die Zeitschrift ist ein Forum

- in dem verbindende politische und methodische Diskussionen ausgetragen werden;
- in dem Exposés und Forschungsergebnisse aus den Spezialgebieten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden;
- in dem Literaturübersichten und ein beispielloser Rezensionsteil helfen, Überblick zu gewinnen;
- in dem allgemeintheoretische Entwicklungen auch aus anderen Ländern kritisch und kollektiv (= diskutierend) angeeignet werden, damit permanente Erneuerung marxistischer Theorie stattfinden kann.

Zur Kontinuität der theoretischen Kultur der Linken trägt die Reihe **Argument-Studienhefte** bei. Hier werden Grundlagen- und Einführungstexte für Arbeitsgruppen verfügbar gehalten.

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Verlagsmitteilungen

1. *spw*-Sonderdruck zur Friedensprogrammatische linker Sozialdemokraten

Frieden ist machbar ist der Titel eines 30-seitigen Diskussionsvorschlags, der von den beiden stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Peter Wolf und Axel Horstmann sowie von Detlev Albers, Knut Krusewitz und Heinrich Lienker erarbeitet worden ist. Die Forderung nach kurzfristiger Senkung der Verteidigungsausgaben für Waffenbeschaffung um jährlich 10% ist Teil der »Sozialistischen Positionen zum Kampf für den Frieden« (Untertitel), die den Zusammenhang mit den Kämpfen gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau herstellen wollen. Das Positionspapier soll für die Friedensbewegung ein Angebot zur Beendigung unproduktiver Aus- und Abgrenzungsdiskussionen sein. Es soll auch nach dem Münchener SPD-Parteitag zur Auseinandersetzung um die Grundfragen von Krieg und Frieden anregen.

Das *spw*-Extra kostet im Weiterverkauf 2,— DM und ist beim *spw*-Vertrieb, Libellenstr. 6a in Berlin 38 zu bestellen. Um den Vertriebsaufwand (Rechnungslegung, Porti, Buchführung) tragbar zu machen, werden nur Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr (50, 75, 100 etc.) erledigt.

Sonderregelung für *spw*-Abonnenten

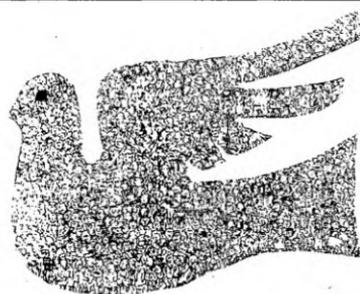
Die ständigen Leser/innen der *spw* können auch Einzelexemplare des *spw*-Extra und Kontingente mit weniger als 25 Exemplaren beziehen. Für Bestellungen bitte die für die Abonnenten in diesem Heft beigelegte Zahlkarte benutzen und unter lesbarer(!) Angabe des vollständigen Absenders ausfüllen. Pro Exemplar *spw*-Extra incl. Versand sind 2,— DM zu überweisen. Das 6. und jedes weitere Exemplar einer Bestellung kostet nur noch 1,— DM! Beispiel : 14 *spw*-Extra gibt es für 5x2 plus 9x1 = 19,— DM.

2. Wieder lieferbar: *spw* 1!

Die Startauflage von 2000 Exemplaren im Oktober 1978 war schon nach wenigen Monaten vergriffen. Mit *spw* 2 erhöhten wir daher die Auflage, die seither erschienenen Ausgaben sind ohne Ausnahme noch lieferbar. Beständige Nachfrage war für uns Anlaß, die erste *spw* wieder aufzulegen. *spw* 1 kostet einschließlich Versand nur 5,— DM! Für Bestellungen bitte Postkarte benutzen.

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw extra



Sozialistische Positionen
zum Kampf für den Frieden

Frieden ist machbar

Frieden ist machbar

Sozialistische Positionen zum Kampf für den Frieden

I. Triebkräfte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik und Europa	4
II. Grundfragen von Krieg und Frieden	9
III. Friedenskampf und Sozialdemokratie	14
1. Auftrag der Arbeiterbewegung	14
2. Die Lehren geschichtlicher Konflikte und Niederlagen	15
3. Die Entscheidungssituation der Gegenwart	17
IV. Linke Sozialdemokraten und außerparlamentarische Friedensbewegung	19
1. Eine politische Bewegung über die sozialen Klassen und Gruppen hinaus	19
2. Probleme und Gefahren	20
3. Perspektiven	21
V. Ziele und Forderungen zur Friedens-, Entspannungs- und Abrüstungspolitik	24
1. Sicherheitspolitische Souveränität für die Bundesrepublik	24
2. SALT-Politik muß weiterentwickelt werden	24
3. Keine neuen ABC-Waffen	25
4. Einberufung einer Europäischen Abrüstungskonferenz	25
5. Eine neue SPD-Militärpolitik	26
6. Gegen die weitere Militarisierung der Gesellschaft	27
7. Ansäufung zur Vernunft	28

Dokumentation

»Mut für eine bessere Zukunft — für eine wirkliche Friedenspolitik!«
Abrüstungsspell an SPD-Vorstand, -Fraktion und Kanzler

29

Schutzgebühr 2,— DM

Editorial

»Solidarität mit den USA zu praktizieren, heißt, Einfluß auf ihre Innenpolitik zu nehmen«, schrieben wir im Editorial von *spw* 8/80, in dem es um »internationale Spannungen«, damals schwerpunktmäßig um Afghanistan und den Iran ging. Und es hieß dort weiter, daß »nur durch das Verfolgen spezifisch westeuropäischer Interessen ... den fatalen Krisenkonsequenzen der US-Innenpolitik zu entgehen ist«. Eineinhalb Jahre nach dem Regierungsantritt von Ronald Reagan erhalten diese Sätze ein neues, jedoch umso aktuelles Gewicht.

Für die Verknüpfung der innenpolitischen Interessenlagen und des außenpolitischen Krisenmanagements eines Landes liefert der Falkland-Konflikt ein anschauliches Beispiel. Darüber hinaus macht er deutlich, wie engmaschig das Netz der internationalen Beziehungen im Rahmen von Blöcken und Bündnissen ist. Der Krieg um die Falkland-Inseln zum Beispiel kann Anlaß sein, die Frage der Ausweitung des Einsatzgebietes der NATO neu zu überdenken, der dominierende Einfluß der USA in Lateinamerika ist bereits erschüttert, und für die Mitglieder der EG konnte Falkland nicht als ein Konflikt behandelt werden, der »nur« zwei Handelspartner, nicht jedoch sie selbst betrifft.

Nach der Diktion der US-Administration wird kein Konflikt auf dieser Erde ausgefochten, ohne daß in wirtschaftlicher und/oder militärisch-politischer Hinsicht die Großmächte und damit auch die von ihnen dominierten Alliierten betroffen wären. Das heißt jedoch keineswegs, daß die Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten der NATO und der EG identisch wären mit dem, was als »Gemeinschaftsinteresse« ausgegeben wird.

Will die USA ihre Dominanz in den internationalen Beziehungen durch massive nukleare Aufrüstung und Überlegenheit sowie durch die Gewinnung der sogenannten »Eskalationskontrolle« bei Konflikten irgendwelcher Art an irgendeiner Ecke der Welt die Möglichkeit zur Einschüchterung der Sowjetunion zurückgewinnen, um so vor allem die Entwicklung in den politisch »labilen« Ländern der Dritten Welt zu beeinflussen, wenn nicht gar bestimmen zu können, so trifft dies keineswegs auf volle Zustimmung bei den Bündnispartnern. Dies gilt insbesondere für die BRD, die sich aufgrund ihrer geopolitisch exponierten Lage und ihrer spezifischen wirtschaftlichen Interessen (Exportorientierung, Rohstoffabhängigkeit, Osthandel) von einer Verschärfung der Beziehungen zwischen den Blöcken und der Erhöhung nationaler Rüstungslasten kaum Vorteile versprechen kann. Die BRD ist jedoch »treuester« Bündnispartner der USA, der sowohl strategisch wie politisch innerhalb Westeuropas für die USA von entscheidender Bedeutung ist und wie kein anderer im Bündnis den »Interessenausgleich« gegenüber dem Osten propagiert und durchzusetzen versucht.

Im Zusammenhang mit der amerikanischen Globalstrategie zur Rückerlangung der Überlegenheit auf internationalem Gebiet ist deshalb vor dem Hintergrund des NATO-Raketenbeschlusses und der damit verbundenen direkten Betroffenheit Westeuropas von Konflikten, in denen sich die USA als Feind der Sowjetunion begreift und engagiert, für die Ausbildung politischer Strategien der Friedensbewegungen die Analyse des Verhältnisses zwischen USA und Westeuropa, der Interessenunterschiede und -gemeinsamkeiten Voraussetzung. Das vorliegende Heft versucht deshalb, mit den Schwerpunktaufsetzten den angedeuteten Überlegungen Rechnung zu tragen:

Michael Lucas analysiert die Kräfteverhältnisse *innerhalb* der USA, um ihre Außenpolitik einschätzen und Entwicklungen begreifen zu können, die sich gegenwärtig innerhalb der USA abzeichnen. Ein wesentlicher Aspekt der amerikanischen Außenpolitik ist das

Verhältnis zu Mittelamerika, ein Testfall sozusagen, wie die USA auf Machtverschiebungen in Ländern der Dritten Welt reagieren, die sie als ihr Interessengebiet bezeichnen.

Im Verhältnis Westeuropa-USA ist die BRD ein entscheidender Faktor der Bündnisbeziehungen. *Rix-Mackenthun/Statz* beschäftigen sich mit der Vermittlerrolle, die die sozialliberale Bundesregierung innerhalb des Bündnisses und zwischen den Supermächten zu spielen versucht, unter dem Gesichtspunkt, inwieweit durch sie der BRD wirklich Handlungsspielräume für die Wahrnehmung eigenständiger nationaler Interessen bleiben und ggf. auch eine Politik, die sich gegen die Interessen der USA richtet, möglich ist.

Für die Friedensbewegungen wird es in Zukunft auch darum gehen müssen, alternative Konzepte der Sicherheitspolitik zu diskutieren. Anregend können hierbei Debatten sein, wie sie um eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa sowie um eine alternative Verteidigung in Österreich geführt werden. Die Entwürfe, so wenig ausgefeilt sie auch noch sein mögen, können unter Umständen Wege aufzeigen, wie eine eigenständige, von den USA unabhängige friedenssichernde Politik in Westeuropa aussehen könnte.

Mit den Aufsätzen von *Derkowitsch* und *Marian/Hönnings* setzen wir die Polen-Diskussion in *spw* fort, die innerorganisatorisch schon hohe Wellen geschlagen hat. Teilweise hinter vorgehaltener Hand wurden Positionen, wie die, daß der Kriegszustand in Polen eine »Bankrotterklärung« des real existierenden Sozialismus sei (Peter Pelinka in *spw* 14), als nicht mehr zum sozialistischen Spektrum gehörig bezeichnet. Dagegen wird die Betonung der anti-sozialistischen Kräfte in Polen und im internationalen Rahmen gesetzt, die eine so starke Macht entfaltet haben sollen, daß das Kriegsrecht den letzten möglichen Ausweg dargestellt hat. Diesen methodischen Ansatz verfolgen auch *Marian/Hönnings*, die die Zuspitzung der ökonomischen Krise hauptsächlich Solidarnosc und der Propaganda des Westens sowie der katholischen Kirche anlasten. Wir halten dieses methodische Herangehen für unzureichend, da bei jeder gesellschaftlichen Entwicklung, also auch beim Erstarken Solidarnosc' als politischer Kraft, die Gegenhandlungsverhältnisse untersucht werden müssen. Die PVAP hat keine Zuschauerposition innegehabt, sondern seit über 30 Jahren die Verantwortung für den Aufbau des Sozialismus in Polen getragen. Erst wenn die polnische Entwicklung aus der Krise eines bestimmten Parteitypus, der anti-demokratischen Organisationsweise der gesellschaftlichen Planung und Leitung und der aus beidem folgenden Unfähigkeit, zu einem gesellschaftlichen Konsens zu kommen, erklärt werden kann, nähern wir uns dem Begreifen des Problems. Um eine Diskussion und vielleicht ein Sich-Aufeinander-Zubewegen der auseinanderklaffenden Positionen zu Polen, die ja ein Zutagetreten einer Kluft im Sozialismusverständnis sind, zu erreichen, halten wir solche pronounciert provokativen Beiträge wie den von *Marian/Hönnings* für nützlich. *Derkowitsch* beschäftigt sich vorrangig mit dem Zusammenhang zwischen der unterschiedlichen Ostexportorientierung kapitalistischer Volkswirtschaften und ihren Konsequenzen für die Formulierung außenpolitischer Strategien für die jeweiligen Staaten. Die Polen-Diskussion wird in *spw* 16 fortgesetzt.

Am 10. Mai starb Peter Weiss. Statt eines Nachrufs drucken wir in Auszügen ein Interview mit dem Schriftsteller. Wir wollen die Lektüre seines Hauptwerks *Ästhetik des Widerstands* propagieren; es ermöglicht nicht allein Einsichten in die Geschichte der Unterdrückten, der Kämpfe der Klassen, sondern kulturelle Handlungsfähigkeit heute. Auf zwei Fragen werden Antworten in den nächsten Heften noch vorgeschlagen werden müssen: In welchen Formen kann die produktive Aneignung dieses kompakten literarischen Werks gelingen? Welchen Nutzen, welche Provokationen bringt diese Arbeit für linke Sozialdemokraten? Ch. Rix-Mackenthun und A.B. Westphal (verantwort. Redakteure dieses Heftes)

Statt eines Nachrufs:

Peter Weiss im Gespräch mit Burkhardt Lindner*

L.: Herr Weiss, die *Ästhetik des Widerstands* hat Ablehnungen, Auseinandersetzungen und emphatische Zustimmung ausgelöst. Der Roman erweist sich einer schnellen Rezeption gegenüber selbst als widerständig. Schon der Titel irritiert, es ist der Titel einer theoretischen Abhandlung (...)

W.: Ursprünglich sollte der Roman nur *Der Widerstand* heißen; ich hatte anfangs geplant, ein Buch über den antifaschistischen Widerstand zu schreiben und mir auch nur ein Buch vorgestellt. Beim Schreiben, am Anfang schon, verzweigte sich das Thema mehr und mehr. Im Verlauf der Arbeit am ersten Band wuchs der Roman vom inhaltlichen Anlaß, vom historischen Kampf der Antifaschisten, immer weiter weg und gewann eine andere Linie. Ich hatte das ursprünglich gar nicht geplant, es entstand in Konfrontationen. Ich arbeite sehr viel aus solchen Impulsen heraus, die sich im Schreiben ergeben: etwa bei meinem Besuch damals in Berlin, in der DDR, als ich nach Materialien über den antifaschistischen Kampf suchte und nochmal ins Pergamon-Museum ging, in dem ich in meiner Jugend häufig gewesen bin und das eines meiner künstlerischen Initialerlebnisse darstellt. Plötzlich in der Konfrontation mit diesem Fries, verknüpfte sich vieles miteinander, in einem Konglomerat von Eindrücken und Ideen wurde das Thema ganz weit und bestand nicht mehr allein aus jenem konkreten politischen Kampf. Dieser Eindruck eines Getümmels von Kräften, die unten sind, und die, die oben sind, die erdgebundenen und die göttlichen, erzeugte ein Bild vom ewigen Klassenkampf, das plötzlich sehr sehr eindringlich wurde. Darauf, sah ich, ließ sich etwas aufbauen. Doch dieser ganze Fries, der so fern und mächtig war, genügte mir nicht; ich wollte die ganze Geschichte des Frieses darstellen; sie war anfangs noch viel breiter entworfen, als es dann im Buch blieb. — Das war der unmittelbare Anfang. Es ging um einen Kampf in viel weiterem Sinne: nicht allein Befreiung von politischer Unterdrückung, sondern ebenso um die Befreiung von den kulturellen Hindernissen.

L.: »Ästhetik des Widerstands« bedeutet einerseits, daß die Ästhetik selber — oder die Kunst — Widerstand leisten kann, und andererseits, daß der Widerstand auch seine eigene Ästhetik hat. Beides ist zusammenzudenken?

W.: Eben, das kristallisiert sich heraus. Es genügt ja nicht, einen politischen Feind anzugreifen und möglicherweise zu überwinden, sondern die ganze Lebenshaltung ist gemeint, alles, worin man verfilzt ist, worin man lebt. Nach dem plötzlichen Auftauchen dieser Figuren, die zu Beginn noch unklar für mich waren, Coppi und Heilmann, entstanden erdachte Figuren. Sie entfernten sich insoweit von den Vorbildern, als ich keine Pläne machte, das Leben dieser beiden Menschen zu schildern oder die Geschichte der Roten Kapelle zu schreiben. Es wurden Gestalten, die ich plötzlich sehr nahe vor mir sah.

* Am 10. Mai 1982 verstarb Peter Weiss. — Im Mai 1981 gab Peter Weiss, Autor der Romantrilogie *Ästhetik des Widerstands*, ein Interview, in dem er ausführlich über sein Hauptwerk und die *Notizbücher 1971-1980* sprach. Das Interview erschien ungekürzt in »*Ästhetik des Widerstands* lesen«, hrsg. von Karlheinz Götze und Klaus Scherpe (Argument-Sonderband 75), Berlin/West 1981. Mit freundlicher Genehmigung des Argument-Verlages drucken wir Auszüge der vollständigen Fassung nach.

Ich stellte mir vor, wie ein Befreiungskampf zu schildern sei, der sich zwischen jungen Menschen abspielt. In diesen Jahren, die ersten Jahre während des Faschismus in Deutschland, wo man politisch auf einer Front steht, die sich schon im Untergrund befindet und man sich gegen die immer mehr anwachsende Gefahr wehren muß, suchen ein paar junge Menschen nach einem Ausdruck für ihr eigenes Leben, für ihre Erfahrungen, in einem Entwicklungsgang. Wie kann man das darstellen? Wie kann man sich überhaupt unter einer totalen Unterdrückung noch mit künstlerischen Medien helfen? (...)

L.: Mit dem dritten Band des Romans ist gleichzeitig der Teil ihrer Notizbücher erschienen, der mit der Abfassungszeit des Romans parallel läuft. Was hat Sie bewogen, diese *Notizbücher 1971-1980* zu publizieren?

W.: Es wurde vielfach die Frage an mich gestellt, warum das Buch keinen Apparat, keinen Bildteil enthält. Das hätte meiner Ansicht nach den Charakter des Romans gestört und ihn in die Nähe einer historischen Abhandlung geführt. Es sollte aber ausdrücklich ein Roman sein.

L.: Die Notizbücher enthalten Abbildungen, Angaben über die von Ihnen benutzten Quellen, Daten über die geführten Gespräche. Aber den größten Raum nehmen unsystematische und fragmentarische Arbeitsnotizen ein, kleine Teilstücke aus dem Roman und andere literarische Arbeiten, Reflexionen über Reisen oder politische Ereignisse, auch eher private Notizen, Rückerinnerungen usw. Vielfach weiß man bei der Lektüre nicht gleich, ob das Ich einer Notiz die erzählte Ich-Figur des Romans meint oder das Ich des Autors selbst. Es macht den Eindruck, als seien die Notizbücher weithin unredigiert erschienen. Und Sie riskieren mit der Publikation auch, daß Ihre Person, von der man gesagt hat, sie sei in den Romanbänden zu sehr im Anonymen geblieben, sich sehr ungeschützt darstellt. Ist das beabsichtigt gewesen?

W.: Das ist beabsichtigt. Mir scheint dies wichtig, weil ich von vielen Seiten immer wieder gehört habe, daß der Roman ungeheuer kompakt wirke und schwer zu lesen sei. Diese großen Blöcke, dieser Schriftsatz mit den großen Seiten, die wenigen Absätze geben dem Roman etwas Starres, Regloses — hieß es. Deshalb schien es notwendig, den Arbeitsprozeß, das ständige Fließen des Lebens mit allen Einfällen danebenzustellen. Ohne irgendwelche literarischen Ambitionen damit zu verbinden. Die Eintragungen sind ja gar nicht bearbeitet, lediglich orthographische Fehler sind manchmal korrigiert worden; Einkaufslisten oder Telefonnummern wurden weggelassen. Und es wurde herausgenommen, was direkt in den Roman übernommen wurde. Ich fand es gut, daß alles andere stehen blieb, also Träume, Persönliches, Pläne zu Artikeln, die sich plötzlich während der Arbeit als Forderungen der Außenwelt aufdrängen. Arbeitsjournale, Notizbücher, Tagebücher haben mich selbst immer interessiert. Ich lese sie am liebsten und nehme an, daß das auch andere Leser besonders interessiert. Das Buch von Vesper, *Die Reise*, ist auch ein Buch in dieser Art, wo ganz spontaneistisch und ungeordnet das Material aus dem Alltag abläuft (Peter Weiss zieht aus der Jackentasche ein rotes Büchlein hervor). Es sind solche kleinen Bücher hier, die ich immer mit mir herumführe und in die ich Einfälle, Privates, Titel von Büchern, alles, was tagsüber kommt, festhalte (...)

L.: (...) Der Roman versucht immer wieder, anhand der verschiedenen Figuren — gerade auch umstrittener wie Münzenberg, Marcauer, Wehner, Hodann — und kontroverser historischer Themen — Realismusdebatte, Spanischer Bürgerkrieg, Moskauer Prozesse, Hitler-Stalin-Pakt — unterschiedliche Haltungen herauszuarbeiten und Widersprüche zu konstellieren. Und es sind gerade die Unterliegenden, die Zweifelnden, die Unscheinbaren — Rosa Ossietzky, Lotte Bischoff, Karin Boye, Hodann —, die besonders deutlich wer-

den. »Mein Bild des Sozialismus/Kommunismus«, schreiben Sie in den Notizbüchern, »kann nie geprägt werden von denen, die von ihren Machtpositionen aus die Richtlinien geben, sondern immer nur aus der Perspektive derer, die sich ganz unten befinden ...« Also die Unterstellung, die man ja teilweise den Büchern gemacht hat, daß es so eine Art Parteigeschichtsschreibung sei ...

W.: ... im Gegenteil, es ist gerade der Gegensatz zur Parteigeschichte. Es ist ja sehr viel publiziert worden an Memoiren von damaligen Widerstandskämpfern. Viele führende Politiker der DDR haben ihre Erinnerungsbücher herausgegeben und die sind eben ganz getreu der Parteilinie, es sind im Grunde genommen Parteiprotokolle, Protokolle der sogenannten korrekten Linie, während ich versuche, eben die Linie festzuhalten, die nicht korrekt war, sondern die dem Anliegen einzelner Menschen entsprach.

L.: Hat diese Intention auch Einfluß gehabt auf das Auswahlprinzip? Es ließen sich ja auch andere Rekonstruktionen der antifaschistischen Opposition oder des Exils denken. Sie stellen vor allem Figuren der Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt, zumal umstrittene wie Münzenberg oder Hodann und vergessene wie Rosner.

W.: Hodann hatte besonders stark dazu Anlaß gegeben, weil ja die Geschichtsschreibung über ihn sehr einseitig ist. Es gibt ja überhaupt nur eine Geschichtsschreibung über Hodann, die in der DDR gemacht worden ist, wo er sozusagen als ein Verräter dargestellt wird. (...) Hodann wird als ein Kollaborateur der Engländer geschildert, als Überläufer zur Sozialdemokratie. Eine solche Position darf nicht einseitig behandelt werden; man muß, um überhaupt seiner Haltung nahe zu kommen, ihn mit den schweren Kämpfen, Auseinandersetzungen darstellen, die in Spanien begonnen hatten und die über der ganzen Idee der Einheitsfrontpolitik weitergeführt wurden bis in die letzten Tage des Weltkrieges, wo man sich bemühte, die Arbeiterparteien oder die antifaschistischen Bewegungen zusammenzufügen. Das hätte der verheerenden Nachkriegssituation damals geholfen; nachdem das nicht zustande kam, wurde ja die Lage so, wie sie heute ist.

L.: Leuschners Testament in Plötzensee, der Zettel mit der Notiz »Schafft die Einheit«, liest sich wie eine Art Botschaft oder Auftrag ihres Romans. (...) Wie könnte man das Vermächtnis »Schafft die Einheit« in die heutige Zeit übersetzen, wenn Sie sagen, es kämen heute andere Forderungen hinzu? Einheit oder Solidarität müßte heute anders aussehen oder sich anders entwickeln, als sie sich aus dem Jahrhundert der Arbeiterbewegung darstellt.

W.: Ich gehe von einem Authentischen aus, dieser Zettel ist erhalten; er liegt in irgendwelchen Archiven. Er dokumentiert diese ganz kurze Zeitspanne des Kulturbunds, die Möglichkeit, die ja noch bis ins letzte bestand, einer Einheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten — wofür damals unter anderen Willi Brandt gewirkt hat. Dieser Gedanke wird ja heute wieder stark aufgenommen; in vielen kommunistischen Parteien, der italienischen, den skandinavischen kommunistischen Parteien, ist er sehr aktuell, um die Sozialdemokratie zu einer Front gegen die bürgerlichen Parteien zu gewinnen. Natürlich stehen heute ganz neue politische Formen dagegen und ganz neue Interessen von den jungen Generationen, die von diesem Parteiengeßank nichts mehr wissen wollen und alternative Bewegungen gründen. Sie sind eine natürliche Reaktion auf das Mißglücken der Parteipolitik. Es gibt viele, die von den Parteien gar nichts mehr wissen wollen; wir wissen, daß Veränderungen ohne Organisationen sich nicht erreichen lassen — aber aus ganz neuen Bewegungen, aus der Ökologiebewegung oder der Frauenbewegung zum Beispiel, kommen viele neue Impulse. Frauen haben ja auch während des Widerstands immer eine große Rolle gespielt, deshalb war mir Lotte Bischoff sehr wichtig, wie auch im ersten Band

die Marcauer, eine Genossin, die dann zum Tode verurteilt wurde, weil sie widersprochen hat, Rosalinde Ossietzky oder Karin Boye. (...)

L.: Die *Ästhetik des Widerstands* erzählt in der Tat von schauerlichen Dingen, die auch vierzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend verdrängt oder aber mit dem Geschichtsbild der Sieger in Einklang gebracht wurden: Faschismus, Spanischer Bürgerkrieg, Moskauer Prozesse, Verfolgung und interne Zerrissenheit des deutschen Widerstands in Schweden, die Hinrichtungen in Plötzenssee. Ihre Romantrilogie endet mit dem Zerfall des 1944 in Schweden gegründeten Exil-Kulturbundes, geht in eine konjunktivisch geraffte Darstellung der Zeitperspektive nach 1945 über und sollte — nimmt man die Notizbücher hinzu — ein Epitaph auf Hodanns Tod zum Epilog haben. Warum ist dieses am Schluß der Notizbücher abgedruckte Epitaph nicht in den Roman aufgenommen?

W.: Ich hatte in der ursprünglichen Fassung dieser Konjunktivpassagen den Tod von Hodann nicht aufgenommen, sondern ein eigenes Epilog-Kapitel über Hodanns Todesmarsch durch die Schweiz für das Ende geschrieben. Das war aber 1947, und ich fand, der Schluß würde aus dem Roman herausbrechen. Als Abschluß schien mir besser, daß der Roman sich selbst schließt, als daß er noch einen ausführlichen Bericht über den schrecklichen Untergang von Hodann enthielte. Allein schon zeitmäßig: ich hätte dann über diesen Schlußpunkt 1945 hinaussehen müssen; gewiß, 1937 hat es angefangen, warum sollte es nicht 1947, zehn Jahre später, aufhören? Aber das wäre doch eher gesucht gewesen. Ich habe also — mit großem Widerstreben, denn ich hing an diesem Hodann-Epitaph — den Text weggelassen und für sich stehend in die Notizbücher aufgenommen. Hodanns Ende wird jetzt in diesen Konjunktiv-Passagen nur kurz genannt. (...)

L.: Durch die Konjunktiv-Passagen entsteht eine eigentümliche Stillstellung des historischen Geschehens. Was nach 1945 stattfand, wird in groben Linien angedeutet, ohne neue Hoffnung. Die Unterdrückten müßten ihre Zwiertacht begraben und selber der weitausholenden Bewegung mächtig werden — heißt es am Ende des Buchs —, um die Last von Macht und Herrschaft endlich hinwegfegen zu können. Die Aussichtslosigkeit der Zukunft heute wird damit rückprojiziert: »mit dem Ende des Exils begann dessen tödliche Wirkung«. Erlangt dadurch die *Ästhetik des Widerstands* einen Moment von Resignation?

W.: Das ist sehr gut möglich, denn die Resignation ist heute ständig gegenwärtig. In allem, was wir machen, steckt immer der Zweifel. Bei mir, würde ich sagen, überwiegt eigentlich die Wut und der Haß gegen die Kräfte, die sich einfach nicht belehren lassen, obwohl so viele Menschen sich mit dieser Zeit befaßt haben und warnen und große Aktionen unternehmen. Aber immer wieder, wie im Falle Vietnam, versuchen die unterdrückenden Mächte, die eben alle Mittel haben, durch die Publizistik und durch äußere Gewalt den Widerstand wieder zu vernichten und vor allen Dingen die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Es wird ja alles umgedreht. Die 68er Bewegung hat aufgegeben, weniger, weil die Menschen, die damals gekämpft haben, versagt hätten, sondern weil die äußere Gewalt so übermächtig war, daß die meisten nicht mehr weiter konnten. Und dagegen muß man angehen. Wenn man sich die gegenwärtige Lage betrachtet, erfüllt einen Wut und Schmerz und Resignation — das mischt sich alles, und dabei wird man ja auch älter und verliert an Kraft und Ausdauer. Man fragt sich, was kann ich überhaupt noch erreichen?

L.: Hodann ließ sich auf den Exil-Kulturbund ein, während er gleichzeitig daran zweifelte, daß die Kultur ein Bindemittel über die Parteigrenzen hinweg sein könnte: Mit »dem Scherbenhaufen der alten Kultur ließ es sich nicht einmal überwintern, geschweige einen Neubeginn unternehmen. Wir waren die Erben der Kulturlosigkeit«. Das Ich, das erzählte

Ich, hofft hingegen zu diesem Zeitpunkt noch auf die Entstehung einer revolutionären, universalen Kultur. Läßt sich denn eine Kulturvorstellung überhaupt in dieser 'Heilheit' und Universalität realisieren oder ist nicht das, was Sie Hodann sagen lassen, auch Ihre Auffassung?

W.: Ja, absolut. Die Zweifel, die Hodann an diesem Kulturbund hegte, hätte ich natürlich damals genauso gehegt, wie ich sie heute hege.

L.: Sie suchen offensichtlich einen heroischen Schluß zu vermeiden, so als ginge nach dem Gemetzel die Sonne der Freiheit auf ...

W.: Ja, das hatten wir damals noch wirklich erwartet ...

L.: Durch diese eigentümliche konjunktivische Kreisbewegung kehrt im Grunde das Werk in sich selbst zurück: der Erzähler stellt sich vor, wie er wieder vor den Fries tritt, mit dessen Beschreibung die Trilogie beginnt. Er tritt in den eigenen Roman ein. Damit wird doch, denke ich, auch, eine gewisse Differenzlinie zwischen dem Schreiben, also dem Kunstwerk, und der politischen Ebene gezogen. Mir ist dabei eine Geschichte eingefallen, die bei Benjamin irgendwo steht: die Legende von einem chinesischen Maler, der am Schluß seines Werkes in sein Gemälde hinein ...

W.: hineingeht, ja daran habe ich gar nicht gedacht ... Der Leser muß sich eben selbst da herausziehen, muß sehen, wie er aus eigener Kraft weitermachen kann, nicht? Ich wollte es mit diesem großen Wendepunkt im Mai 1945 bewenden lassen. —

L.: Wie stellen Sie sich die Rezeption dieses Buches vor, jenseits der Berufskritik? Was haben Sie für Erwartungen?

W.: Ich kann natürlich nur von Erfahrungen ausgehen, die ich bisher gemacht habe. Ich traf auf Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten oder Berufsgruppen, die sich mit solchen Fragen beschäftigen und die Sinn dafür haben, wie schwer es ist, eine Wahrheit zu finden und daß es noch viel schwerer ist, das, was man gefunden hat, in eine Handlung umzusetzen. Solche Menschen finde ich überall, in Zeitschriften an mich, an Universitäten, in Studiengruppen, an Volksuniversitäten, in politischen Gruppen. Ich rechne nicht damit, daß sich daraus eine große Verbreitung ergibt. Die Auflagen der *Ästhetik des Widerstands* sind ja bisher sehr klein gewesen. Ich erhoffe mir viel von der Rezeption in der DDR, wo der Roman im nächsten Jahr endlich herauskommen wird. Auf diese Weise wird ein Abstand, den ich in den Notizbüchern noch als sehr quälend empfunden habe, überbrückt und ein Publikum gewonnen, von dem ich sehr viel halte und mit dem ich auch sonst sehr gute Arbeitsbeziehungen habe. Das wird neue Reflexionen und Reaktionen erzeugen. — Ich erwarte mir jedenfalls eine sehr langsame Wirkung. Die Schwierigkeiten habe ich selbst mitgeliefert, dessen bin ich mir bewußt.

Aktuelle Kommentare

Gerhard Weiher

Zur innenpolitischen Situation in der Türkei

Als die türkischen Militärs am 12. September 1980 die Macht übernahmen, stießen sie beim überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung hierzulande auf weitgehendes Verständnis; das Eingreifen der Generäle wurde zwar als bedauerlich bezeichnet, gleichzeitig aber gerechtfertigt mit dem Hinweis auf das völlige Versagen der zivilen Politiker in der durch massiven Terror und drohenden wirtschaftlichen Kollaps gekennzeichneten schwersten Krise in der türkischen Nachkriegsgeschichte. Dieses relative Wohlwollen ist mittlerweile einer breiten Kritik gewichen, die sich auch in politischen Entscheidungen wie etwa der vorläufigen Sperre bundesdeutscher Wirtschaftshilfe und der Stornierung der EG-Finanzhilfe für Ankara niedergeschlagen hat. Bewirkt wurde dieser Meinungsumschwung durch die von den Militärs verfolgte Politik der Terrorbekämpfung mittels »Flächensanierung« (über 1000000 Personen wurden seit dem Putsch verhaftet, rund 47000 bisher vor einem Militärgericht angeklagt und z.T. schon verurteilt), durch drakonische Strafanträge und Urteile (allein die Todesstrafe wurde bisher über 1500mal beantragt, über 80mal verhängt und 14mal vollstreckt), durch Menschenrechtsverletzungen einschließlich systematischer Folterungen sowie nicht zuletzt durch die Auflösung der Parteien und das Vorgehen gegen den früheren Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Volkspartei (CHP), Ecevit. Hinzu kam wachsende Skepsis zunächst vor allem hinsichtlich des Zeitplans der von den Militärs versprochenen Rückkehr zur Demokratie, dann aber auch hinsichtlich des Charakters der angestrebten politischen Neuordnung.

Die Ernüchterung kam insofern erstaunlich spät, als Grund zu massiver Skepsis von allem Anfang an bestanden hätte. Zwar ist kaum zu bestreiten, daß die völlige Paralyse des parlamentarischen Systems in der Türkei die Intervention der Armeeführung beinahe unausweichlich machte und die Alternative wohl nur im weiteren Zerfall von Staat und Gesellschaft bestanden hätte. Aber allein schon die Erinnerung an das militärisch-zivile Regime von 1971-1973, dessen Politik sich entgegen allem Reformanspruch in der Repression der Linken (und was das Regime dafür hielt) erschöpfte, hätte den illusorischen Charakter von Erwartungen auf eine wirkliche Lösung der türkischen Krise durch das Militär von vornherein deutlich machen müssen. Neben dieser historischen Erfahrung war ein weiterer, für die politische Einschätzung der türkischen Armee zentraler Faktor weithin offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen worden. Entgegen der offiziellen und hierzulande reproduzierten *Ideologie* handelt es sich bei der türkischen Armee nämlich keineswegs um eine keiner Interessengruppe verpflichtete »neutrale« Kraft. Eine solche war sie nie gewesen, doch hatte sie immerhin aufgrund spezifischer historischer Konstellationen in der Vergangenheit — letztmals 1960/61 — gesamtgesellschaftliche Interessen vertreten und somit eine progressive Rolle gespielt. Die Entwicklung der 1961 gegründeten Armeehilfsorganisation OYAK zu einem der größten Holding-Konzerne des Landes im Verlauf der sechziger Jahre integrierte jedoch die Armee, insbesondere deren oberen Ränge, völlig in das bestehende System; die Armee wurde zu einem Bestandteil des großindustriellen Unternehmertums mit einem direkten Klasseninteresse an der Aufrechterhaltung des Status quo.

In diesem Klasseninteresse — und nicht etwa in einer angeblichen wirtschaftlichen Unfähigkeit — der Militärs ist der Grund für die Übernahme des den Vorstellungen des Internationalen Währungsfonds folgenden Sanierungsprogramms der gestürzten konservativen Regierung Demirel einschließlich des »Chefarchitekten« dieses Programms, Turgut Özal, zu sehen. Nicht so ohne weiteres dagegen ließ sich dieses Interesse selbst für informierte Beobachter in Einklang bringen mit dem Umstand, daß das Regime anfangs eine gewisse »Symmetrie« zu wahren schien, indem es, anders als 1971-1973, die Linke und die extreme Rechte verfolgte. Dieses Vorgehen ließ sich entweder deuten als taktisches Ablenkungsmanöver zur Beschwichtigung des Auslandes oder als die gerade aus den Erfahrungen der siebziger Jahre resultierende Einsicht eines nunmehr sozusagen »aufgeklärten« Kapitalismus, daß auch rechter Terror für das Funktionieren des Systems schädlich sein kann, oder als Mischung von beidem. Davon abgesehen, daß von einer wirklichen Symmetrie auch bereits anfangs nicht gesprochen werden konnte, zeigte sich sehr bald, daß die Militärs hauptsächlich auf die Ausschaltung der Linken zielen, und zwar nicht nur der gewalttätigen, sondern auch der demokratischen Linken (ein gewisser Unterschied zu dem ausnahmslos nur die Linke verfolgenden Regime von 1971-1973 ist allerdings nach wie vor nicht zu verkennen).

Eine zentrale Stellung bei der Bekämpfung der Linken nahm zunächst das Vorgehen gegen den Gewerkschaftsdachverband DISK ein; dieses ist in seiner ganzen Bedeutung nur zu fassen bei einem Vergleich mit dem Vorgehen gegen die vom zeitweiligen früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten Alparslan Türkes geführte faschistische Partei der nationalen Bewegung (MHP), die für den Terror vor dem Putsch maßgeblich mitverantwortlich ist. Sowohl für Türkes und 219 weitere MHP-Funktionäre wie für 52 führende Funktionäre von DISK fordert die Anklagevertretung die Todesstrafe. Während aber Türkes und seinen Mitangeklagten politische Morde und andere terroristische Gewalttaten mit dem Ziel des Umsturzes der bestehenden Verfassungsordnung vorgeworfen werden, werden die angeklagten DISK-Funktionäre keinerlei Gewalttaten beschuldigt. Ihnen wird zur Last gelegt, durch Streiks und andere Aktionen die Errichtung der Herrschaft einer sozialen Klasse angestrebt zu haben; dabei stützt sich die Anklage auf die berüchtigten, zur Zeit Atatürks aus dem faschistischen Italien übernommenen Art. 141, 142 und 146 des türkischen Strafgesetzbuchs. Trotz dieses qualitativen Unterschiedes der Beschuldigungen, der den DISK-Prozeß eindeutig als politischen Prozeß ausweist, ist das Verfahren gegen die DISK-Führung das einzige, das von der Militärjustiz unter den Bedingungen des »Kriegszustandes« durchgeführt wird; die bereits dadurch erheblich eingeschränkten Verteidigungsmöglichkeiten wurden weiter beschnitten durch die Verhaftung des DISK-Hauptverteidigers und Präsidenten der Istanbuler Anwaltskammer, Orhan Apaydin. In krassem Gegensatz zu diesem rigorosen Vorgehen gegen DISK steht die Niederlegung ihres Amtes durch die Richter im MHP-Prozeß mit der Begründung, der Verlauf des Prozesses könne zu Zweifeln an der Fairneß des Verfahrens(!) führen.

Die Verfolgung der demokratischen Linken beschränkt sich seit kurzem nicht mehr nur auf die DISK-Führung und auf Ecevit als den prominentesten — und von den ehemaligen Spitzenpolitikern einzigen — offenen Kritiker des Regimes. Auch gegen 2000 einfache DISK-Mitglieder wird die Anklage vorbereitet, und im März dieses Jahres wurden die Untersuchungen ausgedehnt auf die ehemalige Jugend- und Frauenorganisation der CHP sowie auf die Führung der CHP selbst wegen angeblicher Verbindungen zu Organisationen der extremen Linken bzw. wegen angeblicher illegaler Zusammenarbeit mit DISK. Während das Vorgehen gegen DISK eindeutig im Zusammenhang steht mit einer wirtschaftli-

chen Stabilisierungspolitik, die gemessen an traditionellen ökonomischen Kriterien zwar einige Erfolge aufzuweisen hat, deren Kosten und Lasten aber neben den Mittel- und Kleinbetrieben die Arbeiterschaft und die übrigen unteren Bevölkerungsschichten zu tragen haben, ist die jüngste Verschärfung des Kurses durch das Vorgehen gegen die CHP als Partei (und nicht nur gegen Ecevit und einzelne andere Politiker) offensichtlich Folge einer Machtverschiebung innerhalb der Militärs noch weiter nach rechts. Ein Indiz für eine solche Machtverschiebung ist die im August 1981 erfolgte Ersetzung des bisherigen Generalsekretärs des herrschenden Nationalen Sicherheitsrates, General Saltik, durch den — gleichzeitig zum stellvertretenden Armeekommandierenden avancierenden — General Urug. Während Saltik von rechtsradikalen Kreisen in der Türkei als »Kommunist« hingestellt wird, sagen Gerüchte Urug gewisse Sympathien für Faschistenführer Turkes nach; sicher scheint, daß Urug die »Rückkehr zur Demokratie« eher »langfristig« sieht.

Eine Rückkehr zu einer wirklichen Demokratie steht allerdings mittelfristig ohnehin nicht zu erwarten. Alles deutet darauf hin, daß das sich herauschälende neue politische System eines rechtsorientierten Staates unter »starker Führung« bestenfalls eine sehr restringierte Form von »Demokratie« darstellen wird; möglicherweise und im schlimmeren Fall aber wird es um die Fortsetzung der gegenwärtigen Militärherrschaft in quasi ziviler Form nach südamerikanischem Muster handeln. Damit würde sich die auf den ersten Blick paradox anmutende Situation ergeben, daß ausgerechnet die verschiedentlich als Musterbeispiel eines Übergangs von einer Militärherrschaft (unter Atatürk) zu einer relativ funktionierenden Demokratie apostrophierte Türkei nun sozusagen mit Verspätung sich doch noch dem in den Entwicklungsländern vorherrschendem Muster autoritärer, auf das Militär gestützter oder von diesem direkt ausgeübter Herrschaft einfügt.

Bei näherem Hinsehen erscheint diese keineswegs unwahrscheinliche Situation allerdings nicht mehr paradox, sondern als Resultat der spezifischen historischen Entwicklung der Türkei. Grundlage des Funktionierens der türkischen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg war über zwei Jahrzehnte hinweg eine durch die Reformen Atatürks hervorgerufene Spaltung der Gesellschaft in zwei Lager gewesen: ein kemalistisch-reformistisches, politisch repäsentiert durch die CHP, und ein sehr heterogenes antikemalistisch-konservatives, politisch repräsentiert in den fünfziger Jahren durch die Demokratische Partei (DP), seit 1961 durch die Gerechtigkeitspartei (AP) Demirels; sowohl DP wie AP verfügten jeweils — mit Ausnahme einer kurzen Phase der politischen Neustrukturierung nach der Militärintervention 1960/61 — über die absolute Mehrheit im Parlament. Dieses stabile De-facto-Zweiparteien-System mit konservativer Dominanz begann sich Anfang der siebziger Jahre aufzulösen: Als Folge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der sechziger Jahre brachen die bisher durch die antikemalistische Frontstellung überdeckten Gegensätze innerhalb des konservativen Lagers auf und führten zu einer auch parteipolitischen Zersplitterung der Rechten; diese Fragmentierung des Parteiensystem war verbunden mit einer durch die Tiefe der sozialen Konflikte verursachten ideologischen Polarisierung, beides zusammen führte zu der permanenten politischen Instabilität der siebziger Jahre und schließlich zum Zusammenbruch der türkischen Demokratie. Da dieser Zusammenbruch (ebenso wie der Terror in der Türkei) letztlich soziale Wurzeln hat, hat eine Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei auch tiefgreifende soziale Reformen zur Voraussetzung. Genau diese Reformen aber sind von den Militärs nicht zu erwarten; sie setzen im Gegenteil alles daran, die reformorientierten gewerkschaftlichen und politischen Kräfte zu zerschlagen.

Axel Horstmann

Punktsieg für die Linke

Zur Auseinandersetzung um die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik auf dem Münchner Parteitag*

Mit einem »technischen K.O.« des Parteivorstands endete die Auseinandersetzung um die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik auf dem Parteitag in München. Es war kein mühevoll errungener Punktsieg der Linken und auch kein offener Schlagabtausch, der den Versuch der Parteiführung scheitern ließ, den gemäßigt — neoliberalen Wirtschaftskurs der Bundesregierung in der Beschlußlage der Partei nachzuvollziehen. Dieser Kampf wurde vielmehr durch Abbruch in der ersten Runde entschieden: Bereits am Eröffnungstag warf der Parteivorstand das Handtuch, wodurch er sich Schlimmeres an den folgenden Tagen ersparte.

Der Angriff auf Eckpfeiler sozialdemokratischer Wirtschaftsprogrammatik im Leitartikel des PV war so durchsichtig, wie er angesichts der Federführung von Hans Apel nur sein konnte. Eine Kostprobe aus dem Text mag genügen: »Sozialdemokraten bauen auf die Dynamik und Anpassungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft als Voraussetzung für die Bewältigung des strukturellen Wandels, die Erhaltung und Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen.« Der Widerstand gegen das Unterfangen, solche — durchaus zutreffenden — Verhaltensbeschreibungen sozialdemokratisch geführter Regierungspolitik auch als Glaubensbekenntnis der Partei zu verabschieden und die SPD damit auf die »Selbsteilungskräfte des Marktes« zu verpflichten, reichten bis weit in das Spektrum der Parteirechten und schloß die gesamte AfA ein. An der Verabschiedung dieses Leitartikels im Vorstand läßt sich deutlich ablesen, wie weitgehend wirtschaftsliberales Denken bei der Parteiführung bereits verinnerlicht worden ist; sein Scheitern in München hingegen unterstreicht, daß die übergroße Mehrheit der SPD an aktiver Beschäftigungspolitik festzuhalten entschlossen ist und den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit als Existenzfrage der Partei erkennt. Noch immer ist sie allerdings gelähmt durch die weitverbreitete Ansicht, es seien allein die aktuellen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, die eine andere Wirtschaftspolitik als die der Koalition verhindern; noch ist ihr nicht bewußt, wie sehr sie sich mit ihrer Forderung nach einer sozial ausgerichteten Krisenbekämpfung bereits im Widerspruch zum »Regierungsflügel« der SPD befindet.

Ohne Zweifel: Die Parteiführung hat die Parteitagsauseinandersetzung um die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verloren. Aber: Für die Linke — in dieser Frage organisiert von Henning Scherf — war es ein Teilerfolg in einer Abwehrschlacht. Die Beschlußlage der SPD ist nicht in fortschrittlicher Richtung ausgebaut, einige ihrer wichtigen Bestandteile sind verteidigt worden. Das Bekenntnis der Partei zu einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik und damit zu staatlichen Beschäftigungsprogrammen, die Befürwortung von kreditär finanzierten Staatsausgaben und sozial ausgerichteten Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten einschließlich einer stärkeren steuerlichen Bela-

* Terminüberschneidungen zwischen dem SPD-Parteitag in München und der Produktion von *spw 15* erlaubten es nicht, in diesem Heft einen ausführlichen Beitrag zum SPD-Parteitag zu veröffentlichen. Wir werden dies in *spw 16* im Rahmen eines Beitrages zur aktuellen Entwicklung sozialdemokratischer Politik nachholen.

Die Redaktion

stung einkommensstärkerer Bevölkerungskreise sowie die Forderung nach Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit in verschiedener Form sind im Münchner Parteitagebschluß verankert, jedoch alles andere als neu. Überhaupt enthält dieser Beschluß nichts, was nicht — so oder ähnlich — bereits beschlossen worden wäre. Es kennzeichnet die Lage der Partei, daß schon die Bestätigung der eigenen Programmatik als Erfolg der Linken eingestuft wird.

Andererseits ist eben auch dies nur teilweise gelungen. Zwei Beispiele mögen genügen: Das Ziel der 35-Stunden-Woche, das sogar bereits einmal Bestandteil eines Wahlprogramms der SPD war, ist nicht aufgenommen, und die vergleichsweise dezidierten Aussagen zur Berufsbildungsreform sind der unverbindlichen Forderung Holger Börners nach einer »Beschäftigungsbrücke für die junge Generation« gewichen, die jede konkrete Festlegung peinlich genau vermeidet. Es gelang dem Parteivorstand sogar noch, Passagen seiner Vorlage in die Beschlußfassung einzubringen, so daß sich darin u. a. auch ein Bekenntnis zu einer konservativ ausgerichteten Strukturpolitik befindet. Originalton Münchner Parteitagebschluß: »Anpassung an strukturellen Wandlungen ist eine ständige unternehmerische Aufgabe. Der Staat — Bund, Länder und Gemeinden — hat die Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen für den Strukturwandel zu schaffen, günstige Entwicklungen — z. B. durch Anreize — zu fördern ...« U. a. eine solche Position, die nur als Zustimmung der SPD zu einer profitorientierten Rationalisierungsförderung verstanden werden kann, verunmöglichte z. B. linken Delegierten aus Ostwestfalen-Lippe eine uneingeschränkte Billigung dieses Antrages. Sicherlich konnte sich die Parteilinke nur schwerlich den Verständigungsangeboten eines Helmut Rohde, eines Wolfgang Roth aber auch eines Herbert Ehrenberg entziehen, gemeinsam eine Alternative zum PV-Leitantrag zu entwickeln. Es ist jedoch unübersehbar, daß die breite Zustimmung zur letztlich verabschiedeten Antragsfassung ihren Preis hatte und die geplante Herausstellung einer schärfer konturierten linken Wirtschaftsposition verhinderte. Die Forderung des Bezirks Ostwestfalen-Lippe nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und nach einer gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung ging in der Abstimmungsmaschinerie des Parteitage öffentlich unbeachtet — aber mit einer »beachtlichen Zahl« von Stimmen (Parteitagepräsident Hans Koschnick) — unter.

Schließlich — und dies ist wohl die gewichtigste Kritik an der beschäftigungspolitischen Entscheidung des Münchner Parteitage: Die SPD blieb im Rahmen des ihr von Helmut Schmidt zugebilligten Spielraums; sie maß sich die Aufgabe des »Vordenkers« der Regierung zu, nicht aber die des »Vorkämpfers«. Der Antrag von Traute Müller (Hamburg), den Parteivorstand auf die Durchführung autonomer Aktionen zur Durchsetzung der beschäftigungspolitischen Beschlüsse zu verpflichten, scheiterte, wenngleich er immerhin ein Drittel der Stimmen erhielt. Dies untermauert die begründete Skepsis gegenüber einer Umsetzung der Münchner Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik, die jüngst durch die Berufung Lahnsteins zum Finanzminister erhärtet wurde. Die SPD versteht sich nach wie vor als Fußtruppe der Bundesregierung, als Agentur für Vertrauensarbeit. Mehrheitlich ist kein Bewußtsein für die Stärke der eigenen Organisation, kein Selbstverständnis als *Partei* ausgeprägt. Appelle, wie der des Landesministers Christoph Zöpel aus NRW, die SPD müsse endlich die »Meinungsführerschaft« in Fragen der Wirtschaftspolitik zurückerobern, beschreiben das grundlegende Defizit sozialdemokratischer Politik, das auch in München nicht aufgehoben wurde.

Beschäftigungsprogramm oder Beschäftigungsfarce?

»Unser Land steht an einem Scheideweg«, schrieb Hans-Dietrich Genscher, FDP-Vorsitzender, im August vergangenen Jahres an seine Parteifreunde. Es war der Brief, in dem er seine Partei auf den Sparkurs der beginnenden Haushaltsdebatte vorbereitete. Doch Genschers Aussagen weisen über den Sparhaushalt 1982 hinaus; sie markieren die Richtung für die 80er Jahre. Zum Beispiel:

- »Weitere Eingriffe in Leistungsgesetze erscheinen uns unvermeidlich.«
- »Die Kostenexplosion in der gesetzlichen Krankenversicherung fordert geradezu die Stärkung der Selbstverantwortung.«
- »Verbesserte Rahmenbedingungen für Investitionen ... schaffen Arbeitsplätze wirksamer und dauerhafter als noch so gut gemeinte Konjunkturprogramme.«

Und damit kein Mißverständnis aufkommt:

- »Diese Bewährungsprobe kann nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln bestanden werden.«
- »Die Höhe des Arbeitslosengeldes sollte noch einmal diskutiert werden.«
- »Wir glauben auch, daß das Problem von Karenz-Tagen bei der Lohnfortzahlung ... noch einmal angepackt werden sollte.«

In einem hat Herr Genscher recht: Wir stehen in der Tat am Scheideweg. Die Zeiten, in denen es möglich schien, es beiden Seiten gerecht zu machen, sind vorbei. Unwiderruflich. Der Staat kann nicht die Gewinne fördern, ohne die unternehmerische Entscheidungsautonomie anzutasten — und gleichzeitig die Vollbeschäftigung wieder herzustellen. Man kann nicht die Bodenspekulation weiterhin ins Kraut schießen lassen, eine mörderische Zinspolitik untätig hinnehmen — und gleichzeitig darauf vertrauen, es würden weiter Wohnungen gebaut. Man kann nicht den Unternehmern die Entscheidung über die berufliche Bildung überlassen, unter Verzicht auf Ausbildungsverpflichtung und Ausbildungsabgabe — und gleichzeitig den Berufsnotstand unserer Jugend beseitigen. Man kann nicht zugleich den Rüstungshaushalt Jahr um Jahr steigern — und das soziale Netz ausbauen.

Die frühere Wirtschaftspolitik hatte sich von derartigen Illusionen leiten lassen. Illusionen, die ihre Wurzeln im sogenannten Wirtschaftswunder der 50er Jahre hatten. Zu Zeiten mit außerordentlichem Wirtschaftswachstum mag es möglich scheinen, beiden zu dienen: den unternehmerischen Gewinninteressen in gleicher Weise wie den sozialen Interessen der abhängig Beschäftigten. Doch diese Zeiten sind dahin. Die Politik muß sich entscheiden, und die Gewerkschaften müssen kämpfen. Im gleichen Atemzug nämlich, wie einer Politik des scheinbar gerechten Interessenausgleichs der Boden entzogen ist, sind partnerschaftliche Lösungen nicht mehr möglich.

Nun, Herr Genscher hat die Entscheidung für sich gefällt. Für ihn war es übrigens noch nie schwer, die Klassenfrage zu erkennen und sie im Sinne seiner Klientel richtig zu entscheiden. Die Antwort lautet: Wenn's nicht mehr so läuft wie bisher, so muß der Vorrang der Unternehmervorteile sichergestellt werden durch Abstriche am Sozialen. Getreu der Devise: »Wenn's nicht mehr für alle reicht, springen die Armen ein.« (E. Bloch)

Es kennzeichnet den Zustand der sozialdemokratischen Regierungsmehrheit, daß Proteste gegen diesen unverfroren vorgetragenen Kurs der sozialen Demontage nur verhalten lautgeworden sind; im Gegensatz zu der Lautstärke, mit der der kleinere Koalitionspartner sich beeilt, wirtschaftspolitischen Beschlüssen von SPD-Parteitagern postwendend dema-

gogische Zensuren zu erteilen. Oder sollte die zurückhaltende Reaktion auf Genschers Aufruf zur sozialen Demontage mit der eigenen politischen Unsicherheit zusammenhängen? Ein solcher Eindruck drängt sich auf. Auch und gerade, wenn man sich die Gemeinschaftsinitiative, das als »Beschäftigungsprogramm« ausgegebene Paket der Bundesregierung vor Augen hält. Um es vorweg zu sagen: Mit Beschäftigung hat dieses Programm wenig gemein. Abgesehen von der Ausweitung zinsverbilligter Kredite, namentlich für kleine und mittlere Unternehmen, beschreitet das Programm die ausgetretenen Pfade der Gewinnförderung. Obwohl mittlerweile alle Experten zu einem anderen Ergebnis gekommen sind, hält die Bundesregierung unbeirrt an diesem Kurs fest. Um es zu wiederholen:

Gewinnförderungen, wie Abschreibungserleichterungen und Investitionsprämien, sind keineswegs gleichbedeutend damit, daß tatsächlich Investitionen getätigt werden. Der Investitionsrückgang der letzten Jahre liegt nicht daran, daß die Gewinne zurückgegangen sind. Im Gegenteil: In den letzten 20 Jahren haben sich die privaten Nettoprofiten nominal von 74 Milliarden DM (1960) auf 285 Milliarden DM (1980) vervierfacht, während die privaten Investitionen sich lediglich verdreifacht haben: von 51 Milliarden DM auf 147 Milliarden DM. An den schmalen Gewinnen kann's also nicht liegen, wenn die Investitionen zurückgehen.

Desgleichen ist es schierer Wunderglaube, im Zeitalter der Rationalisierung darauf zu setzen, daß Investitionen gleichbedeutend seien mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Im Zweifel ist das Gegenteil der Fall: Vorhandene Arbeitsplätze werden vernichtet. Und dies wird, tritt die Gemeinschaftsinitiative in Kraft, auch noch durch Steuergelder gefördert!

Ein solches Programm der Gewinnförderung mag für die Aktionäre der Firma Siemens und der Deutschen Bank hilfreich sein — den Beschäftigten und den Arbeitslosen bringt es nichts. Die Kehrseite des Programms ist weiterer Sozialabbau. Dies beginnt bereits mit der Absicht, die Investitionsanreize durch Erhöhung von Massensteuern zu finanzieren, nämlich durch eine vorgezogene Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Zugleich haben sich die Freien Demokraten als Preis eine Verschlechterung des Mietrechts ausbedungen. Der Mieterschutz wird aufgeweicht. Auch dies geschieht im üblichen Argumentationszusammenhang: Das soziale Mietrecht habe sich angeblich als Investitionshemmnis herausgestellt; Entrechtung des Mieters sei daher notwendig, um wieder anlagewilliges Kapital anzulocken. Mit anderen Worten: Damit die Allianz-Versicherung und damit der eine oder andere Zahnarzt oder Rechtsanwalt wieder Lust gewinnen, ihre überschüssigen Profite im Wohnungsbau anzulegen, wird der Mieterschutz abgebaut! Auf der gleichen Ebene liegt übrigens *der* sozialpolitische Skandal dieses Frühjahrs: die inzwischen in Kraft getretene Neufassung der Zumutbarkeitsregelung. Jedermann weiß, auch die Mitglieder der Bundesregierung wissen es: durch verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen bei der Vermittlung anderweitiger Arbeit wird keinem einzigen Arbeitslosen tatsächlich Arbeit verschafft. Wir leiden ja nicht deshalb unter Massenarbeitslosigkeit, weil etwa 2 Millionen Drückeberger unter uns leben, sondern weil 2 Millionen Arbeitsplätze fehlen. Der einzige Sinn der Abgruppierungsspirale ist, den Unternehmern eine Reservarmee billig zu entlohnender qualifizierter Fachkräfte zuzuführen, und zwar mit der langfristigen Folge der allgemeinen Lohndrückerei!

Jawohl, unser Land steht an einem Scheideweg. Nur, die Entscheidung muß prinzipiell anders ausfallen, wenn sie den Arbeitslosen Beschäftigung und den Arbeitern und Angestellten weiterhin soziale Sicherheit verschaffen will. Eine Wende in der Politik tut Not. Dafür gilt:

1. Wir müssen Abschied nehmen von Illusionen. Den friedlichen oder gar partnerschaftlichen Interessenausgleich gibt es nicht. Es sei denn, er ginge auf unsere Kosten.

2. Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ist keine Frage einer über den Parteien stehenden wirtschaftspolitischen Vernunft; sie ist daher auch keine Frage für Sachverständigengutachten. Vielmehr geht es um Interessen. Wer die Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrnehmen will, kann nicht gleichzeitig den Unternehmern dienen. Es wäre daher gut, die sozialdemokratische Regierungsmehrheit fände endlich zu dem gleichen klaren Interessenstandpunkt, wie ihn umgekehrt Herr Genscher schon immer eingenommen und lautstark vertreten hat.

3. Dies bedeutet: Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, also ein beschäftigungspolitisches Programm, das diesen Namen auch verdient, muß notwendig Abschied nehmen von einer Politik der Gewinn- und Investitionsförderung. Es muß vielmehr die öffentlichen Investitionen steigern, den öffentlichen Dienstleistungssektor ausbauen und öffentliche Nachfrage nach gesellschaftlich notwendigen Gütern und Dienstleistungen erweitern. Dies kostet Geld. Doch daran braucht's nicht zu scheitern; Finanzierungsspielräume entstehen nicht nur durch Verminderung des Rüstungshaushalts, sondern auch durch Erhebung von Arbeitsmarktbeitrag und Ergänzungsabgabe etc.

4. Mittelfristig ist es unerlässlich, den freien Entscheidungsspielraum der Unternehmer zu beschränken. Zum Beispiel: Wer öffentliche Gelder in Anspruch nimmt oder öffentliche Aufträge ausführt, muß sich auch entsprechenden Bindungen unterwerfen, was Arbeitsplätze, Arbeitsorganisation, Ausbildungsplätze und Qualifikationsniveau angeht. — Und wenn es richtig ist, daß durch neue Techniken die Produktionskapazitäten erweitert und die Produktionsgeschwindigkeit erhöht werden, so ist eben Arbeitszeitverkürzung an der Tagesordnung. Nicht nur durch Tarifvertrag, sondern auch durch Gesetz: etwa durch Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze und durch Reform der Arbeitszeitordnung.

Dies sind unverzichtbare Bestandteile eines Beschäftigungsprogramms. Jedes dieser Elemente richtet sich gegen die Interessen der Unternehmer. Ihr Widerstand ist daher vorprogrammiert. Ihn zu überwinden, ist nicht nur eine Frage der parlamentarischen Mehrheiten. Dazu bedarf es breiter Unterstützung. 50 Demonstrationen, wie etwa Anfang November des vergangenen Jahres in Stuttgart mit 70000 Beteiligten, wären in der Lage, bessere Ausgangsbedingungen für ein Beschäftigungsprogramm zu schaffen als 100 Sachverständigengutachten.

Auch hier mache sich niemand Illusionen: Ohne konkrete Auseinandersetzungen und ohne breite Mobilisierung wird ein solches Programm weder mehrheits- noch durchsetzungsfähig.

Diskussionsschwerpunkt

Michael Lucas

Die amerikanische Krise und der NATO-Doppelbeschuß

Das Wahlbündnis, das Ronald Reagan an die Macht brachte, wurde von den neuen Rechten, alten Rechten, Neo-Konservativen, »alt-Liberalen« und gemäßigten republikanischen Elementen getragen. Reagans Erfolg als Präsidentschaftskandidat, der vom rechtensten »wild-western«-Fügel des amerikanischen politischen Spektrums kommt, lag zum Teil an der Bereitschaft seiner Wahlkampfstrategen, in den letzten Phasen der Kampagne, Verhandlungen mit gemäßigten Republikanern und Multinationalen der Ostküste einzugehen.¹ Zu Beginn des Wahlkampfes bekam Reagan vorbehaltlose, politisch jedoch ungenügende Unterstützung von alten und neuen Rechtskräften, die schon bei der kompromißfeindlichen und deshalb gescheiterten Präsidentschaftskampagne von Barry Goldwater im Jahre 1964 aktiv waren. Hinter Reagan sammelten sich sowohl arbeitsintensive kleine und mittlere südliche und westliche Firmen wie auch größere nationale Ölkonzerne, von denen alle entschieden protektionistisch sind und sich wenig — wenn überhaupt — um europäische Wirtschaftsinteressen scheren. Diese Kräfte stehen aus ähnlichen Gründen den internationalen US-amerikanischen Öl- und anderen großen multinationalen Konzernen unmittelbar feindselig gegenüber, weil deren globale Expansion seit zwei Jahrzehnten die ausschließlich binnenwirtschaftlichen Interessen der kleinen und mittleren Firmen durch die Internationalisierung der amerikanischen Wirtschaft und das zunehmende Hineinströmen ausländischer Produkte bedroht hat.

Im Verlauf seines Wahlkampfes wurde durch den nicht aufzuhaltenden Popularitätsverlust Carters immer deutlicher, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Reagan die Wahlen gewinnen würde. Wichtige Teile des Ostküsten-Establishments, einschließlich solcher Persönlichkeiten wie Henry Kissinger, Bankier David Rockefeller sowie anderer Trilateralisten sowohl von der Demokratischen als auch von der Republikanischen Partei, traten hinter den Kulissen in Verhandlungen mit den Reagan-Kräften ein. Diese neue Unterstützung sicherte Reagans Sieg, vergrößerte sein Mandat und gab den gerade übergewechselten Internationalisten Mitspracherechte bei der zukünftigen politischen Linie und der Postenvergabe in der Regierung. Das Bündnis war stark genug, die Wahlen zu gewinnen, aber es garantierte gleichzeitig, daß die Reagan-Administration nicht in der Lage sein würde, ein zusammenhängendes konsistentes Programm zu formulieren, um die amerikanische politische Ökonomie in den Griff zu bekommen.

Die Wahl von Reagan markierte eine grundlegende Veränderung im traditionellen amerikanischen Wahlverhalten und spiegelt den Zusammenbruch der liberalen »Kalte-Kriegs-Koalition« von Unternehmen, Regierung und Arbeit wider.² Diese tiefgreifende Umwälzung hat eine Periode innenpolitischer Unruhe ausgelöst, die alle Ebenen staatlicher Macht und sozialer Schichten umfaßt. Bis zum Ende der Nachkriegsprosperität und dem Aufkommen ernster Stagnationserscheinungen in den 70er Jahren haben die verschiedenen innenpolitischen Kräfte noch mit Mühe innerhalb des Staates und des traditionellen Rahmens des Zwei-Parteien-Systems zusammengehalten. Inzwischen ist eine scharfe Polarisierung eingetreten, und gegenwärtig engagieren sie sich in einem immer mehr in der Öffentlichkeit ausgetragenen politischen Machtkampf, um ihre ökonomischen und politischen Interessen zu vertreten. Weder innerhalb der amerikanischen Machtstrukturen noch

in den Überresten der traditionellen Opposition existiert ein eindeutiger Konsens bezüglich der erwarteten politischen Entwicklungen in den 80er Jahren. Ein Symptom der herrschenden Verwirrung der innenpolitischen Lage hängt mit der Tatsache zusammen, daß es keine hegemoniale Fraktion gibt, die in der Lage wäre, die gegenwärtige amerikanische Politik zu bestimmen. Die Herausbildung eines neuen innen- und außenpolitischen Konsenses, die Ausarbeitung und Einführung eines neuen Modells der politischen und ökonomischen Entwicklung für die 80er und 90er Jahre, die Umstrukturierung der Wirtschaft und Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Arbeit, Kapital und Regierung sind untrennbar verbunden mit dem Zersetzungsprozeß bzw. Neuansatz in der amerikanischen Politik, der gerade im Gange ist.³

Der grundlegende Gegensatz in Reagans Haushalt zwischen Ausgabensteigerung bei der Verteidigung und Streichungen im Sozialetat hat in der öffentlichen Meinung unmißverständlich die historische Widersprüchlichkeit der Kalten-Kriegs-Politik ins Blickfeld gerückt: In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden hohe Militärausgaben von der Mehrheit der Amerikaner nur unter der Bedingung fortgesetzter Prosperität akzeptiert. Hohe Rüstungsausgaben, eine deflationäre Wirtschaftspolitik und ein Abbau des Wohlfahrtsstaates bedeuten deshalb eine einmalige ungewöhnliche Entwicklung für die amerikanische Innenpolitik in der Nachkriegszeit. Die Schwierigkeit, der sich die Reagan-Administration gegenüber sieht, wird in der rapiden Abnahme öffentlicher Unterstützung für den Präsidenten deutlich. Gemäß einer landesweiten Meinungsumfrage des Time-Magazins vom 5. April unterstützen 51 Prozent der Bevölkerung die Regierung nicht mehr und 52 Prozent sprechen sich gegen eine zweite Kandidatur Reagans aus. Die wichtigsten Gründe für den Verlust der Popularität sind laut Time die amerikanische Außenpolitik und die Angst vor einem Atomkrieg.⁴

Das Schwanken und die Unvorhersehbarkeit der gegenwärtigen innenpolitischen Entwicklung wird ebenfalls eindringlich durch das spektakuläre Wachstum der amerikanischen Friedensbewegung während der vergangenen sechs bis acht Monate demonstriert. Kaum, daß die Reagan-Regierung ihr vermeintliches Mandat für die enorme Erhöhung der Rüstungsausgaben gewonnen hatte, bekämpften nun viele von denjenigen Wahlkreisen, die für ihn gestimmt hatten, aktiv den Ausbau der amerikanischen Nuklearstreitmacht. Die gegenwärtige »freeze«-Kampagne für ein bilaterales Moratorium gegen die Herstellung von neuen Atomwaffen durch die Supermächte wird zu einer breitverankerten und potentiell größeren Bewegung als die Anti-Vietnam-Proteste in den späten 60er Jahren. Die Bewegung reicht von der konservativen Rechten bis zu alten und neuen Linken. Sie umfaßt Unternehmer, Gewerkschafter, religiöse Gruppen, hat eine wachsende lokale, regionale und nationale Basis in der Bevölkerung, und schließt Demokraten, Republikaner, Abrüstungslobbies, ein weites Spektrum von Berufsgruppen (Ärzte, Juristen, Künstler), Kongreßabgeordnete, Senatoren und selbst einige hochdotierte ehemalige Mitglieder des Militärs ein. Die Größe und der steigende Einfluß der »freeze«-Kampagne wird in der Entscheidung der Senatoren Edward Kennedy und Mark Hartfield deutlich, die Anfang März eine Resolution in den Kongreß einbrachten, die zum Einfrieren von Tests, Produktion und Stationierung nuklearer Waffen aufrief. Die Initiative wurde von 22 Senatoren und 150 Abgeordneten unterstützt.

Obwohl die »freeze«-Kampagne und die zunehmende Opposition gegen die US-amerikanische Politik in Mittelamerika, insbesondere in El Salvador, die Anti-Vietnam-Bewegung in Erinnerung ruft, gibt es eine Reihe grundlegender Unterschiede: im Gegensatz zu der Zeit des Vietnamkrieges, als die amerikanische Öffentlichkeit sich über die tatsächlichen

che finanzielle Belastung des Konfliktes nicht im Klaren war, stehen jetzt die wirtschaftlichen Kosten der Reaganschen Außenpolitik und militärischen Aufrüstung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Niemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte war die Erhöhung der Rüstungsausgaben im Bewußtsein der Amerikaner so eng verknüpft mit der erzwungenen Senkung des Lebensstandards wie heute. Unternehmerische Opposition gegenüber dem zu erwartenden hohen Defizit durch die Militärausgaben hat ebenfalls erheblich zugenommen. Die »Business-Roundtable«-Lobby, bestehend aus den 200 größten Konzernen des Landes, erklärte ihren Widerstand gegen das Wirtschafts- und Militärprogramm der Regierung mit dem Argument, daß das zu erwartende Haushaltsdefizit aufgrund der hohen Rüstungsausgaben mit den hohen Zinsen zusammenhänge und in der Folge die wirtschaftliche Gesundung blockieren werde.⁵

Nach 18 Monaten Amtszeit hat die Reagan-Administration mit wachsenden internen Widersprüchen im gesamten Bereich der Innen- und Außenpolitik zu kämpfen: wie groß der Rüstungshaushalt sein sollte, welche Haltung die USA gegenüber ihren NATO-Partnern, der Sowjetunion, China, dem Nahosten, Polen, Mittelamerika und anderen Teilen der Dritten Welt einnehmen sollte. Die Konflikte stellen nicht nur die alltägliche Effektivität der Reagan-Regierung in Frage, sondern tragen darüber hinaus zu der sich fortsetzenden Krisenentwicklung der internationalen Lage bei.

Der Zerfall des Kalten-Kriegs-Systems

Der Erfolg der steigenden militärischen und wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben der US-Regierung und die wachstumsfördernden Effekte dieser Politik auf führende europäische und japanische Wirtschaften war nur aufgrund eines einmaligen Zusammenfallens historischer Bedingungen möglich: 1. die überlegene ökonomische, politische und militärische Macht der Vereinigten Staaten am Ende des zweiten Weltkrieges; 2. weltweite Bedingungen für einen neuen Anlauf kapitalistischer Akkumulation, die auf der Entwicklung neuer und bereits existierender Technologien basierte; 3. die monetäre Macht der USA als ein Land mit den größten Goldreserven und Abkommen von Bretton Woods von 1944, das den Dollar zur Leitwährung in der internationalen Nachkriegswirtschaft machte. Aufgrund der Fähigkeit, mittels der Militärausgaben die zivile Wirtschaft *insgesamt* anzukurbeln und damit auch den Arbeitsmarkt zu erweitern, stärkte die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes die gesamte ökonomische Macht der USA und seine führende Rolle in Forschung und Entwicklung von neuen zivilen und militärischen Technologien. Die Vereinigten Staaten, obwohl immer noch die Nation mit dem größten Waffenpotential der Welt, haben ihre Position als führende ökonomische Macht eingebüßt. Der Dollar, einst glänzendes Symbol für amerikanischen Erfolg, wurde zum Motor internationaler Inflation und Zeichen der internationalen Wirtschaftskrise.

Darüber hinaus sind die langfristigen negativen Auswirkungen der Militärausgaben der USA immer offensichtlicher geworden: Seit den späten 60er Jahren hat die Fähigkeit der militärischen Forschung und Entwicklung, die zivile Wirtschaft anzuregen und auch neue Verwendungsmöglichkeiten der Militärtechnologie im zivilen Bereich zu eröffnen, erheblich nachgelassen.⁶ Weil die Militärindustrie äußerst kapitalintensiv geworden ist, trägt sie außerdem längst nicht mehr zu einer substantiellen Erhöhung der Beschäftigung bei. Das US-Militärbudget gilt heute als ein bedeutsamer ursächlicher Faktor der US-Inflation. Das Wegfallen der Forschungs- und Entwicklungsressourcen aus der zivilen Wirtschaft hat wesentlich dazu beigetragen, daß die USA heute unter den OECD-Ländern die niedrigste Zuwachsrate in der Produktivität hat.

Die Kalte-Kriegs-Koalition basierte auf einer abgeschwächten Form von New Deal-Formalismus und ausgedehnter Rüstungsproduktion. Sie verband Elemente der gemäßigten Rechten und der Linken — sowohl große und kleine Unternehmen, die Arbeiterklasse und Armee als auch einen größeren Teil der Liberalen und Linksliberalen. Dieser lose Verband gegensätzlicher Klassen und Interessengruppen hielt zusammen, verließ der amerikanischen Innenpolitik der Nachkriegszeit dadurch eine quasi unpolitische Stabilität und machte es auf diese Weise sowohl für die Demokratische wie für die Republikanische Partei möglich, sich wiederholt in Fragen der Außenpolitik zu einigen. Dies erforderte jedoch fortgesetzte Ausweitung der öffentlichen Ausgaben sowohl für die Ausdehnung des Kalten Krieges als auch des Wohlfahrtsstaates. Reformprogramme demokratischer Präsidenten wurden mit gleichzeitigen Erhöhungen im Militärhaushalt ausgeglichen, um immer wiederkehrende verleumderische Kritik der Rechten am Wohlfahrtsstaat-Liberalismus und »schleichenden Sozialismus« zum Schweigen zu bringen. Gleichmaßen übten die Arbeiterklasse und die Armen kaum Kritik am wachsenden militärisch-industriellen Komplex, der von der bürokratischen Gewerkschaftselite als eine Quelle der Prosperität bezeichnet wurde, solange die Arbeitslosigkeit und Inflation niedrig gehalten wurde.

Die Neue Rechte

Die Neue Rechte tauchte zum ersten Mal als eine Welle der Reaktion der Mittelschichten gegen die Bürgerrechts- und Protestbewegungen der 60er Jahre auf.⁷ Vorangetrieben wurde dieser Prozeß durch die Internationalisierung des amerikanischen multinationalen Kapitals während der 50er und 60er Jahre, sowie der steigenden ökonomischen Konzentration in den traditionellen Sektoren wie der Landwirtschaft, der verarbeitenden Industrie und dem Dienstleistungssektor. Kleine Bauern aus dem Mittelwesten, Laden- und Geschäftsinhaber sahen sich mit zunehmenden wirtschaftlichen Einbußen konfrontiert und machten das »östliche Establishment«, die Regierung und den Wohlfahrtsstaat verantwortlich für den Verlust ihrer provinziellen Welt.

Die Neue Rechte wird unmittelbar mit dem Eintreten für eine Rückkehr zum »laissez-faire« (= Freihandel ohne staatliche Eingriffe) identifiziert. Aber sie entwickelte sich zu einer beachtlichen Basisbewegung in der amerikanischen Politik erst in dem Moment, als sie Probleme wie den Zusammenbruch der Familie, die Forderungen der Frauenbewegung, Pornographie, Religionsunterricht in öffentlichen Schulen aufgriff und als »single-issue«-Bewegungen zur Geltung brachte. Die Ansprache der Neuen Rechten ist in diesem Zusammenhang nicht an Klassen- und traditionelle Parteilinen gebunden. Als nationale Bewegung ist die Neue Rechte ein gut koordinierter, aber höchst heterogener Zusammenschluß solcher »Ein-Punkt-Bewegungen« und sogenannter »Political Action Committees« (PACs) die sich um Finanzierung und Interessenvertretung der verschiedenen Strömungen der Neuen Rechten kümmern. 1978 kontrollierte die Neue Rechte bereits zehn Prozent des Kongresses, eine fünffache Zunahme seit 1972.

Die Industrialisierung des Südens und Westens, die durch die Ausdehnung des militärisch-industriellen Komplexes möglich geworden war, bildete die ökonomisch-politische Basis in den sogenannten »Sunbelt«-Staaten für den Aufstieg der Neuen Rechten. In die »Sunbelt«-Staaten gingen überdurchschnittlich viele Rüstungsaufträge während der 60er Jahre. Sie trugen dazu bei, daß neue regionale Zentren entstanden, die dem traditionellen Ostküsten-Establishment Konkurrenz entgegengesetzten und mächtige Wahlkreise entwickelten.

Die Neue Rechte und die Politik der Reagan-Administration

Die differenzierten Auswirkungen der Inflation auf die Neue Rechte und das multinationale Kapital unterstreicht wichtige Aspekte der Hauptkonfliktpunkte zwischen »Sunbelt« und östlichem multinationalen Kapital.

Das Einkommen der Kapitalisten der Neuen Rechten, das zum großen Teil aus Boden- und Ressourcen-Spekulationen kommt, ist relativ unverwundbar durch Inflation.⁸ Während Inflation tendenziell das Wachstum in primären und tertiären Sektoren des »Sunbelt« unterstützt, erhöht es die Kosten für die Erneuerung des fixen Kapitals.

In dem Maße wie Inflation die Erhöhung der Benzinpreise nach sich zieht, führt sie auch zur Entwertung älterer Technologien mit hohem Energiebedarf im industriellen Nordosten.⁹ Inflation senkt außerdem den Wert, und damit auch das internationale Ansehen des Dollar, destabilisiert die Weltpreise für Grundwaren einschließlich des Öls aus Nahost. Auf diese Weise bedroht Inflation die Möglichkeit für das multinationale Kapital, den Dollar als ein Instrument für amerikanische internationale Expansion zu nutzen.

Die unterschiedlichen Effekte der Inflation auf das »Sunbelt« und multinationale Ostküstenkapital führen zu ungelösten Hindernissen, mit denen die Reagan-Regierung bei ihren erfolglosen Versuchen, eine konsistente Innen- und internationale Politik einzuführen, konfrontiert ist. Östliche multinationale Investment-Interessen — und aus ähnlichen Gründen die führenden amerikanischen Verbündeten — haben die Reagan-Regierung unter zunehmenden Druck gesetzt, eine anti-inflationäre Politik zu verfolgen. Das könnte zum Beispiel in einer Form geschehen, in der die Rüstungsausgaben gekürzt werden und dadurch das Haushaltsdefizit verringert wird; oder durch Steuererhöhungen oder durch eine Kombination von beidem. Keine dieser Maßnahmen liegt jedoch im Interesse der Kapitalisten der Neuen Rechten, weil sie durch hohe Militärausgaben die Hochkonjunktur in dem »Sunbelt« nicht aufrechterhalten können.

Die tiefen Gegensätze der Reagan-Administration und ihre Unfähigkeit, eine geschlossene Innen- und Außenpolitik zu entwerfen, stammt nicht nur von den gegnerischen ökonomisch-politischen Interessen der Ostküste und regionalen Eliten, sondern auch von der Tatsache, daß die Gegensätze zwischen diesen beiden Gruppen keineswegs klar abgegrenzt sind. Vielmehr sind sie teilweise von gemeinsamen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Sachzwängen verwischt.

Einerseits teilt z.B. die Neue Rechte mit den Multinationalen einen grundsätzlichen Konsens über die Notwendigkeit einer militärischen Aufrüstung. Andererseits bleibt innerhalb dieses Konsenses Uneinigkeit über 1. wie groß der Rüstungshaushalt sein sollte, 2. welchen Waffensystemen (z.B. konventionelle oder strategische, und wenn strategische, welche) Priorität eingeräumt werden sollte.¹⁰ Beide Fragen sind nicht zu trennen von dem heftigen und z.Zt. kaum beherrschbaren Konkurrenzkampf der Militärabteilungen um größere Anteile an den begrenzten Verteidigungszuweisungen, da die einzelnen zur Debatte stehenden Waffensysteme in jeweils bestimmte Abteilungen fallen. Obwohl die Demarkationslinie zwischen den Neuen Rechten und der Multinationalen Elite nicht in jedem Fall deutlich sind, betonen die Neuen Rechten im allgemeinen die Priorität teurer strategischer Systeme, die die Wirtschaft der Sunbelt-Region anregen, während die Multinationalen auf der größeren Bedeutung der Aufstockung der amerikanischen konventionellen Streitkräfte beharren. Dieser Vorzug spiegelt zum Teil die Krise der nordöstlichen Indu-

Die amerikanische Krise und Europa

»Die augenblickliche US-Wirtschaftspolitik stellt wahrscheinlich eine größere unmittelbare Bedrohung für die globalen Interessen der USA dar ... als die Sowjets oder sonst irgendetwas.« (C. Fred Bergsten, Fall 1981)

Die von der Reagan-Administration geplanten Militärausgaben werden aller Erwartung nach ein Haushaltsdefizit von 109,5 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 1982 und ungefähr 90 Milliarden Dollar 1983 hervorrufen.¹² Der Rüstungshaushalt wird die Inflation anheizen und die internationale Position des Dollar bedrohen. Um die erwartete Inflation zu bremsen, wurde die lockere Haushaltspolitik mit einer straffen Geldpolitik verbunden. Der anti-inflationäre Effekt dieser Mischung wird jedoch von einem erheblichen Teil der Wirtschaftsfachleute stark angezweifelt.

Europäische Regierungen, allen voran die BRD und Frankreich, haben sowohl die amerikanische Hochzinspolitik als auch den Rüstungshaushalt kritisiert, weil beides eine kurzfristige wie langfristige wirtschaftliche Erholung blockiert. Obwohl die deutsche und französische Kritik an der US-Regierung vor kurzem schärfer geworden ist, bleibt sie doch solange, wie beide Regierungen weiterhin die allgemeine US-NATO-Aufrüstung der 80er Jahre unterstützen, schwach.

Die inkonsequente Kritik Bonns an den USA

Das deutlichste Beispiel für die inkonsequente Kritik der Bonner Regierung an der (Wirtschafts-)Politik der USA ist das Festhalten am NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979. Die Stationierung dieser Waffen bedeutet weit mehr als die bloße Ergänzung des Atomwaffenlagers der NATO durch zwei technisch verbesserte Raketensysteme. Pershing II und Cruise missiles sind wesentlicher Bestandteil einer globalen Militärstrategie, deren Umsetzung von der Verwirklichung weit umfassenderer konventioneller und atomarer Rüstungsprogramme abhängt.

Durch die Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses ist die ökonomische Zukunft der BRD, Europas und der Welt in die Rückkehr zum Kalten Krieg eingespannt, zu einer Zeit, in der die historischen Voraussetzungen, die dem Kalten Krieg den ökonomischen, politischen und militärischen Zusammenhang gaben, nicht mehr existieren. Der Kalte Krieg ist von der sich verschärfenden Krise der US-Ökonomie seit den späten 60er Jahren nicht zu trennen. Sogar die nur teilweise Unterstützung der gegenwärtigen Militär- und Außenpolitik der Reagan-Administration durch die Europäer kann die bereits heute schwerwiegenden internationalen Wirtschaftsprobleme, die mit der Stagflation in den USA zusammenhängen, nur zuspitzen. Daß die NATO-Alliierten zu größeren Militärausgaben genötigt werden, muß angesichts der strukturell bedingten Konkurrenz innerhalb der westlichen Allianz als ein Mittel erkannt werden, die Wirtschaft Europas zu belasten und sie eines Wettbewerbsvorteils zu berauben, eines Vorteils, dessen sich vor allem Westdeutschland erfreut, wo die Verteidigungsausgaben, verglichen mit denen der USA, gering sind.¹³

Die Kosten von Pershing II und Cruise Missiles

Die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles in Europa erlaubte den USA, sich die Option offenzuhalten, die Ausgaben für die Verteidigung Europas, die jährlich ca. 81 Mrd. Dollar betragen, zu senken.¹⁴ Der Hauptanteil dieser Summe fließt gegenwärtig in die konventionellen Rüstungsbereiche und Infrastruktur. Während der gesamten Nachkriegszeit haben die USA eine wachsende Zahl von Atomwaffen in Europa als kostenspa-

renden Ersatz für zusätzliche Aufrüstung bereitgestellt, die die europäischen Regierungen aus finanziellen und innenpolitischen Gründen immer abgelehnt haben. Es ist daher nicht auszuschließen, daß die Regierungen der BRD und der USA Pershing II und Cruise missiles als Mittel betrachten, sonstige Verteidigungskosten im konventionellen Bereich zu sparen. Dann könnte eventuell eine Teilreduzierung der in Europa stationierten US-amerikanischen Truppen ausgehandelt werden, ohne die durch den Kalten Krieg bedingten Spannungen zu mindern. Für sich betrachtet, könnten Pershing II und Cruise missiles durchaus weniger kostspielig sein als ihre konventionellen Äquivalente. Wenn man diese Waffensysteme dagegen als unverzichtbaren Bestandteil der geplanten Gesamtausgaben der USA betrachtet, wird deutlich, daß die Bereitstellung der neuen Waffensysteme in Europa von der Legitimierung eines erweiterten Rüstungswettlaufs und durch das Erfordernis anderer teurer strategischer und konventioneller Militärprogramme untrennbar ist. Die daraus folgenden ökonomischen und sozialen Belastungen würden aller Wahrscheinlichkeit nach neue soziale Spannungen und eine Verschärfung der bestehenden sozialen Konflikte zur Folge haben.

Eugen Rostow, Leiter der US-Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, benannte öffentlich das Verhältnis zwischen wachsender strategischer Streitkraft und der Fähigkeit der USA, konventionelle Kriege zu führen. »Meine These lautet, daß die Atomwaffen einen in allen Bereichen der Diplomatie und des konventionellen Krieges überzeugenden Einfluß haben, und in jener Krise konnten wir den Einsatz unserer Streitkräfte deshalb freizügig planen, weil wir wußten, daß die Sowjetunion sich eine Eskalation über die lokale Ebene hinaus nicht leisten konnte. Da unser atomarer Vorsprung sank, schwand dementsprechend unsere Fähigkeit, konventionelle Kräfte einzusetzen oder ihren Einsatz glaubhaft anzudrohen«.¹⁵ Rostows Argumentation folgte, müßten die USA, falls sie ihre ehemalige Supermacht-Position entweder im strategischen oder im konventionellen Bereich wiedererlangen wollten, damit einhergehend ihre Nuklearkapazität massiv ausbauen. Ohne diesen Ansatz sei die geplante Erweiterung im konventionellen Bereich (einschließlich der schnellen Eingreiftruppe) dementsprechend weniger effektiv, die Interessen der USA und des Westens zu verteidigen. Unterstellt, daß »konventionelle Effektivität« (einschließlich taktischer Atomwaffen) strategische Überlegenheit im atomaren Bereich voraussetzt, so besteht die klaffende Lücke in Rostows Argumentation in der Tatsache, daß heute aufgrund einer Vielzahl von politischen, militärischen und ökonomischen Faktoren deutlich zu Tage tritt, daß die Vereinigten Staaten nicht alle der geplanten Militärprogramme realisieren können. Angesichts der wachsenden »overkill«-Kapazität beider Supermächte im Bereich der strategischen Waffen, würden mögliche Kürzungen im Verteidigungshaushalt der Reagan-Regierung strategische Waffensysteme wie die MX-Rakete und der B1-Bomber betreffen. Dies wird auch von der wachsenden Bewegung für das Einfrieren des Ausbaus des strategischen Arsenal der USA nahegelegt. Falls Rostows Argument richtig ist, und falls die USA dazu gezwungen sind, ihre strategischen Pläne zurückzuschrauben, liegt es im Rahmen des Möglichen, daß die USA dazu gezwungen sein werden, ihre bereits angeschlagene Rolle als Weltmacht weiter einzuschränken. Dann stellt sich faktisch die Frage, ob sich dieser Prozeß durch eine militärische Niederlage bzw. durch eine erhebliche und unkontrollierbare Verschärfung der Kriegsgefahr durchsetzen wird. Die andere Möglichkeit besteht darin, daß eine solche Entwicklung durch massiven politischen Druck innerhalb der USA und von Seiten der europäischen Verbündeten auf die Reagan-Regierung verhindert wird. Hierin liegt die Bedeutung der Annahme oder Verweigerung von Pershing II und Cruise missiles durch die Europäer und wird deutlich, warum diese Ent-

scheidung seitens der BRD als historischer Angelpunkt für die politische, militärische und ökonomische Entwicklung Europas — wenn nicht der ganzen Welt — für die 80er und 90er Jahre betrachtet werden muß.

Das historische Dilemma der bundesdeutschen Regierung

»Die Friedensbewegung in Europa hat sich über den Atlantik ausgebreitet und wirkt zurück nach Ost-Europa ... Die Rufe nach riesigen Steigerungen der Rüstungsausgaben verwundern uns ebenso wie die absurden Erklärungen von offiziellen Vertretern der (Reagan-) Administration, daß wir einen Atomkrieg überleben können, wenn wir eine Schaufel haben und damit schnell genug ein Loch graben können. Es ist eine Art Krankheit, sich mit dieser Situation nicht zu befassen und ihr entgegenzutreten. Aber allmählich beginnen wir, diese Krankheit hinter uns zu lassen und uns mit ihr auseinanderzusetzen.« (Alan Crinston, Senator der Demokraten, März 1982)

Die Zustimmung zum NATO-Ratsbeschluß durch die Regierung der BRD und ihre Weigerung, sich der im In- und Ausland wachsenden politischen Opposition gegen die Entscheidung der NATO zu beugen, zeigt, daß die herrschende Führungsschicht in der BRD in einem ähnlichen Dilemma steckt wie die internationalistische Fraktion im Machtgefüge der USA. Die westdeutsche Führung ist sich bewußt, daß Reagans Hochrüstungspolitik eine Zunahme der ökonomischen, politischen und militärischen Instabilität im internationalen System verursachen könnte. Andererseits würde eine bedeutsame Verringerung der Militärausgaben, die Führungsrolle der USA und ihre bereits ausgearbeiteten Rüstungspläne weiter in Frage stellen.

Infolge des Sturzes der US-gestützten Regimes in der Dritten Welt (Iran, Nicaragua ...), scheint gegenwärtig keine Fraktion der amerikanischen Elite Abrüstung bzw. eine Beendigung des Wettrüstens mit Gelassenheit hinnehmen zu können. Reduzierungen werden bestenfalls von den weitsichtigeren Teilen der Führungsschicht der USA vorgeschlagen in der Hoffnung, daß auch ein-zurechtgestutzter Verteidigungshaushalt vereinbar ist mit dem Ziel, einerseits die militärische Stärke der USA aufrechtzuerhalten und andererseits internationale Zusammenarbeit und die von allen erhoffte ökonomische Gesundung zu ermöglichen. Aber der Umfang der »tragbaren« Reduzierungen bleibt höchst umstritten. Echte Alternativen zum Kalten Krieg werden nicht ernstlich erwogen, obgleich die ökonomische und politische Stabilität im internationalen Maßstab ohne solche Alternativen zunehmend unwahrscheinlicher wird.

Die Besonderheit des westdeutschen Dilemmas

Die Position der BRD unterscheidet sich von der der USA durch ein weit stärkeres ökonomisches Interesse an der Entspannungspolitik, durch die geographische Nähe zu den RGW-Staaten, durch die militärisch exponierte Lage zur Sowjetunion und durch die militärische Abhängigkeit von einer ausländischen Macht. Die BRD ist in dem historischen Widerspruch zwischen zwei grundsätzlichen Politikrichtungen für die 80er Jahre gefangen, die langfristig nicht gleichzeitig aufrechterhalten werden können: Die BRD kann entweder die Entspannungspolitik fortsetzen bzw. vertiefen, oder sie kann sich den aus Washington ergehenden Befehlen beugen. Aber dadurch wird die Entspannungspolitik in Europa weiter gefährdet, wenn nicht völlig zerstört.

Sollte der Bonner Balanceakt anhalten, könnten später unternommene Schritte, den Trend zum Kalten Krieg umzukehren, erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. In diesem Sinne könnte sich der Versuch, beide Optionen in einer sich weltweit ver-

schlechternden wirtschaftlichen Situation offen zu halten, als tragische historische Fehleinschätzung erweisen. Dies wäre nicht das erste Mal in der deutschen Geschichte.¹⁶

Die gegenwärtige Politik der Bonner Regierung unterschätzt zum einen die Stärke der Kalten-Kriegs-Fraktion in den USA und deren unnachgiebige Entschlossenheit, ihre militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mittel einzusetzen, um der Welt einen neuen Kalten Krieg aufzuzwingen und zum anderen die Geschlossenheit, mit der eine beachtliche Gruppe amerikanischer Falken in- und außerhalb der Regierung den Aufbau einer Kriegsmaschinerie betreibt und diesen Apparat als aggressives diplomatisch-militärisches Instrument benutzt.¹⁷ Allein die Errichtung dieses Apparates könnte die europäische Entspannungspolitik schlagartig beenden und damit schweren politischen und ökonomischen Schaden für sämtliche europäische Staaten anrichten. Durch die Annahme von Pershing II und Cruise missiles würde die Regierung der BRD den Einfluß einiger der rückschrittlichsten Kräfte in der amerikanischen Politik — einschließlich der Neuen Rechten — stärken, einer geopolitisch verwerflichen, ökonomisch kurzsichtigen und politisch gefährlichen Machtgruppe von Emporkömmlingen, die durch eine Wiederbelebung einer sterbenden pax americana ihr eigenes historisch überholtes Dasein zu retten versucht, koste es die Welt, was es wolle.

Die Multinationalisten in den USA sind sicherlich historisch erfahrener und »rationaler« als die Neue Rechte, aber sie sind kaum allein in der Lage, den Hang zu einem neuen Kalten Krieg aufzuhalten. Deswegen Hoffnungen und politische Berechnungen auf diese Gruppierung als Garant der Sicherheit und der ökonomischen Interessen Europas zu setzen, käme einer gefährlichen Überschätzung der Interessen der Multinationalisten in den USA an der Fortsetzung der europäischen Entspannungspolitik und einer Unterschätzung ihrer geteilten Interessen und ihrer Abhängigkeit vom Kalten-Kriegs-Establishment gleich.

Die Frage der Abkopplung

Wenn man die Prämisse akzeptiert, daß die von der Reagan-Administration betriebene Politik des Kalten Krieges ein herausragendes Symptom und mit eine Ursache der heute tiefer werdenden Risse und politischen Fehlentwicklungen in den USA sind, sollte klar sein, daß die Intensivierung des Kalten Krieges das genaue Gegenteil stabiler Rahmenbedingungen für die Entwicklung Europas und der Welt in den 80er und 90er Jahren ist. Blieben die europäischen Staaten weiterhin an die USA ange koppelt, anstatt unterschiedene Schritte zur Abkopplung von den USA einzuleiten, bedeutete dies den Import der sich vertiefenden Widersprüche der Politik des Kalten Krieges in den USA in ihre eigenen Volkswirtschaften. Die Verwirrung und die Wankelmütigkeit der heutigen amerikanischen Innenpolitik müßten für die Europäer Grund genug sein, die gegenwärtige Regierung der USA mit Skepsis zu betrachten. Der Zusammenbruch der Kalten-Kriegs-Koalition und das Nichtvorhandensein eines tragfähigen Ersatzes hat, wie schon gezeigt, eine Periode turbulenter Auflösung und Umbildung des politischen Machtgefüges nach sich gezogen.

Ein wichtiger Faktor in diesem Prozeß wird die Neubildung fortschrittlicher oppositioneller Kräfte sein, ohne die die spürbare Verringerung der US-Rüstungsausgaben unwahrscheinlich ist. Die jüngste Entwicklung der amerikanischen Abrüstungsbewegung und der landesweit wachsende Protest gegen das Wirtschaftsprogramm Reagans, vor allem gegen die drastischen Kürzungen der Sozialleistungen, könnte zum Aufbau eines minimalen demokratischen Konsenses und zu einer Bewegung der politischen Erneuerung beitragen, die nicht auf dem Kalten Krieg basiert.

Schlußfolgerung

Während der gesamten Nachkriegszeit haben die USA militärische Ausgaben als Mittel zur Verzögerung langfristiger Lösungen struktureller politischer und ökonomischer Probleme auf nationaler und internationaler Ebene eingesetzt. Daß Militärausgaben als wirtschaftliches Belegungsmittel in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegsära eine machbare Politik darstellten, ist weitgehend dem Vorhandensein spezifischer Bedingungen, die damals für den kapitalistischen Aufschwung günstig waren, zuzuschreiben. Die dauerhafte Depressionsphase, die nun weltweit vorherrscht, kann den Kalten Krieg als Modell für ökonomische und soziale Entwicklung offensichtlich nicht aufrechterhalten. Der Versuch der USA, die gegenwärtige Krise durch Verschärfung des Kalten Krieges zu überwinden, ist unter den heutigen historischen Bedingungen eine verzweifelte, letztlich hoffnungslose Politik, die, wenn sie konsequent verfolgt wird, zu einer politischen und ökonomischen Katastrophe nie gekannten Ausmaßes führen kann. Bevor aber ein eventueller Zusammenbruch der existierenden politischen Strukturen eintreten würde, könnte jener Gruppierung, deren Existenz untrennbar verbunden mit der Fortdauer des Kalten Krieges ist, der begrenzte Atomkrieg als letzter Ausweg erscheinen.

Wenn die Welt die Ära des Kalten Krieges überwinden will, ist es zweifelhaft, ob die drängende Aufgabe der Erneuerung von den etablierten Parteien der sozial-liberalen Koalition in der BRD oder von der Demokratischen oder Republikanischen Partei in den USA geleistet werden kann. Diese drei politischen Kräfte sind selbst Produkte des Kalten Krieges und erscheinen zu korrupt, um die führende Rolle in einem Prozeß sozialökonomischer Erneuerung im nationalen und internationalen Maßstab einnehmen zu können. Diese Aufgabe wird grundsätzlich die Arbeit einer Bewegung sein, die jedes materielle Interesse am Kalten Krieg verloren hat und sich genügend soziale Vernunft und Liebe zum Leben bewahrt hat, um zwischen einer Politik der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und einer Politik, die entschlossen ist, die Zerstörung der Gesellschaft zu riskieren, unterscheiden zu können. Durch die Annahme von Pershing II und Cruise missiles würden die Regierungen der BRD und anderer europäischer Staaten jenen Kräften für wirtschaftliche und politische Veränderungen, die versuchen, den Kurs der Reagan-Administration umzukehren, einen schweren, möglicherweise nicht mehr umkehrbaren Schlag versetzen. Andererseits würde die Regierung der BRD durch die Verweigerung von Pershing II und Cruise missiles ein positives Zeichen gegenüber jener embryonalen Opposition setzen, die notwendige Voraussetzung ist für die Reduzierung des Rüstungshaushalts Reagans, für die Verringerung der zunehmenden Gefahr eines Atomkriegs und für die Möglichkeit, eine weltweite wirtschaftliche und politische Katastrophe in den 80er Jahren zu verhindern.

Dank für die Unterstützung an: E. Krippendorff, A. Rudtke, C. Rix-Mackenthun, R. Meck und A. Statz.

Anmerkungen

- 1 Thomas Ferguson/Joel Rogers, *The Reagan Victory: Corporate Coalitions in the 1980 Campaign*, in: Ferguson/Rogers (Hrsg.), *The Hidden Election*, New York 1981, S.48. Siehe auch eine gekürzte deutsche Fassung des Aufsatzes in Prokla 44.
- 2 Zum Wahlverhalten und den Wählerbewegungen beim Sieg Reagans siehe Walter Burnham, *The 1980 Earthquake: Realignment Reaction or What?* In: Ferguson/Rogers (Hrsg.) 1981, S.98f.

- 3 In einer Sonderausgabe von Business Week mit dem Titel *The Re-industrialization of America* (Nov.-Dez. 1980), wird Optimismus verbreitet, das die gegenwärtige Wirtschaftskrise durch einen »neuen Sozialvertrag zwischen Unternehmen, Arbeit, Regierung und Minderheiten« überwunden werden könnte. Felix Rohatyn, der Investment Bankier von Wall Street glaubt in einer häufig zitierten Analyse, daß weder liberale Politik der Vergangenheit noch vorgeschlagene konservative Lösungen, wie eine Rückkehr zu Prinzipien des freien Marktes, große Chancen auf Erfolg haben. Nach seiner Auffassung ist es wahrscheinlicher, daß die Anwendung verstaubter Lösungen einen »Notstand« in den 80er Jahren hervorrufen wird und dann eine Restrukturierung der Wirtschaft gemäß den Prinzipien von mehr staatlicher Intervention und zentralisierter Wirtschaftsplanung ernsthafte Aussichten hätte, eingeführt zu werden (F. Rohytyn, *The Coming Emergency and What Can be Done About it*. In: *New York Review of Books*, 4.12.1980).
- 4 *Time* v. 5.4.1982; *Frankfurter Rundschau* v. 29.3.1982. Siehe auch »Some Blue Collar Workers Desert Reagan« und »AFLCIO Proposes Changes in Reagan Budget«, in: *International Herald Tribune* (IHT) v. 17.2.1982.
- 5 »US Business Leaders Opposes Deficits« IHT v. 5.3.1982.
- 6 James Cypher, *The Basic Economics of »Rearming America«* in: *Monthly Review*, Nov. 1981.
- 7 Über die Neue Rechte siehe Alan Crawford, *Thunder on the Right and the Politics of Resentment*. New York 1980.
- 8 Mike Davis, *The New Right's Road to Power*, in: *New Left Review*, Juli/August 1981.
- 9 Ebd.
- 10 Siehe z.B. »A Modest U.S. Strategy Proposal« von dem früheren General und amerikanischen Botschafter Maxmell Taylor, in: IHT 19.1.1982.
- 11 Zur Beziehung zwischen Armee, staatlichen Militärausgaben und dem Chrysler Konzern, der kürzlich einen größeren Auftrag zur Panzerproduktion bekommen hat, siehe Cypher, op cit.
- 12 IHT v. 6./7.2.1982.
- 13 Zu den amerikanisch-europäischen Beziehungen siehe Krippendorff/Lucas, *Eines Tages werden wir Amerikaner über die Zerstörung Europas nachdenken müssen*«, in: Albrecht/Gantzel u.a. (Hrsg.), *Weltpolitik. Jahrbuch für Internationale Beziehungen I*, Frankfurt/M. 1981. Siehe Michael Lucas, *Reagans Erneuerung des Kalten Krieges. Hintergrund und Formen der neuen US-Militärpolitik*, in: *Dollars und Träume* Nr. 4 (Hamburg 1981).
- 14 Die Zahlen entnahm ich David Calleo, *Inflation and American Power*, in: *Foreign Affairs*, Frühjahr 1981, S.807ff.
- 15 Zeugenaussagen vor dem Senatsausschuß für Auslandsbeziehungen im Sommer 1980, in: *Guardian* (New York) v. 17.2.1982.
- 16 Vgl. dazu auch den Aufsatz von Rix-Mackenthun/Satz in diesem Heft.
- 17 Zur Führbarkeit eines Atomkrieges als eine Politikalternative siehe Colin Gray und Keith Payne, *Victory is Possible*, in: *Foreign Affairs* Nr. 39/1980 sowie Wilhelm Bittorf (Hrsg.), *Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher*, Hamburg 1981. Zur Geschichte des Gebrauchs nuclearer Bedrohungen in der internationalen Diplomatie und während militärischer Konflikte der Nachkriegszeit siehe Daniel Ellsberg, *Call to Mutiny*, in: E.P. Thompson/Dan Smith (Hrsg.): *Protest and Survive*, New York 1981.
- 18 Die Rüstungs- und Wirtschaftspolitik von Reagan hat ein Spektrum von liberalen, linken, ultralinken und anarchistischen Parteien und Bewegungen mobilisiert, die alle Möglichkeiten von Bündnissen und gemeinsamen Aktionen diskutiert haben. Am 28.3.1982 wurde eine Organisation gegründet, die sich »Demokratische Sozialisten von Amerika« nannte, und eine Massenveranstaltung von einigen hundert politischen Gruppen einschließlich Vertretern der Gewerkschaften abhielt. Siehe dazu »USA-Gründungskongreß der »Democratic Socialists« of America. Weg zum Sozialismus. In: *Die Tageszeitung*, 29.3.1982.

Christiane Rix-Mackenthun und Albert Statz

Das kleinere Übel in der Klemme

SPD-Außenpolitik in ihrer Vermittlerrolle zwischen den USA und Westeuropa

I. Einleitung

Als die sozialliberale Koalition 1969 mit ihrem Programm der inneren und äußeren Reformen antrat, war die internationale Lage geprägt von dem Bemühen nach Entspannung und friedlicher Koexistenz zwischen Ost und West. Die verkrusteten christdemokratischen Kalte-Kriegs- und Alleinvertretungsvorstellungen waren nicht mehr gefragt, sie brachten die BRD vielmehr zunehmend in die internationale Isolierung. »Die sozialliberale Koalition hat, die damaligen Zeichen der Zeit erkennend, sich sozusagen in letzter Minute auf den fahrenden Zug geschwungen«, meinte Bundeskanzler und Pragmatiker Schmidt 1981 in einem Zeit-Interview.¹ Den innenpolitischen Rückhalt verschaffte sich die sozialliberale Regierung zunächst durch eine Reformpolitik, die unter dem Stichwort »mehr Demokratie wagen« eine breite Mobilisierung der Bevölkerung bewirkt. Die Klammer der Koalition war jedoch die außenpolitische Option: mit der Entspannung sollte der alte Widerspruch von Westintegration und Wiedervereinigung versöhnt werden, der in den fünfziger Jahren durch eine Politik der Stärke einseitig zugunsten der Westintegration aufgelöst worden war. Die »autonome Rationalität des Modells Bundesrepublik«² trat an die Stelle des Provisoriums BRD. Gesellschaftspolitisch beruhte dieses »Modell Deutschland« auf einer engen Bindung zwischen SPD und Gewerkschaften, die in ein System außenwirtschaftlicher Expansion integriert werden konnte, das seinerseits die Grundlage für reformpolitische Maßnahmen bot.³

Außenpolitisch gehorchte sozialliberale Politik dem Primat integrativer, auf friedlichen Interessensausgleich gerichteter Strategien politischen Handelns. Mit der Politik des »Wandels durch Annäherung« gegenüber dem Ostblock gab sie einerseits den alten Anspruch westdeutscher Außenpolitik, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, faktisch auf; andererseits schuf sie aber auch eine Instabilität innerhalb des sozialistischen Blocks. Interessenswidersprüche vor allem in der Dritten Welt versuchte sozialliberale Außenpolitik ebenfalls integrativ, durch Reformen des Weltwirtschaftssystems und Umverteilung, zu lösen, ohne jedoch die kapitalistischen Grundlagen in Frage zu stellen.

Die wachsende Militanz der Außenpolitik Carters und vor allem Reagans setzt der reformistischen Logik westdeutscher Außenpolitik zunehmend Grenzen. Sie macht zudem die Voraussetzungen dieser Politik tendenziell hinfällig: nur solange eine grundlegende Übereinstimmung mit der Außenpolitik der USA bestand, besaß die bundesdeutsche Regierung den Handlungsspielraum, in dem sowohl ihre unterschiedlichen Interessen in den weltwirtschaftlichen Beziehungen wie ihre außenpolitischen Strategien des Interessensausgleichs zur Geltung kommen konnten.

Während in den fünfziger Jahren die an die USA gebundene Sicherheitspolitik und die Politik des Interessensausgleichs mit den westeuropäischen Nachbarn noch zusammenfielen und sich in den siebziger Jahren die Widersprüche vornehmlich im Bereich der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen zuspitzten, bildet sich nunmehr eine allgemeinere Linie der Interessensunterschiede zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern heraus. Die Deutschland- und Berlinpolitik macht die BRD sicherheitspolitisch unmittelbarer von den USA abhängig als andere westeuropäische Länder. Andererseits aber verschafft die führende wirtschaftliche und politische Stellung innerhalb Westeuropas der BRD außenpolitischen Handlungsspielraum, mittels dessen sie sich als »Mittelmacht« dar-

stellen kann. So ist die sozialliberale Außenpolitik heute vor die Aufgabe gestellt, ihre Position zwischen Anbindung an die USA und die NATO bei gleichzeitiger Vertretung eigenständiger westeuropäischer Interessen einerseits und dem eigenen Interesse an einem Ausgleich mit dem Osten andererseits für eine Vermittlerrolle auszunutzen. Sie sucht eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners zu formulieren, die sich nach allen Seiten als »kleinere Übel« ausgeben kann. Der Charakter und die Perspektiven dieser Politik zwischen NATO-Raketenbeschluß, US-Globalstrategie, wachsenden Widersprüchen im westlichen Bündnis und Entspannungspolitik sollen im folgenden untersucht werden.

II. Die Veränderungen in den atlantischen Beziehungen

Nach dem Zweiten Weltkrieg besaß die USA eine absolute Vormachtstellung auf dem kapitalistischen Weltmarkt, die sie dazu nutzte, Westeuropa zu einem aufnahmefähigen Markt für amerikanische Produkte und amerikanisches Kapital zu machen und mit diesen ökonomischen Mitteln und ihrer politisch-militärischen Dominanz in einen antikommunistischen Block zu integrieren.⁴ In dem Maße, in dem Westeuropa jedoch vom Juniorpartner zum Hauptkonkurrenten der USA auf dem Weltmarkt aufstieg, entwickelten sich unterschiedliche ökonomische und politische Interessen. Die amerikanische Nachkriegsordnung wurde zunehmend in Frage gestellt. Der ökonomische Einflußverlust der USA, der beispielsweise durch die Auflösung des Systems von Bretton Woods 1973 deutlich wurde, hatte auch den Verlust der politischen Dominanz auf internationalem Gebiet zur Folge, wie dies die Niederlage im Vietnam-Krieg und der Verlust des Iran als Stützpfiler amerikanischen Einflusses im Persischen Golf zeigte.

Hatten die Länder der Dritten Welt in der unmittelbaren Nachkriegszeit für die internationalen Beziehungen noch kaum eine Rolle gespielt, änderte sich das grundlegend sowohl mit der Auflösung der Kolonialreiche und der Entwicklung nationalen Selbstbewußtseins sowie dem Willen zur selbständigen Bestimmung der nationalen Entwicklungswege, als auch mit der zunehmenden Abhängigkeit vor allem Westeuropas von den Rohstoffen aus diesen Regionen. Die Länder der Dritten Welt wurden zum Angelpunkt in den Auseinandersetzungen zwischen den Blöcken um die Sicherung bzw. Gewinnung politischen Einflusses. Sie spielen aber auch im Rahmen der sich in der Weltwirtschaftskrise verschärfenden innerimperialistischen Konkurrenz zwischen den USA und Westeuropa eine bedeutende Rolle. Der Nahe Osten steht hierbei im Vordergrund, da hier die Achillesferse vor allem der westeuropäischen Ölversorgung liegt.

Militärisch verfügen die USA über ein Monopol in dieser Region, mit deren Hilfe sie über die Einhaltung der westlichen Interessen wachen.⁵ Für Westeuropa hat das den Vorteil, von den ökonomischen Lasten der militärischen Verteidigung der eigenen Interessen weitgehend befreit zu sein.⁶ Eine neue Arbeitsteilung im Rahmen der NATO soll die europäischen Verbündeten aufgrund der bereits angedeuteten Abhängigkeit von Rohstoffen aus der Dritten Welt und eigener mangelnder militärischer Präsenz in diesen Gebieten stärker an die USA binden. Diese Abhängigkeit wird durch die Stationierung der Mittelstreckenraketen auf dem Territorium der westeuropäischen Staaten verstärkt, solange die USA über den Knopf verfügen, der die atomare Vernichtung einleiten würde. Die Bedrohung der Sowjetunion durch die amerikanischen Waffen könnte diese davon abhalten, außerhalb ihres unmittelbaren Einflußgebietes (aber auch schon innerhalb, wie Polen zeigt) in einer Weise tätig zu werden, die den Interessen der Amerikaner zuwiderläuft. Erpreßbar wird aber damit nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die westeuropäischen NATO-Partner, auf deren Territorium ein atomarer Schlagabtausch stattfinden würde.

Im Jahre 1979 gab der frühere Außenminister Henry Kissinger deshalb den westlichen Verbündeten zu verstehen, daß sie sich nicht mehr ausschließlich auf die amerikanische Sicherheitsgarantie verlassen sollten. Mit anderen Worten: die Amerikaner verlangen eine Neufassung der Arbeitsteilung im Rahmen der NATO. Ein höherer eigener Verteidigungsbeitrag der westeuropäischen Verbündeten und ein teilweiser Abzug amerikanischer Truppen aus Europa, die den Haushalt der USA entlasten könnten, hätten gleichzeitig im Rahmen der innerimperialistischen Konkurrenz für die Vereinigten Staaten den Vorteil, daß damit die Wirtschaften der Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt durch die höheren Rüstungslasten geschwächt würden. Außerdem, so belehrte Kissinger seine westeuropäischen Verbündeten, würden die USA die westlichen Interessen ohnehin nicht zu verteidigen bereit sein, solange dies nur unter dem Risiko der eigenen territorialen Zerstörung geschehen könnte.⁷

Für Bundeskanzler Helmut Schmidt war dies jedoch nichts Neues. Kissingers Hinweis zur amerikanischen Sicherheitsgarantie in Westeuropa entsprach seinen Überlegungen, wie er sie zur Begründung der Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen bereits 1977 im Londoner Institut für Strategische Studien angestellt hatte. Mit der Herstellung des nuklearstrategischen Gleichgewichts nach SALT II, so Schmidt damals, sei eine Abschreckungslücke entstanden, da die Potentiale der USA und der Sowjetunion sich nunmehr neutralisieren würden. Das hieße, daß den USA nicht zugemutet werden könne, seine europäischen Verbündeten nuklear zu beschützen, da dies nur um den Preis der eigenen Vernichtung möglich wäre. Damit hätte aber die strategische Streitmacht der USA im Sinne der NATO-Abschreckungsdoktrin keine Glaubwürdigkeit mehr. Die Sowjetunion würde neue Handlungsfreiheiten gewinnen. Dem müßten deshalb neue eurostrategische Waffen entgegengestellt werden, um die Abschreckung wiederherzustellen.⁸ Die amerikanische Administration unter Carter reagierte zunächst ablehnend auf den Gedanken, neue eurostrategische Waffen zu stationieren. Die vorhandenen Potentiale wurden als ausreichende Bedrohung bezeichnet.⁹ Erst Ende 1978 und schließlich mit dem Erlaß der Presidential Directive 59 Anfang 1979 schlug die US-Regierung einen härteren Kurs gegenüber der Sowjetunion ein.¹⁰

Was in der immanenten Logik der Abschreckung — wenn auch wider seine eigene Einsicht Anfang der 60er Jahre — von Schmidt noch als Strategie gedacht gewesen sein mochte, die USA wieder an Westeuropa »anzukoppeln«, wurde durch die Veränderung der amerikanischen Strategie und die Durchsetzung der Landstationierung der Mittelstreckenraketen zu einer eindeutigen Bestärkung der »Abkopplung« Westeuropas von einer amerikanischen Sicherheitsgarantie. Der NATO-Doppelbeschluß, der den »Konsens« zwischen den USA und vor allem der BRD als wichtigstem westeuropäischem Partner nach der Verschärfung der amerikanischen Aufrüstungspolitik festschreibt, ist dabei nur ein Teil dieser Politik; eine Aufrüstung mit seegestützten Raketen im strategischen, konventionellen und chemischen Bereich wird in den nächsten Jahren hinzukommen.¹¹

III. Die Strategie westdeutscher Außenpolitik: Handlungsspielräume durch Vermittlung

Aufgrund der Bindung an die Konzeption von Sicherheit in Europa, wie sie die USA über die NATO in Westeuropa verankert haben, konnte die sozialliberale Regierung auf die amerikanische Abkehr von der Entspannungspolitik nur dadurch reagieren, daß sie diesen Wandel mitvollzog, ja zum Teil vorwegnahm, dabei aber in Widerspruch zu ihren eigenen Interessen geriet. In dieser Situation entwickelte sich westeuropäische und transatlantische

Politik immer weiter auseinander, so daß die BRD vor einem Dilemma stand: ihre Politik war oft deshalb so effektiv gewesen, weil sie ihre außenpolitischen Interessen sowohl im atlantischen als auch im westeuropäischen Rahmen als »gemeinschaftliche« ausgeben konnte. Eine multilaterale Diplomatie in den bestehenden Institutionen der NATO und Westeuropas sollte dieses Ziel verfolgen. Die immer deutlicher werdende ökonomische Vormachtstellung in Westeuropa und die gleichzeitig wachsenden Widersprüche im Bündnisystem verminderten jedoch die Möglichkeiten einer solchen Strategie.¹² Ein ökonomischer Riese, der seine politische Existenz als Zwerg überwindet und sich damit in der Konsequenz anzuschicken droht, auch militärisch eine eigenständigere Politik zu betreiben, ruft bei den westeuropäischen Nachbarn alte Befürchtungen wach. So muß die Bundesregierung alle Kraft daran setzen, den institutionellen Zusammenhalt zwischen den kapitalistischen Ländern zu stärken und aufgrund ihrer zwiespältigen Lage eine Vermittlerposition einzunehmen. Diese besteht gerade darin, die falsche Alternative aus den frühen sechziger Jahren zu vermeiden, zwischen einer »atlantischen« Orientierung, für die das Verhältnis zwischen der BRD und den USA die Grundlage für Europapolitik darstellte, und einer »gaullistischen« Konzeption, die die Beziehungen zu den USA auf eine gemeinsame westeuropäische Politik stützen wollte, wählen zu müssen.¹³

Diese Politik des »Vermittlers«, die der weltmännischen Pose des Bundeskanzlers Schmidt Gewicht verlieh, sich aber inzwischen nur noch als »kleineres Übel« legitimieren kann, ersetzte das Charisma Brandts, das sich mit der Aussöhnung gegenüber dem Osten überlebt hatte. Die Restriktionen in ihrem außenpolitischen Verhalten, die der BRD auch ein Vierteljahrhundert nach Ende des zweiten Weltkriegs noch auferlegt sind, wurden durch eine Politik der Selbstbeschränkung, nämlich ihre ökonomische Stärke nicht unmittelbar und offensiv oder gar militärisch in Politik umzusetzen, ins Positive gewendet, um alte Handlungsspielräume zu sichern und neue zu eröffnen. Die BRD konnte einmal ihre starke Stellung in der EG, die sich vor allem über den Hebel der nationalen Beiträge zum EG-Budget und der Stärke der deutschen Mark im Europäischen Währungssystem ausdrückt, dazu benutzen, eigene Interessen im westeuropäischen Zusammenhang stärker durchzusetzen.¹⁴ Ihre besonderen Beziehungen zu den USA ermöglichten der BRD zum anderen, innerhalb der Vereinigten Staaten westeuropäische Interessen zu vertreten und für ihre Vermittlerrolle »Verständnis zu wecken«. Eigene Interessen brauchten dabei häufig nicht als solche deutlich gemacht zu werden, sondern konnten in den Hintergrund treten.

In der Sache nahm die BRD insofern eine Zwischenstellung ein, als sie bei den divergierenden wirtschaftlichen Interessen und wirtschaftspolitischen Konzeptionen eine Politik der Liberalisierung auf dem Weltmarkt vertrat, die von anderen EG-Mitgliedsstaaten, insbesondere Frankreich, in diesem Ausmaß nicht geteilt wurde, sondern den Positionen der USA näherstanden. Da aber der Zusammenhalt der EG für die BRD den Ausgangspunkt darstellt, von dem aus sie ihre eigenen Interessen besser vertreten kann¹⁵, gibt ihr die Mittlerstellung ein Gewicht in den Verhandlungen nach beiden Seiten. In Richtung auf die anderen Mitgliedsstaaten der EG sucht sie eine protektionistischere Politik zu verhindern, während die Vertretung gemeinsamer westeuropäischer Interessen gegenüber den USA, z.B. die Kritik an deren Hochzinspolitik und deren verschleiertem Protektionismus, mit dem Argument an Bedeutung gewinnt, schließlich halte die BRD die anderen EG-Mitgliedsstaaten von der schärferen Gangart eines Handelskrieges gegenüber den Amerikanern ab.

Das »Boycott-Jahr« 1980 zeigte eine weitere Strategie der BRD auf: ihr genuines Inter-

esse am Osthandel und an einer Fortführung der Entspannungspolitik legte ihr als außenpolitisches Verhalten nahe, mit Unterstützung der westeuropäischen Länder die amerikanischen Boykottaufforderungen zurückzuweisen oder zu unterlaufen.¹⁶ Der verbalen Solidarität mit den USA in der Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan folgten keine Taten, die für die Sowjetunion von größerem Nachteil gewesen wären. Das amerikanische Getreide-Embargo wurde in der Praxis unterlaufen, indem ein beträchtlicher Teil der Ersatzlieferungen aus dem EG-Raum kam. Der Osthandel stieg im gleichen Jahr erheblich. Bei der Debatte um die Ausweitung des Exports strategisch wichtiger Güter konnten sich die USA ebenfalls bislang nicht durchsetzen.

Die isolierte Teilnahme der BRD am Olympia-Boycott steht in diesem Zusammenhang als symbolischer Beweis der Solidarität mit den USA, ohne die Sowjetunion wirklich zu treffen. Die Beteiligung am wirtschaftlichen Teilboykott gegenüber dem Iran als Antwort auf die Geiselnahmen in der US-Botschaft brachte kaum ökonomische Nachteile, beweist aber die grundlegende Solidarität mit den USA und war aus diesem Zusammenhang heraus auch im Rahmen der EG durchsetzbar. Beim Olympia-Boycott war sogar ein westdeutsch-amerikanischer Bilateralismus akzeptabel, da diese Isolierung der BRD im Rahmen der EG folgenlos blieb.

Auch die Auseinandersetzungen um Sanktionen gegenüber Polen und der Sowjetunion nach der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen zeigen, daß eine einheitliche Linie nicht gefunden werden konnte. Während die USA Sanktionen verhängte, legten sich die westeuropäischen Länder in einer NATO-Erklärung lediglich darauf fest, diese nicht zu unterlaufen. Dies blieb ja schon 1980 ohne praktische Folgen. Nachdem die Reaktionen der anderen westeuropäischen Länder verbal zunächst sehr radikal ausfielen, haben auch diese jeden Gedanken an eine Stornierung etwa des Erdgas-Röhren-Geschäftes weit von sich gewiesen. Die Bundesregierung ist hier zwar Hauptadressat amerikanischer Pressionen, weiß sich aber in Übereinstimmung mit den meisten politischen Kräften in ihren Nachbarländern. Zwar wurde die symbolische Rolle, der Reagan-Politik zuzustimmen, diesmal vor allem von Frankreich übernommen. Denn für die BRD verträgt die Entspannungspolitik als Leitlinie ihrer Außenpolitik in der gegenwärtigen Situation keine verbalen Kraftakte. In der Sache änderte diese Rollenverteilung nichts.

Die enge sicherheitspolitische Bindung der BRD an die USA und ihre ökonomische, politische und militärische Einbindung in die westeuropäischen Gemeinschaften bilden die Grundlage für ihre Funktion eines »Scharniers« in den transatlantischen Beziehungen. In der amerikanischen Sicherheitsgarantie liegt jedoch die objektive Schranke einer Vermittlerposition der BRD — zumindest, solange sich in Westeuropa selbst nicht eine engere militärische Kooperation, als zweite Säule im Rahmen der NATO, herausbildet. Mit der in der letzten Zeit oft gehörten Drohung eines neuen amerikanischen Isolationismus wird, wenn man das ureigene Interesse der USA an einer Vorverteidigung ihres Territoriums in Europa bedenkt, die BRD leicht erpreßbar, selbst wenn lediglich eine Lastenumverteilung in der NATO und eine Stärkung der amerikanischen sowie eine Schwächung der westeuropäischen Wirtschaft erreicht werden sollen. Umgekehrt wird der amerikanische Druck auf die BRD durch gemeinsame Positionen der Westeuropäer gemindert, in die auch die Widerstände vor allem der Niederländer gegen die Aufrüstung eingehen. Zu Zeiten amerikanischer Alleingänge beschwört die BRD ihre Bündnistreue, um den neuen Militarismus der USA wieder auf die Grundlagen der bestehenden militärpolitischen Konzeptionen zurückzuführen.

Auch bei der Diskussion über die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenrake-

ten spielt die BRD die Rolle eines Scharniers in den Beziehungen zu den USA. Mit dem »Doppelbeschuß« der NATO folgt sie einerseits ihrem eigenen, und nun von der Reagan-Administration selbst forciert betriebenen Interesse an einer Aufrüstung; andererseits brüstet sich die Bundesregierung damit, daß nur auf ihr Drängen hin der Verhandlungsteil in den NATO-Beschluß aufgenommen worden sei und nun beide Komponenten gleichberechtigt nebeneinander stünden. Damit wird versucht, den Widerstand gegen die Raketenrüstung, der vor allem in den kleinen NATO-Ländern besteht, auf die Genfer Verhandlungen festzulegen und ihm die Spitze abzubrechen. Die Argumentation kehrt sich um: nun soll die Verhandlungsbereitschaft der amerikanischen Regierung gestärkt werden, da sie sonst einen Alleingang mache, sei es in Richtung auf Stationierung, sei es in Richtung darauf, ihre Sicherheitsgarantie für Westeuropa zu relativieren. Das spezifische Interesse der Bundesregierung, über die Raketenrüstung die BRD und Westeuropa an das brüchig gewordene atomstrategische Kalkül wieder anzukoppeln, kann sich somit hinter der »realistischen« Position der Vermittlung westeuropäischer und amerikanischer Interessen verstecken.

Dies ist besonders für diejenigen Kreise in der SPD entscheidend, die die offensive Argumentation über die sowjetische Übermacht aus guten Gründen nicht teilen, andererseits aber in der Vermittlerrolle der BRD die einzige Möglichkeit sehen, außenpolitischen Einfluß auch für weitergehende Vorstellungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung zu gewinnen. Sprach der Beschluß des Berliner SPD-Parteitagess noch von der Vorrangigkeit von Rüstungskontrollvereinbarungen, so setzte der NATO-Beschluß, dem die Bundesregierung zustimmte, einen eindeutigen Akzent auf die Aufrüstung.¹⁷

Nichts hat daher auch so sehr zur Verunsicherung der Öffentlichkeit in Westeuropa beigetragen, wie die widersprüchlichen Äußerungen verschiedener Vertreter der amerikanischen Regierung zum Thema einer militärischen Abkopplung Westeuropas. Für die Militärstrategie ist ein auf Europa beschränkter atomarer Kriegsschauplatz mit der Strategie der »flexible response« schon immer möglich gewesen. Ihre öffentliche Erörterung hat jedoch den Kernpunkt der Aufrüstungspolitik der Reagan-Administration deutlich gemacht: eine militärische Offensive auf der Grundlage der neuen Atomwaffen zu ermöglichen, bei der die westeuropäischen Verbündeten als Geiseln benutzt werden. Deren Drohung mit dem Selbstmord als Moment einer Abschreckungsstrategie, die eigenem Anspruch nach zur Verteidigung dienen soll, hat gleichzeitig das Fehlen einer amerikanischen Sicherheitsgarantie für Westeuropa und den Wahnsinn atomarer Abschreckung vor Augen geführt. Ohne diese beiden parallelen Entwicklungen ist der massenhafte Protest der Friedensbewegung kaum denkbar. Der von gewichtiger, auch konservativer Seite in den USA geforderte Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen bei gleichzeitiger Verstärkung der konventionellen Rüstung ist eine erste Reaktion darauf, daß die neue Atomstrategie des kalkulierten Erstschlags die Abschreckung weniger glaubwürdig macht und den Zusammenhalt der NATO prinzipiell zu gefährden droht.¹⁸

Gerade wenn Schmidt eine andere Form atomarer Rüstung wollte, als dann mit dem »Doppelbeschuß« der NATO zu haben war, zeigt dies die grundlegenden Schranken, die einer Politik der Vermittlung, der Einflußnahme durch Anpassung, des gegenseitigen Auspielens der westeuropäischen und amerikanischen Verbündeten inzwischen gesetzt sind. Indem aus der »Ankopplung« eine »Abkopplung« wurde, indem aus der vermeintlichen Weiterführung des überkommenen Gleichgewichtsdenkens eine Unterstützung amerikanischer Aggressionsstrategie wurde, ist die transatlantische Übereinstimmung als Grundlage der westdeutschen Vermittlungsstrategie in Frage gestellt. Es kann nicht mehr

nur über die realistischen Möglichkeiten westdeutscher Politik diskutiert werden, wenn der Handlungsspielraum von Seiten der USA immer stärker beschnitten und die Resultate sozialliberaler Politik immer offensichtlicher den Deklarationen widersprechen. Die »Bündnistreue« wird durch die Politik Reagans und die Drohung mit dem Rückzug in die Isolation auch offiziell in Zweifel gezogen. Der vermeintliche Antiamerikanismus vor allem der westdeutschen Friedensbewegung erhält somit von offizieller Seite noch Nahrung. Dabei verliert die sozialliberale Logik des »kleineren Übels« ihre Grundlage, die ihr bislang den breiten Konsens in der Bevölkerung gesichert hat. Offen bleibt, welche Auswege der sozialliberalen Strategie bleiben.

IV. Das Scheitern der Politik des »kleineren Übels«

Die Politik des »kleineren Übels« wurde in den letzten Jahren von vielen kritischen Sozialdemokraten und SPD-Wählern zur Begründung herangezogen, warum sie »trotzdem«, wenn auch mit einer geballten Faust in der Tasche, SPD wählten. Bisher gelang es der Schmidt-Regierung noch, die eigene Politik als die rationalere zu verkaufen, umschrieben mit dem inzwischen in den internationalen Wortschatz eingegangenen Begriff der »Realpolitik«. Außenpolitisch halten SPD und Regierung an der engen Anbindung an die USA fest, ohne die unsere Sicherheit gefährdet sei; sie betonen aber gleichzeitig das wichtigste Element sozialliberaler Außenpolitik, das sie immer noch als das kleinere Übel darstellen: die Entspannungspolitik.

Wo sonst der Unterschied zwischen christdemokratischer und sozialliberaler Politik immer mehr verschwimmt, wird plötzlich von einer Polarisierung zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik gesprochen. So meinte einer der entschiedensten Befürworter des NATO-Raketenbeschlusses, Verteidigungsminister Hans Apel: »Die Polarisierung verstärkt sich zwischen denen, die ... US-Präsident Ronald Reagan in den Kalten Krieg ... folgen wollen, und denen, die so lange wie möglich die Politik der Entspannung in Europa retten möchten.«¹⁹

Während sich Anfang der siebziger Jahre die Entspannungspolitik in Übereinstimmung mit internationalen und NATO-internen Entwicklungen befand und nur innenpolitisch gegen die CDU/CSU durchgesetzt werden mußte, betont die Schmidt-Regierung heute, daß die Fortsetzung der Politik des friedlichen Interessenausgleichs mit dem Osten auch gegenüber den Amerikanern in einer spannungsgeladenen internationalen Atmosphäre nur von ihr gewährleistet werden könne.

Zweifelsohne ist die Fortführung der Entspannungspolitik für die BRD von grundlegender wirtschaftlicher und (sicherheits-)politischer Bedeutung. Die Situation, der sich die SPD und die Bundesregierung gegenüber sieht, ist jedoch ein Dilemma: einerseits sieht sie im NATO-Bündnis die Garantie für ihre Sicherheit — und zwar auch in wirtschaftlicher Hinsicht, was die Entwicklungen in der Dritten Welt angeht —, andererseits wird dieses Bündnis zur Zeit von einer US-Regierung angeführt, die sich auf Konfrontationskurs mit der Sowjetunion befindet, und die die Entspannungspolitik nicht nur als gescheitert, sondern sogar als im Ergebnis schädlich für die westlichen Interessen betrachtet. Diesen eigentlich unvereinbaren Gegensatz versucht die Bundesregierung dadurch in den Griff zu bekommen, indem sie einmal die Interessensgegensätze zwischen den USA und Westeuropa, vor allem der BRD, nicht nur nicht leugnet, sondern sie sogar als eine Begründung für die Notwendigkeit noch engerer Kooperation mit den Amerikanern heranzieht, um so die eigenen Positionen besser geltend machen zu können. Zum anderen wird die Entspannungspolitik als teilbar bezeichnet, d.h. regionale Konflikte außerhalb Europas zwischen

Blöcken dürfen nicht zur Aufgabe der Entspannungspolitik in Mitteleuropa führen. Günter Gaus formulierte diese Haltung auf dem Berliner Landesparteitag der SPD 1981 wie folgt: »Die Entspannung muß ... teilbar bleiben, wenn wir sie auf der ganzen Welt nicht haben können ...«²⁵ Indem die BRD sich hierdurch in eine Mittlerrolle zwischen den USA und Westeuropa sowie den Blöcken zu begeben versucht, löst sie allerdings das Dilemma nicht auf.

Die Logik des kleineren Übels, die diese Politik charakterisiert, hat zwei Seiten: auf der einen bedeutet sie eine Anpassung an von außen bestimmte Sachzwänge, wo im Rahmen des »Machbaren« Handlungsspielräume für eine eigene Interessenswahrnehmung in der Außenpolitik aufrechterhalten werden sollen. Auf der anderen Seite werden die Handlungsspielräume im Inneren betont: die sozialliberale Koalition versucht, integrationistisch zu wirken und bietet so für Teile der Linken und die Gewerkschaften immer noch einen Ansatzpunkt, Hoffnungen auf die Durchsetzung fortschrittlicher Inhalte zu hegen. Dabei wird jedoch übersehen, daß die von der SPD-Führung loyal unterstützte Schmidt'sche »Realpolitik«: die Aufgabe jeglicher Form hegemonialer Politik bedeutet, die eine ideologische und programmatische Offensive mit einer breiten Mobilisierung der Bevölkerung verbindet. Folglich fehlen dieser Politik nicht nur Ansätze zur Durchsetzung fortschrittlicher Inhalte, sie muß sie sogar als Bedrohung ihrer Integrationsstrategie begreifen.

Die Realisierungsmöglichkeiten einer solchen integrationistischen Politik geraten zunehmend in die Klemme: die ökonomische Krise und die Erfolglosigkeit ihrer Bekämpfung entzieht der sozialliberalen Koalition und der SPD die Unterstützung im Innern, während gleichzeitig nach außen der Konkurrenzdruck zwischen den kapitalistischen Ländern weiter zunimmt und sich so die Interessensgegensätze auch hier verschärfen. Zudem setzt sich Westeuropa, allen voran die BRD, mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium einem unerhörten Druck von Seiten der USA aus, der den Handlungsspielraum für ein eigenständiges Krisenmanagement auf internationalem Gebiet weiter einengen wird. Auch hier wird der innenpolitische Druck immer stärker: Die Friedensbewegung ist in ihrer Analyse des Rüstungswahnsinns so konkret und in ihrer Opposition dazu in weiten Teilen so fundamental geworden, daß sie sich nicht mehr zum »Verhandlungsargument« Schmidts in Washington degradieren läßt — so hat sich sozialliberale Politik angesichts der innenpolitischen Opposition gegen die Aufrüstung dort immer als das kleinere Übel angeboten.

V. Schlußbemerkung

Die »Logik des kleineren Übels«, der die sozialliberale Außenpolitik folgt, hat eine Passivierung der Massen zur Voraussetzung und zum Ziel. Nur die Entwicklung einer breiten Opposition gegen die Politik von Aufrüstung, Ausbeutung der Dritten Welt und Unterordnung der Lebens- und Arbeitssituation unter die Bedingungen weltweiter Expansion des westdeutschen Kapitals ist in der Lage, diese außenpolitische Logik zu durchbrechen. Die Zeiten Anfang der siebziger Jahre, als eine außerparlamentarische Massenbewegung, von den Gewerkschaften getragen, die Brandt'sche Ostpolitik gegen die konservativen Angriffe verteidigte, sind vorbei. Das Klima des Aufbruchs, das die neue Ostpolitik zum außenpolitischen Gegenstück der Reformpolitik im Innern werden ließ, ist verflogen. Unter den Bedingungen von kalter Sachrationalität und Machertum läßt sich in der ökonomischen Krise noch weniger Massenlegitimation durch Außenpolitik erzielen, selbst wenn dies — der bisherigen Logik sozialliberaler Politik zuwiderlaufend — in Anbetracht der Krise der Koalition gewollt würde.

Sozialliberale Politik hat selbst den Boden für eine konservative Wende vorbereitet: die Beschwörung der Gefahr aus dem Osten, das Anheizen des Kampfes um »unser« Öl in Nahost und die Ausnutzung des aggressiven Potentials, das in der Krise nicht nur gegen Ausländer freigesetzt wird, beherrscht die Rechte in diesem Lande allemal besser. Die Wiedergeburt des Kalten Krieges hat hier auch ihre Ursachen. Damit ist der Weg freier geworden für die Berufung auf das Überlebensinteresse des (west-)deutschen Volkes im konservativen Sinne. Die gegenwärtige Offensive der CDU/CSU, sich in außenpolitischen Fragen vorsichtig verbal der Regierung zu nähern, und das Angebot Genschers, der CDU/CSU ein Einschwenken auf ihren außenpolitischen Kurs zu attestieren, sagt mehr über den Zerfall des zuletzt verbliebenen sozialliberalen Konsenses in der Außenpolitik aus als über einen Wandel der Politik der Konservativen.

Es ist zweifelhaft, ob die gegenwärtige sozialliberale Koalition noch in der Lage sein wird, diese Politik aktiv weiterzuverfolgen. Einer konservativen Regierung stünde die gleiche politische Strategie offen, um den Problemen in der NATO entgegenzuwirken, allerdings mit einer wesentlich offensiveren militärischen Komponente. Während sozialliberale Strategie eine Stärkung der westeuropäischen Säule immerhin noch als Weg der Konfliktlösung durch Interessensausgleich und die Betonung der konventionellen Rüstung als Moment der Rüstungsreduzierung betreiben könnte, würde konservative Strategie allein von ihrer innen- und gesellschaftspolitischen Polarisierung her Entspannungspolitik reduzieren, auch gegenüber den westeuropäischen Nachbarn offensivere Wege der Durchsetzung ihrer Interessen beschreiten und die ideologische und militärstrategische Kooperation mit der Reagan-Administration zum Hebel ihrer Interessensdurchsetzung in Westeuropa machen. Dabei würden ähnliche Pläne virulent werden, wie sie mit einer »europäische Verteidigungsorganisation« auch in sozialliberalen Kreisen diskutiert werden.²¹

Der Friedensbewegung in der BRD droht aber durchaus Gefahr von einem solchen Konzept »eigenständiger« westeuropäischer Interessensvertretung: Die grundsätzliche Opposition richtet sich gegen die Logik atomarer Abschreckung und nicht lediglich gegen die reaktionären Formen Reagan'scher Politik. Eine »westeuropäische Identität« verändert noch nichts, aber wenn es der Friedensbewegung nicht gelingt, eigenständige Konzepte von Verteidigung, Abrüstung und Außenpolitik zu entwickeln, wird sie nicht davor gefeit sein, daß sich Teile von ihr doch wieder der sozialliberalen Logik des kleineren, diesmal westeuropäischen und durch einen westeuropäischen Verbund vielleicht »gezähmteren« Übels unterordnen.

Auf der Linken ist das Überlebensinteresse angesichts der atomaren Bedrohung zum Motor einer Massenbewegung geworden, die sich der politischen Logik des Überlebensinteresses politischer Apparate entziehen will. So schwierig es auch ist, dem Konzept »demokratischer« Außenpolitik einen konkreten strategischen Sinn zu geben, so sehr durchbricht das Beharren in der Friedensbewegung auf einem radikalen Minimalkonsens und auf gemeinsamen Aktionen die Rationalität derer, an die sie sich — ob sie will oder nicht — auch richten muß, soll sich die herrschende Politik ändern. Jenseits der durch die eigenen Lebenserfahrungen, grundsätzlichen politischen Traditionen und Strategien bedingten organisationspolitischen Optionen — die auch bei den Verfassern unterschiedlich sind —, kann nur die Wiedergewinnung massenhafter demokratischer Kompetenz im Bereich der Friedens- und Außenpolitik die politische Kultur in der BRD verändern. Die Integrationslogik sozialliberaler Politik ist gescheitert. Die Alternative dazu muß erst noch entwickelt werden.

Anmerkungen

- 1 Die Zeit, vom 12.6.1981.
- 2 Thomas Scheffler, Außenpolitik und Hegemonie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus?, Argument-Sonderband 51, Berlin/W. 1980, S.31-45, hier S.37.
- 3 Auf die Diskussion um das »Modell Deutschland« kann hier nicht näher eingegangen werden; vgl. insbesondere Leviathan 1/1979, Probleme des Klassenkampfes, Heft 40 (3/1980) und Heft 41 (4/1980).
- 4 Vgl. zusammenfassend Albert Statz, Zur Geschichte der westeuropäischen Integration bis zur Gründung der EWG, in: Frank Deppe (Hrsg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Reinbek 1975, S.110-174, hier S.110ff.
- 5 Vgl. Ekkehart Krippendorff/Michael Lucas, »Eines Tages werden wir Amerikaner über die Zerstörung Europas nachdenken müssen«. Die USA und Westeuropa, in: Weltpolitik. Jahrbuch für Internationale Beziehungen 1, Frankfurt/M.-New York 1981, S.10-28, hier S.10ff.
- 6 Vgl. dazu näher Michael Lucas, Reagans Erneuerung des Kalten Krieges. Hintergründe und Formen der neuen US-Militärpolitik, in: Dollars und Träume, Nr.4, Sept. 1981.
- 7 Anton Andreas Guha, Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen? Frankfurt/M. 1981, S.177.
- 8 Vgl. dazu Wolfgang Biermann, Der »Nachrüstungsbeschluß« der NATO, die SPD und die »Sicherheit der 80er Jahre«, in: spw 6/1980, S.78-93; ders./Jürgen Egert, Thesen zur gegenwärtigen Kriegsgefahr, in: spw 14/1982, S.49-56.
- 9 Bernd W. Kubbig, Rüstungskontrolle und Aufrüstung. SALT, Nonproliferation und »Nachrüstung«, in: Ernst-Otto Czempel (Hrsg.), Amerikanische Außenpolitik im Wandel, Stuttgart etc. 1982, S.42-68, hier S.54ff.
- 10 Vgl. den Aufsatz von Michael Lucas in diesem Heft.
- 11 Zum Wandel von der See- zur Landstationierung vgl. Helmut Schmidt in einem Interview mit der Zeit vom 12.6.1981; ebenso äußerte sich Erhard Eppler über die ursprünglichen Absichten Schmidts in einer Fernseh-Diskussion der ARD vom 19.3.1982. Auf den gesamten »Nachrüstungs«komplex kann hier nicht näher eingegangen werden. — Vgl. insgesamt Anm.8 sowie Guha, Tod in der Grauzone, a.a.O., und ders., Die Nachrüstung — der Holocaust Europas. Thesen und Argumente, Freiburg 1981; Friedrich Ruth, Sicherheitspolitik der NATO — Abschreckung und Rüstungskontrolle, in: Europa-Archiv 5/1982, S.135-144 (Ruth ist Abrüstungsbeauftragter der Bundesregierung).
- 12 Vgl. Wolfram Hanrieder, Fragmente der Macht. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1981, S.177f.; sowie: Ernst-Otto Czempel, Die Bundesrepublik — eine heimliche Großmacht?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 26/1979 vom 30.6.1979, S.3-19.
- 13 Vgl. Hanrieder, a.a.O., S.40ff.
- 14 Die Auseinandersetzungen um die Rolle der BRD als »Zahlmeister« der EG, als größter, ja zum Teil einziger Nettozahler in den EG-Haushalt, zeigen dies. Zur dominanten Rolle der D-Mark im EWS vgl. Elmar Altvater: Internationalisierung der Austerity-Politik durch das EWS, in: Wiener Tagebuch 1/1979, S.11-16; sowie insgesamt jetzt: Fritz Franzmeyer, Wirtschaftliche Dominanz als Integrationsproblem. Zur Position der Bundesrepublik Deutschland in der EG, in: Europa-Archiv 24/1981, S.737-744.
- 15 So gilt auch noch heute, daß die Handels- und Wirtschaftsverflechtung im Rahmen der EG für die BRD den Ausgangspunkt darstellt, von dem aus sie weltweit expandiert, während vor allem die französische Wirtschaft durch eine stärkere Beschränkung auf die EG gekennzeichnet ist, was die Abhängigkeit von der Vormachtstellung der BRD erhöht; vgl. Frank Deppe, Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses, in: ders. (Hrsg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Integration der westeuropäischen Integration, Reinbek 1975, S.175-284, hier S.191.

- 16 Vgl. zum folgenden Mathias Jopp, Embargo oder Business? Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Europa zwischen Konfrontation und Kooperation. Entspannungspolitik für die achtziger Jahre, Frankfurt/M.-New York 1982, S.193-220; ferner Stephen Woolcock, Amerikanisch-europäische Interessensdivergenzen im Ost-West-Handel. In: Europa-Archiv 4/1982, S.95-104.
- 17 Vgl. Biermann, Nachrüstungsbeschuß, a.a.O., S.84ff. — So vertrat Carsten Voigt auf dem Berliner Parteitag der SPD noch die Position, die Diskussion müßte neu eröffnet werden, wenn SALT II nicht ratifiziert würde (vgl. Frankfurter Rundschau vom 3.1.1980; siehe auch *Die Neue* vom 6.1.1981). — Heute ist dem Abrüstungsexperten der SPD dieser Tatbestand nach der Ablehnung der Ratifizierung kein Wort mehr wert; die Differenz zwischen dem Partetagsbeschuß und Reagan's »Null-Lösung« ist für ihn lediglich eine »andere Definition« der gemeinsam gewollten »Null-Lösung«; vgl. Carsten Voigt, Das Risiko eines begrenzten Nuklearkrieges in Europa. Zur Diskussion über die westliche Militärdoktrin und den NATO-Doppelbeschuß vom Dezember 1979, in: Europa-Archiv 6/1982, S.151-160.
- 18 Vgl. McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith: Kernwaffen und das atlantische Bündnis. In: Europa-Archiv 7/1982, S.183-198.
- 19 Zitiert nach der Broschüre der Alternativen Liste Berlin, SPD und »Nach«rüstung, stachlige Argumente 1, Berlin/W. 1982, S.6.
- 20 Forum Frieden. Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981, S.14.
- 21 Vgl. insbesondere Klaus Bloemer: Das Bündnis sollte modernisiert werden. Überlegungen zu einer europäischen Verteidigungsorganisation. In: Neue Gesellschaft 3/1982, S.230-240. Sowohl von Ort wie von der Länge her ist die Veröffentlichung dieses Artikels sehr bemerkenswert: er bietet nicht nur einen Überblick über den neuesten Stand der Diskussion, sondern enthält ein eindeutiges Plädoyer für eine europäische Verteidigungsorganisation und eine atomare Autonomie Westeuropas. Die Rede von einem »europäischen Europa« verblüfft wenige, wenn man sich die politische Vergangenheit des Verfassers anschaut: er war von 1964 bis 1968 außenpolitischer Berater von Franz-Josef Strauß, bevor er in den Auswärtigen Dienst und die SPD eintrat. Gegenwärtig arbeitet er beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Zwar sind dies nur die persönlichen Meinungen des Verfassers, die er in dem Artikel wiedergibt; eine »linksgaullistische Version« eigenständiger westeuropäischer Militärpolitik, würde sie ein Echo finden, bedeutete allerdings eine grundsätzliche Verschiebung der politischen Fronten und der politischen Blockbildung in der BRD, die nur mit dem Streit Anfang der sechziger Jahre zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« und dem Einbruch der SPD in die außenpolitische Hegemonie der CDU/CSU vergleichbar wäre. — Vgl. zu dieser Gesamtsituation den theoretischen Ansatz von Scheffler, Außenpolitik a.a.O.



Ernesto Richter

El Salvador im internationalen Zusammenhang

Überlegungen zur Entstehung eines Krisenherdes

Im Rahmen der zentralamerikanischen Krise haben sich augenscheinlich alle Widersprüche seit dem erfolgreichen Sandinisten-Aufstand auf den revolutionären Prozeß hin zugespitzt, der sich heute in El Salvador abspielt. Die Ereignisse der letzten Jahre in diesem Land deuten inzwischen recht klar darauf hin, daß die revolutionäre Krise dort bereits den Punkt der Unumkehrbarkeit erreicht hat.

Seit dem Oktoberputsch hat dieser Prozeß zwei Phasen durchlaufen, die eine gekennzeichnet durch die Massenmobilisierung, die andere durch die Verstärkung des bewaffneten Kampfes. In ihrer Aufeinanderfolge lassen sie erkennen, daß auch in El Salvador — wie in Nicaragua zuvor — die zentralamerikanische Hegemoniekrise sich zu einer handfesten Herrschaftskrise entwickelt hat: Die ersten Monate der zivil-militärischen Junta haben zunächst gezeigt, daß eine von oben aufgezwungene Reformbewegung mißlingen muß, wenn diese nicht von den betroffenen Volkskräften getragen wird, und folglich die althergebrachte Machtstruktur unangetastet bleibt. Zur Jahreswende 1979/80 haben die an der Junta beteiligten demokratischen Kräfte die Reaktion für das Mißlingen des Reformprojektes verantwortlich gemacht, sich aus der Junta zurückgezogen und wenig später der revolutionären Bewegung angeschlossen. Spätestens mit dem Zusammenbruch der ersten Junta haben die Volkskräfte die politische Initiative übernommen, durch ihre Vereinigung ihre Stärke potenziert und durch wachsende Massenmobilisierung die sich beständig nach rechts radikalisierende, neue militärisch-christdemokratische Junta politisch isoliert.

Die Bildung der Coordinadora Politico-Militar, der Coordinadora Revolucionaria de Masas und der Frente Democrático-Revolucionario, an der sich sowohl die revolutionäre Massenbewegung als auch die wichtigsten demokratischen Kräfte des Landes beteiligen, sind Schritte im Vereinigungsprozeß, die auf die in der zweiten Jahreshälfte 1980 stattgefundenen Bildung des Frente »Farabundo Martí« para la Liberación Nacional (kurz FMLN genannt) hinauslaufen. Die größte Massenkonzentration der Nachkriegszeit, am 20. Januar 1980 zum Gedenken des Landarbeiteraufstandes von 1932 veranstaltet, und eine wachsende Massenmobilisierung in den wichtigsten Städten des Landes kennzeichnen die politischen Prozesse bis zum Generalstreik im August 1980, der den Beginn einer Wende im revolutionären Kampf signalisiert.

Ihrerseits sieht sich die Regierungsjunta gezwungen, Schritt für Schritt ihre ursprüngliche Reformpolitik zurückzunehmen und eine »Säuberung« ihrer eigenen Reihen durchzuführen; eine Säuberung, die mit der Ersetzung des ehemaligen Christdemokraten Héctor Dada durch Napoleón Duarte begann und mit der Ernennung des letzteren zum Junta-Präsidenten und mit der Absetzung des reformfreundigen Coronel Alberto Majano, der maßgeblich am Oktoberputsch beteiligt war, endete. Dieser Homogenisierungsprozeß wird begleitet von einer wachsenden Repression gegen die Massenbewegung und von der schrittweisen Übernahme einer dem Genozid nahekommenden Strategie der militärischen Ausrottung der revolutionären Organisationen.

Einer solchen strategischen Konzeption gegenüber erwies sich eine qualitative Veränderung der Massenbewegung als notwendig, die diese stärker als bis dahin in den bewaffne-

ten Kampf integrierte. Der Generalstreik im August 1980 deutet in diese Richtung: in ihm sollten die Volksmilizen geprobt werden; der Streik diente dazu, die Bevölkerung in ihren Wohngebieten mobilisieren zu können. Die darauffolgenden Monate waren dann gekennzeichnet durch die Abnahme der politischen Massenbewegung und der gleichzeitigen Zunahme der militärischen Aktivitäten der Milizen im engen Zusammenhang mit dem bewaffneten Kampf der politisch-militärischen Organisationen.

Diese Übergangsperiode mündet in die Generaloffensive vom Januar 1981, in der die revolutionären Kräfte eindeutig ihre militärische Stärke beweisen konnten, andererseits aber eine politische Niederlage hinnehmen mußten, als es ihnen nicht gelang, in den Städten die Massen zum Generalstreik zu bewegen. Die Strategie des Genozids, aufgrund derer die revolutionären Organisationen sich gezwungen sahen, ihre Massenkader zu militarisieren, war insofern erfolgreich. Allerdings nur in den Städten, denn auf dem Lande konnte der FMLN seine Positionen nicht nur verteidigen, sondern auch konsolidieren und praktisch zu befreiten Gebieten machen, bei gleichzeitiger Ausweitung des bewaffneten Kampfes auf nahezu das gesamte Territorium El Salvadors.

Im Laufe des Jahres 1981 ist deutlich geworden, daß die revolutionäre Bewegung zwar immer noch nicht in der Lage ist, einen militärischen Sieg zu erringen, selber aber auch nicht mehr militärisch von den Junta-Truppen besiegt werden kann. Sie hat praktisch alle Angriffe erfolgreich abwehren können, konnte weder isoliert noch demobilisiert werden und war zudem noch imstande, militärische Aktionen durchzuführen, die für die Junta auch wichtige politische Niederlagen bedeuteten; als Beispiele hierfür seien zwei auch im Ausland bekannt gewordene Aktionen genannt, in denen die größte Brücke des Landes und nahezu alle Kampfflugmaschinen der Luftwaffe zerstört worden sind.

Politisch isoliert und militärisch unfähig, eine endgültige Lösung der Machtfrage im Sinne der Herrschenden herbeizuführen, entwickelte die Junta das Wahlprojekt zur Bildung einer Gesetzgebenden Versammlung. Beabsichtigt war einerseits die Spaltung der demokratisch-revolutionären Bewegung und andererseits die Schaffung eines politischen Raumes, in dem die reaktionären Kräfte die Hegemoniefrage hätten angehen und lösen können.

Das Wahlprojekt ist in seiner möglichen Wirkung geschwächt worden durch die Verhandlungsbereitschaft des FMLN-FDR, die sich auf die Argumentation stützte, daß zwar Wahlen nicht prinzipiell abzulehnen sind, zu ihrer erfolgreichen Durchführung aber erst über Verhandlungen Bedingungen geschaffen werden müssen, die eine politische Lösung des Konfliktes sicherstellen. Das vom Regime vorgeschlagene Wahlprojekt setzte demgegenüber eine militärische Lösung voraus, um die sich die Junta-Truppen erfolglos bemühen.

In El Salvador ist inzwischen deutlich geworden, daß eine Niederlage der revolutionären Bewegung zwar mit massivem Einsatz interventionistischer Kräfte möglicherweise denkbar wäre, daß aber in keinem Fall über diesen Weg auch nur annähernd stabile Verhältnisse geschaffen werden können: eine »Lösung« im Sinne der sich heute noch an die Macht klammernden Großbourgeoisie beinhaltet notwendigerweise mindestens die Restabilisierung der heute in Frage gestellten Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen, aus denen heraus sich gerade die revolutionäre Bewegung entwickelt hat. Der Träger einer Politik von notwendigen tiefgreifenden Strukturreformen kann aber nicht die Großbourgeoisie sein, die während der letzten Jahrzehnte wiederholt bewies, daß selbst lauwarmer Reformprojekte an den immer wieder mit Waffengewalt verteidigten Interessen der Herrschenden scheitern müssen. Auf El Salvador trifft die Behauptung eines guatemalteki-

schen Sozialdemokraten zu: »Um Reformen durchzuführen, müssen wir erst die Revolution machen ...«

Mit der zunehmenden Militarisierung des Kampfes und der strikten Weigerung der Junta, über eine politische Lösung mit der FMLN-FDR zu verhandeln, entscheiden immer mehr internationale Machtkonstellationen über die weitere Entwicklung in El Salvador.

Die Außenpolitik der USA gegenüber Zentralamerika ist Teil des Versuches, den Hegemonieverlust der USA rückgängig zu machen und die geschwächte Führungsposition in der westlichen Welt wieder zu konsolidieren. Die Interpretation der weltpolitischen Konjunktur als Ausdruck des allgegenwärtigen Ost-West-Konfliktes ist das ideologische Postulat, das die Außenpolitik der Reagan-Administration strukturiert.

Eine solche Interpretation ermöglicht es, jede eventuelle Schwächung der Hegemonieansprüche der USA als Resultat der Sowjetischen Expansionspolitik zu denunzieren. Vom Standpunkt der US-Regierung wird so im »weichen Unterleib« des Imperiums ihr Herrschaftsanspruch von der UdSSR mit Hilfe ihrer Satelliten (in diesem Fall Cuba und Nicaragua) in Frage gestellt.

Aber gerade indem die USA Zentralamerika zu einem Schauplatz des ost-westlichen Streites um die Weltherrschaft hochstilisiert, begeben sie sich in eine Zwangsjacke: soll das Selbstverständnis der Neokonservativen, Sachwalter der Interessen der Freien Welt zu sein, glaubwürdig bleiben, so muß der revolutionäre Prozeß in Zentralamerika rückgängig gemacht werden, die »kommunistische Offensive« zurückgeschlagen werden. Ist die Reagan-Administration nicht in der Lage, dies zu leisten, so kann sie mit einer weiteren internationalen Schwächung der USA rechnen und mit einem weiteren Rückgang des ohnehin beschränkten internen Konsensus.

Zudem nimmt die Reagan-Regierung natürlich auch wahr, daß durch den Sieg der Sandinisten in Nicaragua die Befreiungsbewegung in Zentralamerika einen nie zuvor dagewesenen Aufschwung genommen hat, der allein mit einer radikalen Interventionspolitik abgeblockt und rückgängig gemacht werden kann. Insofern ist die Wahrnehmung der Krise Zentralamerikas als Bestätigung der ins Feld geführten »Domino Theorie« vom Standpunkt der USA aus nicht gänzlich unrichtig: ein Sieg der Befreiungsbewegung in El Salvador bedeutet sowohl die Schaffung besserer Stabilisierungsbedingungen der Revolution in Nicaragua, als auch die größere Wahrscheinlichkeit eines revolutionären Sieges in Guatemala.

Die Reagan-Regierung kann sich also keine Schwäche gegenüber der zentralamerikanischen Befreiungsbewegung leisten. Im Bewußtsein darüber hat sie den Fall El Salvador zum Testfall ihrer gesamten Außenpolitik gemacht. In diesem Land muß sie ihre Bereitschaft beweisen, um jeden Preis die Interessen der USA zu schützen. Die Wahl des Objektes fällt nicht schwer: zum einen gehört Zentralamerika zu einem der für die USA strategisch wichtigsten Gebiete, und in El Salvador spitzen sich momentan alle dort akkumulierten Widersprüche zu. Zu anderen kann man davon ausgehen, daß — im Gegensatz zu etwa Afghanistan — eine wie auch immer geartete Intervention der USA in El Salvador nicht mit einer effektiven Reaktion der UdSSR zu rechnen hat. Die Risiken einer direkten kriegerischen Konfrontation mit dem »Hauptfeind« scheinen also praktisch ausgeschlossen zu sein.

Die Intervention ist bereits Wirklichkeit: die ersten Schritte der »flexible reaction« sind bereits eingeleitet worden, wenn auch erfolglos, wie bereits gezeigt wurde. Die Entwicklung in El Salvador stellt heute die Reagan-Administration vielmehr vor die Entscheidung, ob eine massive Intervention zum erwünschten Erfolg führen kann. Eine massive (direkte

oder indirekte) Intervention der USA in El Salvador würde mindestens Guatemala, Honduras und Nicaragua einbeziehen und somit die Regionalisierung des Konfliktes zwangsläufig herbeiführen. Zudem ist inzwischen klar, daß von Seiten der US-Militärs eine Intervention nur dann als sinnvoll (sprich: erfolgsversprechend) angesehen wird, wenn keine politischen Interessen eine militärische Lösung stören. Beides ist inzwischen der Reagan-Regierung zum Hemmschuh geworden:

Zunächst hat die Gefahr einer »Vietnamisierung« Zentralamerikas zur Entwicklung einer Antiinterventionsbewegung in den USA geführt, die schon heute bereits stärker ist, als sie fünf Jahre nach Beginn des Vietnamkrieges war. Die Bewegung ist auch breiter angelegt durch die Beteiligung der Kirchen, die im Vietnamkrieg eher eine Stütze der Interventionspolitik waren. Dies wirkt sich aber gleichzeitig auf die Interventionsbereitschaft des Pentagons hemmend aus, dessen Befürchtung berechtigt sein muß, daß der Krieg politisch in die Länge gezogen und somit verlierbar wird.

Der Zwiespalt der Zentralamerikapolitik der USA ließ die massive Intervention bislang Drohung bleiben. Die Entscheidung über ihre Verwirklichung wird spätestens fallen müssen, wenn die US-Administration die Möglichkeit eines unmittelbaren Sieges der revolutionären Kräfte in El Salvador wahrzunehmen meint.

Unterdessen haben die von den USA vielgepriesenen Wahlen in El Salvador stattgefunden. Die Schwierigkeiten der demokratisch-revolutionären Bewegung, gegenüber dem Wahlprozeß eine politisch adäquate Strategie zu formulieren und durchzuführen, hat es den konterrevolutionären Kräften leicht gemacht, ihre »Alternative« zu einer politischen Lösung als einen vollen Erfolg darzustellen. Dennoch haben die noch in der Wahlnacht euphorischen Erklärungen Alexander Haigs selbst in der US-Administration einem nachdenklichen Zweifel Platz gemacht.

Will man den offiziellen Zahlen Glauben schenken, so haben am 28.3.1982 gut eine Million Wähler ihre Stimme abgegeben, von denen eine knappe Million als gültig dargestellt worden sind. Dabei errangen die Christdemokraten gut 40% der Stimmen; der Rest verteilte sich auf die rechtsaußen stehenden Parteien ARENA (ca. 30%), PCN, PAD, PPS und POP.

Es ist jedoch nicht müßig, daran zu erinnern, daß in El Salvador *Wahlzwang* besteht und daß diesmal die Stimmabgabe vermittels eines Stempelabdruckes im Personalausweis dokumentiert worden ist. Für die meisten, die nicht an die Möglichkeit eines kurzfristigen Sieges der FMLN-FDR glaubten, bzw. nicht in militanter Form diese Organisationen stützten, war somit ein Wahlboykott ein u.U. mit dem Leben zu zahlendes Risiko. Dies erklärt sicherlich einen — allerdings nicht zu quantifizierenden — Großteil der Stimmen: da ohnehin die Erfahrung der letzten Wahlgänge (1972 und 1977) deutlich genug gezeigt haben, daß von Wahlen nichts zu erwarten ist als die Kontinuität des »status quo«, ist es nur allzu verständlich, daß ca. 2/3 der Wahlberechtigten an die Urnen gingen (immer davon ausgehend, daß die offiziell bekanntgegebenen Zahlen den Tatsachen entsprechen).

Dennoch und trotz der Gefahr, die dies bedeutete, wählten 1/3 der Wahlberechtigten nicht. Da man annehmen kann, daß die wenigsten davon — jedenfalls der internationalen Berichterstattung zufolge — Stimmwillige waren, die an der Stimmabgabe gehindert worden sind, so ist die Zahl derjenigen, die durch Verweigerung ihrer Stimme dem Boykottaufruf des FMLN-FDR nachkamen, bedeutend; und zwar annähernd so groß, wie der Unterschied zwischen den tatsächlich wählenden und den wahlfähigen (diejenigen, die nicht als Flüchtlinge, Kranke usw. am Wählen gehindert waren) Stimmberechtigten, die bei einer Gesamtbevölkerung von über 4,5 Mio. auf mindestens 1,8 Mio. geschätzt werden

muß. Mindestens 1/3 der potentiellen Wähler waren demnach bereit, die Risiken einer Verweigerung der Stimmabgabe in Kauf zu nehmen. Hinzu kämen diejenigen, die vornehmlich aus Angst gewählt haben und — wären die Wahlen glaubwürdig frei gewesen und hätten die linken Oppositionellen an ihnen teilgenommen — ihre Stimme wohl gegen die an den Wahlen beteiligten Rechtsparteien abgegeben hätten. Die absolute Stimmenmehrheit hätte unter solchen Umständen die linke Opposition und das von ihr schon seit zwei Jahren vertretene Regierungsprogramm gewählt. Daß die Christdemokraten trotz ihrer geschwächten Position mit reformistischen Versprechungen eine relative Mehrheit erlangen, mag dafür ein Indiz sein.

Man muß schließlich auch daran erinnern, daß in vielen ländlichen Gebieten, die nicht unter direkter Kontrolle des FMLN-FDR stehen, allein das Militär für die Wahldurchführung sorgte und somit dort die Möglichkeit hatte, den Wahlausgang für sich positiv zu beeinflussen, sei es durch Bedrohung der Wähler, sei es durch direkte Wahlfälschung. Dies erklärt auch, weswegen die ersten Wahlhochrechnungen (auf Basis vornehmlich städtischer Wahlbezirke durchgeführt) für die Christdemokraten besser ausfielen als die endgültigen Ergebnisse.

Im Bewußtsein dieser Schwierigkeiten und mit dem Ziel, trotzdem die Wahlen als Erfolg darzustellen, entwickelte man eine offizielle Wahlstrategie, deren Kernpunkte vor allem darin bestanden, vornehmlich die internationale öffentliche Meinung über die Zahl der Stimmberechtigten im Unklaren zu lassen, sowohl durch den Verzicht auf die Erstellung von Wählerlisten als auch durch wiederholte Spekulationen über die zu erwartende Wahlbeteiligung. Am Wahltag selber wurde vornehmlich in den Städten, wo sich die meisten Wahlbeobachter aufhielten, durch die Aufstellung einer zu geringen Zahl von Wahlurnen der Eindruck massiver Wahlbeteiligung geweckt.

Da ein militärischer Sieg der Junta-Truppen über die revolutionäre Bewegung nicht mehr möglich ist, sollten die Wahlen nur noch das Regime legitimieren, sei es um die mögliche massive Intervention als »Hilfestellung« gegenüber einer »rechtmäßig« an die Macht gekommenen Regierung darstellen zu können, sei es — sollte sich eine Intervention als undurchführbar erweisen —, um dem Regime einen günstigeren Ausgangspunkt für Verhandlungen zu sichern, die im übrigen inzwischen von den USA nicht mehr so vehement abgelehnt werden wie zu jener Zeit, als noch Hoffnungen auf einen militärischen Sieg der befreundeten »native forces« bestanden.

Damals waren die Wahlen als Alternative zu Verhandlungen gedacht; heute stehen sich Verhandlungen um eine politische Lösung und massive militärische US-Intervention als Alternativen gegenüber. Hierin besteht der eigentliche Mißerfolg der Wahlen: sie lösten nichts, obwohl sie als Lösung gepriesen wurden. Sie erschwerten vielmehr die Findung einer echten Lösung, indem sie gerade denjenigen Kräften zur Legitimation verhalfen, die weiterhin eine Genozid-Strategie vorantreiben werden. Die Polarisierung ist nun tiefer als je zuvor, und die Möglichkeit einer massiven Intervention der USA nähergerückt.

Unter den internationalen Kräften, die sich der US-Interventionspolitik entgegenstellen, hat Mexiko bislang eine hervorragende Rolle gespielt. Unter Berufung auf die Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker, setzt sich die mexikanische Regierung zunehmend engagiert für die Aufnahme von Verhandlungen ein, die zum einen den wachsenden Konflikt zwischen Nicaragua und den USA abbauen und zum anderen den Weg zu einer politischen Lösung der salvadorischen Krise ebnen sollen.

Im Gegensatz zu den USA nimmt die mexikanische Regierung die heutige Situation

Zentralamerikas als im wesentlichen intern und nicht durch den Ost-West-Konflikt bestimmt wahr und hält eine Überwindung der Krise allein dann für möglich, wenn die Unrechtsstrukturen in El Salvador aufgebrochen und demokratische Verhältnisse etabliert werden, die die Bedingungen der Möglichkeit tiefgreifender Veränderungen sichern. Konsequenterweise hält die mexikanische Regierung eine militärische Lösung für unmöglich, da sie in der Tendenz allein die Aufrechterhaltung der Verhältnisse erzwingt, die gerade die Krise verursacht haben. Auf diese Weise würden die Probleme nur aufgeschoben und die Stabilität der Region wäre immer noch nicht gewährleistet. Demgegenüber hält Mexiko an der Vorstellung fest, daß allein eine politische Lösung erfolgreich sein könne; allerdings nur dann, wenn sie über Verhandlungen sichert, daß die Volkskräfte — vermittels ihrer politischen Organisationen — wesentlichen Anteil an der zu den notwendigen Veränderungen erforderlichen Macht teilhaben.

Mexiko hat aus diesem Grunde zusammen mit Frankreich den ersten Schritt auf internationaler Ebene getan, die Allianz FMLN-FDR als »repräsentative politische Kraft« anzuerkennen. Mexiko war auch einer der wichtigsten Wortführer der schließlich in der UNO-Vollversammlung Ende vergangenen Jahres durchgebrachten Entschließung, wonach allein Verhandlungen zum Ziel einer politischen Lösung des salvadorenischen Konfliktes führen können. Inzwischen hat sich Mexiko explizit als Vermittler zwischen den zentralamerikanischen Volksinteressen und denen der US-Regierung und ihrer zentralamerikanischen Alliierten zur Verfügung gestellt und in diesem Sinne Gespräche mit dem US-Außenminister Haig bereits aufgenommen.

Wieso nimmt Mexiko die Risiken auf sich, die eine frontale Stellungnahme gegen die aggressive Außenpolitik seines nördlichen Nachbarn beinhaltet?

In den letzten Jahren hat sich zwischen Mexiko und den USA das Spannungsverhältnis verstärkt: die USA versuchen den südlichen Nachbarn enger an sich zu binden, dieser aber tendiert eher dazu, seine bisherige Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. Die natürlichen Ressourcen Mexikos, vor allem aber Erdöl, werden von den USA unmißverständlich als »eigene« Ressourcen angesehen, auf die man notfalls zurückgreifen können muß. Daß diese Haltung auf den Widerstand Mexikos stößt, ist nur allzu verständlich, zumal die mexikanische Bourgeoisie immer mehr zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen drängt und eine größere Unabhängigkeit von ihrem traditionellen »senior partner« anstrebt.

Seit Anfang der 70er Jahre werden diese Tendenzen sichtbar. Die Widersprüche sind heute am deutlichsten bezüglich der jeweiligen Außenpolitik gegenüber dem zirkumkaribischen Raum. Als der mexikanische Präsident Lopez Portillo anläßlich seines letzten Besuches in Cuba beteuerte, daß die Insel — sollte sie angegriffen werden — mit dem Beistand Mexikos rechnen könne, reagierte die US-Regierung entsprechend allergisch; auch die immer wieder bestätigte mexikanische Unterstützung Nicaraguas und schon gar die Unterstützung des salvadorenischen FMLN-FDR seitens der mexikanischen Regierung, bereitet der US-Außenpolitik zunehmend Kopfschmerzen.

Dabei geht es Mexiko primär und wesentlich nicht darum, wie auch immer geartete revolutionäre Projekte in Zentralamerika zu unterstützen, sondern vor allem um die möglichst baldige Stabilisierung der Region unter neuen, von den USA unabhängigeren Vorzeichen.

Man darf nicht vergessen, daß die wichtigsten mexikanischen Ölvorkommen im Süden des Landes lagern, also nahe der Grenze zu Guatemala (dem nördlichsten zentralamerikanischen Land); daß inzwischen auch das militärische Establishment Mexikos die Südgrenze zu einem wesentlichen Bezugspunkt der Redefinition der »nationalen Sicherheit« ge-

macht hat; daß die zentralamerikanischen Unruhen gewaltige Migrationsbewegungen in Gang setzten, die Mexiko immer weniger in den Griff zu bekommen scheint; daß schließlich die revolutionären Erfahrungen über die Südgrenze Mexikos zu schwappen drohen: gerade in Südmexiko konzentriert sich die indianische Bevölkerung des Landes und es ist nicht unbekannt, daß gerade in Guatemala diese Bevölkerung Erfahrungen im revolutionären Prozeß sammelt, die wohl einmalig für den gesamten Kontinent sein dürften. Alles in allem Gründe genug, um in Mexiko die Befürchtung aufkommen zu lassen, daß der Versuch einer allein militärischen Lösung in Zentralamerika nur die Krise verlängert, die Polarisierung sozialer und politischer Kräfte verstärkt und schließlich auch Mexiko in einen Prozeß einzubeziehen droht mit der sicheren Folge einer Destabilisierung der eigenen Machtstrukturen.

Selbstverständlich ist Mexiko eher an eine »Sozialdemokratisierung« seiner südlichen Nachbarn interessiert. Andererseits aber wäre Mexiko auch bereit, ein weitergehendes revolutionäres Projekt zu akzeptieren, wenn dieses die innere Stabilität der Region sichern würde und Mexiko die nötige Rückendeckung gegenüber den USA böte: die bisherige Stabilität der mexikanischen Machtstruktur ermöglicht es anzunehmen, daß sich das positive Verhältnis zu Cuba auch auf ein revolutionäres Zentralamerika übertragen läßt.

Zusammenfassend lassen sich die Positionen der USA und Mexikos als polar entgegengesetzte darstellen: für die USA ist die zentralamerikanische Krise Ausdruck des Ost-West-Konfliktes und muß entsprechend als Problem der US-eigenen »nationalen Sicherheit« angegangen werden, also militärisch. Für Mexiko ist sie Resultat der Zuspitzung interner Widersprüche und daher nur lösbar, wenn die sie verursachenden Strukturen überwunden werden, also politisch.

Auf internationaler Ebene tendieren die politischen Kräfte, sich an diesem gesetzten Rahmen zu orientieren; so z.B. die internationale Christdemokratie, die sich der US-Politik gegenüber Zentralamerika angeschlossen hat, und die Sozialistische Internationale, die der mexikanischen Position sehr nahe steht. Allerdings: ebenfalls als Ausdruck der sich vor allem in El Salvador abzeichnenden Tendenzen, verliert die US-Regierung zunehmend ihre ursprüngliche internationale Unterstützung zugunsten der internationalen Opposition gegen die bereits erfolgte, begrenzte, und die angedrohte, massive US-Intervention.

Was die Christdemokratie angeht, so ist ihre Position heute uneinheitlich: zum einen tendieren einige christdemokratische Parteien, sich von der US-Wahrnehmung der zentralamerikanischen Krise zu distanzieren, was am deutlichsten zum Ausdruck gekommen ist in der Weigerung der hondurenischen Christdemokraten, die salvadorensische Junta zu unterstützen und den jüngsten Stellungnahmen der italienischen Regierung.

Die Christdemokratie ist weltweit gespalten durch die in El Salvador stattgefundenen Spaltung der Christdemokraten in eine die Junta tragende reaktionäre Parteibürokratie einerseits und dem Movimiento Popular Socialcristiano, einer basisorientierten Bewegung, die sich bereits 1980 dem FDR anschloß, andererseits. Dieser Spaltungsprozeß führte dazu, daß in vielen christdemokratischen Parteien von der Basis her zunehmend auf die jeweiligen Führungen Druck ausgeübt wurde, sich von der salvadorensischen Junta und der Interventionspolitik der USA zu distanzieren.

In der Tendenz kann man eine fortschreitende Isolierung des »harten Kerns« der — jedenfalls lateinamerikanischen — Christdemokratie um Aristides Calvani konstatieren, einer allerdings noch starken Fraktion, die immer deutlicher mit den südamerikanischen Militärdiktaturen und der bisherigen Interventionspolitik der USA gemeinsame Sache zu machen sucht. Die gemäßigeren und progressiveren Teile der Christdemokratie, letztere

vornehmlich in den Basisbewegungen angesiedelt, hegen zunehmend Zweifel an der Richtigkeit dieser Position; die einen wohl eher aus (wahl)taktischen Gründen, die anderen sicherlich aus der Wahrnehmung eines wachsenden Widerspruchs zwischen den christlich-humanitären Prinzipien einerseits und der nicht mehr zu verdeckenden Wirklichkeit der die Menschenwürde verachtenden Politik der US-Regierung und ihrer zentralamerikanischen Alliierten andererseits.

Die Sozialistische Internationale hat einen anderen Kurs eingeschlagen, obwohl man bei dieser Feststellung auch nicht übersehen sollte, daß sie durch ihre sehr heterogene Zusammensetzung allzu oft relativ unklar Stellung bezieht. Man denke z.B. an die internen Auseinandersetzungen der S.I. wegen der Austrittsdrohung der costaricanischen PLN (Partei der nationalen Befreiung) anlässlich der Solidaritätserklärung der S.I. gegenüber der nicaraguanischen Revolution und dem FMLN-FDR; oder auch an die Widersprüche, die anlässlich der Vertagung des S.I.-Treffens in Caracas noch vor den in El Salvador angesetzten Wahlen sichtbar geworden sind.

Dennoch: die internen Auseinandersetzungen innerhalb der S.I. bezüglich Zentralamerikas beziehen sich in der Hauptsache auf die Form, in der ihre Widersprüche zur US-Außenpolitik ausgetragen und auf den Grad des Engagements, mit dem die revolutionäre Bewegung in Zentralamerika unterstützt werden soll. Am konservativsten stellte sich bislang die costaricanische PLN dar, sowohl aus wahltaktischem Opportunismus heraus, als auch deswegen, weil sie ab Mai 1982 im wesentlichen von der Gunst der USA abhängen wird, wenn sie als regierungstragende Partei die Krise in Costa Rica anzugehen versucht.

Im Großen und Ganzen gesehen hat aber die S.I. als politische Kraft eine antiinterventionistische Stellung bezogen, aus ähnlichen Überlegungen wie die mexikanische Regierung. Es geht ihr vornehmlich darum, die Vertiefung der Krise zu vermeiden und Lösungswege zu finden, die eine dauerhafte Stabilität in der Region gewährleisten. Dabei ist z.B. die in Frankreich regierende Sozialistische Partei so weit gegangen, der nicaraguanischen Regierung 17 Mio. US-Dollar Militärhilfe zu gewähren und so die Risiken in Kauf zu nehmen, die ein solcher Schritt für das französisch-amerikanische Verhältnis mit sich bringt. Die meisten Mitgliedsparteien versuchen jedoch eher auf der Ebene einer wie auch immer gearteten »Geheimdiplomatie« risikoloser ihren Einfluß auf die US-Regierung geltend zu machen.

Was die europäische Sozialdemokratie betrifft, scheint diese eine festere Position zu beziehen, aus Gründen, die in einem anderen Zusammenhang schon erwähnt wurden: zum einen erschwert die US-Politik gegenüber Zentralamerika die europäischen Entspannungsbemühungen; indem aus einer internen Krise ein Testfall des Ost-West-Konfliktes gemacht wird, wird Europa absurderweise zum potentiellen Schlachtfeld einer Konfrontation, die es unmittelbar nicht betrifft. Es ist nicht zufällig, daß die Friedensbewegung gerade in Bezug auf Zentralamerika den Zusammenhang mit der wachsenden Antiinterventionbewegung herstellt. Die Basisorientierung dieser zusammenwachsenden Bewegungen kann nicht ohne Wirkungen auf die europäischen Regierungen und die europäischen Mitglieder der SI bleiben. Der Einfluß der Friedens- und Antiinterventionbewegung verschärft auch die Legitimationskrise, in der sich einige europäische Mitgliedsparteien der S.I. befinden.

Eine auch nur teilweise Lockerung Westeuropas von der Hegemonie der USA, die die NATO noch nicht infrage stellen muß, würde einerseits eine Verbesserung der Erfolgsaussichten der revolutionären Bewegungen in Zentralamerika bedeuten. Andererseits würde die Schwächung der USA in ihrem traditionell unbestrittenen »Hinterhof« Zentralameri-

ka für Europa Bedingungen schaffen, seine eigenen Interessen z.B. bezüglich einer Entschärfung der Ost-Westauseinandersetzungen gegen die USA durchsetzen zu können.

Literaturempfehlungen

Antonio Cavalla/Lilian Bernadez: Die Außenpolitik der USA gegenüber Mittelamerika, in: Lateinamerika — Berichte und Analysen 5, Berlin 1982, hrsg. v. Veronika Bennholdt-Thomsen u. a.

Alexander Schubert, Die militärischen Androhungen des Neokonservatismus von Reagan, in: Prokla 44, Nr. 3/1981

»Eine neue interamerikanische Politik für die achtziger Jahre«, programmatisches Dokument des Komitees von Santa Fé zur Politik der Regan-Regierung gegenüber Lateinamerika, hrsg. v. Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika.



Sozialist

- ist eine Zeitschrift
- von marxistischen Sozialdemokraten
- für JUSOs, Partei, Gewerkschaften
- bringt regelmäßig 6 mal im Jahr
- Berichte von Praxisfeldern und Theoriedebatten

Themenschwerpunkt der nächsten Ausgabe

**Die SPD
und ihr linker Flügel**

Der Sozialist kostet jährlich DM 13,— im Normalabo und DM 30,— im Förderabo

Fordert doch einfach mal
ein Probe-Exemplar an.



SOVEC

Auf dem Lohberg 23
3400 GÖTTINGEN

Zur Diskussion um eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa

Die aktuellen Bestrebungen, die nordischen Länder zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen, haben eine Vorgeschichte. Der Vorschlag des damaligen schwedischen Außenministers Undén vor der UN-Generalversammlung 1961 über die Gründung eines Bundes kernwaffenfreier Staaten war der Ursprung für die Idee einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa. 1963 legte der damalige finnische Ministerpräsident Kekkonen einen Plan vor, um die kernwaffenfreie Zone im Norden zu etablieren: Die nordischen Länder seien heute faktisch frei von Kernwaffen. Diese Tatsache beruhe auf Verpflichtungen der einzelnen Länder. Eine Bestätigung dieser Situation durch gegenseitige Verträge würde keine Änderung der Außenpolitik dieser Länder bewirken und auch ihre Sicherheit nicht verringern. Sie würde auch die jetzigen Kräfteverhältnisse in der Welt nicht ändern und beeinflussen — deshalb auch nicht die Interessen Außenstehender. Dagegen würde sie die Stellung der nordischen Länder stabilisieren und sie aus dem -bereich von Unwägbarkeiten führen, die die Weiterentwicklung der Atomwaffen hervorriefen. Sie würde außerdem dazu beitragen, daß die Region sich aus den internationalen Spannungen heraushalten könnte.

Die Regierungen Dänemarks und Norwegens wiesen die Pläne von Undén und Kekkonen als unbrauchbar zurück, sofern sie nicht in einen größeren europäischen Rahmen eingebettet werden könnten. Die dänische Regierung hatte eine ablehnende Haltung, während die norwegische ein gewisses Interesse zeigte. Die schwedische Regierung vermied es, eindeutig Stellung zu beziehen. Die allgemeine negative Haltung der westlichen Staaten zum Plan des damaligen polnischen Ministerpräsidenten Gomulka, die Kernwaffenaufrüstung in dem empfindlichen Gebiet der beiden deutschen Staaten, Polen und CSSR einzufrieren, führte dazu, daß der Vorschlag im Sande verlief und damit zunächst auch die Debatte um eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa. Es dauerte bis 1979, bis diese Frage wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde, aber dafür dann mit neuer Stärke. Der Auslöser war der sogenannte NATO-Doppelbeschluß über atomare Aufrüstung in Westeuropa und der darauf folgende Streit über die Stationierung von schwerem amerikanischem Kriegsmaterial in Norwegen. Eine Komponente der neuen US-Strategie sind bekanntlich die Mittelstreckenraketen, die mit einem Schlag die sicherheitspolitische Lage in Nordeuropa verschlechtert hätten. Ohne Zweifel liegen die Raketen-Anflugwege für Ziele im Nordwesten der Sowjetunion so, daß schwedisches und finnländisches Territorium im Falle eines Krieges zwischen den Supermächten betroffen wäre. Die Einsicht, was für eine Bedrohung die neue amerikanische Atomwaffenstrategie für die Sicherheit Nordeuropas bedeutet, machte die gegenwärtige Bewegung für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa zum Ausgangspunkt ihrer Kampagne. Norwegen nimmt eine Schlüsselposition in der Debatte ein. Ein entscheidender Schritt voran wurde in der Diskussion gemacht, als Kräfte innerhalb der norwegischen Sozialdemokratie den traditionell NATO-freundlichen Flügel der Partei angriffen. Unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung nahm die Programmkommission der Partei überraschend einen Programmpunkt auf, nach dem sich die norwegische Regierung »für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa einsetzen soll als Teil einer atomwaffenfreien Zone in größerem europäischem Zusammenhang«. Durch diesen Schritt begann eine ernsthafte Diskussion über eine atomwaffenfreie Zone.

Die außerparlamentarische Tätigkeit der Friedensbewegung verband sich mit einer starken Meinungsbildung in den Gewerkschaften und schließlich auch mit parlamentarischen

Initiativen, letzteres besonders auf der Tagung des Nordischen Rates im März 1981 in Kopenhagen. Die Parteien links von der Sozialdemokratie griffen die Frage gemeinsam auf. Es handelt sich um die Sozialistische Volkspartei und die Linksozialisten in Dänemark, die Volksdemokraten in Finnland, die Linkspartei-Kommunisten (VPK) in Schweden, die Volksallianz auf Island und die Republikanische Partei der Färöar-Inseln. Die norwegische Sozialistische Linkspartei ist im Rat zur Zeit nicht repräsentiert, hat aber an den gemeinsamen Diskussionen teilgenommen. Die Parteien schlugen vor, daß der Rat für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa arbeiten und selbst bestimmte Initiativen ergreifen solle, um die Frage zu erörtern und voranzutreiben. Der Sprecher der Parteien war der VPK-Vorsitzende Lars Werner. Seine Rede war fast schon eine Sensation, denn er durchbrach das Tabu, nach dem sicherheitspolitische Fragen nicht im Rat besprochen werden dürfen. Die Tatsache, daß der Rat bereit war, das Problem nach Werners Rede dennoch zu diskutieren, zeigt deutlich, welches Gewicht die öffentliche Meinung in dieser »Zonenfrage« erhalten hat. (Übrigens haben die Jugendverbände der Parteien, die sich traditionsgemäß zu den Sitzungen des Rates treffen, es geschafft, sich von links bis rechts über eine Resolution für ein von eurostrategischen und anderen neuen Waffensystemen freies Europa zu einigen. Eine Tatsache, die zweifellos dazu beigetragen hat, Druck auf die Parlamentarier ausüben, die Zonenfrage ernsthaft zu diskutieren.)

Die Behandlung der Zonenfrage im Nordischen Rat führte zu einer unmittelbaren Konfrontation. Die dänischen Sozialdemokraten und die norwegische Rechtspartei griffen den Vorschlag der Linksparteien an. Schon hier wurden alle Argumente hervorgeholt, die seither die Debatte bestimmen.

1980/81 wuchs die außerparlamentarische Opposition für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa erheblich. Die alten Friedensorganisationen, die seit dem Probestoppabkommen von 1963 stagnierten, erhielten neuen Zulauf, und es entstanden neue, wie beispielsweise »Frauen für den Frieden«. Der sozialdemokratische Frauenverband in Schweden mit seiner alten Kampftradition in Friedensfragen hat sich tatkräftig der Zonenforderung angenommen. Die Anstrengungen zur Organisation und Zusammenarbeit in der Friedensfrage können als erfolgreich bezeichnet werden. Große Demonstrationen und Friedensmärsche gab es in allen nordischen Ländern. Die Unterstützung durch gewerkschaftliche Organisationen war bedeutend. Auf der parlamentarischen Ebene nahm Schweden eine besondere Stellung ein. Im Juli 1981 hat der schwedische Reichstag einstimmig beschlossen, der Regierung den Auftrag zu erteilen, für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa zu wirken. Aber seitdem wachsen die Schwierigkeiten, in der Zonenfrage voranzukommen. Das Schlüsselproblem ist, daß Dänemark und Norwegen, um sich an einer atomwaffenfreien Zone beteiligen zu können, die Bedingungen ihrer NATO-Mitgliedschaft in Verhandlungen neu aushandeln müßten. Danach dürfen nämlich Atomwaffen in Friedenszeiten auf den Territorien Dänemarks und Norwegens nicht stationiert werden, wohl aber bei Krisen oder Krieg.

Die USA haben eine Änderung abgelehnt, und die Regierungen Dänemarks und Norwegens haben bisher noch keine gemeinsamen Schritte unternommen, um zu einem Ergebnis zu kommen. In Norwegen übernahmen in der Zwischenzeit die Konservativen die Regierung. Die schwedische Regierung versteckt sich hinter Dänemark und Norwegen. Außenminister Ullstens Linie lautet, keine Änderungen der dänischen und norwegischen Verpflichtungen in der NATO zu erwarten, womit er die schwedische Passivität erklärt. Bemerkenswert ist noch, daß hohe schwedische Beamte des Außenministeriums ihre Stellung dazu benutzten, um gegen die »Zone« Propaganda zu machen. Sie haben große Mü-

he aufgewendet, in der Presse zu behaupten, daß die Forderungen »unrealistisch« seien. — Seit der sowjetische Präsident Breschnew am 26. Juni 1981 in einer finnischen Zeitung erklärte, die Sowjetunion ließe mit sich über eine Atomwaffenfreie Zone reden, die auch ihr eigenes Territorium berühre, haben die Aktivitäten der Zonengegner zugenommen. Die schwedische Regierung hat z.B., anstatt auf die USA einzuwirken, standhaft wiederholt, daß sie von der sowjetischen Seite Präzisierungen verlange. Ende Oktober 1981 hat bekanntlich ein sowjetisches U-Boot schwedisches Territorium grob verletzt und geriet inmitten eines Sperrgebietes auf Grund. Das Ereignis hat der Bewegung für eine atomwaffenfreie Zone einige neue Anhänger gebracht, doch gleichzeitig den Gegnern neue Munition geliefert. Man könnte von einer Polarisierung durch das U-Boot-Ereignis sprechen. Die schwedische Regierung nutzte die Lage aus, um im November vor einem Ausschuß der UN-Generalversammlung nicht für die Resolution über ein Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf bisher atomfreien Gebieten zu stimmen. Die schwedische Rechtspartei/Zentrum (Svenska Högern-Moderaterna) nutzte das U-Boot-Ereignis als Anlaß, von ihrem Reichstagsbeschluß vom Juni abzuspringen und ließ ihre Presse offen gegen die »Zone« antreten. Aber gleichzeitig wurde eine im Frühjahr gestartete Unterschriftenkampagne für eine atomwaffenfreie Zone erfolgreich fortgesetzt. Es wurden insgesamt 750000 Unterschriften gesammelt. Auch das kirchliche Engagement ist *nach* der U-Boot-Affäre stärker geworden. In den Demonstrationen der Arbeiterparteien zum 1. Mai hat die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone einen ersten Platz eingenommen. Am 15. Mai sprach in Göteborg Daniel Ellsberg, ehemaliger Berater von Präsident Carter, als Hauptredner auf der bisher größten Pro-»Zone«-Veranstaltung. Hinter der Veranstaltung stehen Kräfte wie der erfolgreiche UEFA-Cup-Verein IFK Göteborg und der Bischof der Stadt. Die Kampagne für eine atomwaffenfreie Zone bewegt sich im wesentlichen außerhalb aller traditionellen politischen Linien.

Eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa könnte von vier Prinzipien ausgehen:

1. Die betroffenen Staaten verpflichten sich, keine Atomwaffen zu produzieren oder zu stationieren sowie anderen Staaten nicht zu erlauben, auf ihrem Territorium Atomwaffen zu stationieren oder zu verwenden. Die Verpflichtung gilt sowohl in Friedens- als auch in Kriegs- und Krisenzeiten.
2. Staaten mit Atomwaffen verpflichten sich erstens, die Haltung der Staaten der atomwaffenfreien Zone strikt zu respektieren und zweitens auf die Drohung mit oder die Verwendung von Atomwaffen gegen Länder der Zone zu verzichten.
3. Es wird ein internationaler Überwachungsapparat errichtet, um sicherzugehen, daß sich alle betroffenen Staaten innerhalb und außerhalb der Zone an ihre Verpflichtungen halten.
4. Das Übereinkommen soll so ausgeformt werden, daß es der internationalen Entspannung dient, besonders in Mitteleuropa.

Die Form könnte ein gemeinsames Übereinkommen zwischen den nordischen Ländern und den Atommächten sein oder ein gleichlautender Vertrag zwischen jedem nordischen Land und den einzelnen Atomwaffenländern.

Auch wenn die genannten Prinzipien klar erscheinen, es gibt genug problematische Punkte. So sollte das Verbot des Überfliegens ein wichtiger Teil des Übereinkommens sein, besonders wegen der Gefahr der US-Atombomber und der Mittelstreckenraketen. Ein Verbot des Transits von Atomwaffen durch die Zone sollte ebenfalls aufgenommen werden. Dies würde vor allem die Hoheitsgewässer der Zone betreffen. Ein zusätzliches Problem besteht darin, daß mit solchen Verträgen das Gleichgewicht der Supermächte ge-

stört werden könnte. Die Überwachung solcher Verträge ist schwierig. In der Ostsee schwimmen sowjetische atomwaffentragende U-Boote. Einige Befürworter der Zone meinen, daß die Ostsee gänzlich atomwaffenfrei werden muß. Eine weitere offene Frage ist, ob der Vertrag ausschließlich Atomladungen oder auch Atomwaffenträger umfassen soll. Das Problem hat mit der Tatsache zu tun, daß viele moderne Waffen sowohl mit Atomsprenköpfen als auch mit konventionellem Sprengmaterial ausgerüstet werden können. Schließlich muß darüber verhandelt werden, ob das Übereinkommen auch für Einrichtungen gilt, die die Atomwaffen anderer Länder unterstützen, beispielsweise Navigationssysteme für atomwaffentragende U-Boote (Loran C), wie sie in Norwegen stehen. Und es geht um norwegische Flugplätze, die in Krisenzeiten atomwaffentragende US-Bomber versorgen können (COB-Programm). Solange diese Einrichtungen zugunsten der US-amerikanischen Schlagkraft existieren, ist es schwer vorstellbar, daß die UdSSR auf die Möglichkeit verzichtet, solche Ziele mit Atomwaffen auszuradiieren.

Die Argumente, die *gegen* eine atomwaffenfreie Zone vorgebracht werden, bewegen sich auf verschiedenen Ebenen. So wird behauptet, der Norden sei schon atomwaffenfrei und eine vertraglich festgelegte Zone sei deshalb nicht nötig. Oder: Eine vertraglich festgelegte Zone sei sinnlos, weil man sich nicht darauf verlassen könne, daß die Atommächte den Vertrag respektieren würden. Ein verbreitetes Politiker-Argument ist zudem, daß eine solche Zone nur durch einen erweiterten europäischen Zusammenhang aufrechterhalten werden könnte. Damit ist meist eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gemeint. Eine Variante des gleichen Themas besteht darin, eine nordeuropäische Zone nur als Folge einer substanziellen Abrüstung in Europa zu sehen. Alle Argumente dienen als Entschuldigung für Passivität bei Politikern, die gegen die Zonenforderungen sind, sich aber von der öffentlichen Meinung unter Druck gesetzt fühlen. Aktive Zonengegner hingegen stellen im voraus Bedingungen, die die Verwirklichung der Zonenforderung ausschließen. Sie verlangen zunächst, daß die sowjetische Kola-Halbinsel Teil des Vertragsterritoriums wird. Aber ein Großteil der Einrichtungen auf der Halbinsel ist Teil des globalen Gleichgewichts zwischen USA und UdSSR. Sie können nicht abgebaut werden, ohne eine Gegenleistung auf US-amerikanischer Seite. Diese Tatsache wird von den Zonengegnern verschwiegen.

Die Zonenbefürworter sind sehr vorsichtig, sich über die Rolle Islands zu äußern, obwohl Island ein nordisches Land ist. Island berührt ebenfalls das globale Gleichgewicht. Es in eine nordeuropäische atomwaffenfreie Zone einzugliedern, wird von den Zonenbefürwortern als wünschenswert angesehen, aber für zunächst unrealistisch gehalten.

Soweit es Dänemark und Norwegen betrifft, ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß die Zonenforderung eine Forderung innerhalb der NATO ist. Die Zone würde sich aus so unterschiedlichen Ländern wie den NATO-Staaten, einem allianzfreiem Land und einem Land mit einem Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion zusammensetzen. Aber die Zonenforderung ist ein ausgewogener Plan, der mit den Vertragsverpflichtungen der nordischen Staaten vereinbar ist. Sollte es sich zeigen, daß die genannten Bedingungen für eine atomwaffenfreie Zone nur schwer und langwierig durchzusetzen sind, gibt es noch die Möglichkeit, Schweden und Finnland alleine den ersten Schritt zu einer Zonenbildung machen zu lassen, natürlich mit entsprechenden Garantien der Atommächte.

Dieser Aufsatz wurde aus dem Schwedischen übersetzt von Kristina Eriksson und Gerald Mackenthun.

Am Beispiel Österreich: Friedensbewegung und Armee — Widerspruch oder Ergänzung?

Die westeuropäische Friedensbewegung bewegt sich zwischen zwei Fronten. Zum einen ist sie gegen das Hegemoniestreben der USA-dominierten NATO gerichtet, zum anderen ist sie mit dem in der Friedensbewegung stark verankerten Pazifismus konfrontiert. Der Erfolg der Friedensbewegung hängt jedoch davon ab, daß sowohl die nur negierenden Konzepte, als auch der Pazifismus als Perspektive überwunden werden. Daher sollte von einem sozialdemokratischen Standpunkt das Konzept einer nicht aggressionsfähigen, *objektiv defensiven Armee* entwickelt werden. Nicht die Frage, ob wir eine Armee wollen, sondern die Frage, wie eine Armee strukturiert sein muß, um einer zukünftigen Friedenssicherung ohne Waffen bzw. einer wirklich beidseitigen Abrüstung nicht im Wege zu stehen, zugleich aber auch den Bedingungen einer demokratischen Gesellschaftsordnung entspricht, muß in den Vordergrund der Diskussion über »alternative Verteidigungsstrategien« in der Friedensbewegung gerückt werden. Das Modell Österreich möge als Beispiel und Anlaß für Diskussion und »Taten« stehen.

Die größte Gefahr für den Frieden droht aber durch das Zeitproblem: läßt uns das sogenannte »Gleichgewicht des Schreckens« zwischen Ost und West noch genügend Zeit? Kann unsere Resignation bzw. das utopische Wolkenschieben überwunden werden?

1. »Traditionelle Sicherheitspolitik« ist angewandter Pessimismus

Die Aufgabe der Friedensbewegung sollte darin liegen, alternative militärische Verteidigungsstrategien massiv in den Vordergrund sowohl der theoretischen Diskussion wie auch aktiver Handlungen zu stellen. Das reine Aufzeigen von Daten und Fakten über Rüstung, Bedrohungen etc. in breiter theoretischer Auslegung führt zu einem weitgehenden Stillstand der Diskussion. Brauchbare Konzepte und Alternativen für eine Lösung können darin nicht enthalten sein.

Um den Begriff des »militärischen Gleichgewichtes« geht es im Prinzip bei allen (Abrüstungs-)Verhandlungen und allen Begründungen für Auf- und Nachrüstung. Man sollte annehmen, daß eine genaue, von beiden Blöcken (NATO, Warschauer Pakt) akzeptierte und verständliche Definition des Begriffes vorliegt. Eine solche existiert jedoch nicht einmal in Ansätzen. Seit jeher wird, sicherlich nicht ungewollt, aneinander vorbeigeredet, dem anderen vorgeworfen, er habe durch Rüstung die Ebene des Gleichgewichtes verlassen usw.

Bei allen militärischen Variablen die zur Definition eines nicht definierbaren Gleichgewichtes herangezogen werden (z.B.: die Raketenrüstung: Zahl- und Sprengkraft der Gefechtsköpfe; Zuverlässigkeit/Zielgenauigkeit; Überlebensfähigkeit nach einem gegnerischen Erstschlag; Fähigkeit, die gegnerische Abwehr zu durchstoßen; Vielfalt ihrer Einsatzmöglichkeiten sowie ihrer Beweglichkeit; etc.) gibt es unterschiedliche Auslegungen, Definitionsversuche und Sprachregelungen.

Zusammengefaßt kann man zum pessimistischen Schluß kommen, daß »auf Grund verschiedener Sprache, Definitionen, Worthülsen, etc.« auch zukünftige (Abrüstungs-)Verhandlungen das Drehen der tödlichen perversen Rüstungsspirale nicht verlangsamten werden, sondern im Gegenteil, der seidene Faden des atomaren europäischen Holocaust immer dünner wird.

2. Soziale Verteidigung — die Alternative bisheriger traditioneller Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

»Utopien sind wie Wolken«¹, aber es wäre falsch zu sagen, daß Wolken nichts sind. Sie sind nur nicht das, was sie in ihrer stolzen Pracht oft zu sein scheinen. Der Regen, der aus ihnen kommt, beweist, was und wie wichtig sie sind. Sie sind keine ganz neue Welt, sondern nur eine Befruchtung der alten. Aber ohne sie wird das Land zur Wüste, vertrocknet, ist schattenlos und tot.

Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Landesverteidigung ist gerade in der derzeitigen weltpolitischen Situation solch eine Utopie.

Wäre ein Ende des Hitler-Reiches mit seinem Expansionsdrang, der totalen Repression gegen alles andere Denkende, den Konzentrationslagern und Gaskammern, der Ausschaltung aller individuellen Freiheiten durch rein pazifistische Verteidigungsideale möglich gewesen? Die Geschichte hat gezeigt, das die Wiedererrichtung mehr oder weniger demokratischer Gesellschaftsordnungen mit ihren vielfältigen Freiheiten nur durch militärischen Kampf ermöglicht wurden.

Oder ist es wirklich richtig, wenn z.B. engagierte (sozialdemokratische) Christen von heute mit den Worten der Bergpredigt, »wenn Dir jemand auf die rechte Wange schlägt, dann halte auch die linke hin«, ihr totales Engagement für die soziale Verteidigung begründen? Sollten sie nicht auch ihre kollektive Verantwortung für die Erhaltung einer demokratischen Gesellschaft mit ihren Freiheiten in Betracht ziehen? Darf und soll ein Christ zusehen, wenn die Wange seines »Bruders« geschlagen wird? Ist er nicht zur Hilfe verpflichtet, wenn er Zeuge einer gewaltsamen Mißhandlung eines anderen (oder eines Völkermordes) werden sollte?

Die Formen des gewaltlosen bzw. zivilen Widerstandes sind ohne Zweifel notwendige Ergänzungen in der Vorbereitung von defensiven Verteidigungsstrategien für demokratische Gesellschaftsordnungen. Als solche sind sie sicherlich angemessene Kampfmittel in einer mittels Rechtsnormen pazifisierten Gesellschaft. Was aber ist, wenn sich ein möglicher Aggressor nicht an diese ethischen Normen, oder z.B. an die Normen des (internationalen) Völkerrechtes hält?

Ghandi, einer der geistigen Väter des gewaltlosen Widerstandes, mußte noch kurz vor seinem gewaltsam verursachten Tod fürchterliche Gemetzel zwischen Hindus und Moslems erleben. Er hat Indien zur Unabhängigkeit geleitet, aber die Unabhängigkeit schuf eine Situation, die nicht auf gewaltfreien Prinzipien beruhte.

Eine ausschließliche soziale Verteidigung würde in der derzeitigen weltpolitischen Situation vielleicht einen Prozeß einleiten, der all das, was durch Sozialdemokraten erkämpft wurde, vernichten könnte.

Wäre es daher nicht lohnender, zu einem »Alternativmodell militärischer Landesverteidigung« zu kommen, sich aktiv dafür zu engagieren, ein Modell so zu strukturieren, daß es auch einem zukünftigen Weltfrieden ohne Waffen nicht als bewaffnetes Hindernis entgegensteht?

3. Daher: Die Frage lautet nicht, Armee ja oder nein? Sondern: Welche Art von Armee?

»Das übliche Grundmißverständnis des Problems des Wettrüstens besteht darin, daß jede Seite der anderen ständig übermäßige, also offenbar aggressiv gemeinte Rüstung vorwirft. Dieser Vorwurf ist meist sogar aufrichtig. Wenn zwei Gegner einander mißtrauen, fühlt sich jeder in Wahrheit erst dann sicher, wenn er erheblich stärker ist als der andere. Die Bedingung, daß jeder stärker sei als der andere, ist unerfüllbar. So jagen beide einem vor ihre

Nase gebundenen Köder nach, den sie nie erreichen; das nennt man Wettrüsten. Daher genügt einseitige Einsicht in den Mechanismus nicht, um aus ihm zu entinnen. Denn wer das Rennen nicht mitmacht, wird wirklich der Schwächere und hat die Folgen zu tragen. An die beiderseitige Einsicht mußte appelliert werden, *um ein System zu schaffen, indem weiteres Rüsten keinen hinreichenden Vorteil verspricht.*²

Hinter den Intentionen der Rüstungsanstrengungen steht, faßt man das hier Gesagte zusammen, das Bestreben den zum Gegner aufgebauten militärischen Kontrahenten im militärischen Wettlauf zu übertreffen, also der Stärkere zu sein, um den anderen bedrohen zu können. Zieht man daraus den Umkehrschluß, dann gilt auch: wer niemanden militärisch bedrohen kann, ohne dabei jedoch auf ein militärisches Instrument zu verzichten, kann mit unbestreitbarem moralischen und politischen Gewicht auf die Abrüstung der anderen drängen, er kann die öffentliche Meinung der Welt leichter beeinflussen und dient damit dem Frieden in einer Weise, wie es bisher noch nicht der Fall war. Nachfolgende Thesen sollen dies verdeutlichen:

- A. Die große, totale (auch nur atomare) Abrüstung ist als Nahziel vorerst nicht zu erreichen, daher sind auch alle »kleinen Schritte«, die objektiv in Richtung des größten Zieles — dem wirklichen Frieden — gehen, zu unterstützen.
- B. Die Fähigkeit beider Supermächte, uns Menschen mit Hilfe der »großen Bomben« zu vernichten, macht derzeit noch den »großen Krieg« unwahrscheinlich. Diese derzeitige Unwahrscheinlichkeit muß genützt werden, um den großen Krieg auf Dauer unwahrscheinlich zu machen.
- C. Die derzeitige noch vorherrschende Unwahrscheinlichkeit des großen Krieges schützt jedoch keinesfalls vor kleineren möglichen Aggressionen (wir bekommen sie fast täglich vor Augen geführt), die aber genügen können, unsere demokratische Gesellschaftsordnung zu vernichten bzw. uns unsere Freiheiten zu nehmen.
- D. Wir müssen daher (noch) militärisch gerüstet sein, um im Notfall die demokratische Gesellschaftsordnung gegen *jeden* Versuch zu verteidigen, *autoritäre* Regime zu errichten.
- E. Aber eben diese Bereitschaft und Fähigkeit zur (militärischen) Verteidigung macht eine tatsächliche Verteidigung im hohen Maße unwahrscheinlich und ermöglicht uns, für das »große Ziel« (den wirklichen Frieden) zu wirken und dafür aktiv zu arbeiten.
- F. Die Abschaffung des Krieges muß das angestrebte Ziel sein. Dies ist Voraussetzung aber nicht primär Folge der Abrüstung. Alternativmodelle militärischer Verteidigung sind ein entscheidender Beitrag zur Schaffung dieser Voraussetzung.
- G. Zur Entstehung von Kriegen ist es notwendig, daß Menschen sie wollen; so muß also im Bewußtsein der Menschen der Wille zur defensiven Landesverteidigung und das Engagement für den Frieden verankert werden. In diesem Sinne gibt es keinen Widerspruch zwischen den Friedensideen, wie sie in der Friedensbewegung existieren und der alternativen Form einer militärischen Landesverteidigung, wie sie z.B. im österreichischen Modell verwirklicht werden soll.

Folgt man diesen Thesen so ergibt sich zwangsläufig die Frage nach den inhaltlichen bzw. strukturellen Schwerpunkten eines solchen Konzeptes.

Das österreichische militärische Verteidigungsmodell erfüllt folgende Forderungen³: Die bewaffnete Macht (das österreichische Bundesheer) entspricht den Bedingungen einer demokratischen Gesellschaftsordnung (allgemeine Wehrpflicht, milizartiger Charakter der Armee). Diese Armee ist objektiv nicht in der Lage, einen Angriffskrieg zu führen, kann jedoch im Falle einer von außen kommenden militärischen Bedrohung die *demokra-*

tische Gesellschaftsordnung verteidigen und optimalen Schutz bieten (Raumverteidigung). Die Armee ist so strukturiert, daß sie einer zukünftigen Friedenssicherung ohne militärische Mittel nicht als bewaffnetes Hindernis entgegensteht. Sie ermöglicht ein Ausscheren aus der gigantischen und perversen Rüstungsspirale ohne Aufgabe der (derzeit) noch notwendigen Fähigkeit militärischer Notverteidigung.

Die genannten Bedingungen eines alternativen Modells militärischer Not- bzw. Selbstverteidigung stehen am vorläufigen Endpunkt einer geschichtlichen Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie im Hinblick auf die bewaffnete Macht.

4. Historischer Exkurs: Österreichs Sozialdemokratie und bewaffnete Macht — Widerspruch oder notwendige Ergänzung?

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Überlegungen zur bewaffneten Macht stand die »Allgemeine Volksbeschaffung«, die in der »Volkswehr« in Gestalt einer »Miliz« ihren Ausdruck finden sollte. Die österreichische Sozialdemokratie hat damit das Heeres- und Kriegsbild des deutschen Frühliberalismus übernommen. Ebenso wie bei den Frühliberalen gehört es zur Grundüberzeugung der Sozialdemokratie, daß ohne »Miliz« die latente Gefahr eines Staatsstreiches⁴ bestünde und es damit keine Sicherheit vor einem Rückfall in absolutistische bzw. totalitäre politische Erscheinungsformen gebe. Im Falle eines Staatsstreiches würde sich eine Volkswehr nicht gegen das Volk mißbrauchen lassen. Sie würde vielmehr auf der Seite des Volkes stehen und dessen Freiheit schützen. Am Gründungskongreß der »Zweiten Internationale« im Jahre 1880 wurde erstmals die Frage diskutiert, ob und wie der Krieg zu verhindern sei und in einer Resolution die Abschaffung der stehenden Heere gefordert, gleichzeitig aber eine allgemeine Volksbewaffnung (Milizsystem) vorgeschlagen. Die Volkswehr, ursprünglich Idee des deutschen Frühliberalismus, wurde schließlich in das Hainfelder Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokraten (1889) übernommen. Am Vorabend der Ereignisse und der Entwicklung die zum 1. Weltkrieg führten, blieb den österreichischen Sozialdemokraten eine Abstimmung über die Kriegskredite im Jahre 1914 erspart, doch ließ *Viktor Adler*, Führer der österreichischen Sozialdemokraten, keinen Zweifel darüber offen, wie bei einer Abstimmung über diese Kriegskredite die Sozialdemokratie abgestimmt hätte: »Es gibt nur eines, was noch schlimmer ist als der Krieg, daß ist die Niederlage«.⁵ — Obwohl die österreichischen Sozialdemokraten ihren Irrtum, nämlich nicht aktiv gegen den Kriegseintritt gewesen zu sein, bald erkannten, konnten sie die ins Rollen gekommenen Ereignisse nicht mehr aufhalten. Die schrecklichen Folgen dieser Fehleinschätzung sind hinlänglich bekannt.

In der Nachkriegszeit begann der Sozialdemokrat (Staatssekretär) *Julius Deutsch* mit dem Aufbau eines Bundesheeres, indem er nach Möglichkeit in entscheidende Kaderfunktionen Sozialdemokraten berief und auf diese Weise allen Bestrebungen von reaktionären Kräften, eine Wehrmacht nach monarchistischem (oder ähnlichem) Vorbild zu installieren, einen Riegel vorschob. Nach dem Wechsel der politischen Machtverhältnisse und der Übernahme der Regierungsmacht durch Konservative in der 1. Republik wurde diese Entwicklung gestoppt und später weitgehend umgekehrt, indem viele Sozialdemokraten ihren Posten im Bundesheer *freiwillig* verließen bzw. verlassen mußten. Die politische Polarisierung führte schließlich zur Aufstellung einer bewaffneten Arbeitermacht (Schutzbund), die Konservativen stellten die sogenannte Heimwehr auf. Das Bundesheer als dritte bewaffnete Kraft im Staate blieb ebenfalls unter Kontrolle von konservativen Kräften. Diese Entwicklung — das mehr oder weniger freiwillige Verlassen der bewaffneten Macht —, fand ihren Höhepunkt in der Tragödie des 15. Juli 1927 (Justizpalastbrand), die den schwe-

lenden innenpolitischen Konflikt zum Ausdruck brachte und die Serie politischer Niederlagen der Sozialdemokratie einleitete bis hin zum Bürgerkrieg des Jahres 1934. Der naive Glaube an eine humane und demokratische Vorgangsweise seitens der damaligen Konservativen und das freiwillige Zurückziehen der Sozialdemokraten aus dem Bundesheer, machte diese Entwicklung nicht nur möglich, sondern förderte sie und führte letztendlich auch zum Anschluß Österreichs an das III. Reich im Jahre 1938.

Als sich Österreich im Jahre 1955 in einer eher mühevollen Geburtsstunde wieder ein militärisches Instrument gab, war dieses Bundesheer überhaupt nicht auf die Bedürfnisse und allfälligen Bedrohungen Österreichs abgestimmt bzw. erfüllte auch nicht die Anforderungen einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Österreich verpaßte sich sozusagen einen »Anzug«, der um etliche Nummern zu groß war und dementsprechend seinen Auftrag und Zweck nicht erfüllen konnte. Damals war die vehemente sozialdemokratische Abneigung und Kritik gegenüber dem Heer berechtigt und sinnvoll.

Seit 1970 wird nun durch Sozialdemokraten gemeinsam mit allen demokratischen Kräften der Aufbau eines milizartigen Heeres vorangetrieben. Bildlich ausgedrückt: Österreich versucht sich einen Anzug maßzuschneidern, der den Bedürfnissen Österreichs entspricht. Derzeit ist dieser Anzug (Raumverteidigung, milizartige Struktur des Heeres) bei der Anprobe aber von der Fertigstellung noch weit entfernt. Das Ziel ist: effektiv zu sein bei der Leistung eines Beitrages zur Erhaltung, Verteidigung und wenn notwendig auch Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und des Territoriums.

5. Afheldt: Ansatz für das Engagement der Friedensbewegung

*Horst Afheldt*⁶ tritt für eine Verteidigung der BRD ein, die mittels eines die ganze Bundesrepublik überziehenden Netzes kleiner »Techno-Kommandos« erreicht werden soll. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die seiner Meinung nach nicht schlüssige und für die BRD vollkommen unannehmbare NATO-Strategie. Wegen der immer mehr zunehmenden Möglichkeit der Schadensbegrenzung durch taktische Atomwaffen wird ihr Einsatz immer wahrscheinlicher. Dies hätte aber auf dem dichtbesiedelten Gebiet der BRD die Zerstörung fast aller sozialen und ökonomischen Strukturen zur Folge. Bereits der Einsatz kleinster Atomsprengkörper führt zwangsläufig zur Steigerung des nuklear-taktisch geführten Gefechtes.

Darüber hinaus zeigen sich für ihn unüberbrückbare Interessensgegensätze zwischen der BRD und den USA. Während die USA taktische Atomsprengkörper bei einem Angriff des Warschauer Paktes jederzeit und wahrscheinlich auch sehr frühzeitig einsetzen könnten und der NATO-Strategie gemäß auch würden, ist für die BRD bereits der Einsatz weniger taktischer A-Waffen das Ende. *Afheldt* zweifelt auch daran, ob die USA von einer bestimmten Eskalationsstufe an bereit sein werden, noch weiter zu eskalieren und damit die eigene Existenz zu gefährden, obwohl die BRD sozial und ökonomisch zerstört ist.

Afheldt bricht daher theoretisch ebenso radikal, wie z.B. Österreich dies auch praktisch tut, mit klassischem militärischen Denken und entlehnt bei Mao und anderen Kleinkriegstheoretikern Impulse, ohne subversive bzw. Partisanenkriegsführung zu empfehlen. Er will unter den nuklear-strategischen Schirm amerikanischer Deckungsstreitkräfte das gesamte Gebiet der BRD mit einem Netz von 10000 leichten ortsgebundenen, panzerabwehrstarken autonomen Techno-Kommandos überziehen. Diese autonomen Techno-Kommandos verhindern gemäß *Afheldt* mit ziemlich großer Wahrscheinlichkeit daß »fait accompli« einer Eroberung der BRD in nur wenigen Tagen. Zwar erkennt er die begrenzte Tragweite dieses nicht nuklearen Abschreckungssystem, doch soll mit dem von außen ag-

gressiv aufgezwungenen Kampfhandlungen vor allem Zeit für politische Entscheidungen zur Begrenzung und Beendigung bzw. Wiederherstellung des vorherigen Zustandes gewonnen werden.

Ein Zerschlagen dieses Verteidigungssystems mittels A-Waffen würde voraussetzen, daß der Gegner das gesamte Gebiet der BRD mit Kernwaffen abdeckt — abgesehen von der Eskalation für den Angreifer, da diese Art der Verteidigung den Angreifer objektiv nicht bedroht und er daher von sich aus als Aggressor sowohl konventionell als auch die nukleare Aggression beginnen muß. Interessant an dem Modell *Afheldt* ist die Ähnlichkeit zum österreichischen Modell der Raumverteidigung. Es ist unmöglich, diese Armee sofort auf einen Schlag zu vernichten. Dadurch kann Zeit für eine politische Lösung gewonnen werden. Überdies stellt dieses System den objektiv und moralischen Anspruch, auf bloße Selbstverteidigung ausgerichtet zu sein und kann daher von niemandem mehr als Argument für eigene Rüstung zur »Abwehr der aggressiven militärischen BRD-Bedrohung« genommen werden.

6. Frieden schaffen auch mit Waffen?

Ein großer Teil der historischen Arbeit der Sozialdemokratie war der Frage von Krieg und Gewalt gewidmet, wobei die pazifistischen Positionen innerhalb der Arbeiterbewegung in der Realität oftmals dann die reale Politik der Bewegung bestimmten. Die historischen Folgen sind bekannt.

Schon *Plechanov* wandte bei Diskussionen im Rahmen der Zweiten Internationale (1893) zur Frage des »Militärstreiks« (= Wehrdienstverweigerung, gewaltlose Verteidigung etc.) ein, »daß nur gleich starke Streikbewegungen, die auf allen Seiten der Kriegsfrent gleichzeitig einsetzen müßten, einen Erfolg (= Abrüstung, Frieden etc.) garantieren könnten. Da aber eine Formierung proletarischer Massen in Westeuropa, nicht aber in Rußland erreicht werden könne, würde dies einer Bevorteilung der russischen Militärmacht gleichkommen ... Die demokratischen Traditionsbestände westlicher Zivilisation und Kultur würden aufs Spiel gesetzt.« Gilt dies nicht sinngemäß teilweise auch heute für die Friedensbewegung, wobei die heutige Bedrohung Europas von zwei Seiten ausgeht?

Abrüstung ist nur möglich, wenn einer den ersten Schritt in Richtung Frieden tut, und dies ist nicht einseitige militärische Abrüstung, sondern einseitige Umrüstung des militärischen Potentials. Umrüstung in der Form und Art, wie dies Österreich versucht. Die Aufgabe der Friedensbewegung für die nahe Zukunft ist der »Kampf für solche Alternativmodelle militärischer Verteidigung«.

Anmerkungen

- 1 Vgl. *F. Neumann*, in: *Erhard Eppler*, Wege aus der Gefahr, Reinbeck 1981, S.107; zur Gesamtfrage des Artikels auch besonders die Seiten 212 bis 215.
- 2 *C.F. von Weizsäcker*, Der bedrohte Frieden, München 1981, S.504 (Hervorhebung durch den Autor).
- 3 Die Darstellung des Modells wäre eine Aufgabe eines eigenen Artikels. Es muß auch angemerkt werden, daß der Aufbau dieses Alternativen Verteidigungsmodells auch nach 12 Jahren sozialdemokratischer Alleinregierung erst in den letzten Jahren verstärkt und zielbewußt in Angriff genommen wurde.
- 4 Die innenpolitische Bedeutung der militärischen Macht wird vor allem bei einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage und politischen Rechtsentwicklung deutlich.
- 5 *V. Adler* zitiert aus: *G. Böhner*, Die Wehrprogrammatik der SPÖ, Würzburg 1976 (Dissertation), S.148. Auch: *W. Ernst*, Sozialdemokratie — Versuch einer Rekonstruktion, Graz 1979, besonders zur Gewalt-Krieg-Diskussion der österreichischen Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit.
- 6 *H. Afheldt*, Verteidigung und Frieden, Politik mit militärischen Mitteln, München 1976.

Nikolaus H. Derkowitsch

Das Dilemma der westlichen Polenpolitik

Wer in diesen Tagen den Kriegsschauplatz imperialer Interessen finden will, braucht nur zu suchen, wo die Aasgeier des westlichen Meinungsjournalismus kreisen: dort ist Polen. Jene, für die Chile gar nicht, und die Türkei nur als Vernebelungsaktion linker fellow traveller der Sowjetunion stattgefunden hat, sind einmal mehr am Beutemachen: ein Kadaver ist auszuweiden.

Der Nutzen Polens für die NATO und EG-Länder ist nicht nur ökonomischer, sondern auch strategischer Natur, und Polen fügt sich in die Strategien verschiedener Länder im »freien Westen« eben auf verschiedene Weise ein. So vermittelt Polen schlaglichtartige tiefe Einblicke in die ökonomischen und politischen Interessenslagen kapitalistischer Länder und in die Ursachen und Hintergründe von Gemeinsamkeiten und Differenzen innerhalb des westlichen Bündnisses. Beides ist gleichermaßen ablesbar sowohl von unilateralen Äußerungen einzelner westlicher Spitzenpolitiker als auch von den Deklarationen der Bündnis- und Integrationsverbände NATO und EG. Dabei spielen handfeste Interessen ebenso eine Rolle wie die ideologischen Wahngelüste kapitalistischer Apologien, die sich als Weltbilder verselbständigen und durchaus geeignet sind auch die Hirne ihrer absichtsvollen Erzeuger zu vernebeln. Präsident Reagan etwa verhökert weltanschaulichen Ramsch in der Hoffnung, sich so ein US-Imperium zurückkaufen zu können. Um auch nur in Umrissen die inneren Widersprüche zu begreifen, mit denen das westliche Bündnis bei der Formulierung seiner Polenpolitik zu kämpfen hat, muß man sich vor Augen führen, daß die weltanschaulichen Spiegelfechtereien, deren sich das Kapital bedient, zwar die Welt grundsätzlich und zeitlos gültig im Einklang mit den generellen Interessen des westlichen Imperialismus erklären soll, damit zugleich aber der Durchsetzung partikulare Interessen einzelner Kapitalien durchaus in die Quere kommen kann. Hier liegt das Dilemma. Das imperialistische Endziel ist auf einen einfachen Nenner zu reduzieren: die optimale Ausbeutung aller menschlichen und natürlichen Ressourcen im Dienste kapitalistischer Reproduktion; also die ständig intensiviertere Einbeziehung einer immer größeren Zahl von Menschen (somit nach der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation von Staaten und Räumen) in die Ausbeutungsordnung. In erster Linie ist damit die Expansion des Imperiums in der »südlichen« Hemisphäre angesprochen. Tendenziell aber ist diesem Ziel ein totalitärer, also auch die »östliche« Welt umfassender Anspruch zu eigen. Dabei steht dem westlichen Imperialismus allerdings einiges im Wege: Kräfte in der Dritten Welt, die sich gegen die systemimmanente, auf Automatismus gerichtete Ausbeutung zur Wehr setzen, die nach außen gerichtete Macht der Sowjetunion, die bei der Verfolgung ihrer eigenen globalen Ziele diese Kräfte in der Dritten Welt zeitweilig unterstützt und damit dem weltlichen Expansionsdrang Grenzen setzt, und schließlich die Sowjetunion selbst als ein konkurrierendes Gesellschafts- und Machtssystem, das allein kraft seiner territorialen Existenz eine erhebliche Zahl von Menschen und Ressourcen einer systematischen Ausbeutung durch den westlichen Imperialismus zugunsten ihrer eigenen, deprimierenden, Wirklichkeit weitgehend entzieht.

Das generelle, von der Ideologie zu legitimierende Ziel des westlichen Imperialismus bezüglich der Sowjetunion ist dementsprechend auf eine eingängige Formel zu bringen: Zurückdrängung der Sowjetmacht, tendenziell bis zu ihrer völligen Aufhebung; dazu ist alles

dienlich, was die Sowjetunion ökonomisch und politisch zu schwächen, daher auch was ihre Gesellschaftsordnung ideologisch unglaubwürdig zu machen vermag. Bei der Verfolgung dieses Zieles ist der Westen aber unter anderem mit zwei Problemen konfrontiert — Probleme, deren Wichtigkeit sich allerdings je nach dem geopolitischen Standort des Betrachters und je nach seinem partikularen Prioritätenkatalog verschieden darstellt: zum einen der notwendige politische Schutz der Schwachstellen des eigenen Imperiums und zum anderen die ständige Aufgabe, das eigene, von Geburt an vom Tode gezeichnete, ökonomische System, durch alle verfügbaren politischen und ökonomischen Maßregeln am Leben zu halten. Dazu kann die politische und ökonomische Kooperation mit gerade jener Sowjetunion gehören, deren politische Zurückdrängung und vielleicht endgültige Vernichtung Generalziel bleibt. Der klassische Fall eines Zielkonfliktes.

Zur Erhellung des aus der allgemeinen Problematik resultierenden konkreten Dilemmas des westlichen Bündnisses im Falle Polens ist demnach eine Analyse zunächst der ökonomischen Interessenslagen allemal von Nutzen.

Wenn man geneigt ist, das Bruttoinlandsprodukt eines Landes als ungefähren Wohlstandsanzeiger zu akzeptieren, dann ist die Frage interessant, in welchem Maße die Exporte zu diesem Wohlstand beitragen.

Tab.1.: Außenhandel ausgewählter OECD-Staaten in Prozent des BIP

Land	1978	1979
USA	6,8	7,7
Bundesrepublik Deutschland	22,2	22,5
Großbritannien	23,3	22,7
Frankreich	16,3	17,2
Italien	23,6	22,3
Griechenland	10,6	10,1
Österreich	20,9	22,6

Quelle: the OECD-Observer, No. 109, March 1981, p.22f.

Im vorliegenden Fall ist dann die Frage von besonderer Bedeutung, welchen Anteil die Exporte in die RGW-Länder an den Gesamtausfuhren eines Landes einnehmen.

Selbst diese doch recht abstrakte Vorgangsweise vermittelt recht überzeugende Ergebnisse: in den USA machen die Exporte nur etwas mehr als ein Zwanzigstel des Brutto-Nationalprodukts (BNP) aus, in der BRD, Großbritannien, Italien und in Österreich jedoch mehr als ein Fünftel des BNP. Und weiter: die US-Exporte gehen im Durchschnitt mehrere Jahre nur zu unter 3% in die RGW-Länder, desgleichen die Exporte aus Großbritannien; hingegen gehen 4% der französischen und über 5% der bundesdeutschen Ausfuhren in den Osten. Österreich ist fast ein Sonderfall mit mehr als 10%. Fazit: für die BRD und Österreich, Länder mit hohem Exportanteil am BNP und verhältnismäßig starken Osthandel ist ein Modus vivendi mit dem Osten lebenswichtig. Auch Griechenland, das einen hohen Osthandelsbeitrag zu den Ausfuhren hat, braucht guten Wind aus dem Osten. Für die Briten mit etwas höherem Exportanteil am BNP und etwas niedrigerem Osthandelsanteil und die Franzosen mit etwas geringerem Ausfuhrbeitrag zum Nationalprodukt und dafür etwas höherem RGW-Export sind die Länder des realen Sozialismus Partner, die man braucht, aber nicht lieben muß. Für die USA hingegen kann eine rauchende Trümmerlandschaft östlich der Elbe jedenfalls kein Grund von Traurigkeit sein. Das Bild ver-

* RGW = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe: Wirtschaftsgemeinschaft des Ostblocks.

tieft sich noch, wenn man sich die zu vorderst interessierten Branchen vor Augen führt: 65% des Osthandels der USA bestehen aus Nahrungsmitteln, hingegen exportiert die BRD zu 75% Produkte der Investitionsgüter-, der Stahl- und der chemischen Industrie. Zwar stellt das US-Agrarkapital eine mächtige Lobby dar und läßt sich auf Dauer auch nicht vom Ostgeschäft abhalten; doch könnten sie auch in die Dritte Welt mehr Weizen liefern, als sie haben. Hingegen zählen Stahl und Investitionsgüter in Deutschland eher zu den notleidenden Branchen und die Stornierung von Ostaufträgen würden den deutschen Arbeitslosen hier im Handumdrehen noch einige Zehntausende hinzufügen. Für sozialdemokratische Regierungen sind die Profite der Konzernherrschaft ebenso wie die Bezahlung der Arbeiterklasse Gesichtspunkte, die wohl erwogen sein wollen. Dabei stellen auch die Marktanteile, die erhalten oder gemehrt sein wollen, bedeutende Faktoren dar. Die BRD besitzt fast ein Viertel des Ostmarktes (23%), ebensoviel wie Großbritannien und Italien, zusammen (24,6%) und fast das Dreifache des US-Anteils (8,4%)!

Hinzu kommt die finanzkapitalistische Dimension der Ost-West-Beziehungen: Polen ist beim Westen mit netto etwa 27 Mrd. Dollar in der Kreide, was mehr als ein Drittel der Gesamtverschuldung aller RGW-Länder darstellt. Ungefähr ein Viertel davon entfällt auf garantierte Exportkredite. Drei Viertel fallen dem privaten Bankensystem auf die Tasche. Dabei ist die finanzielle Situation Polens so gut wie hoffnungslos: die Verschuldungsquote — d.i. die Bruttoverschuldung gegenüber dem Westen ausgedrückt in Prozent der Warenexporte nach dem Westen — belief sich schon 1979 auf 333%. Die Schuldendienststrategie — d.i. Zinszahlungen für alle Schulden sowie Rückzahlungen mittel- und langfristiger Kredite, ausgedrückt in Prozent der Warenexporte — betrug zur gleichen Zeit 92%! Während also die Schulden das Dreifache der jährlichen Westexporte ausmachen, gehen für den Schuldendienst jährlich fast die gesamten Einnahmen aus den Westexporten drauf. Das war 1979. Seit März 1981 hat Polen die Rückzahlungen eingestellt, bedient aber immerhin auf den Cent genau die fälligen Zinsen. Doch auch dabei brennt längst der Hut. 1982 werden alleine für Kreditzinsen 450 Mio. Dollar fällig, wovon Polen nach eigener Aussage knappe 100 Mio. Dollar aufbringen kann. Für die restlichen 350 Mio. Dollar hat das Militärregime knapp nach seiner Machtergreifung um einen Überbrückungskredit ersucht — also einen Kredit um die Zinsen für seine Kreditverbindlichkeiten zahlen zu können.

Die Situation ist also für die westeuropäischen Länder eindeutig: wenn keine Konsolidierungsvereinbarungen getroffen werden, würden die an Polen vergebenen Bankdarlehen notleidend. Die Banken könnten ihre Forderungen mehr oder minder abschreiben. Für eine ganze Reihe der 460 westlichen Gläubigerbanken wäre dies das Ende. Andere erlitten zumindest einen Blutverlust, von dem sie sich in Jahren nicht erholen würden. Die deutsche Commerzbank etwa, eines der größten Kreditinstitute, schüttet bereits seit zwei Jahren keine Dividenden aus. Die deutschen Banken sind aber nicht die einzigen für die ein polnischer Bankrott ruinös wäre. Auch französischen Banken haben sich in früheren Jahren, unter dem sanften Druck ihrer Regierung, in Polen überengagiert, vor allem als Begleitmaßnahme zu den Exportbemühungen französischer Firmen. Werden die polnischen Bankkredite notleidend, könnte das zu einem der größten Bankenkrachs des 20. Jahrhunderts führen. Der einzige Ausweg bestünde dann darin, daß die Staaten die Garantien für die aushaftenden Beträge ihrer Kreditinstitute übernehmen.

Die Krux eines polnischen Bankrotts liegt aber eben nicht alleine im finanzkapitalistischen Bereich. Um den Kreis wirklich schließen zu können ist zu bedenken, daß eine polnische Zahlungsunfähigkeit hinsichtlich der langfristigen Bankdarlehen nach der »Cross-Default«-Klausel dazu führen würde, daß auch alle übrigen Schulden Polens sofort fällig

würden. Dann bekäme das Land, das in den nächsten vier Jahren Westkredite im Ausmaß von weiteren 10 Mrd. Dollar benötigt, von westlichen Banken keinen Cent mehr und der Staatsbankrott wäre perfekt. Damit würde aber den betroffenen europäischen Exporteuren ein Markt unzugänglich werden, der für sie von erheblicher Bedeutung ist.

Ebenso differenziert wie die ökonomische, ist die politische Interessenslage der westlichen Industrieländer gegenüber dem sowjetischen Machtbereich. Die bereits erwähnte langfristige imperialistische Perspektive ist allen Ländern gemeinsam.

Europas und Nordamerikas Imperialismus ist in gleicher Weise daran interessiert, die sowjetische Macht entscheidend zu schwächen.

Unterhalb dieser gemeinsamen generellen Zielsetzung jedoch bietet sich ein durchaus differenziertes Bild der partikularen Interessensprioritäten einzelner Länder. Die USA hat in der durch die polnischen Ereignisse geschaffenen Situation verhältnismäßig freie Hand, ihre Außenpolitik entsprechend der längerfristigen imperialistischen Ziele zu gestalten. Von einer Abkühlung der Beziehungen mit der Sowjetunion wäre die Agrarlobby betroffen sowie sechs US-Banken, die sich stark mit Krediten für Polen engagiert haben, nicht aber die US-Wirtschaft als solches. Dementsprechend hat Präsident Reagan nur ein Embargo verfügt für Güter die zwar einzelne US-Multis, nicht aber eine ganze Kapitalfraktion berühren und ansonsten nur eine weltweite Propagandaoffensive gegen die Sowjetunion entfesselt, deren Kerngedanke die direkte sowjetische Verantwortlichkeit für den Belagerungszustand ist, in dem sich das polnische Volk befindet. Hingegen hat er Aktionen, die die Interessen des amerikanischen Agrar- und des Finanzkapitals beeinträchtigen würden, vorerst nur angedroht, aber nicht in die Tat umgesetzt. Diese mehr verbalradikale als tatkräftige Politik hat ihm auch prompt herbe Kritik seitens der äußersten Rechten der USA eingetragen, die im Vorwurf zusammengefaßt ist »crusading doesn't do the trick«. ¹ In einem Kommentar in der Washington Post heißt es in Richtung der US-Administration unter anderem: »as a result, a potentially invaluable moment has been irretrievably lost. Poland, which should have been a disaster for russia, is becoming a disaster for the United States«. ² Tatsächlich aber ist die US-Reaktion wesentlich zielgerichteter instrumentiert, als es der »moral majority« der USA, die sich nicht gerade durch Intelligenz auszeichnet, erscheinen mag. Zunächst einmal trifft ein Embargo für strategisch wichtige Güter die Sowjetunion durchaus an einer empfindlichen Stelle, wenn es auch kaum geeignet ist sofortige ernsthafte wirtschaftliche Konsequenzen für die Ost-Ökonomie zu zeitigen: frühere Aktionen dieser Art haben bewiesen, daß die Sowjetwirtschaft in der Lage war, derartige Schläge zu verkraften. Die Langzeitwirkung eines derartigen Embargos aber ist unkalkulierbar. Die neuesten von der Sowjetunion veröffentlichten statistischen Angaben über die Planerfüllung 1981 zeigen gravierende Einbrüche in der Konjunktur der Sowjetwirtschaft. ³ Ein Embargo könnte einen zusätzlichen Beitrag dazu leisten, daß — in einer Phase massiver westlicher Aufrüstung — die wirtschaftliche Kraft des Ostens, rüstungsmäßig mitzuhalten, weiter überspannt wird; ja, wenn ein polnischer Bankrott andere (Rumänien) nach sich zöge und der ganze COMECON wirtschaftlich dubios würde, könnte der soziale Bogen im Osten durch eine Art Neuauflage des Kriegskommunismus derart überspannt werden, daß er bricht. Damit würde die Instabilität der östlichen Gesellschaftssysteme ein derartiges Ausmaß annehmen, daß zwei, drei viele Polen so oder so die Folge sein könnten.

Ebenso wie die Handelsrestriktionen der US-Regierungen durchaus effizient erscheinen entspricht auch die neue Propagandakampagne ihrem — doppelten — Zweck. Diese Kampagne ist nicht nur gegen den Ostblock, sondern ganz ebenso gegen die westlichen

Verbündeten gerichtet. Gelingt es der USA damit, nach einer längeren Periode der Entspannung, das alte Bild von der Sowjetunion als Weltfeind Nummer eins wiederherzustellen, dann wird damit nicht nur das sowjetische Ansehen in der Dritten Welt zerstört, sondern auch die europäischen Länder werden auf die Politik des kalten Krieges zurückgezwungen. Denn wenn die Ideologie von der sowjetischen Aggressionsgefahr neuerlich zum beherrschenden Weltbild wird, geraten die europäischen Regierungen in einen gefährlichen Legitimationszustand für ihre differenzierte Ostpolitik; dann würde die Ideologie — eskaliert durch fünfte Kolonnen der USA in Europa wie z.B. die CSU — zur materiellen Gewalt die, angesichts einer ohnedies latent antisowjetischen Bevölkerungsmehrheit zu ein Revision der Entspannungspolitik zwingen würde. Nicht zuletzt würde damit die europäische Friedensbewegung, die durch Polen und andere Ereignisse, wie z.B. die Karlskronaer U-Boot-Affäre, ohnedies außer Tritt geraten ist, einen schweren Schlag erhalten, womit wieder eines der Hindernisse für die westliche Aufrüstung aus dem Weg geräumt wäre, und der oben skizzierte Teufelskreis für die Sowjetwirtschaft wieder um eine Umdrehung schneller liefe. Für die US-Außenpolitik greift eines ganz vorzüglich ins andere. Kommt hinzu, daß sich Präsident Reagan vorläufig zwei Maßnahmen vorbehalten hat, die jede für sich schlimme Konsequenzen zur Folge hätten — die oben erwähnten Möglichkeiten eines Getreideembargo und einer Änderung in der Politik der US-Banken. Ein Getreideembargo würde die Sowjetunion an einem empfindlichen Punkt treffen und eignet sich daher vorzüglich als US-Erpressungsinstrument; alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjetunion voriges Jahr eine miserable Getreideernte in die Scheune gefahren hat. Zwar hat die amerikanische Agrarlobby der US-Regierung noch nie langfristige Lieferhemmnisse erlaubt, doch ein mittelfristiges Embargo könnte von den US-Getreidemultis spielend durch verstärkte Exporte in die Dritte Welt ausgeglichen werden, während die Nahrungsmittelversorgung des Sowjetbürgers dadurch schwerstens gefährdet würde. Eine Änderung der US-Bankenpolitik gegenüber Polen und den anderen Ostwirtschaften hingegen, ist noch ein weit gefährlicheres Erpressungsinstrument der US-Regierung, könnte doch damit nicht nur ein Desaster für die Ostwirtschaften, sondern auch für die europäischen Verbündeten der USA eingeleitet werden. Die polnische Finanzkrise ist eine furchtbare Waffe in der Hand der USA, um ihre Verbündeten zu disziplinieren und die Ostwirtschaften zu ruinieren. Stellen nämlich die US-Banken auf Befehl ihrer Regierung die polnischen Kredite fällig, dann kommt das ganze weiter oben geschilderte Todeskarussell in Gang mit katastrophalen Folgen sowohl für die östlichen Kreditbedürfnisse, als auch für die Ost-Westhandel und für das europäische Finanz- und Industriekapital.

Während die US-Außenpolitik also durchaus der unerbittlichen Logik folgt, die vom Ziel der Rekonstruktion des US-Imperiums diktiert wird, ist die Situation der westeuropäischen Industrieländer und damit auch ihre Politik gegenüber dem Osten wesentlich widersprüchlicher. Die französische Außenpolitik hat den neuen Verbalradikalismus Washingtons gegenüber der Sowjetunion voll indorsiert. Dies erklärt sich aus der strategischen Interessenslage Frankreichs, die in der Dritten Welt ebenso stark an Rückschlägen der sowjetischen Einflußexpansion interessiert ist wie die USA. Neben den gemeinsam innerhalb der EG verfolgten wirtschaftlichen Interessen hat Frankreich noch partikuläre Absichten auf dem schwarzafrikanischen Kontinent. Denn, von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbemerkt, hat Frankreich in den letzten Jahrzehnten seinen alten kolonialistischen Einfluß in diesem Raum wieder weitgehend konsolidiert. Dies fällt immer nur dann auf, wenn in irgendeinem afrikanischen Land vor Durchführung eines Staatsstreiches erst aus Paris die Genehmigung eingeholt wird, oder wenn überhaupt französische

»paras« die Ordnung direkt wiederherstellen wie 1980 im Tschad. Die lautstarke Verfolgung ihrer strategischen Ziele fällt der französischen Außenpolitik umso leichter, als für sie die Entspannung in Europa zwar einen bedeutsamen Faktor darstellt, aber doch nicht jene existentielle Qualität hat wie für die BRD. Vor die Alternative gestellt, eine Verschärfung des politischen Klimas in Europa abzuwägen, gegen mögliche politische Geländegevinne draußen in der weiten Welt, kann sie leichten Herzens für letzteres votieren, weil ihre geopolitische Lage — einen nuklearen Schlagabtausch, der ohnedies jedes Kalkül zu nichte machen würde, ausgenommen — ein geringeres Risiko beinhaltet. Daher folgt Frankreich in den außenpolitischen Kontroversen der letzten Monate — das US-Szenario eines begrenzten Nuklearkrieges in Europa eben ausgenommen — durchaus im eigenen Partikularinteresse »errötend« den US-Spuren. Mit dieser antisowjetischen Außenpolitik verbindet Frankreich jedoch ohne alle Skrupel und wieder im Einklang mit seinen Interessen eine ebenso massiv prosovjetsche Außenwirtschaftspolitik — Paradebeispiel der schillernden gallischen Ratio. Diese Ambivalenz gelang es Frankreich die längste Zeit erfolgreich zu verschleiern. Doch als der Augenblick zum Offenbarungseid kam — bei der Verabschiedung des europäischen Maßnahmenpaketes gegen Moskau und Warschau durch die EG-Außenminister am 26. Januar d.J. —, legte zur allgemeinen Überraschung nicht die in Bedrängnis geratene BRD, sondern der französische Außenminister Cheysson ein Veto ein.⁴ Die Maßnahme der EG, die dadurch verhindert wurde, war gerade der finanz- und handelskapitalistisch bedeutsamste Punkt: die Transferierung der Sowjetunion im Rahmen des 'Gentlemen's agreement' über die Bedingungen der staatlich unterstützten Exportkredite von der Ländergruppe 2 in die Ländergruppe 1. Eine derartige Statusveränderung hätte für die Sowjetunion — wie die EG unter US-Druck beabsichtigte — eine Verschlechterung der Kreditbedingungen bewirkt, in der Folge allerdings eben auch die europäischen Ostexporte beeinträchtigt. Da diese Maßnahmen nicht in das französische Interessensbündel paßten, fand sie nicht statt — und die Widersprüche in der französischen Haltung waren dabei Frankreichs geringste Sorge. Wie sehr die französischen Außenwirtschaftsinteressen spielend die Überhand über die »Solidarität der westlichen Demokratien« gewinnen, zeigt auch der jüngste Abschluß des französisch-sowjetischen Erdgasvertrages, der übrigens längst nicht soviel tam-tam in Washington ausgelöst hat, wie die gleichgerichteten BRD-Interessen.

Wesentlich schwerer als Frankreich lebt in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage die BRD: Zwar hat auch das deutsche Kapital imperialistische Interessen, die im Einklang stehen mit denen der USA, doch trafe ein Rückfall in den kalten Krieg die Deutschen an einem Lebensnerv. Nicht nur ist die wirtschaftliche Verflechtung der BRD mit den Ostwirtschaften bis zu einem Grad gediehen, daß ein Rückschlag einen ökonomischen Aderlaß zur Folge hätte, auch politisch würde ein neuer kalter Krieg die Chance auf eine Existenz in Frieden für den vorgeschobenen Grenzposten BRD wesentlich verringern. Eben eines der Ziele, die die USA mit ihrer Polenpolitik anvisieren — die Rückgewinnung der Hegemonie über das westliche Bündnis —, würde für Westdeutschland bei Verlust seiner Rolle als Mittler zwischen Ost und West die neuerliche Unterjochung unter die totale amerikanische Vormundschaft bedeuten. Der vielseitig beklagte Bruch im westlichen Bündnis geht eben darauf zurück, daß durchaus nicht alles, was den USA recht wäre, den Europäern billig erscheinen kann. Schon gar nicht der überwältigenden Mehrheit der Westdeutschen, für die Friede und Wohlstand, erst recht von einem sozialistischen Standpunkt aus betrachtet, ein legitimes Interesse ist. Wie sehr die Interessen der USA und der BRD auseinanderlaufen, zeigt die Debatte um das große Erdgasgeschäft. Sein Zustandekommen wür-

de sowohl der UdSSR helfen, ihre natürlichen Ressourcen besser zu nutzen, als auch die Deutschen ein wenig aus der Abhängigkeit von den US-Ölmultis befreien. Beides nicht nur wirtschaftliche, sondern auch strategische Aspekte, die den USA nicht in den Kram passen können.

Die polnischen Ereignisse haben somit das weltpolitische Szenario in einer Weise dynamisiert, daß sich für die USA ohne Kosten ein wesentlicher strategischer Gewinn erzielen läßt, während die friedenssichernde internationale Balance in einer derart gefährlichen Weise destabilisiert würde, wie vielleicht noch niemals seit Ende des zweiten Weltkrieges. Für die sozialistischen Länder, die sich in desolatem wirtschaftlichem und gesellschaftspolitischem Zustand befinden, kann die Option irgendeiner friedensgefährdenden Notlösung für ihre Probleme an Attraktivität gewinnen. Für die Europäer — am stärksten für die Deutschen, weniger für die kryptogaullistischen Franzosen — ist die degoutante »pax americane« wieder möglicher geworden, und ob das bißchen Hirn, daß sich in der US-Administration findet, auf die Dauer ausreicht, um Mund und Hände unter Kontrolle zu halten, ist zumindest zweifelhaft. Für die Europäer bietet sich nur eine Option — hinhalten der Widerstand gegen den US-Druck, in der Hoffnung, daß sich der gordische Knoten in Polen mittlerweile soweit auflöst, daß den USA der Stoff für ihre Propaganda ausgeht. Der moralische Bankrott aber, der dem Spiel des westlichen Imperialismus zu eigen ist, könnte nicht besser offengelegt werden als durch die Tatsache, daß all die dargestellten Kalküle gerade jenen Faktor als letztlich vernachlässigbar enthalten, um den es vordergründig geht: das polnische Volk.

Anmerkungen

- 1 »Abel Baker«, crusading doesn't do the trick, in: The New York Times. Zitiert nach: International Herald Tribune 26.1.82. (»Abel Baker« ist das Pseudonym eines US-Regierungsbeamten)
- 2 George F. Will, but is he on the right horse? in: International Herald Tribune, 27.1.82
- 3 Neue Zürcher Zeitung, 26.1.1982: »ernüchternde sowjetische Wirtschaftsbilanz 1981
- 4 Neue Zürcher Zeitung, 28.1.1982: »Reaktion der EG auf die Polenergebnisse«

Hans-Gert Marian und Rudolf Hönnings

»Antikriegszustand« in Polen

Weite Teile der marxistischen Linken innerhalb und außerhalb der sozialdemokratischen Bewegung — von Austromarxisten über die KPI bis etwa zum Landesverband der Westberliner Jungsozialisten — sind sich in der Beurteilung einig, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes als »Bankrotterklärung, die durch nichts gerechtfertigt werden«¹ könne, gelten müsse, ja sogar als »Schlag gegen die Sache des Sozialismus selbst«² uneingeschränkt zu verurteilen³ sei. Der polnische Ministerpräsident Jaruzelski hingegen hatte den Ausnahmezustand als »wahren *Antikriegszustand*« bezeichnet.

Seine Einschätzung wollen wir im folgenden begründen

Der Ausnahmezustand hat vom polnischen Volk Opfer verlangt, er hat sogar zehn Menschenleben gekostet. Dies macht betroffen. Diese Betroffenheit darf aber nicht die Frage nach der Alternative und ihrer Leidenskonsequenz verbauen.

1. Eine weitere Zuspitzung der polnischen Krise hätten die US-amerikanischen Kriegstreiber zum Anlaß nehmen können, mit ihren bereits in Alarmzustand versetzten Einheiten von der politischen zur militärischen Intervention überzugehen. Wer an der Bereitschaft des US-Imperialismus zu solchen Abenteuern zweifelt, verkennt den strategischen Stellenwert gerade Polens in der US-Globalstrategie. So unvorstellbar das »große Theater«, wie die atomare Auslöschung Europas von US-Strategen genannt wird, auch erscheinen mag, die Reagan-Administration nutzt jede Gelegenheit, die Eskalation der Ost-West-Auseinandersetzung voranzutreiben.

2. Im Dezember 1981 drohte in Polen in der Tat ein Bürgerkrieg. Dies belegen zahlreiche Äußerungen von führenden Solidarnosc-Mitgliedern, nicht zuletzt die Ankündigung, den 20.12. zum »Sonntag der Abrechnung mit der PVAP« machen zu wollen. In diesem Zusammenhang gehörten auch geplante Waffenkäufe größeren Stils im kapitalistischen Ausland dazu.⁴

3. Ein Weiterbestehen des damaligen Zustands hätte unausweichlich zur Katastrophe geführt, zum völligen Chaos, zu Not und Hunger. »Ein rauher Winter könnte die Verluste vervielfachen, zahlreiche Opfer erfordern«⁵, schätzte Jaruzelski am 13.12.1981 durchaus richtig ein. Produktionsausfälle, wie sie Polen seit Monaten erlebte, hielt auf die Dauer keine Volkswirtschaft aus, und sie hätten auch nicht problemlos durch die Sowjetunion ausgeglichen werden können. Hinzu kam etwa, daß die *gestiegene* Getreideernte nicht zur Verteilung kam, sondern von den in der Land-Solidarnosc organisierten Bauern gehortet wurde, um sie zu Schwarzmarktpreisen handeln zu können.

4. Die Durchsetzung der wirtschaftlichen Forderungen des »Erneuerungsprogramms« von Solidarnosc, also nach Einrichtung von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung sowie der Abschaffung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln hätte die Grundlage für jede sozialistische Erneuerung vernichtet und sie stattdessen dem Konzept einer Rekapitalisierung geopfert.

Wie diese prokapitalistische »Erneuerung« auf friedliche Weise verhindert werden sollte, darüber freilich schweigen sich die Kritiker der Verhängung des Ausnahmezustands aus.

Zu fragen bleibt allerdings, durch wen und warum es zu dieser aussichtslosen Situation kommen konnte. Wir wollen einige uns zentral erscheinende Ursachenketten verfolgen.

Nicht zuviel — zu wenig Sozialismus!

Lenin zur Konterrevolution: »Um Ziele zu erreichen, nutzt sie die eine oder andere Krise in der Arbeitermacht aus, ebenso die Fehler in der Politik, die begangen werden, und die einen Riß entstehen lassen, durch welchen sich die Unzufriedenheit der Massen Bahn brechen könnte. Das heißt, für eine wirkliche Konterrevolution ist es nicht nur so wichtig, daß die Bourgeoisie sie will, sondern ebenso, daß die Revolutionäre Fehler machen.«⁶

Es kann nicht bestritten werden, daß die Entwicklung in Polen auf Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie eine unzureichende Schulungs- und Aufklärungsarbeit der PVAP zurückzuführen ist. Der rasche Aufbau der Schwerindustrie nach dem 2. Weltkrieg und insbesondere die vorrangige Entwicklung der »Abteilung I« in den 70er Jahren ließen Polen innerhalb von 30 Jahren zum zehntgrößten Industrieland der Welt werden. Dies bewirkte eine krisenhafte Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Sektors und der Konsumgüterindustrie. Einem rapiden Anstieg des Lohnniveaus und einem fortschreitenden Ausbau der Sozialleistungen stand eine gravierende Unterversorgung mit Konsumgütern gegenüber. Überdies wurden die notwendigen Investitionen vor allem durch Kredite aus dem kapitalistischen Westen finanziert. Im Zuge der kapitalistischen Krise sanken die Exportmöglichkeiten und damit auch die Exporterlöse der polnischen Industrie bei gleichzeitiger Erhöhung des westlichen Zinsniveaus. Die polnische Verschuldung wuchs auf rund 50 Mrd. DM, so daß schließlich 75% der Exporterlöse allein zur Zinstilgung aufgewandt werden mußten. Dem Staat war es nicht mehr möglich, die Kluft zwischen Kaufkraft- und Konsumangebot zu überbrücken. Die staatlichen Preiserhöhungen zur Abschöpfung der Kaufkraft und der wirtschaftlich notwendig gewordene Subventionsabbau führten im Sommer 1980 erneut (nach 1970) zu sozialen und politischen Unruhen. Die fehlerhafte ökonomische Schwerpunktsetzung kann jedoch nur als eine Ursache der Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, Konsumgütern und Nahrungsmitteln angesehen werden. Eine andere Ursache findet sich in der nach dem 2. Weltkrieg nur zögernd und unzureichend vorangetriebenen Landreform bzw. -kollektivierung, die schließlich aufgrund des Widerstands der privaten Bauern und der Kirche aufgegeben wurde. Fast 80% der landwirtschaftlichen Produktion stammen heute von Privatbauern, in deren Hand sich 75% der landwirtschaftlich genutzten Fläche befindet. Der Einsatz moderner Anbaumethoden und -techniken erwies sich als unmöglich, weil diese Areale meist alle nur eine Größe von 4-5 ha haben — 27% der Bauern besitzen sogar nur 2 ha (zum Vergleich: In der BRD hat ein Vollerwerbsbetrieb eine Größe von 23 ha). Die Landwirtschaft Polens konservierte ihre vorsozialistische Produktionsweise. Dieser kapitalistisch betriebene Sektor nimmt gesamtwirtschaftlich ein erhebliches Ausmaß an: 35% ihrer Einkünfte gibt die Bevölkerung für Lebensmittel aus, und bezieht man andere aus den Agrarprodukten erzeugte Waren ein, sind es mehr als 50%.⁷

Hinzu kam, daß sich diese fehlerhaften Entwicklungen gegenseitig verschärften: Für die landwirtschaftliche Produktion wichtige Industrieprodukte wurden exportiert, um die Auslandskredite abzahlen zu können und die entsprechend geringer produzierende Landwirtschaft mußte auch zunehmend für den Export produzieren, um zusätzlich notwendige Exporterlöse zu erzielen.

Der PVAP gelang es nicht, eine realistische Analyse der Situation zu leisten; vielmehr sprach sie noch im Sommer 1980 von einer »hochentwickelten Form des Sozialismus«. Außer den fragwürdigen Modernisierungsstrategien der industriellen Produktion muß ihr angelastet werden, daß sie Erfolgspropaganda betrieb und angebliche Errungenschaften anpries, statt die dringend notwendige Schulungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten. So

fand eine massenwirksame ideologische Auseinandersetzung mit Kritikern, aber auch konterrevolutionären Kräften nicht statt.

Erinnert sei hier nur an die von der PVAP nie ernsthaft in Frage gestellte starke Position der katholischen Kirche, die ihren gewaltigen Führungs- und Propagandaapparat, der seit dem Amtsantritt Karol Wojtylas in Rom noch gestrafft und zentralisiert wurde, schon frühzeitig in den Dienst der Konterrevolution stellte. »Vorsichtig, aber entschlossen, erweist die Kirche der demokratischen Opposition, wenn nötig, eine rasche organisatorische Hilfe, und, was einen weit höheren Wert besitzt, sie wirft das Gewicht ihrer Autorität in die Waagschale, wenn sie zu ähnlichen Problemen und in ähnlichem Geiste wie die oppositionellen Gruppierungen ihre Stimme erhebt. Einzelne Kirchen und Klöster sowie katholische Institutionen und Verlage bieten schon längst dieser Bewegung ihre Gastfreundschaft an oder arbeiten mit ihr zusammen.«⁸

Das tatsächliche Ausmaß der tagtäglichen antisozialistischen Beeinflussung durch die Kirche läßt sich wohl nur in Polen selbst erfahren. Die Auffassung, daß »sich die Kirche andererseits allem Anschein nach als Ordnungsfaktor zugunsten des sozialistischen Staatswesens betätigt«⁹, zeugt selbst aus der Ferne nicht gerade von einer tiefen Durchdringung des Problems. Führt man sich ihr Eigentums-, Gesellschafts- und Freiheitsverständnis sowie ihre Frauenfeindlichkeit, Mutterschaftsideologie, ihr Pillenverbot vor Augen, wird ihr offen reaktionärer Charakter deutlich erkennbar.¹⁰ Von Kennern der polnischen Oppositions-Szene wird die Kirche »in ihrer Haltung als eher 'mäßigend'« eingeschätzt. Wir halten dies für eine taktische Position, die aus einer längerfristig angelegten Strategie zur Beseitigung des Sozialismus resultiert. Demgegenüber fährt das 1976 gegründete Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), in dem sich die offen antisozialistische und prokapitalistisch agitierenden Kräfte sammeln, einen klaren Konfrontationskurs. Für Jacek Kuron, einen ihrer prominentesten Sprecher, ist der Sozialismus ein »totalitäres System«, das »Polen vor über dreißig Jahren durch die bewaffneten Streitkräfte der Sowjetunion (...) aufgezwungen« wurde.¹¹ Bedauerlicherweise findet man derartige Einschätzungen fast ungebrochen in Teilen der marxistischen Sozialdemokratie wieder.¹² Für Kuron jedenfalls ist das politische Ziel klar. In seinen »Gedanken zu einem Aktionsprogramm« hält er fest, daß »eine parlamentarische Demokratie« westlichen Zuschnitts »das beste aller bisher erprobten politischen Systeme ist« und »am erfolgreichsten auf dem Gebiet des Konsums arbeitet«. ¹³ Über seinen Auftritt bei einer Veranstaltung am 16.3.1981 in Krakau wurde berichtet: »In Polen habe im letzten halben Jahr eine mustergültige Revolution stattgefunden, die Beispiel sein könne für andere Länder. Staat und Partei seien entmachtet worden. Auf die Frage, wie er sich Polen im Jahr 2000 vorstelle, antwortete Kuron, wie eine westlich-parlamentarische Demokratie, etwa nach englischen Vorbild: 'so wie England sich eine Königin hält für Repräsentationszwecke nach außen, so halten wir uns unsere Partei'.«¹⁴

Fatale Folge der mangelhaften Auseinandersetzung der PVAP mit diesen Kräften war, daß das KOR später die dominierende Rolle in der Solidarnosc übernehmen konnte, wober der »Spiegel« bereits im September 1980 notierte: »Walesa war der Leutnant im Graben, aber mit Sicherheit nicht die Stabszentrale an der Streikfront. Dort saß ein Brain-Trust von KOR, der das Streikkomitee in jeder Situation beriet.«¹⁵

Angesichts der von Solidarnosc bewußt verschärften ökonomischen Krise, und geschwächt durch eine Politik, die elementare Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Demokratie mißachtet hatte — wie die einer umfassenden Beteiligung der Arbeiter der Gewerkschaften an der wirtschaftlichen und politischen Planung und Leitung — gerieten die Par-

tei und mit ihr der Sozialismus in eine regelrechte Vertrauenskrise, wie Jaruzelski sagte. Sie wurde von den verschiedensten politischen und ideologischen Kräften nicht zum Anlaß einer linken Kritik an der PVAP genommen, sondern zum Anlaß offen reaktionärer Forderungen genutzt. Der Rest war Taktik, wie die FAZ richtig feststellte: »Die Phase der Entstehung hat 'Solidarität' mit der Selbstverpflichtung gemeistert, sie sei eine Gewerkschaft, nicht eine Partei, eine Vertreterin des Volkes, eine Opposition. Das ist gewiß eher ein Potemkinsches Arrangement.«¹⁶ Das Programm von Solidarnosc¹⁷, verabschiedet auf ihrem I. Kongreß im September 1981, sah unter anderem die Zulassung von gemischten Unternehmen mit ausländischem, vor allem US-amerikanischem Kapital vor und außerdem die Zulassung von Privatunternehmen in der Industrie — neben der bereits zu 80% privat betriebenen Landwirtschaft. Ein weiterer Programmpunkt war die Auflösung des Systems der zentralen Planung und die Aufhebung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und Überführung in Gruppeneigentum, Eigentum der Arbeiter eines autonomen Betriebes.¹⁸ Eine Verwirklichung dieser Forderung hätte zur Folge, die Einführung des Marktes als eine die gesellschaftliche Produktion regulierende Instanz.

Es kann festgehalten werden, daß die polnische Krise nicht eine Krise des Sozialismus oder der ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeiten ist, sondern gerade umgekehrt als Folge der Nichtbeachtung elementarer sozialistischer Prinzipien erklärt werden muß.

Sozialistische Erneuerung mit Solidarnosc?

Den Grund, weshalb General Jaruzelski genötigt war, am 13.12.81 in Übereinstimmung mit der polnischen Verfassung den Ausnahmezustand auszurufen, begründet er selbst mit Verweis auf die Tonbandaufzeichnungen von Radom und die Weigerung der Solidarnosc zur Mitarbeit in der Nationalen Verständigungsfront: »Nicht Tage, sondern nur noch Stunden trennen uns von der nationalen Katastrophe.« Was hatten Partei und Solidarnosc vorher zur Vermeidung getan?

Die polnische Regierung hatte im Rahmen des Kurses der sozialistischen Erneuerung seit August 1980 politische Reformen in Aussicht gestellt, Erhöhungen der Einkommen vorgenommen und die Neuregelung der betrieblichen Mitbestimmung in Angriff genommen. Jeder zweite Samstag eines Monats sollte arbeitsfrei sein; eine Kommission, deren Aufgabe die Vorbereitung einer weitreichenden Wirtschaftsreform war, war eingesetzt worden und das Streikrecht wurde festgeschrieben. Für den Lohnausfall infolge eines nach Ausschöpfung aller Schlichtungsmöglichkeiten durchgeführten Streiks waren die Betriebe verpflichtet worden, eine Vergütung in Höhe von 50% des Lohn zu zahlen; weitergehende Vereinbarungen (etwa über eine höhere Vergütung) waren im Rahmen der Verhandlungen über ein Streikende möglich. Alle betrieblichen Funktionäre der insgesamt 42.000 hauptamtlichen der Solidarnosc wurden vom Staat bezahlt.

Die Regierung akzeptierte Solidarnosc als Interessenvertreterin der Werktätigen. Doch trotz Erfüllung des Abkommens von Gdansk durch die Regierung, trotz eingeleiteter wirtschaftlicher und politischer Reformen, initiierte Solidarnosc Streiks und brach dabei selbst das 21-Punkte-Abkommen, weil sie nicht die geringste Bereitschaft zu vorherigen Schlichtungsgesprächen zeigte. Ihre Forderungen wurden zunehmend politischer und zu deren Durchsetzung wurde ebenfalls mit Streiks gedroht.

Und obwohl die Mehrheit der polnischen Arbeiter nicht bereit war, diese überzogenen Zielvorstellungen mitzutragen, wurde eine Arbeitszeitausfallquote von 10 bis 15% bereits im Januar 1981 erreicht. Ein Ausmaß, das nach Auffassung bürgerlicher Wissenschaftler keine Volkswirtschaft verkraften kann. Arbeiter erschienen an eigentlich freien Samstagen

zu 65% zur Fröhschicht, andere Belegschaften verpflichteten sich, dies auch zu tun. Trotzdem sah Ministerpräsident Jaruzelski sich angesichts der immer schlechter werdenden Versorgungslage am 9. Februar in seiner Regierungserklärung gezwungen, eine Streikpause für drei Monate zu fordern. Solidarnosc lehnte dies ab, vielmehr nahm sie die unbewaffnete Räumung des Wojewodeschaftsamtes in Bydgosz, das von Solidarnosc-Funktionären besetzt war, zum Anlaß, den Generalstreik auszurufen.

Nach der Beilegung dieses Konflikts verlangte Jaruzelski im April erneut ein Streikmoratorium, verbunden mit der Rückkehr zur Arbeit an allen Samstagen bei doppeltem Lohn. Arbeiter, die die bedrohliche Lage erkannt hatten und arbeiten wollten, wurden von Solidarnosc daran gehindert. Jaruzelskis Forderung wurde zurückgewiesen.

Zur Erinnerung: Die Aufgaben der Gewerkschaften im Sozialismus hatte das ZK der KP Rußland am 12.1.1922 in einem Beschluß klar definiert: »Die Gewerkschaften müssen die engsten und ständigen Mitarbeiter der Staatsmacht sein, die in ihrer gesamten politischen und wirtschaftlichen Arbeit von der bewußten Vorhut der Arbeiterklasse — der Kommunistischen Partei — geleitet wird. Die Gewerkschaften, die im allgemeinen eine Schule des Kommunismus sind, müssen im besonderen für die gesamte Masse der Arbeiter und sodann auch für alle Werkätigen eine Schule der Verwaltung der sozialistischen Industrie (und nach und nach auch der Landwirtschaft) sein.«¹⁹ Ihre vorrangigen gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllte Solidarnosc längst nicht mehr. Eine Interessenvertretung der Werkätigen fand allenfalls in dem Sinne statt, den die Solidarnosc-Föhri definierten. Allerdings verlor sie dadurch an Einfluß, und deshalb sahen ihre führenden Funktionäre einen Ausweg aus der Krise »nur noch in einer stufenweise Übernahme der Kontrolle über die Produktion durch die Gewerkschaft«. PVAP-Mitgliedern sollte der Zutritt zu den Betrieben verboten werden. Trotz dieses von Solidarnosc eingeschlagenen Konfrontationskurses suchte die Regierung das Gespräch. Am 4. November verhandelten Jaruzelski, Erzbischof Glomp und Lech Walesa. Es war das Anliegen der Regierung, eine nationale Verständigungsfront zu bilden, die in gemeinsamer Arbeit alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten lösen und auf jeden Fall die Gefahr eines Bürgerkriegs bannen sollte. Solidarnosc lehnte ab.

Ende November zeichnet sich die Katastrophe für den Winter ab. Die permanenten Arbeitsausfälle, die zeitweise Stilllegung der Versorgungsbetriebe und die Verhinderung einer ausreichenden Lebensmittelversorgung hatten bereits zu einer ökonomischen Krise mit unerträglichen sozialen Folgen geführt. Bereits im September war nach Angaben des Statistischen Hauptamtes die Gesamtproduktion gegenüber dem Vorjahr um 13,4% gesunken, die Kohleförderung lag um 22,7% niedriger, Schlachtvieh wurde um 31,5% weniger an die staatlichen Ankaufstellen geliefert. Der polnische Export ging um 15,4% zurück, der Import um 10,1%. Für 1981 bedeutete dies im einzelnen 35.600 Wohnungen weniger als 1980, 3,8 Millionen Tonnen Kohle, 1,5 Mio. Meter Stoffe und 1,3 Mio. Schuhe weniger. Produktionsausfälle und gezielt zurückgehaltenes Warenangebot führten zu derartig gravierender Verknappung und Verteuerung, daß die um 22,4% erhöhten Löhne die Lebenssituation nicht verbessern konnten. Es konnte nicht einmal mehr gewährleistet werden, daß die Bevölkerung im Winter mit überlebensnotwendigen Erzeugnissen wie Brennstoffe, Kleider und Nahrungsmittel ausreichend versorgt werden würde.

In dieser Situation verlangte das ZK der PVAP, die Regierung mit Sondervollmachten auszustatten. Dies beantwortete Solidarnosc mit der Drohung, einen Generalstreik auszurufen. Daran erwies sich das konterrevolutionäre Selbstverständnis der Solidarnosc in aller Klarheit. Die landesweit geplanten Streiks, die ohnehin die Gefahr des ökonomischen Kol-

lapses für Polen bedeutet hätten, sollten Initial und Auftakt zum Putsch sein. Die Verbandsführung tagte am 2.12.81 in Radom und nahm die Einschätzung Walesas entgegen: »Die Konfrontation ist unvermeidlich, und sie wird stattfinden. Ich wollte zu dieser Konfrontation auf einem natürlichen Weg kommen, wenn tatsächlich alle sozialen Gruppen hinter uns stehen. Allerdings, ich habe mich verkalkuliert. Es stellt sich heraus, daß wir diesen Weg so nicht weitergehen können. Daher müssen wir zu blitzschnellen Manövern greifen. (...) Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir dieses System auflösen.«²⁰ Die Authentizität dieser Tonbandprotokolle wurde von der Solidarnosc-Führung gegenüber dem Spiegel bestätigt. Ein anderer Solidarnosc-Funktionär, Z. Bujak, forderte in Radom: »Die erste Aktion der Arbeitermilizen sollte die Befreiung der Zentrale von Radio und Fernsehen sein. Sofort muß ein sozialer Rat für nationale Ökonomie geschaffen werden. Dies wird so etwas wie eine provisorische Regierung sein. Die Regierung muß schließlich gestürzt werden, bloßgelegt und jeder Glaubwürdigkeit beraubt.« Der Umsturz war offensichtlich von langer Hand vorbereitet; denn später beschlagnahmte Dokumente belegten, daß in Frankreich, Großbritannien und den USA bereits mit Waffenkäufen die Auseinandersetzungen mit den staatlichen Sicherheitskräften vorbereitet wurden. Flugblätter tauchten auf, die den 20.12.1981 zum »Sonntag der Abrechnung mit der PVAP« erklärten. Dies waren Beiträge der Solidarnosc zur politischen »Erneuerung«, zur Korrektur der Fehler der Vergangenheit.

Polen — Sozialismus kaputt?

Die Verurteilung des Ausnahmezustandes durch Teile der marxistischen Linken in der sozialdemokratischen Bewegung und der KPI wird mit dem Hinweis verbunden, der polnische Weg zum Sozialismus sei durch die Sowjetunion nach 1944/45 aufgezwungen worden, und deshalb habe er den nationalen Besonderheiten nicht gerecht werden können. Als Verfechter eines sich zwischen den »Blöcken« bewegenden »demokratischen Sozialismus«, der die Bedeutung des Systemgegensatzes unterschlägt, meinen sie den neuerlichen Bankrott des von ihnen apostrophierten »realen Sozialismus« konstatieren zu können: »Der 13. Dezember hat erneut bewiesen, daß die Länder Osteuropas kein Modell für einen demokratischen und sozialistischen Weg anzubieten haben«²¹, heißt es bei Pelinka. Und höflicher formuliert im Beschluß der Westberliner Jungsozialisten: »(...) festgestellt werden muß, daß die Politik der UdSSR zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein ernsthaftes Hindernis für die Weiterentwicklung des Sozialismus ist.«

In der Tat — die Ereignisse in Polen haben uns zum Nachdenken über unser Sozialismusverständnis gezwungen. In vielen von uns steckte noch ein Teil jener Vorstellung, daß die großen Konflikte und die harten Auseinandersetzungen endlich vorbei seien, wenn das gesellschaftliche Stadium des Sozialismus erreicht ist. Wir sollten uns dadurch, daß die Realität komplizierter ist als unsere Idealbilder, nicht irre machen lassen. Die Vorstellung einer konfliktfreien Entwicklung im Sozialismus beruhte schon immer auf Illusionen. Sozialismus in irgendeinem Land der Erde hieß nie, Beendigung der Klassenauseinandersetzungen *in* diesem und *um* dieses Land. Jede sozialistische Entwicklung, und gerade die in Polen, wurde und wird durch die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus geprägt, jeder Fehler der Kommunisten und der demokratischen Bewegung wurde und wird vom Imperialismus genutzt.

Die Arbeiterklasse in Polen hatte ein halbes Menschenleben lang die Macht errungen, in einem Land, das unter dem Hitler-Faschismus gelitten hat, wie sonst nur die Sowjetunion. Dies muß man berücksichtigen. Sozialismus wird nicht über Nacht eingeführt, sondern

über eine lange historische Etappe aufgebaut. — Zumindest seit der Überwindung linkssektiererischer Positionen im Jahre 1956, kann man den polnischen Kommunisten nicht mehr vorwerfen, sie hätten »das« Sowjetmodell plump auf die polnische Gesellschaft übertragen. Eher wäre umgekehrt zu fragen, ob die Verletzung sozialistischer Prinzipien, wie sie etwa in der DDR angewandt werden, nicht oft Ausgangspunkt für krisenhafte Entwicklungen waren. So gibt es in der DDR Rechte der Gewerkschaften und ihrer Vertrauenskörper, die eine Wirtschaftsplanung gegen den Willen der Arbeiter verhindern können.

Schlußbemerkung

Wenn wir die hierzulande öffentliche eingeübte Heuchelei der Arbeitsplatzvernichter, Gewerkschaftsfeinde, Berufsverbietler und gewerbsmäßigen Antikommunisten in ihrer »Solidarität mit Polen«, in unserer Betrachtung ausgeklammert haben, so liegt dies nicht daran, daß wir die Bedeutung dieser Seite imperialistischer Interventionspolitik unterschätzen würden. Aber wir sind zuversichtlich: »Polen« taugt nicht dauerhaft zur Verkleisterung der zunehmenden innerkapitalistischen Widersprüche und Krisen.

Leider dient das Thema Polen wichtigen Teilen der demokratischen Bewegung in der BRD zur Spaltung der Friedensbewegung, auch der Bundesvorstand der Jungsozialisten steht da in seiner Mehrheit nicht abseits. — Manche Genossinnen und Genossen verlieren die Hauptaufgaben und den Hauptkampfplatz aus den Augen und meinen, der Weltfriede sei gesichert, wenn sie die »richtigen« Rezeptbücher für Polens weitere Entwicklung kostenlos schreiben, was Gremliza folgendermaßen einschätzt:

»Nein dem Sozialismus ist nicht mit Empfehlungen an Moskau, Prag, Warschau, Berlin, Budapest oder Sofia, nicht mit dem hundertachtunddreißigsten dritten Weg und nicht mit noch einem Osteuropa-Komitee zu helfen, sondern nur mit dem Kampf gegen das Alte, das das Neue nicht oder nur verkrüppelt zur Welt kommen lassen will. »Solidarität mit Solidarnosc« hilft der polnischen Arbeiterklasse weniger als die Besetzung der Startbahn West, der Krefelder Appell und jede andere Aktion, die den Kapitalismus trifft.« (Konkret 2/82)

Anmerkungen

- 1 Peter Pelinka, »Acht Thesen zu Polen«, in: *spw* 14, S.8
- 2 Resolution des Direktoriums des PCI, in: *sozialismus* 1/82, S.8
- 3 LDK-Beschluß der Westberliner Jungsozialisten »Zur Situation in Polen« vom 26./27.2.1982
- 4 FAZ vom 9.1.1982
- 5 Aus der Rede Jaruzelskis am 13.12.1981 im polnischen Fernsehen, zitiert nach: Bundesvorstand des SHB: Stellungnahme zu Polen, S.17
- 6 Lenin, Werke, Bd.15, S.28
- 7 Bundesvorstand des SHB, a.a.O., S.4ff.
- 8 A. Drawicz, »Polnische demokratische Opposition — Gegenwart und Perspektiven«, in Th. Dross, »Polen — Freie Gewerkschaften im Kommunismus«, Rowohlt 1980, S.169
- 9 Detlev Albers, »Polnische Lektion und westliche Linke«, in: *spw* 11, S.65/66
- 10 vgl. Die Neue, 16.12.1980
- 11 J. Kuron, »Gedanken zu einem Aktionsprogramm«, in Th. Dross, a.a.O. S.185
- 12 vgl. LDK-Beschluß der Westberliner Jungsozialisten, a.a.O.
- 13 J. Kuron, a.a.O. S.191
- 14 Zitiert nach Inga Groth/Hajo Sassenscheid: »Es kann auch Sozialismus sein...«, in: GEW HH, Hrsg., Hamburger Lehrerzeitung, Mai 1981
- 15 Spiegel, 8.9.1980
- 16 FAZ, 8.9.1981
- 17 Grundlage ist die Übersetzung: »Programmthesen von Solidarnosc«, Sept. 81 (Auszüge), in Informationsbulletin — Solidarität mit »Solidarnosc«, Nr.1/81
- 18 Vgl. »Programmthesen von Solidarnosc«, a.a.O., §§7, 10,5, 15, 19, die die Kompetenzen der Betriebe benennen
- 19 Zitiert nach Joachim Günther, »Am Beispiel Polen«, in *spw* 10, S.87
- 20 PAP-Meldung vom 7.12.1981
- 21 Peter Pelinka, »Acht Thesen zu Polen«, a.a.O.

Außerhalb des Schwerpunktes

Tricia Davis und Catherine Hall

Das vorwärtsweisende Gesicht des Feminismus*

Hilary Wainright weist in ihrer Einführung zur neuen Ausgabe von »Beyond the Fragments«** auf das Versäumnis der Linken hin, das sozialistische Bewußtsein und die ineinandergreifenden Ursachen von Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung nicht verbreitert zu haben. Sie fährt dann fort:

»Eine Aufgabe besteht darin, ein gemeinsames Programm der politischen und sozialen Veränderung aufzustellen, das den Bedürfnissen aller unterdrückten Gruppen entspricht und von allen getragen wird. Eine zweite Aufgabe besteht in der Zusammenführung der verschiedenen Widerstandspotentiale aus den sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung, um deren gemeinsame Kraft gegen den herrschenden Staat zu richten. Dies erfordert eine Strategie, die auf den Vorstellungen und Erfahrungen jeder einzelnen Bewegung beruht und aus vergangenen Kämpfen und internationalen Erfahrungen schöpft. Die Lösung dieses Problems erfordert mehr als spontane Kontakte zwischen den verschiedenen Bewegungen. Allerdings ist die Verschmelzung der Bewegungen auch keine Lösung; für jede Bewegung gibt es gute Gründe, autonom zu bleiben. Frauen, Farbige, Gewerkschafter, Schwule, Jugendliche und nationale Minderheiten haben spezifische Interessen, die sowohl heute als auch in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft manchmal in scharfem Gegensatz zueinander stehen können.«

Dieses Argument für Bündnisse und die Anerkennung der Probleme, die damit für die Bewegungen verbunden sind, ist von Kritikern in der organisierten Linken weitgehend vernachlässigt worden, die »Beyond the Fragments« nur als weiteres Beispiel für die besserwisserische und anmaßende Haltung der Frauenbewegung gesehen haben, die sagt, was zu tun ist.

Gleichwohl ist die Bündnisfrage der eigentlich zentrale Punkt dieses Buches und darüber hinaus für den sozialistischen Feminismus. Entgegen der weitverbreiteten Ansicht, mit der wir uns sowohl von Seiten der Linken als auch innerhalb der Frauenbewegung konfrontiert sehen, sind sozialistische Feministinnen weder Sozialisten, die rein zufällig Frauen sind, oder Feministinnen, die am Ende jedes Satzes auch noch die Klassenfrage stellen, noch sind sie, zumindest nicht notwendigerweise, Frauen, die doppelt so häufig zu Veranstaltungen gehen. Sozialistischer Feminismus ist vielmehr der Versuch, den Sozialismus auf den Feminismus und umgekehrt zu beziehen und beide durch eine sinnvolle Mischung von Autonomie und Bündnissen zusammenzuhalten. Von ähnlich zentraler Bedeutung ist die Bündnisfrage in den gegenwärtigen Debatten um eine sozialistische Strategie für die 80er Jahre.

Die Eigenart des Thatcherismus, seine Fähigkeit, einen neuen »common sense« zu erzeugen und zu artikulieren, verweist auf die Tatsache, daß jede wirksame Opposition nicht nur auf die Durchsetzung kurzfristiger Ziele wie auf die Verteidigung des Lebensstandards

* Der vorliegende Aufsatz erschien erstmals in dem Diskussionsorgan der KP Großbritanniens, *Marxism Today* Nr. 10/80, S.14ff. Er wurde für dieses Heft übersetzt und um die spezifisch britischen Aspekte der Diskussion gekürzt.

** dtisch.: Nach dem Scherbengericht. Über das Verhältnis von Feminismus und Sozialismus, Rotbuch Verlag, Berlin/West 1981. Die deutsche Ausgabe enthält nur den Beitrag von Sheila Rowbotham, nicht jedoch den hier erwähnten von Hilary Wainright.

und des Lohnniveaus, auf den Kampf um den Erhalt von bestehenden sozialen Leistungen, von Arbeitsplätzen und politischen Rechten verschiedener unterdrückter Gruppen gerichtet sein darf. — Sie muß längerfristig auch darauf abzielen, eine Bewegung aufzubauen, die wirkungsvoll den Zusammenhalt der Rechten herausfordert und ihr eigenes konkretes, alternatives und umfassendes Gesellschaftsbild hervorbringt. Kurz, wir müssen unser Potential untersuchen, das in der Lage ist, eine vereinigte Gruppierung verschiedener sozialer Kräfte und Bewegungen zu entwickeln, deren Einheitlichkeit nicht nur auf die Erfahrung von Unterdrückung, sei es als Arbeiter, Frau, Farbiger oder Schwuler, beschränkt bleibt, sondern auf einer gemeinsamen, mühsam erworbenen politischen Strategie beruht. Wir müssen uns fragen, ob wir dazu beitragen können, feministische, anti-rassistische und homosexuelle Bewegungen aufzubauen, die auch anti-kapitalistisch sind, ob wir eine Gewerkschafts- und eine Arbeiterbewegung schaffen können, die nicht nur anti-kapitalistisch sind, sondern mit gleicher Ernsthaftigkeit die Forderungen des Feminismus, des Anti-Rassismus und der Homosexuellen-Bewegung vertreten.

Den Unterschieden mutig begegnen

Hier möchten wir uns auf zwei Fragen konzentrieren. Die erste befaßt sich mit der Notwendigkeit, ein Bündnis zwischen Feminismus und Sozialismus herzustellen und dem Aufbau eines solchen Bündnisses sowohl im allgemeinen als auch in der besonderen Situation der 80er Jahre. Dies schließt ein, daß wir kritisch beobachten, wie die Linke die Herausforderung der Frauenbewegung aufgreift und daß wir uns mit alternativen Positionen innerhalb der Frauenbewegung beschäftigen. Das bedeutet auch, daß wir eigene Ansatzpunkte vorlegen müssen. Die zweite ebenso wichtige und mit der ersten in engem Zusammenhang stehende Frage ist die der Entwicklungsmöglichkeiten der Frauenbewegung in den 80er Jahren. — Sogar innerhalb des engen Rahmens dieser Leitfragen sind die Probleme des Aufbaus eines solchen Bündnisses gewaltig. Sozialismus und Feminismus haben ziemlich fundamental nicht dieselben Ziele. Selbstverständlich wissen sozialistische Feministinnen, daß die Überwindung des Kapitalismus für die Veränderung des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern notwendig ist. Gleichzeitig wissen einige Sozialisten, daß der Abbau der geschlechtsspezifischen Diskriminierung und anderer Hierarchien beim Aufbau des Sozialismus eine wichtige Rolle spielen muß. Diese Zusammenhänge müssen in dessen immer wieder aufs Neue hergestellt werden.

Sozialismus und Feminismus in den 80er Jahren

Die Frage, wie man Bündnisse aufbaut, ist nicht leicht zu beantworten. Wir wünschten, sie wäre es, denn allem Anschein nach ist der Thatcherismus nicht nur ein Angriff auf die Rechte der Frauen, sondern der weitergehende Versuch, alte Ideologien wiederzubeleben und durch die Herstellung eines neuen Konsenses über die Rolle der Frau und die Natur der Weiblichkeit ideologische Pflöcke für eine Neustrukturierung der Gesellschaft zu setzen. Patrick Jenkins, Tory-Minister für Soziales, z.B. brachte im September 1979 Kriminalität und innerbetriebliche Unruhen — für ihn ist beides so ziemlich das Gleiche — mit dem Verfall der Familie in Verbindung. Zwei Monate später machte er die konservative Definition der Rolle der Frau noch deutlicher, als er verkündete: »Offen gesagt, denke ich nicht, daß Mütter dasselbe Recht auf Arbeit haben wie Väter. Wenn Gott gewollt hätte, daß wir dasselbe Recht haben, arbeiten zu gehen, hätte er nicht Mann und Frau erschaffen. Das sind nun einmal biologische Fakten ...(!)« Diese Offensive der Tories erfordert nicht nur eine Annäherung der Aktiven in den Gewerkschaften sowie in der sozialen und

feministischen Bewegung, um einen gemeinsamen Gegenangriff einzuleiten, sondern auch eine feministische Antwort, die eine neue und positive Darstellung der Rolle der Frau bietet. Denn in den vergangenen Jahren haben Feministinnen nicht nur einfache Forderungen der traditionellen Arbeiterbewegung (wie das Recht auf Frauenerwerbstätigkeit; öffentliche Einrichtungen, die den Frauen den Eintritt in die Erwerbstätigkeit ermöglichen) unterschrieben, sondern wir haben uns darüber hinaus auch mit der Qualität der vorhandenen öffentlichen Einrichtungen beschäftigt, mit der Rolle, die sie im Leben von Frauen im allgemeinen und nicht nur im Leben von erwerbstätigen Frauen spielen, und mit dem spezifischen Verhältnis von Frauen zur Erwerbstätigkeit.

Zu einem Zeitpunkt, da die Krise fortschreitet und sich das Ausmaß des reaktionären Programms der Tories abzeichnet, ist es für die Linke verführerisch, die Lehre des Jahres 1968, daß der Sozialismus nicht nur gegen, sondern auch für etwas sein muß, daß er nicht stellvertretend für viele Menschen handelt, sondern diese in seinen Aufbau einbezieht, über Bord zu werfen und den Feminismus als Luxus zu betrachten, den man sich in einer Zeit der Einschränkungen und des wirtschaftlichen Niedergangs nicht leisten kann. Auf der Linken z.B. haben die vergangenen Jahre ein Wiederaufleben der Forderungen nach gleichen Rechten für Mann und Frau gebracht, das der Frauenbewegung wahrscheinlich ein Lippenbekenntnis liefern soll, mit Sicherheit aber nicht darüber hinausgeht; denn eine weitere Lehre aus der Geschichte zeigt, daß die Arbeiterbewegung auf diesem Gebiet nicht konsequent vorgeht und ihre Unterstützung für die Forderungen der Frauen, sogar auf der untersten Ebene der Forderung nach gleichen Rechten, keinesfalls selbstverständlich ist. Zumindest in öffentlichen Erklärungen wird die Bedeutung des Rechts auf Frauenerwerbstätigkeit, die Beschränkung dieses Rechts auf schlecht bezahlte, wenig qualifizierte Arbeitsplätze oder die damit in Zusammenhang stehende Frage der häuslichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nicht problematisiert. Ebenso wenig wird die Notwendigkeit erkannt, sich an die zahllosen Frauen in Beruf und Haushalt zu wenden, die von der gewöhnlichen linken Rhetorik nicht aktiviert werden und auch durch wachsende Ausbeutung und Unterdrückung nicht zwangsläufig aktiv werden.

Sozialismus — ein positiver Beitrag zum Feminismus

In der Frauenbewegung ist es zu einer der politischen Orthodoxien der 70er Jahre geworden, den radikalen politischen Bruch am Ende der 60er Jahre zu betonen. Ein Element dieses umwälzenden Bruchs und der Erneuerung war die Entstehung einer neuen Frauenpolitik und die Identifizierung dieser Politik mit der Frauenbewegung. Natürlich war dieser Bruch wichtig, denn der Feminismus der Frauenbewegung ist qualitativ verschieden von dem der Bewegung, die ihr vorausging. Infolgedessen stellte sie neue Fragen an den Sozialismus, die eine Herausforderung zu sein schienen und es auch waren. Denn ein Anstoß für die Entstehung der Frauenbewegung war die weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem organisierten Sozialismus. Wir folgen aber der Auffassung nicht, daß der Feminismus außerhalb sozialistischer Politik eine reinere und bessere Form hat als der mit ihr verknüpfte. Erstens würden wir wie Sheila Rowbotham den Sozialismus und den Feminismus nicht als reine Formen, sondern als politische Praxen sehen, die mit verschiedenen Funktionen innerhalb verschiedener historischer Phasen durchgeführt werden. Zweitens glauben wir, daß nicht nur Frauen in anderen Organisationen ihren Feminismus in bedeutender Weise entwickelt haben, sondern daß als ein Resultat davon diese Organisationen einen eigenen spezifischen Beitrag zur Entwicklung des Feminismus leisten konnten.

Wir denken beim Beitrag des Sozialismus zum Feminismus nicht nur an die Art und Wei-

se, in der Kampagnen von linken Frauen gestartet und unterstützt worden sind. Wir denken auch an die Art, in der Feministinnen in sozialistischen Organisationen die Grundlage untersucht haben, auf der Frauen in solche Organisationen eintreten und in ihnen arbeiten. Wenn wir für die Autonomie der Frauenbewegung eintreten — und wir denken immer noch, daß das taktisch und strategisch der richtige Standpunkt ist — sollte und muß dies nicht zum Sektierertum und zur Kirchturmpolitik führen. Und wenn Feministinnen selbstverständlich in sozialistischen Organisationen nicht immer unbedingt Erfolge erzielt haben, dann muß auch gesagt werden, daß es sozialistische Feministinnen in der Frauenbewegung auch nicht immer leicht gehabt haben, und daß die Frauenbewegung als ganze auch nicht unbesiegt ist.

Ebenso leisten die verschiedenen feministischen Positionen ihren Beitrag. »Beyond the Fragments« ist trotz der Begrenztheit einiger Annahmen und Schwerpunkte ein wichtiger Beitrag und eine Verteidigung einer Politik »des praktizierten Sozialismus«. Darunter verstehen wir politische Formen, die den Leuten bewußt helfen, die ständige, für den modernen Kapitalismus typische Unterdrückung unserer Widerstandskräfte zu überwinden, und die deshalb zumindest teilweise die konkrete Erfahrung einer sozialistischen Alternative hier und jetzt enthalten.

Durch die Tatsache, daß der Thatcherismus das Auf-sich-selbst-gestellt-sein betont, ist es lebenswichtig geworden, daß wir uns über die kollektive Natur unserer Eigeninitiative klarer werden, die wir durch unsere Politik »des praktizierten Sozialismus« schaffen wollen. Wir müssen selbstbewußter werden in Bezug auf ihre Funktion, die nicht nur als eine Feuerwehr für die Unfälle des Kapitalismus, sondern auch als politischer Eingriff gelten muß. — Gleichzeitig haben »Beyond the Fragments« und die Debatte, die sich darum entspannt, einige wichtige Fragen für die Linke aufgeworfen und eindeutig gezeigt, daß das Problem der Organisationsformen eines der entscheidenden Felder im Kampf in den 80er Jahre sein muß. Unser Interesse an den Organisationsformen ist auch ein Maßstab dafür, wie ernst wir Fragen wie Demokratie, Autonomie und Pluralismus nehmen.

Den Zusammenhang herstellen: Die Rolle der politischen Parteien

Der Aufbau eines linken Bündnisses, einer Bewegung, die den Zusammenhalt der Tory-Ideologie herausfordert, die Frauen von innerhalb und außerhalb der Frauenbewegung einbezieht, und die mit pragmatischen Bündnissen an spezifischen Problemfeldern anknüpfen könnte, die aber auch darüber hinausweist, steht nach unserer Ansicht auf der Tagesordnung. Ihr Potential hängt zum Teil von der Rolle ab, die die politischen Parteien, insbesondere die Kommunistische Partei und die Labour Party, sowohl auf lokaler als nationaler Ebene bereit sind zu spielen, aber ebenso von der Rolle kleinerer oder weniger formalisierter sozialistischer Gruppierungen und Arbeiterorganisationen wie die sozialistischen Zentren und die Gewerkschaftsräte. Ein solches Bündnis würde wesentlich davon abhängen, ob politische Organisationen ihre Funktion darin sehen, lediglich eine Unterstützung für bestehende Bewegungen zu sein, oder ob sie selbst Strategien entwickeln können, die verändernd wirken. Demoralisierung ihrer Anhänger, Entfremdung ihrer Bündnispartner und eine schlechte Presse sind keine Dinge, die die Linke sich absichtlich leisten kann, um zu ermutigen. Sie können nur dann verhindert werden, wenn aktive Vorstöße zum Aufbau einer Vereinigung von Bewegungen und Gruppen vorgenommen werden. Wir können nicht davon ausgehen, daß eine solche Einheit von Interessen von Männern und Frauen existiert, genausowenig wie wir von einer Homogenität der Arbeiterklasse auf anderen Ebenen ausgehen können. In der Tat sind der Aufbau eines Bündnisses und die

Entwicklung einer *populären* zusammenhängenden sozialistischen Ideologie, die ihren konkreten Ausdruck in unserer jetzigen politischen Praxis findet, und die Herausbildung von Klassenbewußtsein im engeren politischen Sinne entscheidend miteinander verflochtene Prozesse, und zwar nicht nur dann, wenn letzteres sowohl pro-sozialistisch als auch anti-kapitalistisch sein soll, sondern sogar dann, wenn es darum geht, ein Minimum an gewerkschaftlicher Militanz zu erhalten.

Die Tories und die Rechte sind sowohl bereit wie auch in der Lage, die gängigste Identifikation von Frauen als Ehefrauen, Mütter und Konsumentinnen zu benutzen, um sie gegen die mit Männern identifizierte Gewerkschaftsbewegung auszuspielen.

Es ist gut und schön zu sagen, daß wir wissen, daß Frauen Gewerkschafterinnen sind, und daß Frauen letztendlich mehr zu gewinnen als zu verlieren haben; aber wir müssen auch politisch gegen die Identifikation von Frauen mit diesen rechten Vorstellungen von ihnen und ihren Interessen kämpfen. Zum Teil kann dies dadurch geschehen, daß Gewerkschaftsfrauen ihre Solidarität demonstrieren. Dennoch müssen wir darüber nachdenken, ob es nicht Wege gibt, nichtorganisierte Frauen, seien es Ehefrauen oder Empfängerinnen von Dienstleistungen, in den Kampf einzubeziehen. Das hängt allerdings zum Teil davon ab, ob die Gewerkschaften Propagandatechniken entwickeln. Außerdem hängt es davon ab, ob sie bereit sind, breitere Forderungen über sektorale hinaus, zum Beispiel über die Kontrolle und Qualität von Dienstleistungen, aufzunehmen.

Auf dem Vormarsch: Das sich verändernde Gesicht des Feminismus

Während die Bündnisse, die stark genug sind, den Tories etwas entgegenzusetzen und diese zu besiegen, eine Herausforderung für die gängigen Praktiken der Linken darstellen, erheben sich auch gewisse Fragen für die Frauenbewegung. Auf einige dieser Fragen haben wir bereits hingewiesen: die Notwendigkeit, unsere politischen Richtlinien zu behaupten und zu entwickeln sowie Kampagnen als Grundlage der Anwerbung Gleichgesinnter bewußter einzusetzen. Hier wollen wir nun überwiegend allgemeine Fragen der Organisation und der Ziele aufwerfen.

Eine wesentliche Annahme in »Beyond the Fragments« und in der Frauenbewegung im allgemeinen scheint zu sein, daß eigentlich der Feminismus der führende Partner in Bündnissen sein muß und kann. Aus ihrem Kontext herausgerissen und mutig vorgetragen ist eine derartige Annahme politisch gesehen natürlich naiv. In der Praxis besitzen sozialistische Feministinnen mehr taktischen Verstand. Aber die Vorherrschaft kleiner Gruppen in der Frauenbewegung und die Betonung einer aktiven Demokratie führt zu Schwierigkeiten, sobald mit Organisationen der Arbeiterbewegung verhandelt wird, die wesentlich zentralisierter und systematischer strukturiert sind. Solche organisatorischen Unterschiede können gewiß zu Frustrationen und unnötigen Konflikten führen.

Es gibt ein tiefverwurzeltes Mißtrauen in der Frauenbewegung gegenüber formaler Organisation. Das liegt zum Teil an einer starken liberalen Strömung in unserer Tradition. Es hängt aber auch mit einigen deprimierenden Erfahrungen sowohl mit der organisierten Linken als auch mit der Frauenbewegung selbst zusammen.

In diesem Zusammenhang scheint es jedoch höchste Zeit mindestens für eine Debatte zu sein, ob die Frauenbewegung im allgemeinen oder, was wahrscheinlicher ist, sozialistischer Feminismus im besonderen einer koordinierteren Organisation bedarf. Eine solche Möglichkeit wirft Fragen nach der Autonomie lokaler Gruppen und nach der Art und Vielfalt unserer Politik auf. Besorgt müssen wir aber darüber nachdenken, ob eine größere Koordination uns nicht nur vom revolutionären Feminismus, sondern auch von den

vielen Frauen in der Frauenbewegung abschneidet, die sich schlicht als Feministinnen definieren. Wir werden behutsam vorschlagen, daß, da der Kontakt mit nicht-sozialistischen Feministinnen sich hauptsächlich auf lokaler Ebene oder in bestimmten Bereichen abspielt, eine sozialistische Feministinnenorganisation wenig Unterschied gegenüber dieser bereits etablierten Einheit bedeuten würde. Mit Sicherheit können die Unterschiede zwischen sozialistischen Feministinnen und anderen nicht weggeredet werden, indem wir unseren Sozialismus entweder als individuellen oder kollektiven leugnen, sondern sie müssen politisch durchgearbeitet werden, indem wir unsere Positionen für uns selbst und in Diskussionen mit der Frauenbewegung insgesamt klarmachen. Schließlich und endlich müssen wir als Feministinnen eingestehen, daß der weitreichende Charakter des Thatcherismus, seine Auswirkungen auf viele Aspekte unseres Lebens, einige alarmierende Lücken in unserer politischen Kompetenz offenbart hat und uns das Gefühl der Notwendigkeit der Entwicklung unserer Analyse und Forderungen in spezifischere und weitreichendere Richtung gegeben hat. Natürlich gab es immer Lücken und Verwirrungen, besonders außerhalb der sozialen und häuslichen Bereiche. Die Technologie der Mikro-Chips betrifft die Arbeitsplätze von Frauen. Nuklearenergie betrifft unter vielem anderen unsere Gesundheit. Beides wirft Fragen nach Kontrolle und Demokratie auf.

Zuletzt hat uns die Drohung eines Atomkrieges, an den wir nicht ohne Angst um unsere Kinder denken können, veranlaßt, wieder darüber nachzudenken, wie wichtig die Mutterschaft für unser Leben und das Leben vieler Frauen ist. Das heißt nicht, daß Mutterschaft die Grundlage unserer Identität ist oder sein sollte, aber sie ist ein Teil davon. Auch beinhaltet das nicht, daß die Frauenbewegung sich in eine Friedensbewegung auf der 50. Linie entwickeln sollte, indem sie alle Fragen in einen Zusammenhang zwischen Frieden und Mutterschaft bezieht. Aber es sollte uns daran erinnern, daß, während wir zu Recht uns widersetzen, als Mütter definiert zu werden, wir es uns sehr schwer gemacht haben, positive Aspekte zu finden, die wir als Bewegung über diese Rolle sagen können, sogar während wir enorme persönliche Unterstützung erfahren. Vielleicht ist es an der Zeit, einen Weg zu finden, ein neues Gleichgewicht zwischen der Behauptung unserer Selbst und unserem Sinn für Verantwortung für andere zu finden, sowie neue Wege, dieses Gleichgewicht politisch auszudrücken.

Alfred Georg Frei

Gramsci und der dritte Weg — Widerspruch oder Nutzbarmachung einer Theorie für das heutige Westeuropa?

Antonio Gramsci ist, so der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky, »zu einem Helden der jungen Linken geworden« (in: Profil 23/1981 vom 9.6.1981). Stirnrunzelnd beklagt der SPÖ-Chef, daß sich viele junge Sozialisten auf den italienischen Theoretiker beziehen. In der Tat spielt die politische Theorie Antonio Gramscis (1891-1937) nicht nur für die italienischen Eurokommunisten, sondern auch für die linken Sozialisten und Sozialdemokraten in Frankreich, in der BRD und in Österreich eine große Rolle. Ausgangspunkt der Gramsci-Diskussion ist dabei die Suche nach einem neuen Weg der Gesellschaftsveränderung, der sich sowohl von den traditionell sozialdemokratischen Konzepten als auch vom orthodoxen Marxismus-Leninismus unterscheidet.

Ein dritter Weg für Westeuropa

Um die Einführung des Begriffs »dritter Weg« zu begründen, führt Pietro Ingrao, leitendes Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), aus:

»Aus den Umwälzungen dieses Jahrhunderts haben wir gelernt, daß der Übergang zu einer neuen Gesellschaft — ein Punkt der von den großen Klassikern der Demokratie und des Sozialismus nicht vollständig erforscht worden ist — eine ganze Epoche dauert, nicht auf ein einziges Modell reduziert werden kann und sich nicht in klaren Umschlagspunkten vollzieht. Er ist vielmehr ein Prozeß mit Brüchen, qualitativen Sprüngen und tiefgehenden Strukturveränderungen, aber auch mit Unsicherheiten und Widersprüchen. Ich erkenne wohl die Risiken, diese Prozeßhaftigkeit und Widersprüchlichkeit des Übergangs herauszustellen, aber wir kennen auch den Preis, den wir für den Dogmatismus eines einzigen und eindeutigen Modells gezahlt haben.« (Ingrao 1980, 35f.)

Die Suche nach einem dritten Weg resultiert aus den Problemen des »ersten« bzw. des »zweiten« Weges. Der »erste«, (rechts-)sozialdemokratische Weg, der beispielsweise in der BRD darin besteht, mithilfe von kleineren Reformen den Kapitalismus für die Lohnabhängigen erträglich zu gestalten, ist in der Krise der siebziger Jahre an seine Grenzen gestoßen: es gibt keine Zuwächse mehr, die umverteilt werden könnten; um die Krise auf Kosten der Lohnabhängigen zu lösen, werden Reformschritte zurückgenommen. — Was den »zweiten«, kommunistischen Weg betrifft, so haben wir es mit einer »Krise des sowjetischen 'Modells'« (Buci-Glucksmann 1977a, 92) zu tun. Die spezifische Situation in Westeuropa führt zu einem »Blickwinkel neuer Beziehungen zwischen Demokratie und Sozialismus« (ebd., 95). Eine Übertragung der revolutionären Erfahrungen aus der Sowjetunion »oder auch nur wesentlicher Teile von ihnen auf das eigene Kampffeld in den kapitalistischen Industrieländern« (Albers 1981, 138) kann die westeuropäische Linke nicht voranbringen. — Die Befürworter eines dritten Weges der Gesellschaftsveränderung sprechen sich im Gegensatz zum »ersten« Weg für einen Bruch mit dem Kapitalismus und die Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik aus. Gegenüber dem »zweiten« Weg weisen sie auf die spezifischen westeuropäischen Voraussetzungen hin und verlangen beispielsweise anstelle der schlichten Forderung nach der »Zerschlagung des Staatsapparats« Überlegungen hinsichtlich einer »grundlegenden Veränderung des Staatsapparats« (Poulantzas 1980, 55). Man will »den Übergang als expansive, aktive demokratische Revolution angehen« (Buci-Glucksmann 1977a, 96).

In Richtung auf einen dritten Weg zielen die »Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD« (1980) und die Ausarbeitungen des linken Flügels der Sozialistischen Partei Frankreichs (PSF), des CERES. Ausdrücklich gefordert wird ein »dritter Weg« neuerdings von den »Göttinger Thesen II« (1980). Am eindeutigsten will nach wie vor die PCI diesen neuen Weg einschlagen. Nach den Worten ihres Generalsekretärs Enrico Berlinguer ist für die italienischen Kommunisten der »dritte Weg« der »Boden, auf dem eine Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und den kommunistischen Positionen stattfinden kann.« (Sozialismus 6-81, 66).

Zu den theoretischen Grundlagen des dritten Weges zählen die Überlegungen der Austromarxisten, die gebündelt im 1926 verabschiedeten Linzer Programm zum Ausdruck kamen — der »Geburtsurkunde des dritten Weges« (Albers 1981a, 130).

Weiterhin schwingt die von Otto Bauer formulierte Vorstellung des 'integralen Sozialismus' mit: Sozialdemokraten und Kommunisten sollen wichtige Bestandteile ihrer Tradition und Politik in einen gemeinsamen neuen Weg einbringen (Bauer 1976, 296ff.; dazu Albers 1979). Oder wie der eigenwillige französische Kommunist Jean Elleinstein unlängst zur Begründung eines »dritten Wegs zum Sozialismus« angeführt hat: »Es gibt in der Arbeiterbewegung eine sozialistische und kommunistische Tradition. Man muß das beste aus der Tradition der zwei Parteien und selbst auch aus der Tradition der Trotzlisten und der seit ungefähr fünfzehn Jahren existierenden neuen sozialen Bewegungen aufnehmen.« (Elleinstein 1981, 200) Bei den theoretischen Grundlagen des dritten Weges ist aber neben den Austromarxisten an erster Stelle die politische Theorie Antonio Gramscis zu nennen, der schon 1924 ausführte:

»Die Motivation, die in Rußland unmittelbar war und die Massen auf die Straßen brachte, um den revolutionären Sprung durchzuführen, kompliziert sich in West- und Mitteleuropa durch all jene politischen Überbauten, die durch die weiter fortgeschrittene Entwicklung des Kapitalismus hervorgebracht wurden; die Massenaktion wird langsamer und vorsichtiger, und deshalb braucht die revolutionäre Partei eine viel komplexere Strategie und Taktik mit einem viel längeren Atem, als für die Bolschewisten zwischen März und November 1917 notwendig war.« (Gramsci 1975a, 267)

Gramscis zentrale Ausgangsfragestellung lautete, warum es in West- und Mitteleuropa nach dem 1. Weltkrieg nicht zu einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung gekommen war. Seine Überlegungen entfalteten ihre nachhaltige politische Wirkung erst nach der faschistischen Ära, sie beeinflussen aber auch noch heute die strategischen Ausarbeitungen der westeuropäischen Linken:

»Mit dem theoretischen Werk Antonio Gramscis und den hieran anknüpfenden Ausarbeitungen vor allem der italienischen und spanischen Kommunisten während der zurückliegenden 10 bis 15 Jahre sind entscheidende Teile der westeuropäischen kommunistischen Bewegung zur Formulierung einer originalen, immer bewußter eigenständigen Transformationsstrategie für die kapitalistischen Industrieländer übergegangen.« (Albers 1981b, 18).

In der Bundesrepublik ist nun eine Auseinandersetzung darüber in Gang gekommen, ob Gramscis politische Theorie in der Tat zu einer originalen Veränderungsstrategie für Westeuropa, zu einem demokratischen Übergang zum Sozialismus beitragen kann, oder ob sie sich bruchlos in die scheinbar lineare Entwicklung der kommunistischen »Weltbewegung« und ihrer Theorie einpassen läßt und somit nur von beschränkter politischer Erneuerungskraft ist.

Gramsci nur für DKP-Denker?

Vor einiger Zeit hat der linkssozialdemokratische DVK-Verlag in seiner Reihe 'Positionen der Jungsozialisten' eine Broschüre vorgelegt, die eine erste Einführung in die politische Theorie Gramscis und einen Einstieg in die Diskussion bieten soll (Frei 1978). Diese Broschüre ist nun von Hans Heinz Holz und Hans Jörg Sandkühler in ihrem Buch 'Betr.: Gramsci' härtester Kritik unterzogen worden. Ihre eigene Position verorten die beiden Philosophen als »diejenige, die Gramsci als einen Leninisten und als Theoretiker der III. Internationale ernst nimmt.« (Holz/Sandkühler 1980a, 14) Mithilfe der Gramsci-Diskussion wollen Holz und Sandkühler die »politischen Perspektiven der Kommunisten in der BRD« (ebd., 18) skizzieren.

So geht ihre Kritik an meiner Broschüre davon aus, daß darin »die Figur des dritten Weges ... zwischen Bernstein und Lenin« eingesetzt werde (ebd., 25).

Zumindest H.J. Sandkühler hat schon Erfahrung in der Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen des dritten Weges. Gemeinsam mit R. de la Vega hatte er schon 1980, quasi vorbeugend, lange vor der »Renaissance des 'klassischen' Austromarxismus« (Abendroth 1980), vor einer Rezeption Otto Bauers gewarnt (Sandkühler/Vega 1970). Nun hat er sich eines weiteren »großen Ahnen« — so wird Gramsci vom CERES bezeichnet — des dritten Weges angenommen. Aufgrund der politischen Bedeutung, die die Auseinandersetzung um einen »dritten Weg« und um die politische Theorie Gramscis heute zu Recht gewonnen hat, ist es sinnvoll, kurz auf die Unterschiede zwischen den Interpretationsversuchen eines Sozialdemokraten und der DKP-orientierten Gramsci-Interpretation einzugehen.

Die Kontroverse zwischen Holz/Sandkühler und meinem Versuch, Gramsci zu verstehen und für die Strategiediskussion fruchtbar zu machen, läßt sich in fünf Punkten konkretisieren:

1. *Der Umgang mit Gramsci.* In meiner Broschüre hatte ich abschließend bemerkt: »Gramscis Werk läßt sich vielfältig interpretieren. Dies hat seine Ursachen in den schwierigen Arbeitsbedingungen Gramscis und in der nicht völlig systematisierten Komplexität seiner Gedanken. Ohne Zweifel bin somit auch ich kurzfristig politisch betrachtet ein Nutznießer bzw. wissenschaftlich und somit längerfristig politisch betrachtet, ein Opfer dieser Interpretierbarkeit geworden. Trotzdem hoffe ich, daß einige Aspekte von Gramscis politischer Theorie etwas verdeutlicht werden konnten.« Diese begründete Einschränkung taucht bei Holz/Sandkühler dann als »selbsterteilte Lizenz, Gramsci »vielfältig interpretieren« zu dürfen« (Holz/Sandkühler 1980, 25) wieder auf. Für die beiden Autoren kommen irgendwelche Selbstbeschränkungen ohnehin nicht in Frage. Sie sind nämlich schon vorher auf dem Bewußtseinsstand angelangt, zu dem Andere mithilfe Gramscis erst kommen wollen: »Wir diskutieren Gramsci mit dem historischen Bewußtsein, zu dem er aufruft«, stellen Holz und Sandkühler in ihrer Einleitung (ebd., 10) fest.

2. *Gramsci in der Arbeiterbewegung.* Mit Recht verlangen Holz und Sandkühler, daß Gramscis Theorie historisch betrachtet und angeeignet werden muß. Sie bringen diese historische Aneignung dann aber auf den vereinfachenden politischen Nenner, daß nur, »wer Gramsci als Kommunisten zu nehmen und ernstzunehmen bereit ist, ... zulänglich über sein Werk und die Konsequenzen daraus diskutieren« könne (ebd., 15). Sicher wird es niemand, der sich auch nur ein bißchen mit Gramsci befaßt, verborgen bleiben, daß dieser von 1921 bis zu seinem Lebensende aktiver Kommunist war. Aber nur, wenn man die Entwicklung der Arbeiterbewegung und des Kommunismus als glatt und widerspruchlos sowie von Parteigrenzen bestimmt ansieht, ist diese 'Erkenntnis' von Bedeu-

tung. Will man Gramsci verstehen, so muß man akzeptieren, daß sein Leben verschiedene politische Phasen aufwies, daß er zeitweise voll mit der Kommunistischen Internationalen übereinstimmte, daß er aber auch zeitweise andere Ansichten, gerade bezüglich der Sozialfaschismusthese, vertrat (Fiori 1979, 229f.; auch Spriano 1979 leugnet Meinungsunterschiede nicht). Neben der starken Prägung Gramscis durch seine Parteizugehörigkeit müssen auch beispielsweise seine Erfahrungen mit der Rätebewegung und dem Faschismus Berücksichtigung finden.

3. *Gramscis Bürokratiekritik.* Bei der Frage Demokratie und Sozialismus steigert sich die Empörung von Holz und Sandkühler ins Unermeßliche. Ich hätte in meiner Broschüre formuliert, daß Gramsci Bürokratisierungstendenzen — auch in der Sowjetunion — ablehnte und für ihn Sozialismus ohne demokratische Freiheiten nicht vorstellbar wäre. Die Autoren bemängeln, daß diese Einschätzung »nur« mit zwei Stellen von Gramsci belegt sei; daß ich daneben auch auf die Interpretation von zwei italienischen Kommunisten und einer französischen Kommunistin verweise, die allesamt aus Gramscis Theorie die Notwendigkeit eines demokratischen Sozialismus ableiten, vergessen Holz und Sandkühler zu erwähnen.

Was nun Gramscis Aussagen selbst betrifft, sei hier nur eine allgemeine These zu Staat und Bürokratie zitiert, die er aus konkreten historischen Untersuchungen gewonnen hat: »Im Staat zeigt das Vorherrschen eines bürokratischen Zentralismus an, daß sich eine stark privilegierte Gruppe herausgebildet hat, die ihre Privilegien zu bewahren sucht, indem sie das Aufkommen entgegenwirkender Kräfte reguliert oder auch im Keim erstickt, selbst wenn diese Kräfte grundsätzlich den dominierenden Interessen entsprechen.« (Gramsci 1975b, 1634).

Während Holz und Sandkühler ansonsten — mit Recht — auf einer politischen Interpretation beharren, fällt ihnen dazu gar nichts ein; sie beschränken sich auf eine Nacherzählung der entsprechenden Passage. Mir scheint die Interpretation der französischen Gramsci-Forscherin (und Kommunistin) Christine Buci-Glucksmann völlig zutreffend. Sie zieht mit Gramsci zwei Schlußfolgerungen:

- »1. Wenn man nicht will, daß der Staat an die Stelle der Klasse tritt, dann muß diese Klasse sich die (ideologische, kulturelle und politische) Hegemonie vor und nach der Machtübernahme erobern. Dies setzt die Existenz institutioneller Formen voraus, die keinen 'verstaatlichten' Charakter tragen, sondern die Basisdynamik und Mechanismen der 'Vergesellschaftung der Politik' zulassen. 2. Diese neue Dialektik macht hinsichtlich der Übergangsprozesse ebenfalls die Besonderheit des Übergangs im Westen deutlich.« (Buci-Glucksmann 1977b, 25)

Schließlich weisen die real existierenden Probleme der sozialistischen Staaten darauf hin, daß man Gramscis Bürokratiekritik nicht als verstaubte Geschichtsinterpretation, sondern als Mahnung und Chance für eine neue Politik ansehen sollte. So verdeutlicht beispielsweise die Entwicklung in Polen, welche Folgen Bürokratisierung und der Mangel an politisch-kultureller Hegemonie haben können.

4. *Gramsci und die Intellektuellen.* Weil Holz und Sandkühler nicht von Gramscis Intellektuellendefinition ausgehen, werfen sie mir vor, daß ich die Rolle der Intellektuellen und die Bedeutung der Kultur überbetonen würde. Gramsci bestimmt die Intellektuellen nicht nach ihrer sozialen Stellung, sondern nach ihrer Funktion. Intellektuelle sind Träger und Vermittler von Bewußtsein. Welchen Beruf der so definierte Intellektuelle ausübt, ist zweitrangig. Jeder Mensch ist zumindest ein potentieller Intellektueller. Jede Klasse, jede Bewegung verfügt über Intellektuelle. Der Arbeiterklasse muß es darauf ankommen, mög-

lichst viel 'Intellektuelle neuen Typs' herauszubilden, die den traditionellen Intellektuellen der herrschenden Klasse entgegenzutreten und den 'Geist der Abspaltung', d.h. gesellschaftskritisches Bewußtsein, auch in deren Reihen tragen können. Insofern hat es mit dem angeblichen »Intellektualismus großer Teile der Studentenbewegung« (Holz/Sandkühler 1980, 26) nichts zu tun, wenn man den so definierten Intellektuellen der 'Neuererklasse' eine zentrale Rolle im Veränderungsprozeß zuweist. Sie sollen in allen Bereichen die neue Hegemonie aufbauen und so eine 'molekulare Veränderung' herbeiführen (vgl. Würzburg 1978, 111ff.).

Im Gegensatz zur traditionellen Vorstellung vom Intellektuellen, wie sie auch Holz und Sandkühler transportieren, ist die skizzierte gramscianische Definition eine Voraussetzung, um die Aufhebung der Trennung von Handarbeit und Kopfarbeit anzustreben.

5. *Gramsci und Hegemonie.* Die wichtigste Frage, die Holz und Sandkühler bei ihrer Abrechnung mit anderen Gramsci-Interpretationen ansprechen, ist die nach dem politischen Nutzen von Gramscis Hegemoniekonzept. Gegenüber Albers' (1978) und meiner Interpretation behaupten Holz und Sandkühler eine Übereinstimmung des gramscischen mit dem leninschen und sogar auch dem thälmannschen Hegemoniekonzept. Speziell mir werfen die Autoren eine »kulturstische« Sichtweise vor — dazu ist in Punkt 4 das Notwendige gesagt. Schließlich wird mir auch die »Lesart 'Gramsci als Anti-Lenin'« unterstellt. Da eine allgemeine Diskussion über *den* Leninismus nichts bringt, zitiere ich hier Gerd Würzburg, der Gramscis Entwicklung eines eigenständigen Hegemoniebegriffes betont: »Lenin verwendet den Begriff 'Hegemonie' fast nie — und wenn er an wenigen Stellen von 'Hegemonie' oder 'Hegemon' spricht, dann ist damit — auf einer taktischen Ebene — die 'führende Rolle' des Proletariats innerhalb eines Bündnisses in der demokratischen Revolution gemeint.« (Würzburg 1978, 35) Noch stärker taktisch ausgerichtet ist der Hegemoniebegriff des von Holz und Sandkühler bemühten Ernst Thälmann (Holz/Sandkühler 1980, 56f.). Gramscis Hegemoniekonzept strebt demgegenüber nicht nur die taktische Führung innerhalb eines Bündnisses an, sondern zielt auf die Durchsetzung und Verankerung von inhaltlichen Alternativen zur bürgerlichen Hegemonie in allen gesellschaftlichen Bereichen, um die 'Führung' der gesamten Gesellschaft durch die 'Neuererklasse' zu ermöglichen.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Lenin und Gramsci liegt darin, daß Gramscis Hegemoniekonzept vor allem die Zeit *vor* der sozialistischen Revolution betrifft. Er schreibt: »Eine gesellschaftliche Gruppe kann und muß führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert (dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Eroberung dieser Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt und auch wenn sie sie fest in der Hand hat, wird sie herrschend, sie muß aber auch 'führend' bleiben.« (Gramsci 1975b, 2010f.)

Lenins Vorstellung von der 'Diktatur des Proletariats' hingegen bezieht sich hauptsächlich auf die Phase nach einer schnellen Machteroberung. »In Gramscis Konzept ist die Eroberung der Staatsmacht nicht der Beginn der kulturellen Führungsrolle, sondern beide sind zwei Ausdrucksformen des revolutionären Prozesses, wobei die kulturelle Führung die politische und ökonomische bedingt.« (Würzburg 1978, 37f.)

Detlev Albers hat herausgestellt, daß gerade der von Gramsci geprägte und durch die PCI weiterentwickelte Hegemoniebegriff einen zentralen Stellenwert für die gesamte westeuropäische Arbeiterbewegung hat (Albers 1978, 101) und damit die Diskussion über die Strategie des dritten Weges wesentlich voranbringen kann. Diese Diskussion ist einer krampfhaften Suche nach Kontinuitäten in jedem Fall vorzuziehen. Umberto Cerroni, Gramsci-Forscher und PCI-Mitglied, hält diese Suche für überholt:

»Bei der Beurteilung des Werkes Antonio Gramscis war man lange Zeit vor allem um den Nachweis dessen bemüht, was als der 'Leninismus Gramscis' definiert wurde — vielleicht um die Kontinuität der marxistischen Tradition ins rechte Licht zu rücken. Wahrscheinlich waren die Absichten, die man damit verfolgte, für die damalige Zeit gerechtfertigt, aber sie haben gewiß keine bedeutenden Früchte getragen. Im übrigen entsprachen sie der Interpretationslinie einer 'Kontinuität' des Marxismus, die heute nicht nur in eine Krise geraten ist, sondern darüber hinaus guten Gewissens als irreführend bezeichnet werden kann. Der Begriff der 'Kontinuität' fügte sich nämlich in den geistigen Hintergrund einer 'orthodoxen' Vision eines kodifizierten Marxismus, von dem weniger authentische Neuerungen als vielmehr illustrative Empfehlungen zu erwarten waren. Es schien so, als ob man sich, um ein guter Marxist zu sein, vor allem wiederholen müsse.« (Cerroni 1979, 113)

Die Konstruktion von Kontinuität, wie sie von Holz und Sandkühler versucht wird, hat vor allem zwei politische Funktionen: A. Einerseits stellen Gramscis Theorie und der Eurokommunismus für den staatsförmigen Marxismus-Leninismus in den osteuropäischen Staaten eine Herausforderung dar. Die mühsam dekretierte ideologische Stabilität wird durch Gramscis unorthodoxe Marxismus-Rezeption in Frage gestellt. Das Verlangen nach dem mühevollen Aufbau einer hegemonialen Führungsrolle der kommunistischen Parteien in Osteuropa steht der die Massen von der Politik fernhaltenden Staats- und Parteibürokratie und dem nur formal begründeten Machtanspruch dieser Parteien entgegen. Dabei lassen sich die gramscianischen und eurokommunistischen Denkanstöße nicht einfach nach bewährtem Rezept als »bürgerliche Ideologie« abtun. Die übrigbleibende Abschottungsmethode heißt deshalb Konstruktion von Kontinuität, heißt Gramsci so lange zu verbiegen, bis er problemlos in die ohnehin nur scheinbar lineare Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung paßt.

B. Andererseits stellt Gramscis politische Theorie auch eine Herausforderung an die Organisationen der Arbeiterbewegung »im Westen« dar, die sich neue und selbstkritische Fragen stellen mußten. Eine der von Gramsci provozierten Fragen lautet beispielsweise: Inwieweit sind auch die Jusos und andere linke Organisationen teilweise in die bürgerliche Hegemonie eingebunden und übernehmen infolgedessen bürgerliche Denk- und Handlungsformen, wie z.B. Staatsfixierung oder abschätziges Verhalten gegenüber neuen sozialen Bewegungen? — Vor solchen Fragestellungen schützt die Konstruktion von Kontinuität, die Aufrechterhaltung des kodifizierten Marxismus. Wenn Gramsci, Lenin und sogar auch Thälmann ohnehin grundsätzlich dasselbe gedacht haben und man als Kommunist den Schlüssel zum richtigen Verständnis sowieso schon besitzt, warum soll man sich dann neue Fragen stellen oder sich gar selbstkritisch mit seiner Politik auseinandersetzen?

Weiterdenken — weiterhandeln: Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen

Wir haben also die engen Verbindungen zwischen Antonio Gramscis politischer Theorie und der heutigen Suche nach einem dritten Weg der Gesellschaftsveränderung in Westeuropa gesehen. Trotz gegenläufiger Vereinnahmungsversuche sollte sich gerade die sozialdemokratische Linke von einer weiteren kritischen und selbstkritischen Beschäftigung mit Gramscis Theorie nicht abhalten lassen. Insbesondere das Hegemoniekonzept ist für die anstehenden Probleme von großer Bedeutung. Es kann zur Überbrückung der Kluft zwischen neuen sozialen Bewegungen (Bürgerinitiativen, Frauen- und Jugendbewegung usw.) und 'traditioneller' Arbeiterbewegung wichtige Erkenntnisse beitragen. Denn »mit Hegemonie meinte Gramsci die Durchdringung der 'bürgerlichen' Gesellschaft ... mit einem ganzen System von Werten, Haltungen, Moraleinstellungen, Glaubensanschauungen

usw.« (Boggs 1978, 39) Zu dieser Durchdringung und zur Entwicklung inhaltlicher Alternativen können und müssen die Initiativen und Bewegungen einen zentralen Beitrag leisten. Bei Gramsci können wir lernen, daß die Arbeiterbewegung auf diese vielfältigen Kräfte angewiesen ist — eine »molekulare Umwandlung« der Gesellschaft ist ohne sie nicht möglich. 'Durchdringung' und 'Umwandlung' sind allerdings nicht losgelöst von politischen und ökonomischen Herrschaftsverhältnissen möglich. Deshalb zeigt Gramsci andererseits auch den zentralen Stellenwert der Organisationen der Arbeiterbewegung. Sie verschaffen Kontinuität und politische Orientierung, die aber nicht taktisch oder administrativ aufgezungen, sondern nur inhaltlich vermittelt werden können. Pietro Ingrao spricht von

»Bewegungen, Initiativen und neue(n) Erfahrungen breiter Massen von Menschen, die zu konkreten Trägern neuer Werte, solidarischer Anstrengungen und bislang unausgeschöpfter kreativer Potentiale werden. Angesichts dieser historischen Aufgabe muß die Arbeiterklasse zum wichtigsten Träger des Fortschritts werden und ganz konkret — jenseits aller Mythologien, mechanistischen oder 'messianischen' Vorstellungen — ihre Fähigkeit realisieren, zur allgemeinen Klasse zu werden und einen großen vielgliedrigen Block fortschrittlicher Kräfte anzuführen.« (Ingrao 1981, 25)

Ingrao forderte auf dem 3. Otto-Bauer-Symposium ein »neues Veränderungsprojekt«, das die Frauen, die Jugendlichen, die Ökologen und die anderen neuen Bewegungen mit einbezieht und neue Kampffelder akzeptiert. So könne auch der Gegensatz zwischen marxistischer Ökonomie und »grüner« Ökologie in einer neuen Synthese aufgelöst werden.

Dieses organische Überwinden von bisher bestehenden Gegensätzen, das hier nur kurz angedeutet werden konnte, muß Bestandteil eines dritten Wegs der sozialistischen Gesellschaftsveränderung in Westeuropa werden. Antonio Gramsci hat dazu mit seiner Forderung nach der Errichtung einer neuen Hegemonie und der Schaffung eines neuen 'historischen Blocks' wichtige theoretische Vorarbeit geleistet.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, W., 1980: Renaissance des 'klassischen' Austromarxismus. In: *spw* 8, S.97-105.
- Albers, D., 1978: Demokratie und Sozialismus in Italien. Der 'historische Kompromiß' und die Strategie der Parteien und Gewerkschaften, Frankfurt-New York.
- Albers, D., 1979: Otto Bauer und die Konzeption des 'integralen Sozialismus'. In: ders./J. Hindels/L.L. Radice u.a.: Otto Bauer und der »dritte« Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt-New York, S.28-60.
- Albers, D., 1981a: Gedanken über den 'dritten Weg zum Sozialismus' in Westeuropa. In: ders./J. Cap/P. Ingrao/D. Motchane (Hrsg.): Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt-New York, S.126-152.
- Albers, D., 1981b: Zum strategischen Konzept der 'Herforder Thesen'. In: Linke Sozialdemokraten & bundesrepublikanische Linke. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen. *spw*-Sonderheft 3, Berlin, S.15-23.
- Bauer, O., 1976: Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus (1936). In: Otto Bauer Werkausgabe, Band 4, Wien 1976, S.49-331.
- Boggs, C., 1978: Gramsci's Marxism, London³.
- Buci-Glucksmann, Ch., 1977a: Gramsci und der Eurokommunismus. In: Beiträge zum wiss. Sozialismus 3-77, S.91-112.
- Buci-Glucksmann, Ch., 1977b: Über die politischen Probleme des Übergangs: Arbeiterklasse, Staat und passive Revolution. In: *SoPo* 41, S.13-35.
- Cerroni, U., 1979: Gramsci-Lexikon. Zum Kennen- und Lesenlernen, Hamburg.
- Elleinstein, J., 1981: Ils vous trompent, camarades!, Paris.

- Fiori, G., 1979: Das Leben des Antonio Gramsci, Berlin (Besprechung in *spw* 5, S.110f.).
- Frei, A.G., 1978: Antonio Gramsci. Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus. Berlin.
- Göttinger Thesen II 1980, Die kapitalistische Krise und ihre sozialistische Überwindung. Programatische Positionen marxistischer Sozialdemokraten, Göttingen.
- Gramsci, A., 1975a: Ecrits politiques, Band II, Paris.
- Gramsci, A., 1975b: Quaderni del carcere, Turin.
- Herforder Thesen 1980, Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin (*spw*-Sonderheft 2).
- Holz, H.H. und Sandkühler, H.J., 1980: Gramsci-Debatte und Politik der demokratischen Wende in der BRD. In: dies. (Hrsg.), Betr.: Gramsci, Philosophie und revolutionäre Politik in Italien, Köln.
- Ingrao, P., 1980: Die europäische Linke und der Dritte Weg. In: J. Bischoff/J. Kreimer (Hrsg.): Annäherungen an den Sozialismus. Strategien eines Dritten Weges, Hamburg, S.35-54.
- Ingrao, P., 1980: Probleme der Zusammenarbeit in der westeuropäischen Linken. In: D. Albers/J. Cap/P. Ingrao/D. Motchane (Hrsg.): Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt-New York, S.17-39.
- Linzer Programm. Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs. Beschlossen vom Parteitag zu Linz am 3.11.1926. In: Otto Bauer Werkausgabe, Band 3, Wien 1976, S.1017-1039.
- Poulantzas, N., 1980: Marxismus zwischen Sozialdemokratie und 'realem Sozialismus'. In: J. Bischoff/J. Kreimer (Hrsg.): Annäherungen an den Sozialismus. Strategien eines Dritten Weges, Hamburg, S.54-75.
- Sandkühler, H.J., Vega, R. de la, 1970: Kant und die Krise der Revolution. In: dies. (Hrsg.): Austromarxismus. Texte zu Ideologie und Klassenkampf, Frankfurt, S.6-47.
- Spriano, P., 1979: Antonio Gramsci and the Party: The Prison Years, London.
- Würzburg, G., 1978: Kultur und Politik., Der Beitrag Antonio Gramscis zur politisch-kulturellen Transformation Italiens. Frankfurt (Besprechung in *spw* 7, S.111f.)



**'ÄSTHETIK
DES
WIDERSTANDS'
LESEN**

**Literatur im historischen Prozeß — Neue Folge —
Band 1
Die »Ästhetik des Widerstands« lesen.
Über Peter Weiss**

Mit Beiträgen von L. u. W. Abendroth, V. Braun,
W.F. Haug, J. Hermand, B. Lindner u.a.
(AS 75: ISBN 3-88619-026-9) 192 S.: 16,60 DM (f. Stud. 13,80)

Die Beiträge dieses Sammelbandes wollen helfen, »Die Ästhetik des Widerstands« in Gebrauch zu nehmen. Sie handeln von der Faszination und vom Dilemma einer Einheit von künstlerischer und wissenschaftlicher Erkenntnis, vom Pathos und vom Abgrund politischer und künstlerischer Parteilichkeit. Zu erkunden sind die Realität und die Projektion eines Standorts zwischen der politischen Revolution und der Revolutionierung der künstlerischen Ausdrucksmittel, die Möglichkeiten einer realistischen Schreibweise zwischen Tradition und Avantgarde. Mit Peter Weiss wird die historische Haltbarkeit des Engagements inmitten der Schreckvisionen und Mystifikationen, die in seinem Buch zur Sprache kommen und unseren kulturellen Lebenszusammenhang prägen, aufgezeigt.

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65, Telefon: 030/4619061

Richard Meng

Theorie, Praxis und Identität

Anmerkungen zum Dilemma linkssozialdemokratischer Schulungsarbeit

Ob es den Jungsozialisten mehr an Theorie oder mehr an Praxis mangelt, darüber gehen die Meinungen auseinander. Sieht man beide Vorwürfe nebeneinander — den der endlosen Theoriendebatten und den der Theorielosigkeit — dann sollte man eigentlich vermuten, daß die Lage der Juso-Theorie so schlimm nicht sein kann. Allerdings: die Vermutung wäre voreilig. So sehr auch die Kritik durchs jeweilige Interesse beeinflußt sein mag: an beidem ist etwas dran.

Da ist zum einen das subjektive Erleben vor allem älterer Parteimitglieder, denen das, was von den Jusos kommt, als realitätsfernes (in ihrem Verständnis für Realität), theoretisches Geschwafel erscheint, mit dem die konkreten politischen Probleme nicht gelöst werden können. Solche Reaktionen hängen *nicht nur* damit zusammen, daß radikale Kritik schon immer als weltfremd und abgehoben von denjenigen bezeichnet wurde, die damit die Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Kritik umgehen wollten. Es gibt *auch* jenes Auseinanderfallen theoretischer (grundsätzlicher) Überlegungen und praktischer (pragmatischer) Politik, das als Dilemma in der Minderheitenposition der sozialdemokratischen Linken angelegt ist. Vieles von dem, was in Juso-Köpfen an Theorie gedacht wird, ist (notwendig) weit weg von dem, was an Tagespolitik ansteht. Das ist die eine Seite des Problems.

Das Problem der Vermittlung von Theorie und Praxis stellt sich auch umgekehrt. Nicht nur Insidern ist aufgefallen, daß es mit der Kompetenz zu theoretischer Begründung des Verhaltens in den tagespolitischen Konflikten in dieser Organisation nicht mehr allzu weit her ist. Theoriediskussion ist in den Hintergrund getreten und hat ihren Stellenwert verändert, wird manchmal eher als »lästiger« Begründungszwang erfahren denn als Chance zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit.

Beide Defizite haben etwas miteinander zu tun, sie stehen nicht im Widerspruch zueinander. Die *Existenz* von Grundsatzdebatten sagt nichts über deren *Qualität* aus, und eine fundierte theoretische Position hat noch niemand davor bewahrt, im Ortsverein mit dem Anspruch, dies sei Theorie, dumm daherzureden. Zur Handlungskompetenz in Sachen Theorie gehört zweierlei, politisches Bewußtsein und die Fähigkeit, es in politische Arbeit einzubringen. Man könnte die beiden oben zitierten Kritiken an der Juso-Theoriediskussion auch so zusammenfassen: Sie findet kaum noch statt, und wenn doch, dann recht unabhängig von dem, was Jungsozialisten praktisch tun.

Von der Theorieverliebtheit zum Pragmatismus

Diese These ist provokativ, aber sie führt direkt und drastisch zum Problem der Theorie- und Schulungsarbeit in der sozialdemokratischen Linken. Dazu ist mehr anzumerken als einige Ratschläge zum Verfahren oder einige Literaturtips. Auf kaum ein anderes Thema schlägt die Gemütslage einer Organisation derart durch, wie am Beispiel des Verhältnisses von Theorie und/oder Praxis. Die Bezugnahme auf den Vorwurf des Theoretisierens kann natürlich nicht zur Folge haben, daß etwa als Kriterium für praxisorientierte Theorie gelte, daß an Theorie nur noch das akzeptiert würde, was sich unmittelbar in eine Ortsver-

einsitzung einbringen läßt. Darüber müssen die Diskussionen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und unter Parteilinken erheblich hinausgehen. Aber sie sollten einbeziehen, daß es nicht um die Theorie als Theorie, nicht um Schulung als Selbstzweck geht. Daß linke Organisationen nicht eine Art höherer Volkshochschule sind, in der sich jeder vor sich hin weiterbildet, sondern daß mit dem politischen Ziel auch die Aufgabe vorgegeben ist, die eigenen Gedanken gesellschaftlich zu verankern, mehrheitsfähig zu machen, und daß ein wichtiger Weg dazu über die Meinungsbildung in der SPD geht.

Was hat das mit der Juso-Theoriediskussion zu tun? Für den Stellenwert von Theorie bei den Jungsozialisten ist kennzeichnend, daß die Bereitschaft zur fundierten Erarbeitung theoretischer Begründungen abgenommen hat und daß die Weitergabe der vorhandenen Theorieelemente (abgesehen von ihrer Instrumentalisierung im Fraktionenstreit) sowohl innerhalb der Junsozialisten als auch in die SPD hinein und nach außen kaum noch stattfindet. Jene Theoriepapiere, die im Nachhinein als »Marksteine« der Theoriediskussion gelten, sind immer zu einem Teil Ausdrucksform von *Verbandsgruppen* gewesen, eingesetzt zum Zweck der Ausweitung des »eigenen« Anteils im innerverbandlichen Kräftespektrum. Proportional dazu war auch meistens das allgemeine Interesse. Als bei den Juso-Hochschulgruppen die Trennung zwischen Seminaren »mit« und solchen »ohne Beschlußkompetenz« eingeführt wurde, war das Interesse der Meinungsträger eindeutig: für sie »lohten« sich die Teilnahme nur, wenn es auch etwas zu beschließen gab.

Ein Blick in die neuere Geschichte der Jungsozialisten läßt deutlich werden, in welchem Zusammenhang das wechselseitige Auseinanderfallen von Theorie und Praxis zu sehen ist. In der Zeit nach der »offiziellen« Linkswendung von 1969 war der Stellenwert von Theorie in einer damals ganz besonders stark studentisch dominierten Juso-Organisation weiterhin unumstritten. Die neu formulierten Positionen lebten von der Abgrenzung gegenüber anderen in dieser Zeit relevant werdenden linken politischen Organisationen. Sowohl das politische Selbstverständnis als auch die gegenseitige Abgrenzung der von der Intellektuellenbewegung her beeinflussten linken Gruppen funktionierten gerade über Theoriediskussion.

Das war Ausdruck einer politischen Gesamtsituation, in der linke Positionen neu, aber auch modisch und attraktiv waren. Zugleich hatte sich an den Hochschulen ein Politikverständnis durchgesetzt, in dem sich (typisch studentisch) politische Identitäten an der Parteinahme innerhalb der Theorieebatten festmachten und Theorie (mangels eigener gesellschaftlicher Praxis) zu einer Art Ersatz-Identität wurde. Schulung war da zunächst einmal schlicht Selbst-Qualifikation unabhängig vom Lehrangebot der Hochschulen. Theorie hatte »Tauschwert« innerhalb der linken Organisationen, und Theorie hieß: rationale Überlegung, Bewußtseinsentwicklung über die Strukturen einer Gesellschaft, mit der man sich konfrontiert sieht, die man erklären will, um daraus Handlungskonzepte zu entwickeln. Gesellschaft wird zum Untersuchungsobjekt, das dem eigenen Erkenntnisinteresse gegenüber steht. Ein anderes, mehr an praktischer Erfahrung orientiertes Theorieverständnis war auch in der Juso-Organisation nicht mehr vorhanden; die Vorgänger der 69er Juso-Generation hatten sich, ganz entsprechend der Gesamtpartei, auf unkritischen Pragmatismus reduziert. Politische Bildung als integraler Bestandteil der Arbeiterbewegung war — zumindest was die SPD betrifft — längst Vergangenheit. So schwappte eine neue Theoriediskussion, von den Hochschulen ausgehend, in das Theorie-Vakuum der Jungsozialisten hinein. Die entsprechenden Diskussionsformen dominierten, schließlich kam ein Großteil der Theorieproduzenten und -konsumenten aus den Hochschulen. Jene berück-

tigt gewordene Bundeskongreßdebatte darüber, ob der Staat nun ideeller Gesamtkapitalist ist, oder ob er nur als solcher *wirkt*, ist da nur absurder Höhepunkt eines lange Zeit vorherrschenden Trends. Mit dem, was auch Jungsozialisten alltäglich an gesellschaftlicher Realität wahrnehmen, waren solche Diskussionen nicht mehr vermittelbar.

Wo Theorie die Politik *ersetzt* hat, ist die Vermittlung zwischen beiden kein Problem mehr. Für viele aus der Juso-Funktionärsgeneration, die Anfang der 70er Jahre die Diskussion bestimmte, reduzierte sich das Theorie-Problem dadurch auf ein Problem der Vermittlung (wie sag' ich's der Basis?), mithin auf ein Problem von »Schulung«. Damals reichten tatsächlich die Überzeugung von der Richtigkeit der Doppelstrategie und das Ziel einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft als Motivation zur Mitarbeit bei den Jungsozialisten bzw. in der SPD. Könnte diese Kopflastigkeit nicht *auch* einer der Gründe dafür sein, daß sich die Aktivisten reihenweise absetzten, als es mit der Veränderung der Gesellschaft so schnell nicht klappen wollte? Diese Ausrichtung politischer Motivation an der Theorie und damit verbunden die entsprechend große Bereitschaft zur Beschäftigung mit Theorie ist im Laufe der 70er Jahre stark zurückgegangen. Wer heute zu den Jungsozialisten stößt, orientiert sich weitaus stärker an tagespolitischen Konflikten, an eher pragmatischen (»kleineres Übel«) als grundsätzlich-strategischen Entscheidungen und kommt zu einem geringeren Anteil als früher aus dem Bereich der Universitäten (»neue Juso-Generation«). Mit der mehr pragmatischen Orientierung treten Grundsatzfragen in den Hintergrund. Was meist nur außerhalb des Einzugsbereichs der Universitätsstädte auch zwischenzeitlich so geblieben war, wurde nun wieder zum allgemeinen Normalfall. Während man vorher über Monate hin intensiv Juso-Arbeit machen konnte, die mehr oder weniger ausschließlich (Selbst-)Schulung war, ohne zu konkreten Aktionen nach außen oder in die Partei hinein zu führen, ist es heute wieder nichts Besonderes, wenn eine Juso-Arbeitsgemeinschaft über Jahre hin in der aktuellen politischen Auseinandersetzung aufgeht, ohne daß die früher so intensiv diskutierten Fragen etwa der grundsätzlichen Einschätzung der SPD oder des Reformismus-Problems überhaupt auch nur zur Sprache gekommen wären.

Juso-Arbeit vor Ort ist inzwischen unter den Fragen der Grundsatzdebatte weggetaucht. Das Defizit hat sich von der Praxis auf die Theorie verschoben, es bleibt aber vorhanden. Die Aktualität der Frage nach politischer Bildung und Schulung innerhalb der Juso-Organisation liegt heute darin, daß es manchmal fast schon nötig ist, darauf hinzuweisen, daß bei politischen Bewegungen eben nicht Dabeisein schon alles ist, daß aktuelle Forderungen im Zusammenhang mit tieferehenden Gesellschaftsanalysen gesehen werden müssen, daß schließlich links zu sein etwas damit zu tun hat, daß man gesellschaftliche Einzelprobleme als im Zusammenhang der durch ein kapitalistisches Wirtschaftssystem dominierten Gesellschaft sehen muß.

Als routinierter Juso-Funktionär ist man auf solche Fragen verlockt zu antworten: Wem sagst Du das? Geht nicht aus all unseren Grundsatzpapieren und -beschlüssen der Ansatz einer materialistischen Gesellschaftsanalyse hervor? Genau das ist das Theorie-Praxis-Problem. Daß nämlich die schönen Kongreßbeschlüsse real nahezu keinerlei Orientierungswert für diejenigen haben, die nicht an der ihnen vorausgegangenen Diskussion beteiligt waren. Auch das wirtschafts- und sozialpolitische Grundsatzprogramm, das auf dem letzten Bundeskongreß als Grundlage der weiteren theoretischen Arbeit in diesem Bereich verabschiedet worden ist, bildet da keine Ausnahme: Politisches Bewußtsein läßt sich nicht per Post zuschicken.

Theoriearbeit im Bundesverband ist in den vergangenen fünf Jahren fast nur noch unter

dem Gesichtspunkt der jeweiligen Fraktionsstrategien betrieben worden — mit dem Effekt, daß die unterschiedlichen Thesen-Papiere zwar die unterschiedlichen Kreise orientierten, mehr aber auch nicht. Durch den mit der auf die Kreise bezogenen Theoriediskussion verbundenen Bedeutungsverlust der Bundesebene als Ausgangspunkt politischer Orientierung in Grundsatzfragen existiert heute nicht einmal mehr eine allgemein akzeptierte organisationsinterne Infrastruktur, die notwendig wäre, um diesen Prozeß umzukehren. Theoriearbeit bzw. Schulung passiert — vielfältig und voneinander unabhängig — in den informellen Kreisen und dezentral.

Schulung — Durchsetzung der »Linie« oder Instrument einer neuen theoretischen Kultur?

Nun weckt das Wort »Schulung« bei vielen eher unangenehme Vorstellungen. Schulung hat etwas mit Schule zu tun, Schulung umfaßt oder schließt zumindest Vorstellungen nicht aus, wonach einer, der weiß, wo's langgeht (oder dafür gehalten wird), anderen die Linie erläutert. Der Begriff der Schulung läßt an Kaderorganisationen denken, an vorgegebene Orientierungen, die es bei den »einfachen Mitgliedern« zu verankern gilt. Die wiederentdeckte Relevanz von Schulung innerhalb linker Organisationen lag davon gar nicht weit weg: Die in der Zerfallphase der Studentenrevolte entstandenen linken Organisationen entwickelten und praktizierten »Schulung« an zentraler Stelle ihrer Tätigkeit, meist versehen mit einem missionarischen Eifer. Das war Ausdruck eines neu gewonnenen Zugangs zur Theorie, die zum Dreh- und Angelpunkt des eigenen linken Selbstverständnisses geworden war, über die sich Organisationszugehörigkeiten festmachten und Aktionen begründeten.

Diese »studentische Schulung« vom Anfang der 70er Jahre ist es, wovon eine konstruktive Diskussion über politische Schulung und Theorieentwicklung innerhalb der sozialdemokratischen Linken *nicht* mehr ausgehen kann, weder in der Form noch im Inhalt. Was an den Hochschulen eine Zeitlang funktionierte und sich bis in die Juso-Organisation hinein fortsetzte, wirkt in der politischen Arbeit außerhalb des Hochschulbereichs oft geradezu absurd und hat inzwischen selbst innerhalb der Hochschulen deutlich an Relevanz verloren. Es gab Zeiten, da war es zur Aufnahme in die Göttinger Juso-Hochschulgruppe Voraussetzung, einen halbjährigen Schulungskursus mitgemacht zu haben und anschließend ein Aufnahmegespräch zu »bestehen«. Interessenten an der Juso-Arbeit hatten (ohne Schulung) zunächst nur einen »Kandidatenstatus«. So absurd das heute klingt: Es war Ausdruck eines weit verbreiteten Umgangs mit Theorie und Schulung, nämlich Schulung als (ganz im schulischen Sinne) *Voraussetzung* für Praxis zu sehen. Im Vergleich mit den Schulungsreihen, die dogmatische linke Studentenorganisationen ihren Mitgliedern und Kandidaten auch heute noch verordneten, sind die Göttinger Juso-Verhältnisse von damals noch als human zu bezeichnen.

Weil aber politisches Bewußtsein zum politischen Handeln gehört: Wenn nicht diese Art Schulung — welche dann? Nicht nur — aber doch auch —, weil in offenen Organisationen, wie es die Jungsozialisten sind, Alltagsarbeit recht unabhängig von dem ist, was an Papieren und Denkangeboten von den »höheren« Ebenen auf sie niederprasselt, sollte die reale Situation in Sachen Theoriearbeit Ausgangspunkt der Überlegungen sein, anstatt mit klug ausgearbeiteten Konzepten an dieser Situation vorbeizuplanen. Auch wenn es für die Juso-Vorstände immer schon verlockend war, ein bißchen mehr Schulungszentralismus zu propagieren und dann die Parolen von oben nach unten auszugeben, zeigt doch alle Erfahrung, daß Schulung überhaupt nur dort stattfindet, wo sie in einem direkten Bezug zum Arbeitsgegenstand vor Ort steht, wo sie Fragen aufgreift und beantwortet, die aus der

politischen Arbeit heraus bedeutungsvoll geworden sind und damit Anstöße geben kann. — An dieser Aufgabe sind immer wieder Versuche gescheitert, auf Bezirks-, Landes- oder Bundesebene Schulungskonzepte und -materialien zu erstellen, die dann in den »Untergliederungen« umgesetzt würden. So etwas funktioniert reibungsfrei nur in Organisationen, deren Mitglieder von einem zentralistischen Organisationsverständnis ausgehen. Innerhalb der Juso-Organisation, mit ihren fast schon voneinander marginalisierten Theoriekreisen und den (je nach Bundesland bzw. örtlicher Problemsituation) sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen, sind Theoriematerialien nicht mehr als eine Hilfestellung, mit der dann recht autonom umgegangen wird. Man mag diese Marginalisierungsprozesse bedauern, sicher fehlt den Jungsozialisten derzeit am meisten ein funktionierender Erfahrungsaustausch zwischen den weit voneinander entfernt arbeitenden Einzelgruppen — nur ist dies eine Aufgabe, deren Lösung einen langen Prozeß voraussetzt. Wenn sich heute Arbeitsgemeinschaften oder Unterbezirke zur Theoriearbeit entscheiden — sei es in Form von Wochenendseminaren oder kontinuierlich arbeitenden Gruppen —, dann stellen sie in aller Regel den Bezug zur Theorie naturwüchsig her: über die Interessen der Beteiligten, die nur dann motiviert teilnehmen werden, wenn Form und Inhalt mit ihren Problemen etwas zu tun haben, und auch über die zugrunde gelegten Materialien, die erfahrungsgemäß meist sehr eng damit in Zusammenhang stehen, welche Meinungsträger der Gruppe gerade welche Texte empfehlen. Diesen Zustand sollte man akzeptieren; auch der Inhalt von Schulbüchern ist für die Entwicklung des Kindes nicht so wichtig, wie es Intellektuelle annehmen. — Natürlich liegt in der Zufälligkeit, die dadurch bedingt wird, ein Problem. Umgekehrt entspricht die Herangehensweise allerdings auch der gegebenen Situation, und so stellt sich allenfalls die Frage, welche *Hilfestellungen* gegeben werden könnten. Es gibt zentrale Bereiche, zu deren Bearbeitung autodidaktische Selbstorganisation einfach nicht ausreicht, etwa die neuere Geschichte der sozialdemokratischen Linken und der Jungsozialisten, die kaum noch in der eigenen Erfahrung vorrätig ist und immer mehr in Form von Theoriearbeit und Schulung erst erarbeitet werden müssen und in der »zufällige« Kontakte und Papiere meist sehr schnell zu Verkürzungen führen. Hierzu innerverbandlich halbwegs unumstrittene Materialien zur Verfügung zu stellen, wäre eine dringende Aufgabe des Bundesverbandes. Dieter Stephans »halb-offizielle« Examensarbeit hat da unschätzbare Dienste erwiesen, aber auch diese ist nun wieder vier Jahre alt.

Die Qualität von Schulung ist natürlich auch ein Problem der Inhalte, abhängig vom Zustand der Theorie, um die es gehen soll. An dieser Stelle wirkt die Problematik der gesamten neueren Strategiediskussion der Linken in das Problem der politischen Bildung und Schulung hinein. Die über Jahre hin als »gesichert« geltenden Grundsätze linker Politik sind in den vergangenen Jahren mit neuen Fragen (z.B. Ökologie) konfrontiert worden, und die dadurch ausgelösten Diskussionen sind noch lange nicht zu Ende. Die Orientierungspunkte dessen, was von Linken als gesellschaftlicher Fortschritt gesehen wird und was nicht, sind noch viel zu unklar, als daß zu den kontrovers diskutierten Themen Schulungstexte erstellt werden könnten, die die Jungsozialisten repräsentierten. Die mangelnde Spezifik der links-sozialdemokratischen Theoriediskussion mit ihren Anleihen bei außerhalb stehenden Theoretikern unterschiedlicher Priorität zwingt schon von der Sache her zu »offenen« Theoriedebatten, die unterschiedliche Ansätze mit einbeziehen und nach je eigenen Antworten der aufgeworfenen Probleme streben. Juso-Theorie war lange genug Anhänger an diese oder jene in dogmatischer Konsequenz außerhalb des sozialdemokratischen Spektrums vertretene Theorierichtung. Die politische Zwittersituation der sozialdemokratischen Linken zwischen SPD-Regierungspolitik einerseits und sozialistischem An-

spruch andererseits wird im Bereich der Theorieentwicklung besonders deutlich. — Die politischen Kontroversen innerhalb des Juso-Verbandes sollten bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Bedingungen und Formen von Theoriediskussion nicht überbewertet werden. Natürlich sind die Inhalte davon abhängig, wer welche Informationen (etwa in Textform) vorgibt, wer welche Ideen einbringt und andere für unwichtig hält. Der politische Grundkonsens innerhalb der Jungsozialisten ist allerdings derart groß, daß durch diese Vorgaben nur sehr selten wirklich neue Gedanken abgeblockt werden dürften. Theoriebildung vollzieht sich im Alltag in der Verallgemeinerung von Erfahrungen. Dies kann explizit erfolgen — dann nennt man es Theoriearbeit — oder implizit, eingebunden in politisches Handeln »am Tag danach«. Letztere Form des Lernens durch Erfahrung passiert immer und überall, und deshalb ist es völlig falsch, theoretische Kompetenz an der Anzahl gelesener Papiere zu messen. Das Wort von der »theoretischen Kultur« einer Organisation umfaßt beides: die Reflexionsfähigkeit über die Gesellschaft als Struktur *und* als eigener Erfahrungsraum. Der von rechts immer wieder erhobene Vorwurf der endlosen Theoriediskussion ohne Bezug zu konkreter politischer Arbeit hat hier sicher einen realen Kern, der sich nur allzu leicht von interessierter Seite zum Vorurteil ausbauen läßt.

Eine »eigene« theoretische Kultur mit politischer Orientierungsfähigkeit müßte diese doppelte Integrationsleistung vollbringen, nämlich das durch die politische Situation bedingte tendenzielle Auseinanderfallen zwischen theoretischen Grundsatzpositionen und linker Alltagspraxis in den Schluchten der Parteiarbeit einholen — und damit identitätsbildend für die Einzelnen werden — sowie in ihrer theoretischen Substanz über Anleihen hinaus mit originären Positionen auch in der aktuellen Diskussion um die Weiterentwicklung materialistischer Positionen Stellung beziehen können. An beidem muß gearbeitet werden — ohne die Illusion allerdings, durch die Anstrengung des Intellektes die realen politischen Verhältnisse ungeschehen machen zu können oder auch nur zu wollen.

Was den Jungsozialisten und den sozialdemokratischen Linken insgesamt mangelt und wodurch Theorie- und Schulungsarbeit immer wieder übermäßig von Identitätsproblemen überlagert wird, wäre ein selbstbewußteres Verhältnis zu ihrer eigenen Stellung im politischen Spektrum. Andauerndes Dahinschleichen am Rande der Resignation, das stückweise Zerbrechen an politisch-strategischen Ansprüchen, deren Entferrnung von den realen politischen Möglichkeiten man auch nur ebenso stückweise verarbeitet, führten dazu, daß Theoriediskussionen sich immer wieder an denselben Fragen festgebissen haben, und daß viele die Trennung von Theorie und Praxis akzeptieren, als sei das, was wir denken, die eine Sache, und was wir in der SPD tun können, die andere. Dabei fehlt die Unbefangenheit gegenüber dem, was man tagtäglich tut, das Akzeptieren von Widerspruch nicht nur als politische Notstandsmaßnahme, sondern als politische Strategie: Minderheit sein innerhalb einer mehrheitlich prokapitalistischen SPD. Wo Theoriearbeit versuchte, die reale und nach Lage der Dinge auch gewollte Zweiseitigkeit der politischen Rolle der sozialdemokratischen Linken zu kaschieren, hat sie meist mehr Selbstbewußtsein kaputt gemacht als geweckt. Eine theoretische Kultur kann erst von tatsächlicher Eigenständigkeit im Denken leben. In dieser Hinsicht könnte Theoriearbeit, oder nennen wir es dann ruhig auch »Schulung«, zum Mittel werden, um eine bisher weithin nur bruchstückhaft vorhandene politisch-persönliche Identität zu stabilisieren. Erst wenn diese widerstandsfähiger geworden ist, brauchen die Jungsozialisten die verbandsinternen Gruppenbildungen und Feindbildprojektionen zur Selbststabilisierung nicht mehr. Erst dann ließen sich die gegenseitigen Denk-Blockaden aufbrechen, die bis heute dazu führen, daß man Grundsatzbeiträge nur im »eigenen Stalk« ernst oder auch nur zur Kenntnis nimmt.

MEW — Gemischtwarenladen

Zur Theoriediskussion bei den Jungsozialisten

Innerhalb der Organisation der Jungsozialisten wurde zur Kenntnis genommen, daß die eigene Theorieentwicklung mit den »Herforder« und den »Göttinger« Thesen vorangekommen ist. Enttäuschen muß allerdings in diesem Zusammenhang die Reaktion der Reformisten, die seit Jahren die Mehrheit des Bundesvorstandes besetzen. Ihre letzte Stellungnahme zur ersten Fassung der »Herforder Thesen« datiert aus dem Jahre 1978.¹ Für bemerkenswert hielten sie damals ihre Interpretation, daß die Thesen I endlich zur Anerkennung der reformistischen Väter Gramsci(!), Basso und Gorz geschritten seien.² Notwendig sei nun nur noch das »Überbordwerfen einschlägiger (alter) Klassiker und die Rezeption neuer (moderner)« sowie das Aufgeben der altbekannten Ansätze »der Theorie von einem staatsmonopolistischen Kapitalismus«.³ Aber bei der Tagung zur Diskussion über die zweite Fassung »Herforder Thesen«⁴ glänzte diese Juso-Gruppierung durch Abwesenheit — sieht man einmal von »Altreformisten« wie Peter von Oertzen und Horst Heimann ab. Der Grund: Eigene, den Thesen vergleichbare Erarbeitungen, haben die Reformisten nicht vorgelegt.

Es muß zunächst überraschen, wenn Burkhard Zimmermann seinen Bericht über den Juso-Bundeskongreß 1981 als »inhaltliche Linkswendung«⁵ charakterisiert, denn der Kongreß hat durch seine Personalentscheidung den bisherigen reformistischen und gegenüber der Parteiführung opportunistischen Kurs des Bundesvorstands bestätigt. Ein Widerspruch? Wir werden dies genauer zu untersuchen haben.

Zur Erinnerung: Seit 1974 haben die Jungsozialisten auf jedem Bundeskongreß »inhaltliche Linkswendungen« vollzogen, die aber nicht zur grundsätzlichen Veränderung der praktischen Politik der Führungsspitze geführt haben. Die Festschreibung von politischen Grundsatzpositionen in Kongreßbeschlüssen, so scheint es, wird zum Objekt ausschließlich kongreßtaktischen Kalküls. Diese Schlußfolgerung wird durch die Tatsache belegt, derzufolge im Fraktionsorgan der Reformsozialisten, der »Sozialistischen Praxis«, unwidersprochen Positionen vorgestellt werden, die mit der Beschluslage der Juso-Organisation wenig zu tun haben. Es ist nicht ohne Ironie, daß die Reformisten gleichzeitig darüber klagen, daß andere ihnen die Bezeichnung »Marxisten« verwehren.⁶ An anderer Stelle wiederum wird der Marxismus als ideologischer Gemischtwarenladen dargestellt, aus dem sich jeder beliebig bedienen darf⁷, nach dem Motto: Darf's auch ein bißchen weniger Marxismus sein?

Das Marxismusverständnis der Reformsozialisten

Dieses »Marxismusverständnis« der Reformsozialisten soll in den Aufsätzen von Schabedoth⁸ und Meng⁹ genauer nachgewiesen werden. Die »Gemischtwarenladen-Haltung« ist beiden eigen. Schabedoth schreibt: »Als theoretische Waffe der politischen Aufklärung hat der Marxismus eine historische Bedeutung erlangt ... Aktuelle Bedeutung für die politische Arbeit von Reformsozialisten besitzt der Marxismus nur unter den hier genannten Aspekten seiner praxisfordernden Variante ...« (29) Und Meng: »Es ist außerordentlich viel, was das Schöpfen aus der Quelle marxistischer Gesellschaftsanalyse für linke Politik auch heute noch hergibt.« (29)

Zum Transformationsproblem

Schabedoth allerdings hat entdeckt, daß es zwei Richtungen im marxschen Erbe gibt, »eine objektivistisch-geschichtsmetaphysische« und eine »gradualistisch-praxisfordernde Variante« (28).¹⁰ Die erste (= Marxismus-Leninismus) erzeugte »trügerische Revolutionshoffnungen« und verwandelte »den Marxismus von einer theoretischen Waffe im Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung zum Gegenstand abgehobener akademischer Diskussion«; nur die zweite bot »zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Erarbeitung einer auch praxisrelevanten Transformationsstrategie« (28).

Soll wohl heißen: Während Lenin sich nicht mit seinen Kommilitonen auf einen gradualistischen Weg zum Sozialismus einigen konnte, stürmte Bernstein 1917 in Berlin das Reichstagsgebäude?

Dieser Zwiespalt im Marxschen Werk (also nicht bloß in seinem Erbe!) kann nach Schabedoth »auch durch ein fälschlich als 'dialektisch' bezeichnetes Argumentieren nach dem Radio-Eriwan-Muster 'einerseits/andererseits' ... nicht schlüssig überbrückt werden« (28). Diese Radio-Eriwan-Variante, die »dogmatische« und »für Reformsocialisten unbrauchbare«, ist nämlich »gekennzeichnet durch ... den Glauben an den 'naturnotwendigen Zusammenbruch' des Kapitalismus als Resultat seiner eigenen Krisenhaftigkeit sowie an die gesetzmäßige Entwicklung zum Sozialismus, die das Proletariat auch unabhängig vom subjektiven Willen herbeiführen müsse« (28). Nun läßt die bolschewistische Version des Marxismus viele kritische Interpretationen zu. Aber die Behauptung, gerade diese sei von einem ökonomischen Determinismus bestimmt, ist schlicht falsch. Schon Coletti¹¹ hat überzeugend dargelegt, daß ein solches Marxismusverständnis gerade auf die Hauptvertreter der zweiten Internationale (wie Kautsky und Plechanov) zutrifft.

Von Schabedoth aber werden wir belehrt: »Grundlegend für die kapitalistische Gesellschaft ist der Klassengegensatz zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten. Ökonomisches Gestaltungsprinzip des Kapitalismus ist der private *Besitz* bzw. die private *Verfügung* (Hervorh. nicht im Original) über die Produktionsmittel und das Kapital.« (28) Einige werden sich erinnern: auch bei der Juso-Debatte um »Reform und Staat« wurde von Strasser u.a. immer die Auffassung vertreten, es komme nicht auf die *Eigentumsverhältnisse* hinsichtlich der Produktionsmittel an, die Marx als spezifisch juristische Ausdrucksform des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses kennzeichnete. Danach ist dann folglich nicht die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln Voraussetzung für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, sondern es reicht die bloße »Demokratisierung der Verfügungsgewalt« (Strasser). Wir haben nie behauptet, daß die Verstaatlichung (d.h. Veränderung des Eigentumstitels) größerer Wirtschaftsbereiche — wie die Beispiele Italien oder Österreich zeigen — den Übergang zum Sozialismus bedeuten. Sie ist aber die Voraussetzung für eine sozialistische Vergesellschaftung — und so steht es entgegen Schabedoths Auffassung mittlerweile in allen neueren Juso-Beschlüssen.

Auch seine Einführung in Kategorien der politischen Ökonomie geht daneben: »Die Ausbeutung der Lohnabhängigen liegt in dem Sachverhalt begründet, daß die Kapitalisten die für sie Arbeitenden unter dem Wert ihrer Ware Arbeitskraft bezahlen und sich diesen Mehrwert privat aneignen.« (29)

Dies wäre sicherlich moralisch verwerflich. Marx arbeitete aber nicht mit moralischen Kategorien, sondern untersuchte ökonomische Gesetzmäßigkeiten. Für ihn ist der Wert der Arbeitskraft »der Wert, der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Arbeitsmittel«. ¹² Die Ausbeutung besteht aber nicht darin, daß der Kapitalist nicht das Äquivalent

für die Arbeitskraft zahlt. Dies tut er. Ausbeutung liegt darin begründet, daß der Lohn nur für die Ware Arbeitskraft, nicht aber für die geleistete Arbeit gezahlt wird. Der Mehrwert, den der Kapitalist sich aneignet, hat seinen Ursprung darin, daß der Arbeiter für ihn Mehrarbeit leistet und damit mehr Produkte herstellt, als zur Erhaltung seines eigenen Lebensunterhalts erforderlich wären. Diese Produkte sind mehr wert, als der Kapitalist für den Lohn und die Produktionsmittel zusammen auszugeben hatte.¹³

Man sieht, wie wichtig ökonomische Grundsicherung bei den Jusos wäre. Dem vermeintlichen marxistischen Geschichtsdeterminismus setzt Schabedoth nun folgendes entgegen: »Sozialismus ist nicht das naturnotwendige Resultat der Entwicklung des Kapitalismus ... Allein vom Denken, Wollen und Handeln der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung hängt es ab, ob der Kapitalismus durch den Sozialismus abgelöst werden kann.« (29) Eine derartige voluntaristische Auffassung stellt alles auf den Kopf, was wir gemeinhin historischen Materialismus nennen. Für Marx stellt sich Bewußtsein eben nicht voraussetzungslos her, sondern es entwickelt sich auf der Basis vorgefundener ökonomischer Verhältnisse. In seiner Analyse der kapitalistischen Ökonomie zur Konzentration und Zentralisation kam er zu dem Schluß: »Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriert.«¹⁴ Dieses Anwachsen des Widerspruchs führt aber nicht naturnotwendig zur Selbstauflösung des Kapitalismus, sondern es bringt zugleich das Subjekt der Veränderung, die bewußt handelnde Arbeiterklasse hervor.

Zur Staatstheorie

Den Höhepunkt dieses Marxismusverständnisses bietet seine Staatseinschätzung. Nach Schabedoth sei es »falsch, den Staat als Klasseninstitution der Kapitalisten zu begreifen. (...) Abschied nehmen heißt es auch von der Einschätzung des Staates als Geschäftsführer der Bourgeoisie. (...) Mit Sicherheit ist mit der marxischen Feststellung, der Staat sei 'weiter nichts, als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeoisie sowohl nach außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben', kein 'Staat' mehr zu machen, d.h. die Komplexität des modernen Staates nicht mehr zu erfassen.« Und schließlich: »Obwohl der Staat in kapitalistischen Gesellschaften auch die Funktion erfüllt — bzw. wegen der relativen Schwäche der organisierten Arbeiterbewegung noch erfüllen muß —, das Kapitalverhältnis vor einer Auflösung zum einen durch eine systembedrohende Konkurrenz gegensätzlicher Kapitalinteressen und zum anderen durch das Streben der Arbeiterklasse nach Emanzipation zu schützen, ist es eine überkommene Interpretation der marxistischen Theorie, den Staat ausschließlich auf diese Funktion festgelegt zu begreifen.« (29)

Da wundert man sich, daß es der SPD nach 12 Jahren sozialliberaler Koalition nicht gelungen ist, ein angemessenes Staatsverständnis und eine entsprechende Praxis zu begründen. Resigniert stellt sogar Meng fest: »Die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung haben spätestens seit 1969 direkten Einfluß auf die Regierungspolitik, ohne daß sich entscheidende Veränderungen in Richtung Sozialismus erkennen ließen, im Gegenteil.« (28) Woran mag's wohl liegen?

Die »wahren« Erben des Marxismus

Schabedoth offeriert uns wenigstens diejenigen, die »wichtige Anstöße für die Rekonstruktion einer praxisrelevanten Marxismusinterpretation« geliefert haben: »Die Vertreter des Eurokommunismus, die 'Alternativen' des Rudolf Bahro und die theoretisch arbeitenden SPD-Linken Horst Heimann und Thomas Meyer in der Diskussion um die Neubewertung des Bernsteinschen Revisionismus.« (28)

Zunächst: Eurokommunismus oder Gramsci, solche Gedankengänge und Anknüpfungspunkte kommen in dem Aufsatz Schabedoths gar nicht vor. Bahros »Alternativen«? Meint Schabedoth etwa die Passage über die »regulativen staatsmonopolistischen Strukturen« im Westen?¹⁵ Wohl kaum, denn er bezeichnet die Stamokap-Theorie als »völlig untauglich für ein Beschreiben der Rolle des Staates im gegenwärtigen Kapitalismus« (29). Oder behagt ihm etwa Bahros Vorstellung von der Ausübung gesellschaftlicher Macht durch »eine Partei«¹⁶, »eine erneuerte kommunistische Partei«?¹⁷ Sicher nicht. Für Schabedoth reicht es, daß Bahro sich von der DDR abgesetzt hat. Bleibt die Berufung auf Heimann und Meyer. Ein ehrliches Bekenntnis zu den Traditionen des Reformismus und Revisionismus. Aber warum dann die Klage, daß die Bezeichnung Marxist verwehrt wird? Heimann schrieb doch selbst: »Der Marxismus hat sowohl die theoretische Analyse und Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit als auch die Entwicklung einer politischen Strategie zur Veränderung dieser Wirklichkeit behindert.«¹⁹

Ist mehr Staat »links«?

Gegenüber Schabedoth sieht Meng zumindest das »Privateigentum an Produktionsmitteln ... als das im Namen des Marxismus entscheidende Charakteristikum des Kapitalismus schlechthin« (29) an, das in einer sozialistischen Gesellschaft aufgehoben sein muß. Seiner Ansicht nach steht allerdings die Absicht der Beeinflussung des Staates zu sehr im Zentrum sozialistischer Strategie. »Der Staat ist längst nicht mehr der mit bestimmten Funktionen ausgestattete Apparat neben und außerhalb der Gesellschaft, wie er noch zu Marxens Zeiten zu analysieren war. Staat und Gesellschaft lassen sich nicht mehr trennen ... Staat ist geradezu *die* Organisationsform des Gesellschaftlichen ...« (30) Welche Schlußfolgerungen werden daraus gezogen? »Politik mit dem Ziel der Veränderung der Gesellschaft ausschließlich auf den Kernbereich, die Organisationsform des Staates, auf Legislative und Bürokratie zu beziehen, engt den Anspruch der Veränderung implizit auf eine den Funktionsprinzipien der bürgerlichen Demokratie immanente Ebene, auf Stellvertretung ein ... Der Wunderglaube an den Staat in den Händen der (Repräsentanten der) abhängig Beschäftigten ist fragwürdig geworden.« (30) Halten wir fest: Der Staat hat zwar alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen, zudem besteht eine »Verschränkung« (30) mit der Ökonomie, aber die sozialistische Strategie bezog sich bisher zu sehr auf den Staat! Das verstehe, wer will. Wie denn anders ist unter solchen staatsmonopolistischen Verhältnissen eine sozialistische Veränderung denkbar, wenn nicht die Arbeiterklasse zuvor sich in den Besitz dieser Staatsmacht gesetzt hat? Hier schließt sich für Meng der Kreis mit seinem Mitstreiter Schabedoth: »Wenn die Kriterien der Verfügung über die Produktionsmittel dieselben bleiben, dann ist die juristische Form der Verfügungsgewalt peripher.«²² (30)

Mengs Alternative zu den marxistischen Vorstellungen vom Übergang zum Sozialismus — Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse, Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln — Selbstorganisation der Betroffenen. Wie diese aussehen soll und auf welchem Wege dabei der Sozialismus erreicht wird, bleibt für den Leser völlig unklar.

Fazit

Die kurze Darstellung und Kritik der beiden Positionen schien angebracht, um aufzuzeigen, welche inhaltlichen und strategischen Positionen bei den Reformsozialisten offiziell vertreten werden. Anhand der Belege sollte in der innerverbandlichen Diskussion der Nachweis leicht fallen, daß es in der Juso-Organisation Positionen gibt, die zu Recht nicht mehr als marxistisch bezeichnet werden können. Dieser Nachweis ist wichtig, weil die »Herforder Thesen« zutreffend von unterschiedlichen marxistischen Strömungen in der Partei ausgehen.²³ Ferner läßt sich anhand der dargestellten Positionen unschwer erkennen, daß einstimmig oder mit Mehrheit gefaßte Kongreßbeschlüsse nicht einmal Verbindlichkeit für diejenigen haben, die ihnen zugestimmt haben. Welche Haltung werden in Zukunft untere und mittlere Funktionäre der Jungsozialisten einnehmen, die bisher auf Bundeskongressen mal »inhaltliche Linkswendungen« mitvollzogen, aber gleichzeitig reformistische Vorstandsmehrheiten abgesichert haben? Sorgen sie dafür, daß marxistisch orientierte Beschlüsse und Programme in Zukunft endlich umgesetzt werden — und zwar von anderen Personen als bisher?

Anmerkungen:

- 1 Gatzmaga, Lakemeinen, Rave: Hier stehe ich — ich kann auch anders, Anmerkungen zu einem ostwestfälischen Manifest, in: *spw*-Sonderheft 1, S.30.
- 2 A.a.O., S.29.
- 3 A.a.O., S.33.
- 4 Vgl. *spw*-Sonderheft 3.
- 5 Hannoveraner Kreisblatt Nr. 26/27 (1981), S.1.
- 6 Sozialistische Praxis Nr. 24/1981, S.4f. (Bundeskongreßbericht 1981 ohne Autorengabe).
- 7 Meng: Marxismus — Kritische Bemerkungen zur platten Übernahme eines Begriffs, SP Nr. 24/81, S.29ff.
- 8 Schabedoth: Die aktuelle Bedeutung des Marxismus für die politische Arbeit der Reformsozialisten, in: Sozialistische Praxis Nr. 22/1981, S.28f.
- 9 Meng, a.a.O. (die Seitenangaben der Zitate aus beiden Aufsätzen erfolgen im Text).
- 10 Das Wort »gradualistisch« ist in keinem gebräuchlichen Fremdwörterlexikon zu finden; er meint wohl »graduell« = stufenweise, nach und nach.
- 11 Coletti: Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale. Frankfurt/M. 1971, S.15ff.
- 12 MEW 23, 185.
- 13 Vgl. zum »gerechten Arbeitertrag« MEW 19, 18ff.
- 14 MEW 23, 791.
- 15 Bahro: Die Alternative, Köln-Frankfurt/M. 1977, S.45.
- 16 A.a.O., S.423.
- 17 A.a.O., S.139.
- 18 Heimann: Der Revisionismus Bernsteins und die gegenwärtige Krise des Marxismus, in: Schlaglichter Nr. 4/1980, S.73; vgl. zu diesem Aufsatz die knappe Kritik von Scholing: Noch 'mal Reformismuskritik, in: Sozialist Nr. 2/1981, S.17.f.
- 20 Vgl. Marx, in: MEW 19, 15.
- 22 = am Rande liegend, nebensächlich.
- 23 *spw*-Sonderheft 2, S.58.

Berichte

Michael Häupl

Die »Euro-Linke« als neue Form des Internationalismus

III. Otto-Bauer-Seminar Wien, 4. bis 7.3.1982

Linkssozialisten und Eurokommunisten, marxistische Theoretiker und Gewerkschafter fanden auf Einladung der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) in Wien zusammen, um drei Tage lang in den Räumen der SPÖ-Parteischule theoretische und politische Fragen eines westeuropäischen Sozialismus zu diskutieren, der den entwickelten Kapitalismus weder nach reformistischen Rezepten noch nach dem Revolutions-»Modell« sowjetischer Prägung überwinden zu wollen vorgibt. Nach den Seminaren von 1978 und 1979 belegt das dritte Treffen eine gewisse Tradition und Kontinuität dieses internationalen Diskussionsforums. Linke aus Österreich, der BRD, Italien, Großbritannien, Portugal, Spanien, Frankreich und Schweden bildeten den deutlich gewachsenen Teilnehmerkreis. Die Beiträge folgten nicht allein dem diesjährigen Thema »Kapitalistische Krise und Wege zu einer Neuen Ökonomischen Logik«. Erfahrungen linker Politik in den verschiedenen Ländern wurden vorgestellt, die Ansätze ihrer theoretischen Verallgemeinerung standen in der Perspektive der Schaffung eines neuen, polyzentrischen Typs von Internationalismus, der Verbindung eigenständiger nationaler Linkskräfte in einem Projekt der Euro-Linken. Die Union unterschiedlicher Kräfte, nicht ihre Verschmelzung zu einem monolithischen Block wurde in ersten Konturen zum Kennzeichen des Unternehmens.

In seiner Begrüßungsrede nahm *Josef Cap*, Vizepräsident der IUSY, Stellung zu dem von österreichischen bürgerlichen Medien hervorgerufenen Konflikt um die Teilnahme von italienischen Kommunisten am Otto-Bauer-Seminar. Seine Antwort auf das antikomunistische Sperrfeuer war, daß der Dialog mit allen Kräften, für die die Verbindung von Sozialismus und Demokratie ein Grundprinzip ihrer Politik sei, gesucht werden müsse und die Sozialistische Jugendinternationale darin eine Aufgabe sehe. Cap ging insbesondere auf die neuen sozialen Strömungen ein, stellte die Unterschiede zwischen den Grundpositionen der politischen Arbeit von Marxisten in der Sozialdemokratie und den Ökologen heraus, ohne damit die wertvollen Diskussionsanregungen und -beiträge aus den neuen sozialen Bewegungen zu schmälern. Abschließend skizzierte Cap eine neue Sicht des Konzepts des »Integralen Sozialismus«, wobei er davon ausging, daß gesellschaftliche Veränderungen nur von Bündnissen gesellschaftlicher Kräfte getragen werden können. Für Österreich erfordere dies das historische Bündnis zwischen einer erneuerten, klassenbewußten und kämpferischen Arbeiterbewegung und kooperationsbereiten, vom Standpunkt der Unterdrückten operierenden neuen sozialen Strömungen.

Eingeleitet wurde das Seminar von *Josef Hindels* (SPÖ) mit einem historischen Referat über das *Konzept der Wirtschaftsdemokratie im Austromarxismus*. Der Austromarxismus hat nie eine zusammenhängende Theorie der Wirtschaftsdemokratie hervorgebracht und damit auch kein »Modell« in Bezug auf wirtschaftsdemokratische Überlegungen geliefert. Im Gegensatz zu den politischen Positionen Eduard Bernsteins aber auch österreichischer Sozialdemokraten wie Karl Renner, faßten Bauer und Max Adler die Wirtschaftsdemokratie immer als Bestandteil des Klassenkampfes um die politische Macht der Arbeiterbewegung auf. Für Otto Bauer stellte sich dabei die Frage, was enteignet und sozialisiert werden sollte. Er stellte keinen Sozialisierungskatalog auf, sondern ging in seinen

Überlegungen davon aus, daß nur jene Unternehmungen sozialisiert werden sollten, die unter den Voraussetzungen der Konzentration des Kapitals bereits weitgehend vergesellschaftet sind. Er sprach sich damit gegen die Sozialisierung kleiner und mittlerer Betriebe, insbesondere in der Landwirtschaft, im Gewerbe und Dienstleistungssektor aus. In seinen Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie sah sich Bauer der Kritik aus zwei Richtungen ausgesetzt: Einerseits von Seiten der bürokratischen Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung, welche die Perspektiven des Sozialismus in der Verwaltung der Produktionsmittel durch Beamte des Staates ortete, und andererseits von Seiten der Syndikalisten, die eine ausschließliche und sofortige Übergabe der einzelnen Unternehmen an die Belegschaft forderten. Bauer stellte sich vor, die wichtigen Betriebe von mehreren Organen verwalten zu lassen: 1. die Belegschaft des Betriebes, 2. Vertreter der Konsumenten und 3. Vertreter des Staates zur Koordinierung des gesamtwirtschaftlichen Plans. Einer der schwächsten Punkte in den Überlegungen Bauers zur Wirtschaftsdemokratie war die Frage des Streikrechts von Arbeitern in sozialisierten Betrieben, wobei er zwar grundsätzlich erklärte, daß keiner Gruppe der Arbeiter das Streikrecht abgesprochen werden dürfe, jedoch durch sozialistische Erziehungsarbeit einvernehmliche Konfliktlösungen anzustreben seien.

Sechs Thesen stellte *Detlev Albers* zum Thema *Zentrale strategische Probleme des Durchbrechens der Profitlogik in den kapitalistischen Metropolen* auf.

1. Die Chancen für den revolutionären Bruch mit der »alten« ökonomischen (Profit-)Logik in den kapitalistischen Zentren sind durch die tiefe Krise des Kapitalismus größer geworden. Die »alten« Krisensymptome — so Steigerung der Inflationsrate, der Dauerarbeitslosigkeit, der Rückgang der Wachstumsraten, sowie eine Verschärfung der Konflikte zwischen den kapitalistischen Zentren und der Dritten Welt — werden überlagert und verstärkt durch qualitativ »neue« Krisenmerkmale, wie die Ökologiefrage, die neuerliche Verschärfung des Ost-West-Konflikts. 2. Notwendig ist eine Erneuerung des Marxismus, da nur dies zu einem neuen Verhältnis zwischen Ökologie- und Arbeiterbewegung beitragen kann. 3. Der Kampf um den Frieden und um die Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt fordert die Ansätze zu einer alternativen Wirtschaftspolitik heraus. Es sind daher in diesen Kämpfen die ökonomischen Hintergründe deutlich zu machen. 4. Der Kampf in den Zentren um den Bruch mit dem Kapitalismus muß in einen Zusammenhang mit dem Überdenken der Beziehungen zur Dritten Welt gebracht werden. Die fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen Ländern müssen Bündnispartner der um ihre Befreiung ringenden Völker der Dritten Welt sein und versuchen, gemeinsame Konzeptionen im Kampf gegen die Multinationalen Konzerne zu entwickeln. 5. Das Profitmaximierungsprinzip des Kapitalismus steht im prinzipiellen Gegensatz zur Lösung der Ökologiefrage, und diese Erkenntnis untermauert die Forderungen nach einer neuen ökonomischen Logik, einer neuen Qualität der Planung und der Kontrolle der Produktion. Die Sicherung der Lebensexistenz künftiger Generationen muß daher Bestandteil des Kampfes der Arbeiterbewegung sein. 6. Die tiefe Krise des Kapitalismus und die Verschärfung des Ost-West-Verhältnisses hat die Gefahr für eine atomare Auseinandersetzung erhöht. Die Zukunft der fortschrittlichen Kräfte in Europa liegt daher in der Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik und in der antiimperialistischen Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt.

Pietro Ingrao (KPI) ging in seinem Referat *Analyse der Krisenursachen und Strategie der westeuropäischen Linken* davon aus, daß der Sozialstaat in der derzeitigen Entwicklungsphase des kapitalistischen Systems auf der Integration der Arbeiterbewegung in den Staat beruht, ohne damit das ökonomische System in Frage zu stellen. Die Krise des öko-

nomischen Systems, verbunden mit der Krise des Wachstums und der ökologischen Frage, hat neue soziale Kämpfe hervorgerufen, die wiederum zu einer Krise der »Regierbarkeit« führte, zur Unfähigkeit, einen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen. Der Versuch, etwa in Großbritannien, diese Krise durch eine Aufwertung der Funktion des Marktes zu lösen, hat zu den bekannten Erscheinungen geführt. Ingrao sieht in der Ausweitung der Krise des kapitalistischen Systems zu einer gesamteuropäischen Krise die Problematik der Blockunabhängigkeit für die politische und kulturelle Entwicklung der europäischen Völker. Die derzeitige Antwort auf diese tiefe Krise ist die Militarisierung der Politik in Ost und West, wofür sowohl die untolerierbare Verletzung der Arbeiterrechte in Polen als auch die imperialistische Politik in Mittelamerika als Beispiele stehen. Als Aufgabe ergibt sich daher der Kampf um eine Neuordnung der Ökonomie und um Selbstverwaltung auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Im Zusammenhang mit dieser umfassenden gesellschaftlichen Erneuerung, für die eine rein ökonomische Problemlösung nicht mehr genügt, definiert sich die Funktion der Intellektuellen heute neu. Notwendig ist ein verändertes politisch-strategisches Selbstverständnis der Arbeiterbewegung, welches Bündnisse mit den neuen sozialen Subjekten erlaubt und neue Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus schafft.

Die neue ökonomische Logik kann nicht losgelöst von den nationalen Eigenheiten gesehen werden. *Thiery Bondoux* (PS Frankreich) betonte in seinem Beitrag *Neue ökonomische Logik als Schlüsselproblem der europäischen Linken*, daß die französische Linkregierung nicht der Logik der Multis in ihrer Wirtschaftspolitik folgen werde. Sie werde den Weg der Verstaatlichung, der Arbeitszeitverkürzung, der Dezentralisierung und der Neugestaltung der inneren sozialen Verhältnisse gehen. Zumindest bemerkenswert war das Bekenntnis des Referenten zur atomaren Verteidigung Frankreichs, wobei er diese als Ausdruck der nationalen militärischen Unabhängigkeit seines Landes verstanden wissen wollte.

Besonders hervorzuheben sind die Referate von drei führenden Gewerkschaftern aus Italien, Österreich und Großbritannien. Zunächst *Bruno Trentin* (CGIL, Italien), der in seinem Beitrag *Vom Kampf um die Arbeitsorganisation zur Kontrolle der Investitionen* nach einer Darstellung der politisch-historischen Entwicklung der italienischen Rätegewerkschaften eine radikale Änderung der Politik und der Gesellschaft forderte. Der Kampf zur Verteidigung erworbener sozialer Rechte, der Kampf um Verbesserung der ökonomischen Interessen *allein* kann heute nicht mehr genügen. Über diesen »rein« tradeunionistischen Ansatz hinaus, muß gewerkschaftliche Politik zu einem Kampf für eine neue Massenkultur im Rahmen einer sozialistischen Transformation der Gesellschaft werden. Der Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), *Alfred Dallinger*, sah in seinem Beitrag *Demokratisierung von Wirtschaft und Politik* die nächsten Perspektiven in drei konkreten Bereichen. 1. Erweiterung der konkreten innerbetrieblichen Mitbestimmung — wobei die Sozialpartnerschaft kein Mittel sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik darstelle — sieht. 2. Arbeitszeitverkürzung und 3. demokratische Rahmenplanung für die österreichische Wirtschaft. Ähnlich auch *Ken Coates* (Labour Party), der in seinem Beitrag *»Verstaatlichung und Wege zu einer demokratischen Wirtschaftsplannung in Großbritannien* die reinen Verstaatlichungsforderungen kritisierte und umfassendere Zielsetzungen für eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung — Arbeiterkontrolle, Selbstverwaltung, Veränderung der Arbeitsorganisation etc. — verlangte.

Erfolgreich war das Seminar auch durch kontroverse und fruchtbare Diskussionen am letzten Tag. *Lars Vikström* (Linkspartei-Kommunisten Schweden) suchte den Begriff des

»Dritten Weges« als Strategie *links* von den Kräften des »orthodox-sozialistischen Blocks« — reformistische Sozialdemokratie und an der Oktoberrevolution als »Modell« orientierter Kommunismus — zu bestimmen. *Wolfgang F. Haug*, Herausgeber der Zeitschrift *Das Argument* (Berlin/West), kritisierte ökonomistische Konzeptionen linker Politik. Fragen der »kulturellen Hegemonie« (Gramsci) und der politischen Kultur würden von Marxisten sträflich vernachlässigt: »Massenloyalität zur kapitalistischen Warengesellschaft stellt sich etwa auch in der kritiklosen Rezeption der Coca-Cola-Werbung her.« — Positionen, die auch von der Art des Vortrags her viel zur Lebendigkeit der Debatte beitrugen. Diskussionen, wie wir sie brauchen und die — so ein Grundsatzbeschuß der IUSY — auch fortgesetzt werden: beim IV. Otto-Bauer-Seminar in Wien. Die Ergebnisse der Konferenz werden wie bei den bisherigen zwei Otto-Bauer-Seminaren in Buchform veröffentlicht. Diesmal im *spw*-Verlag, voraussichtliches Erscheinungsdatum: Herbst dieses Jahres.

Rainer Christ

Marxistische Sozialdemokraten und Demokratische Sozialisten

Anmerkungen zum Forum Demokratischer Sozialisten in Recklinghausen

Nach dem 17.6.1982 wird es aller Voraussicht nach links von der SPD eine weitere Partei geben: die Demokratischen Sozialisten (DS). Welche Chancen hat diese Parteigründung und wie verhalten sich marxistische Sozialdemokraten ihr gegenüber? In den folgenden Ausführungen soll auf diese Frage nach dem Recklinghauser Forum der DS eine vorläufige Antwort gegeben werden, die von den politischen Rahmenbedingungen ausgeht, die zu dem Forum geführt haben.

1. Die SPD geht durch die tiefste Krise seit den 50er Jahren. Gab es bereits 1973/74 erste Anzeichen für das Scheitern der auf Godesberg aufgebauten (Regierungs-)Politik, so ist insbesondere seit den Bundestagswahlen 1980 ein Verlust an sozialdemokratischen Wählern und Mitgliedern festzustellen. Gerade diejenigen politisch Aktiven, die — ob Parteimitglied oder nicht — in Gewerkschaften, Massenmedien, Kirchen und anderen wichtigen gesellschaftlichen Organisationen die Politik der Partei unterstützt haben, wenden sich von ihr ab. Innerhalb der Partei brechen die Konflikte um die richtigen Antworten auf die Krise offen auf; der Konsens in inhaltlichen Fragen ist relativ schmal geworden. Nachdem bei jungen Leuten schon die Wählerbewegungen der letzten Jahre gezeigt haben, daß die SPD dort stark an Einfluß verloren hat, tritt jetzt auch die Distanzierung wichtiger Teile der Gewerkschaften nicht nur von arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen der sozialliberalen Bundesregierung, sondern auch von der Partei immer offener zutage. Die politisch-soziale Konstellation, die Ende der 60er Jahre den Regierungswechsel ermöglichte, hat aufgehört, zu bestehen.

2. Parallel zur Krise der SPD gewinnen neue Parteiformationen in Gestalt der Grünen/Bunten/Alternativen Listen an Boden. Die Unterstützung für sie gerade von jungen Leuten ist so breit und stabil, daß nicht mehr von einer vorübergehenden Erscheinung gesprochen werden kann. Das Parteiensystem der BRD ist real verändert und umfaßt nunmehr mindestens 4 relevante Parteien. Von den politischen Inhalten her wird dieses neue Spektrum der Grünen etc. von sehr widersprüchlichen Tendenzen und Strömungen gekennzeichnet. Unzweifelhafter Verdienst dieser Bewegung — gerade auch für die Diskussion in der Linken — kommt der Thematisierung wichtiger neuer Fragen zu. Die enorme

Breite der aktuellen Protestbewegungen gegen die NATO-Aufrüstung oder die Startbahn-West fußt zu einem erheblichen Teil auf diesen Beiträgen. Allerdings wird der, von einer großen Anfangseuphorie getragene Vorsatz, quasi im Handstreich den gesamten wissenschaftlichen Sozialismus samt der Arbeiterbewegung für überholt zu erklären und durch ein »ökologisch-demokratisches« Konzept zu ersetzen, scheitern. In bedeutenden Teilen der grün/alternativen Bewegung wächst die Einsicht, daß gegen Massenarbeitslosigkeit und Sparpolitik, gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung »alternative« Forderungen und Denkmodelle nicht ausreichen, sondern längerfristige Strategien mit Hand und Fuß notwendig sind. Dabei gewinnen traditionell sozialistische bzw. gewerkschaftliche Orientierungen an Boden.

Konnten sich die Grünen bei ihrer Gründung auf bereits existierende Grüne Listen und einen Teil der Ökologiebewegung als organisatorische Basis stützen, so gibt es diesen Startvorteil für die DS nicht. Im Gegenteil: wichtige Protagonisten der DS haben sich nicht freiwillig aus der SPD begeben, sondern wurden — wie andere wichtige Repräsentanten sozialistischer Positionen in der SPD — ausgeschlossen oder herausgedrängt. Auch die im Verlauf dieser Auseinandersetzungen in den letzten Jahren ausgetretenen Parteimitglieder bilden keine politische Formation. Sie reagierten meist individuell auf die Politik rechter Vorstände. Gerade die Rückgewinnung ausgetretener SPD-Mitglieder, von M. Coppik immer wieder als vorrangiges Ziel genannt, wird daher zumindestens kurzfristig nicht einfach sein. Es fehlen weitgehend die politischen und organisatorischen Strukturen, die ein Anknüpfen möglich machen würden. Die Basis der DS besteht damit weitgehend aus einem Potential, das vielleicht einmal zur Basis werden könnte!

Im Gegensatz zu der relativ schmalen Mitgliederbasis, auf die sich die DS stützen können, erscheint das politisch-intellektuelle Potential von Führungsrepräsentanten beeindruckender. Das konnte auf dem »Forum Demokratischer Sozialisten« am 20.3. in Recklinghausen unter Beweis gestellt werden. Uta Ranke-Heinemann faßte eindrucksvoll die Kritik der Friedensbewegung an den Parteien, insbesondere der SPD zusammen. Rainer Gabbe, Betriebsratsvorsitzender bei Volvo, versuchte, die wachsende Distanz zwischen Gewerkschaften und SPD programmatisch zu fundieren und dabei auch gleich einen Brückenschlag zur Ökologiebewegung. Alexander Schubarth formulierte aus den Erfahrungen der Bürgerinitiativbewegung seine Anforderungen an eine neue sozialistische Partei, stark geprägt von AL-nahen Gedanken. Manfred Coppik versuchte noch einmal, die Recklinghauser Thesen als ersten Entwurf für ein qualitativ neues demokratisch-sozialistisches Programm zu begründen; und Karl-Heinz Hansen bemühte sich um eine solidarische Diskussion innerhalb der DS und mit anderen linken Kräften. Diese einführenden programmatischen Beiträge konnten jedoch genausowenig wie die vom Vorbereitungskreis vorgelegten Thesen über ein weiteres zentrales Problem des Unternehmens DS hinwegtäuschen: Die DS streben von ihrem programmatisch-politischen Anspruch an, die einzige Alternative links von der SPD zu werden.

4. Mit ihrer Initiative stoßen Hansen und Coppik aber nicht in Neuland vor. Sowohl die DKP als auch die Grünen und Alternativen betrachten das politische Feld links von (in) der SPD als ihr Rekrutierungsfeld. Die DS werden deshalb auch als Konkurrenten angesehen und behandelt. Während diese Haltung bei der DKP einheitlich deutlich wurde, wurden aus dem grün/alternativen Spektrum sehr unterschiedliche Stellungnahmen laut. Das zeigte sich auch auf dem Forum in Recklinghausen noch einmal sehr deutlich. Gleich reihenweise meldeten sich in der Plenumsdiskussion, die sich den Grundsatzreferaten anschloß, Vertreter der Grünen zu Wort, um vor der Parteigründung zu warnen. Die politi-

schen Begründungen und Perspektiven, unter denen diese Warnungen ausgesprochen wurden, unterschieden sich dabei allerdings erheblich. Das deutet an, daß die Gründung der DS gerade auch bei den Grünen selbst wichtige Differenzierungsprozesse einleiten wird. Unterstützung fand die Absicht, ausgetretene und austrittswillige Sozialdemokraten zu sammeln; eine enge Zusammenarbeit wurde angeboten. Eine inhaltliche Auseinandersetzung ist aber auch dann, speziell in der Frage des traditionell sozialistisch geprägten Bezugsrahmens, zu erwarten. Vertreter des Grünen-Bundesvorstandes und des Landesverbandes Baden-Württemberg stellten dies in den Mittelpunkt ihrer Beiträge und kritisierten deshalb auch die geplante Parteigründung scharf. Nordrhein-Westfälische Grüne warnten vor einer Gründung zum jetzigen Zeitpunkt, da dies als »Vorpreschen« angesehen werden könnte und eine auf organisatorische Vereinheitlichung gerichtete Diskussion innerhalb der Grünen behindern würde. Vertreter der AL aus Hamburg und Berlin (West) äußerten ebenfalls ihre Skepsis über eine Parteigründung. Dies sei überflüssig, da die erklärten politischen Inhalte von der AL voll abgedeckt würden. Einer Mitarbeit in alternativen Wahlbündnissen stehe jedoch nichts im Wege.

Zu den Skeptikern gehörte auch Alexander Schubarth. In der Frage der Parteigründung vertrat er einen dezidiert anderen Standpunkt als Hansen und Coppik. Er orientierte auf eine organisatorische Zusammenfassung, aber nicht in Parteiform, um größere Integrationsprojekte nicht zu gefährden. Trotz dieser, sicherlich von der übergroßen Mehrheit der DS abweichenden Position, konnte er sich der Aufmerksamkeit und Unterstützung des Forums sicher sein. Gerade ihm wird wohl nicht zu Unrecht eine große Ausstrahlung in den alternativen Bereich und die Bürgerinitiativ-Bewegung zugetraut. Zum Ende stimmten dann praktisch alle Anwesenden — soweit sie sich nicht in der Rolle des Beobachters sahen — sowohl den Inhalten der Thesen, als auch überraschend klar dem Vorschlag Coppiks zu, »den Parteigründungsprozeß einzuleiten«. Hier stimmte allerdings Schubarth dagegen.

5. Aus welcher schwierigen Situation die DS dabei operieren müssen, wird deutlich, wenn man insgesamt folgende politischen Bedingungen berücksichtigt:

Diejenigen (ehemaligen) Sozialdemokraten, die das Projekt DS vorantreiben, verfügten — von regionalen Ausnahmen einmal abgesehen — über keinen nennenswerten Einfluß in der Parteilinken und konnten deshalb auch nur einen verschwindend kleinen Teil ihrer Genossen mitreißen.

Neben den Problemen des Gründungsprozesses selbst, kommt der politischen Entwicklung in der BRD in den nächsten ein bis zwei Jahren eine entscheidende Bedeutung zu. Schafft es die SPD wider Erwarten, sich bis 1984 an der Regierung zu halten — bei einer noch stärker kapitalorientierten Krisenbewältigungspolitik in einer faktischen Allparteienregierung —, so wachsen sicherlich die Chancen jeder Bewegung/Partei links von der SPD, die DS eingeschlossen. Wird die SPD noch im Herbst aus der Regierung gedrängt, kann das anders aussehen. Erscheint auch ein weitgehender ideologischer und organisatorischer Erosionsprozeß dann denkbar, so ist es genauso gut möglich, daß die Rechtssozialdemokratie auf die zu erwartende konservative Offensive der CDU/CSU mit verbalradikaler Opposition reagiert und sich in weitgehender Gemeinsamkeit mit Gewerkschaften und Teilen der Friedens- und Ökologiebewegung an die Spitze der Gegenkräfte zu setzen versucht. Damit könnte der Raum links von der SPD weitgehend verstellt werden.

Obwohl aktuell die Tagesfragen Frieden und Arbeitslosigkeit die Diskussion der BRD-Linken beherrschen und theoretische Fragen der langfristigen Perspektive keinen großen Stellenwert genießen, muß das völlige Fehlen jedweder Vorarbeiten auf diesem Gebiet die

DS vor schwerste Probleme stellen. Dies gilt für den Zeitpunkt, wenn nach der Anfangseuphorie mit ihrem starken Konsensdruck die recht unterschiedlichen politischen Ausgangsorte der Träger der DS sich bemerkbar machen werden.

Die organisationspolitischen Perspektiven der DS sind äußerst schwierig: Das Verhältnis zu den Grünen ist ungeklärt und von teilweise scharfer Konkurrenz geprägt. In abgeschwächter Form gilt das auch für relevante Teile der alternativen Listen, z.B. in Westberlin. Die Beiträge Schubarth auf dem Forum zeigen, daß die Skepsis gegenüber Partiestrukturen bis hinein in die DS selbst reichen. Diese Frage kann solange ungeklärt bleiben wie sich die DS als Teil in alternative Bündnisse einbringen. Offensichtlich wollen Coppik, Hansen und ihre Freunde aber mehr. Versuche einer stärkeren Vereinheitlichung des gesamten grün/alternativen Bereiches — noch dazu mit der Perspektive einer sozialistischen Partei — müssen auf absehbare Zeit zum Scheitern verurteilt sein. Im Moment muß es Hauptaufgabe von Sozialisten bei uns sein, die drohende Zersplitterung der Bewegungen, insbesondere im Friedensbereich, mit aller Macht zu verhindern.

Nicht klärbar erscheint zum jetzigen Zeitpunkt die Frage, ob die DS ihr erklärtes Ziel, in die Gewerkschaften organisierend hineinwirken zu können, erreichen werden. Von ihrem Image, ihren Führungspersonen und ihrem Programm her — ihrer politischen Kultur sozusagen — verfügen die DS hier sicherlich über wesentlich bessere Ausgangsbedingungen als alle ihre grün/alternativen Konkurrenten. Der deutlich formulierte Anspruch der DS, die alternativen Bewegungen mitzuvertreten, kann diesen Vorteil allerdings wieder zunichtemachen. Außerdem wird die große Unsicherheit und das Risiko des Projekts gerade Menschen mit einer gewerkschaftlich geprägten politischen Kultur das Mitmachen sicherlich sehr erschweren. All dies spricht gegen eine positive Beantwortung der anfangs aufgeworfenen Frage nach den Chancen der Parteigründung durch die DS.

6. In der SPD haben sich dagegen in einigen Bereichen die Möglichkeiten und insgesamt die Notwendigkeit für sozialistische Politik vergrößert. Die außerparlamentarischen Massenbewegungen wirken stark in die Partei hinein und verbessern die Chancen zur Formulierung sozialistischer Positionen. Die Durchsetzung wichtiger Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung (Abrüstung, alternative Energiepolitik, Abbau der Arbeitslosigkeit ...) wird ohne oder gar gegen die Mehrheit der SPD kaum durchsetzbar sein.

Überprüft werden muß nun, ob vielleicht von außen effektiver in die SPD hineinwirkt werden kann als von innen. Für diese These spricht vielleicht der Verlust an Glaubwürdigkeit auch bei der SPD-Linken und ihre völlige Rekrutierungsunfähigkeit nach außen; die Jungsozialisten können ein Lied davon singen. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen aber auch, daß nur dort der außerparlamentarische Druck auf die SPD positive Folgen hatte, wo eine starke Parteilinke in der Lage war, diesen Druck innerparteilich auch umzusetzen. Ein starker linker Flügel in der SPD arbeitet somit als notwendige Ergänzung der Massenbewegungen und kann dazu beitragen, daß reale Veränderungen der Politik erreicht werden. Mit diesem Faktum muß sich auch eine Organisation, wie die DS auseinandersetzen, die den Anspruch auf eine sozialistische Veränderung der BRD-Gesellschaft erhebt.

Allerdings kann nicht völlig ausgeschlossen werden, daß es der Parteirechten gelingt, in den nächsten Jahren um den Preis der gesellschaftlichen Mehrheitsfähigkeit der SPD, die Linke aus der Partei zu drängen. Dann bliebe dieser Linken keine andere Möglichkeit, als sich außerhalb der Partei neu zu formieren. Für die gesamte sozialistische Bewegung in der BRD wäre das jedoch eine klare Niederlage. Ihr Einfluß, insbesondere auf den Staat, könnte auf den Stand der 50er Jahre zurückgehen. Die Reduzierung der Massenbasis des

»Herrschenden Blocks« um 10 bis 20%, die als Folge einer solchen Entwicklung sicherlich möglich wäre, würde auf der anderen Seite mit einer fast bruchlosen Homogenität dieses Blocks unter Einschluß der gesamten SPD bezahlt werden.

7. Genauso, wie sich für die grün/alternative Bewegung und die DS die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der SPD stellt, wenn der Anspruch auf gesellschaftliche Veränderungen ernstgenommen wird und die notwendigen sozialökonomischen und politischen Mehrheiten gesucht werden müssen, so stellt sich diese Aufgabe natürlich umgekehrt auch für die SPD-Linke. Dabei ist davon auszugehen, daß der überwiegende Teil der Alternativbewegung sowohl von den objektiven ökonomischen Interessen her als auch von seinen politischen Zielen zumindestens für eine antimonopolistische Bündnispolitik gewonnen werden kann und muß. Politischer Unterbau einer solchen Perspektive wird das weitere Zusammenwachsen gewerkschaftlicher und ökologischer Kämpfe sein.

In diese Perspektive eingebettet müssen auch die Fragen nach dem Verhältnis von SPD-Linke und DS behandelt werden. Wenn die Gründer der DS die politischen Positionen, die sie als SPD-Mitglieder vertreten haben, aufrechterhalten und in die grün/alternativen Diskussionsprozesse konsequent und offensiv einbringen, können sie damit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung dieser Bewegung leisten.

Abrechnungen von Seiten linker Sozialdemokraten mit Hansen und Coppik, in denen ihnen vielleicht sogar noch vorgeworfen wird, sie betrieben das Geschäft der Löwenthals oder wie sie alle heißen, sind wenig hilfreich. Bei aller berechtigten Kritik an einzelnen politischen Aktionen der beiden in der Vergangenheit sollten ihre Verdienste nicht vergessen werden. Sie waren es schließlich, die im Parlament zusammen mit Thüsing und Lattmann gegen massiven Druck der Medien, der Partei- und Fraktionsmehrheit u.a. Opposition gegen den Schmidt-Regierungskurs dokumentiert haben. Das hat der Außenwirksamkeit linker Opposition in der SPD sehr genützt. Marxisten in der SPD sollten versuchen, in eine rationale Diskussion mit den Genossen von der DS zu treten, wenn sich der Staub anfangs wohl nicht zu verhindernder Abgrenzungsaktionen etwas gelegt hat. Dann muß geprüft werden, wo in Zukunft eine Zusammenarbeit möglich ist.

Jörg Tuguntke

Probleme gegenwärtiger materialistischer Ideologieforschung

Internationale Konferenz, Berlin/West, 19.-21.2.1982

Aus den Antagonismen von Lohnarbeit und Kapital erwächst nicht automatisch eine politische Alternative, ein sozialistischer Block, der die Transformation der Gesellschaft vorantreiben würde. Das Zurkenntnisnehmen dieser Erfahrung, die Notwendigkeit der Konstituierung einer wirksamen linken Massenpolitik unter Einschluß der neuen sozialen Bewegungen, gaben in den letzten Jahren den Anstoß zur Wiederaufnahme des Problems der Ideologie in der marxistischen Diskussion. Die Frage nach der Reproduktion des gesellschaftlichen Status quo, nach der integrativen Kraft und Elastizität, mit der kapitalistische Gesellschaften ihre Fortexistenz organisieren, mußte auf die Tagesordnung, um eingreifende politische Strategien zur Formierung eines linken hegemonialen Blocks entwickeln zu können. Zur Diskussion dieser Fragen, Sichtung des Problemstandes, Konfrontation verschiedener Lösungsvorschläge waren auf Einladung des Projekts Ideologie-

theorie (PIT) etwa 60 Teilnehmer aus 14 Ländern angereist. Bedauerlich übrigens, daß SPD-Linien und italienische Kommunisten nicht vertreten waren.

Michel Pechêux (Paris) stellte das Konzept des »ideologischen Bewegungskampfes« vor. In den reproduktiven Praxen (der Familie, der Erziehung Kunst und Literatur etc.) sei immer auch Protest- und Widerstandspotential enthalten, das im Kampf um gesellschaftliche Transformation fruchtbar sein kann. Solches Protest- und Widerstandspotential sieht Pechêux z.B. in Formen der partiellen Verweigerung, Verneinung und des Rückzuges aus der kalten Logik des »how much?« kapitalistisch formierter Reproduktion. Eine Theoretisierung dieser Formen sei nur möglich, wenn das Problem der Konstituierung des Subjekts, die überragende Rolle des Unbewußten darin, in den Mittelpunkt ideologietheoretischer Forschung gerückt werde. Pechêux' Vorstellungen schienen mir in zweifacher Weise wichtig: sie lenken die Aufmerksamkeit auf Vorgänge *innerhalb* ideologischer Praxen; die Forschungsperspektive richtet er auf ein noch wenig bearbeitetes Feld, die Rolle des Unbewußten in der ideologischen Vergesellschaftung der Individuen.

Manche Frage blieb jedoch offen. So etwa, ob Pechêux' Konzentrierung der Forschung auf Sprache und Unbewußtes im Konstitutionsprozeß des Individuums nicht von einer zu starken Fixierung auf die Bedeutsamkeit individuellen Handelns für die Kontrolle gesellschaftlicher Lebensbedingungen ausgeht. Mit dieser Fixierung mag vielleicht zusammenhängen, daß er den Problemen organisierten politischen Handelns, der Verknüpfung sozialer Bewegungen zu einem linken Block wenig Interesse entgegenbrachte.

Selbstkritische Korrekturen an der theoretischen Konzeption des Projekts Ideologietheorie unternahm Wolfgang F. Haug (Berlin/West). In der allgemeinen Struktur ideologischer Vergesellschaftung von-oben, in der der Staat als erste ideologische Macht fungiert, sei der Zusammenhang zum politischen Kampf nicht angemessen zu erfassen. Politische Kämpfe werden um »Hegemonie«, um die Konstituierung eines »historischen Blocks« geführt. Die ideologietheoretische Analyse muß Instrumente bereitstellen, mit der Eingriffe in diese Prozesse möglich sind. So wichtig die Untersuchung von äußeren Anordnungen sei, durch die Zustimmung zur Herrschaft bei den Individuen bewirkt wird, so wesentlich ist es, die innere Beschaffenheit ideologischer Mächte und Apparate, die Tätigkeit in ihnen zu analysieren. Hier wurden Anknüpfungspunkte an Pechêux' Thematisierung der Vorgänge in ideologischen Praxen deutlich. Um die Gesetze politischen Handelns zu begreifen, sei es auch notwendig, die Frage nach dem Klassencharakter politischer Prozesse neu zu überdenken. Es sei nicht damit getan, die Reduktion politischer Kämpfe auf Klassen zu verwerfen. Gänzlich ohne Bezug auf Klassen sind politische Prozesse allerdings auch nicht zu verstehen — ein offenes Problem, das Fragen einer noch ausstehenden Theorie des ideologischen Klassenkampfes berührt.

Ernesto Laclau (London) betrachtet das Soziale als immer schon Gegebenes, als das Terrain und die Bedingung für die Konstituierung von »Differenzen«. Soziale »Differenzen«, solche zwischen Klassen oder Schichten, Gruppen oder Individuen, zwischen den Geschlechtern, entstehen in seiner Sicht ausschließlich im Zusammenhang gesellschaftlicher Bedeutungszuweisung (»diskursiv«). Aus dem Bruch mit der Vorstellung, Politik oder Ideologie sei zwingendes Resultat der ökonomischen Verhältnisse und der Beziehung der Klassen aufeinander, folgt für Laclau eine neue Strategie des ideologischen Kampfes, eine Ent- bzw. Verbindung von politischen Elementen wie »Volk«, »Nation« etc. zu einer Artikulation von Gemeinsamkeiten »Äquivalenzen«, die einen linken Block stabilisieren sollen. Sein soeben auf deutsch erschienen Buch »Politik und Ideologie im Marxismus« (ArgumentVerlag 1982) gab den Anlaß, diese Konzeption auch außerhalb des Kongresses

im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zu diskutieren. *Elmar Altvater* (Berlin/West) und *W.F. Haug* äußerten Bedenken zu dem Punkt von *Laclaus Ansatz*, wo er die letztinstanzliche Determination sozialer Prozesse durchs Ökonomische leugnet, die Ökonomie als ein diskursiv konstituiertes Feld neben anderen behandelt. *Wieland Elferding* (Berlin/West) und *M. Pechêux* warfen die Frage auf, wie eine neue hegemoniale Politik der Linken die Gefahren von Autoritarismus und Stalinismus vermeiden können. Zugleich müsse man sich auch der Frage stellen, wie eine Verbindung der verschiedenen sozialen Bewegungen ohne den Verlust ihrer Vielfalt unter einem Ziel, einer Parole zu stabilisieren ist.

Arnheim Neusüß (Berlin/West) präsentierte ein Konzept, das als Ziel ideologietheoretischer Analyse, die Scheidung zwischen Bewußtseins-, Denk- und Wissenselementen von nicht-ideologischem Wissen, das über Sonderinteressen hinausgeht, anstrebt. Die Beschränkung von Ideologie auf Äußerungsformen des Bewußtseins, deren »Quelle« in den Klasseninteressen gesehen wird, ist gegenproduktiv für die Entwicklung von politisch eingreifenden Konzepten, die über Aufklärung hinausgehen. Allerdings will Neusüß offenbar eine allzu starre Fixierung auf ds methodische Instrument des Klassenreduktionismus aufgeben, wenn er betont, daß Interessenartikulationen nicht monokausal auf Klassen bezogen werden können, vor allem in ihren Wirkungen zu analysieren sein.

Kritische Stellungnahmen zum Konzept des PIT, in dem das Ideologische als der Zusammenhang entfremdeter Vergesellschaftung von-oben gefaßt wird, nahmen in den Diskussionen des ersten Tages breiten Raum ein. Einmal mehr zeigte sich dabei, daß einigen die Ausgrenzung aus dem Bereich materialistischer Theoriebildung, indem einen bestimmten Ansatz, hier dem Marxismus-Leninismus, universelle Geltung zugewiesen wird, wichtiger ist, als in Diskussionen voneinander zu lernen, um Probleme zu lösen und gemeinsame Ziele zu erreichen.

Hans Jörg Sandkühler (Bremen) und *Reinhard Opitz* (Köln) verweigerten in ihren Exkommunikationsbeiträgen nicht nur den Gebrauch der vereinbarten Konferenzsprache (Englisch), ihr Desinteresse an internationalen Diskussionszusammenhängen bekundeten sie zusätzlich dadurch, daß sie nach ihren Statements die Konferenz verließen.

Mit unterschiedlichen Akzentuierungen kritisierten *Klaus Holzkamp* (Berlin/West) und *Thomas Metscher* (Bremen) die Vorstellung der Vergesellschaftung von-oben. Wenn ich Holzkamp richtig verstanden habe, so bestand sein Vorwurf in folgendem: Wenn man — wie das PIT — Vergesellschaftung von-oben als einen Modus von Vergesellschaftung (im Gegensatz zur Vergesellschaftung durch Gewalt oder Selbstvergesellschaftung) begreift, entgeht einem die Erfassung der antagonistischen Form, in der sich die Vergesellschaftung der Menschen voranbewegt. Antagonistische Form wachsender Vergesellschaftung — das heißt soviel wie Entwicklung der menschlichen Gattung in ihrer Fähigkeit zur Naturbeherrschung: heißt Entfaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Kultur, Kunst, Wissenschaft etc. Dies jedoch unter weitestgehendem Ausschluß der Teilhabe derer, die dies durch ihre Arbeit erst ermöglichen. Aber das ist es doch, was die ideologietheoretische Fragestellung motiviert: Warum diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, sich nicht auch anschicken, dessen Produktion und Verteilung kontrollieren zu wollen. Insofern blieb mir diese Kritik in ihren Intentionen unklar.

Thomas Metscher dagegen sieht mit Vergesellschaftung von-oben eine wesentliche Dimension sozialer Wirklichkeit erfaßt. Allerdings wollte ihm die Gleichsetzung von Ideologie mit diesem Sachverhalt nicht einleuchten — zu Recht übrigens. Ihm war eine wesentliche Unterscheidung entgangen. Das Ideologische als Vergesellschaftungsmodus, wie es

sich in der Anordnung der ideologischen Mächte und ihrer Apparate als gesellschaftliches Verhältnis darstellt, ist nicht identisch mit Ideologien — also Konzepten, Programmen, Auslegungen usw. —, die in diese Struktur hineingebildet werden und orientierend wirken auf das Verhalten von Individuen innerhalb des Ideologischen.

Nemedi Denès (Budapest) hielt gerade den neuartigen ideologietheoretischen Rahmen des PIT für fruchtbar. Die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft hält er für wichtig, meldete jedoch Zweifel an der Möglichkeit ihrer Realisierung an. *Erik Schroll-Fleischer* (Aarhus) bedauerte, daß die innovative Kraft, mit der die Theorie des PIT angetreten sei, vor dem Bruch mit der »utopischen« Konzeption der klassenlosen Gesellschaft haltgemacht habe. Ob und wie weiterhin von einer klassenlosen Gesellschaft ohne Staat als Perspektive gesprochen werden kann, ist in den westeuropäischen Diskussionen heftig umstritten, weil die Konzeptierung linker politischer Strategien davon abhängt, wie man in dieser Frage denkt. Aber wie wäre entfremdete Vergesellschaftung von-oben in einer Weise kritisierbar, die über das Hilflose »weg mit ...« hinausginge, ohne den Bezug auf Selbstvergesellschaftung, wie sie in den sozialen Praxen als Element des Handelns bereits vorkommt? — Es liegt auf der Hand, daß sich für jene, die, wie z.B. *Frieder Otto Wolf* (Berlin/West), Sprache und Unbewußtes mit Ideologie identifizieren, die Perspektive einer selbstvergesellschafteten Menschheit nicht nur nicht stellt, sondern gar als ein Alptraum erscheinen muß.

Die Untersuchung ideologischer Mächte, Formen und Prozesse stand im Mittelpunkt des zweiten Tages. *Göran Therborn* (Lund) präsentierte eine materialreiche Analyse schwedischer Wahlkampagnen. Heftige Debatten lösten *Wieland Elfferdings* Thesen zu Polen aus (vgl. *Das Argument* 132, 1982, S.234ff.): Der Schlüssel zum Verständnis der polnischen Krise liege nicht in der autonomen Gewerkschaftsbewegung, sondern in der Funktion der Partei, die, wie in den anderen sozialistischen Ländern, mit dem Staat fusioniert ist. Sie ist nicht, wie bei Lenin und Gramsci vorgesehen, Organisator der sozialen Kontrolle des Staates von-unten, sondern eher ein Staatsapparat, kombiniert aus administrativen, ideologischen und polizeilichen Funktionen. Dies hat zwei Haupteffekte: die verlorenen Bereiche der Hegemonie werden besetzt von anderen ideologischen Mächten und ihren Apparaten, z.B. der Kirche, der Warenästhetik. Der Verlust an Repräsentation der Partei führt zu einer Fusion aller oppositionellen Gruppen in einem Block, der gegen Staat und Partei artikuliert ist. Eine oppositionelle Arbeiterbewegung in staatssozialistischen Ländern muß notwendig Funktionen einer Partei erfüllen, da die führende Partei das organisierte Verbot für die Gründung anderer Parteien darstellt. Eine Lösung der polnischen Krise ist nach Elfferding nur möglich, wenn eine Allianz etabliert wird zwischen einem Reform-Flügel innerhalb der Partei und der Gewerkschaft, die politische Funktionen übernimmt.

Mit der Frage, ob Warenästhetik in Ungarn eine Funktion in der Vergesellschaftung den Individuen zukommen, beschäftigte sich der Beitrag von *I. Bessenes* und *M.Heller* (Budapest). Über den Zusammenhang von Literatur/Ästhetik und Ideologie gab es Beiträge von *Michèle Barrett* (London) und *Klaus Scherpe* (Berlin/West). Für die ideologietheoretische Analyse dürfe nicht vernachlässigt werden, so Barrett, daß künstlerische Produktion nur in Bezug auf einen Warenmarkt existiert. In der Forschung müsse als besonderes Problem berücksichtigt werden, daß eine Ideologisierung künstlerischer Produktion im Zusammenhang ihrer Rezeption erfolge. Scherpe suchte an den literarischen Praxen von Alexander Kluge und Peter Weiß den nicht-ideologischen Charakter literarischer Produktion aufzuzeigen.

Den Abschluß dieses Tages bildete eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zu einem Thesenpapier von *Chantal Mouffe* (London). Sie präsentierte eine Konzeption zur Erforschung des »sex-gender-systems«, des Prozesses, durch den — im Kontext gesellschaftlicher Sinnproduktion — biologische Geschlechtlichkeit (sex) transformiert wird zur sozialen Geschlechtlichkeit (gender). *Frigga Haug* (Berlin/West) wertete diese Konzeption als fruchtbar, weil sie es erlaube, die Mann/Frau Unterdrückung in den verschiedenen sozialen Praxen als Prozeß zu erfassen, aber auch als desorientierend wegen der fehlenden Befreiungsperspektive von Frauen. Sie schlug vor, den Begriff der gesellschaftlichen Kompetenz/Inkompetenz für diese Perspektive zu nutzen. Richtungsweisend für weitere Forschungsarbeit ist ihr Vorschlag, die Aufgabe der Frauen ähnlich aufzufassen, wie die des Staates: In zerrissenen Verhältnissen bilden Frauen ein illusionäres Gemeinwesen — die Familie.

Faschismus und Ideologie war Thema des letzten Tages. Beiträge zu Schule und Erziehung im Faschismus präsentierten *R. Sharp* (Sydney) und *H. Scholtz* (Berlin/West). Sharp hob hervor, daß nazistische Erziehungskonzeptionen nur im Kontext einer allgemeinen Theorie der kapitalistischen Krise mit einer Theorie der besonderen Form des Krisenmanagements während des Faschismus und in Verknüpfung mit einer Theorie der Funktion des kapitalistischen Staats adäquat zu erfassen sind. Das Spezifische faschistischer Erziehung sieht Scholtz im Primat der Politik über die Pädagogik, was Indoktrinierung und Fanatisierung begünstigte. Er konstatiert einen Rückgang im Bildungsniveau, verursacht durch konkurrierende Anforderungen an die Schüler, die neben schulischen Leistungen auch noch politische und militärische Aufgaben zu erfüllen hatten.

Die abschließende Generaldebatte zeigte, daß mit dem Versagen traditioneller Vorstellungen und Konzeptionen gesellschaftlicher Transformation, was manche auch die 'Krise des Marxismus' nennen, neben Effekten des Rückzugs auf vermeintlich gesichertes Terrain und der theoretischen Verunsicherung, starke Impulse für die Theoriebildung verbunden sind, die, darin waren sich die meisten Teilnehmer einig, durch Schaffung einer internationalen Diskussionskultur verstärkt werden sollen.

Petra Müller und Wolfgang Killig

Linke Positionen zum technischen Fortschritt

Bericht vom 1. *spw*-LeseSeminar am 6./7.3.1982 in Dümmerlohausen

Grundlage der Seminararbeit waren gewerkschaftliche Veröffentlichungen sowie insbesondere Artikel aus der Zeitschrift *spw*, die bisher zu unterschiedlichen Aspekten des »technischen Fortschritts« veröffentlicht wurden (vgl. *spw* 14, Register, S.XVI). Ziel des Seminars war es, einen Einstieg in die Diskussion um die Probleme des technischen Fortschritts zu finden; eine Diskussion, die auch bei den Jungsozialisten trotz der viel zitierten »gewerkschaftlichen Orientierung« kaum geführt wird. Die politische Konsequenz dieses Zustandes ist eine weitgehende Handlungsunfähigkeit vieler Jungsozialisten auf einem der zentralsten Felder der Klassenauseinandersetzungen. Da zum *Handeln* aber *Wissen* erforderlich ist, wollten wir mit diesem Seminar einen Beitrag für unsere eigene Qualifikation leisten. Zur Kritik und für Anregungen (auch für zukünftige Seminare) stellen wir nachfolgend das Seminar den *spw*-Lesern kurz vor.

In unserer ersten Gesprächsrunde versuchten wir, die wesentlichen Fachbegriffe, die in den zu diskutierenden Texten auftauchten, zu klären, um hier einen einheitlichen Wissensstand herzustellen. Als zweiter Punkt wurden die Auswirkungen der technischen Entwicklung auf die abhängig Beschäftigten diskutiert. Dabei bestand Einheitlichkeit in der Frage, daß die bekannten negativen Folgen wie Arbeitslosigkeit, Monotonie, Streß, körperliche Belastung etc. nicht zwangsläufig Folgen technischen Fortschritts sein müssen, sondern Folgen der Profitlogik des Kapitalismus sind. Bevor wir uns dann auf eine Konkretisierung dieser These konzentrierten, setzten wir uns mit den Positionen der Gewerkschaft, den Unternehmerverbänden und staatlicher Institutionen auseinander. In der daraus resultierenden Diskussion um die Rolle des Staates, wurde insbesondere auf die große Bedeutung staatlicher Wissenschafts- und Forschungspolitik für die Produktivkraftentwicklung verwiesen. An Hand von Beispielen wurde deutlich, daß der Staat im Interesse des Monopolkapitals Forschungsaufträge finanziert, deren technische Anwendung und wirtschaftliche Verwertung einigen Monopolunternehmen Profite bringt. Außerdem ist die technologische und ökonomische Bedeutung militärischer Forschung nicht zu unterschätzen. Der Staat betreibt hier eine massive Unterstützung monopolistischer Rüstungsunternehmen.

Einstieg in die Diskussion um linke Positionen zum technischen Fortschritt vermittelten uns die Texte von Sabine Ruwwe und Linke/Westermann/Westphal aus *spw* 6. Bei der Diskussion dieser beiden Texte stellten wir fest, daß beide wichtige Teilaspekte erfassen, daß wir aber weder die Kernaussage (technischer Fortschritt bedroht die Menschen) Ruwwe, noch die Positionen der drei anderen Autoren (technischer Fortschritt schafft die Voraussetzungen zur Herausbildung einer »allseits entwickelten sozialistischen Persönlichkeit«) als richtig erachten. Da im Kapitalismus Technik zur Produktivitätssteigerung und Profitmaximierung entwickelt wird, stehen im Bereich von Forschung und Entwicklung nicht die Interessen der Arbeitnehmer im Vordergrund. Maschinen werden nach den Anforderungen und Vorgaben des Auftraggebers (Kapitalisten) konstruiert. Dies bedeutet, daß berechnete Interessen wie: kürzere Arbeitszeit, Entlastung von Schwerarbeit und Monotonie, Gesundheitsschutz, Abbau und Verhinderung von Streß, Weiterqualifizierungsmöglichkeiten (um z.B. den gesamten Produktionsprozeß zu überschauen usw.) *nicht* als Kriterien für die Entwicklung einer neuen Technik herangezogen werden. Da hier Kapitalinteressen in den Forschungs- und Entwicklungsbereich eindringen und somit wissenschaftliche Tätigkeiten für Profitinteressen instrumentalisiert werden, kann eine hier entwickelte Technik *nicht* gesellschaftlich *wertfrei* sein. Das bedeutet, daß nicht kapitalistische oder sozialistische Anwendungen bedingen, ob eine neue Technik Fortschritte für die Arbeitnehmer bedeutet, da die Kapitalinteressen bereits im Entwicklungsprozeß festlegen, in welche »Richtung« geforscht werden soll.

Politische Konsequenz aus dieser Erkenntnis ist aber sicherlich nicht die Infragestellung naturwissenschaftlicher Gesetze (Ruwwe). Andererseits kann aber trotz oder wegen der Verflechtung von Forschung und Kapitalinteresse nicht davon ausgegangen werden, daß die negativen Auswirkungen bei sozialistischer Anwendung der Technologien plötzlich wegfallen. Es gibt keine wertfreie, systemunabhängige technische Entwicklung. Die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln ist letztlich nicht entscheidend für das Wie und für Wen des technischen Fortschritts und damit für seine negativen Auswirkungen. Entscheidend ist die Vorgabe des Forschungszieles und nicht das System, in dem geforscht wird. Auch im Sozialismus kann bei einer falschen Zielvorgabe eine Technologie entwickelt werden, die zwar die Produktivität steigert, aber gleichzeitig negative Folgen für

die betroffenen Werktätigen beinhaltet. Ohne Zweifel bietet der Sozialismus die besseren Voraussetzungen für Forschung und Technologieentwicklung im Sinne der Arbeiter, aber auch hier müssen sie genutzt und durch entsprechende Forschungszielvorgaben mit Inhalten gefüllt werden. Aber auch von uns sind gezielte Anforderungen an die neu zu entwickelnde Techniken über das Was, Womit und welcher Weise produziert werden soll, zu stellen. — Weiterhin sind wir im Rahmen der Diskussion der obengenannten Artikel auf die Problematik der Einführung und Betreibung von *Großtechnologien* eingegangen. Hier tritt zum einen das Problem der Verselbständigung bürokratischer Apparate auf, zum anderen entsteht hierbei die Gefahr mangelnder Beherrschung der Technologie (z.B. Kerntechnologie). Da gerade dieser Bereich im grünen bis öko-sozialistischen Spektrum als Hauptangriffspunkt der Technologiekritik in Erscheinung tritt, wird er von diesen Kreisen oft als Begründung einer generellen Ablehnung des technischen Fortschritts und der prinzipiellen Opposition gegenüber der Entwicklung neuer Technologien ins Feld geführt. Eine allgemeine Technologiefeindlichkeit ist sicherlich fehl am Platze. Ein sinnvoller und auch ökologisch richtiger Einsatz von Ressourcen ist mit ein wichtiges Kriterium für die Einführung neuer Technologien. Bestehende technische Entwicklungen sollten gerade von Sozialisten auch in Frage gestellt werden und an Hand von zu entwickelnden Zielvorgaben und Werten einer sozialistischen Gesellschaft einer Überprüfung unterliegen. Es ist somit auch notwendig, technische Entwicklungen, die sich nach diesen Kriterien als falsch herausstellen, zurückzunehmen (z.B. Atomkraftwerke, bestimmte chemische Industrien u.ä.). Die Problematik der Großtechnologien muß in absehbarer Zeit vom marxistischen Standpunkt aus intensiver diskutiert werden, man sollte diese Diskussion aber nicht am Spezialfall Nukleartechnologie führen und uns damit die Richtung unserer Technologiediskussion von der Ökologiebewegung vorschreiben lassen, da unser Standpunkt zu diesem Spezialbereich in *spw* 6 von Linke u.a. treffend formuliert ist: »Erst, wenn der Mensch in der Lage ist, mit der von ihm beherrschten Technik seine Lebensumstände zu kontrollieren, ist das ein Schritt nach vorn. Die Entwicklung der Atomkraftwerke ist aber keine Erhöhung der Naturkontrolle, sie produzieren selbst wieder Natur, die nicht kontrollierbar ist.« Hierzu lassen sich für die weitere Diskussion noch einige Fragen entwickeln: Besteht in einer sozialistischen Gesellschaft weiterhin die Notwendigkeit, mit Großtechnologien zu produzieren? Kann hier die sogenannte mittlere Technologie eine Alternative sein? Welche Beispiele (konkret) »positiver« technologischer Entwicklung sind aus den sozialistischen Staaten bekannt?

Burkhard Zimmermann

50 Jahre preußischer Staatstreich

Über die Ereignisse des 20. Juli 1932 kann man sehr schnell hinweggehen. Der sozialdemokratische Innenminister Karl Severing, der nur der Gewalt weichen wollte, ließ sich durch den Polizeipräsidenten Melcher und einen Reichswehroffizier reibungslos absetzen. Der Versuch eines Widerstandes gegen diesen Staatstreich Reichskanzlers Papen und seiner Regierung der Barone war dabei gar nicht aussichtslos. Überall im Reich warteten Reichsbannergruppen und andere Organisationen in ihren Lokalen auf Direktiven und Gegenaktionen und lehnten es ab, die Preisgabe der roten Festung Preußen kampflos hinzunehmen. Bis weit in die christlichen Gewerkschaften hinein wurden ernste Schritte und Kampfmaßnahmen erwartet.

Die Führung der deutschen Sozialdemokratie jedoch blieb weiter auf diesen Staat, auf den Rechtsstaat, auf Legalität fixiert. Vor dem 20. Juli hatte der SPD-Vorstand beschlossen, »bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen«. Sie lehnte die Beantwortung von Gewalt durch Gewalt ab. Ihr Nichtstun, ihr ungestörtes Vertrauen auf Reichstagswahlen und Reichsgerichtshof bemäntelte der SPD-Parteivorstand als wohlüberlegten, politischen Schachzug ihrerseits, als den »Sieg der Schlaueit über die Niedertracht«, brauchte doch Papen nur ihrer Meinung nach einen Vorwand, die Reichstagswahlen am 31.7.1932 zu verschieben.

Während die Sozialdemokratie zögerte und zunächst einmal die Wahlen abwarten wollte, bei denen die SPD erwartungsgemäß wegen Zaudern und Tolerierungspolitik zehn Mandate und drei Prozent der Stimmen verlor, sowie den Staatsgerichtshof anrief, handelte die Rechte ohne Verzögerung. Die Spitzen der preußischen Verwaltung wurden rigoros von Beamten mit republiktreuer Gesinnung gesäubert und »staatstreue«, zumindest »nationale« Personen kamen an die Leitungspositionen. Bis zum 25. Oktober, als der Staatsgerichtshof sein Urteil verkündet, war Preußen umgestaltet. Auch dieses Urteil nahm erhebliche Rücksicht auf Hindenburg und die Reichsregierung. So sei zwar die Verordnung vom 20.7. mit der Reichsverfassung vereinbar, jedoch blieb der alten preußischen Regierung, deren Absetzung das Reichsgericht für nicht rechtens erklärte, die Befugnis, Preußen beim Reichstag sowie bei den Ländern zu vertreten. Die tatsächliche Macht blieb bei der Reichsregierung, die legitime Regierung führte nur noch ein Schattendasein.

Über die Fehlerhaftigkeit und oft sehr fragwürdige Politik des »roten« Preußen unter Otto Braun dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Jedoch hätte ein von SPD, Zentrum und Demokraten regiertes Preußen mit seiner — wie immer behauptet wurde — ach so demokratischen und republikfreundlichen Polizei eine entscheidende Bastion im Kampf gegen den Faschismus sein können.

Am 20. Juli 1932 entwaffnete sich die deutsche Sozialdemokratie selbst durch ihre reine Fixierung auf Wahlen, ihr Vertrauen auf eine Justiz, die von Sozialdemokraten als eine monarchistische bis zumindest NS-durchwachsene Klassenjustiz diagnostiziert wurde und ihre Illusionen auf den Staat. Ein Verhalten der SPD à la 1932 hätte bereits im Kapp-Putsch 1920 das Ende der Weimarer Republik bedeutet.

Aus diesen Fehlern müssen wir heute lernen. Ein derartiges Verhalten entmutigt die eigenen Anhänger und verbreitet Lethargie und Passivität.

Für solche Analysen gibt es völlig unerwartete Unterstützung: Wilhelm Högner, wahrlich kein linker Sozialdemokrat, nach dem Krieg zeitweise bayrischer Ministerpräsident, kritisiert entschieden das Verhalten der SPD-Spitzen, das er selber als Reichstagsabgeordneter miterlebt hat: Für ihn siegte Papen, »weil der Gegenspieler seine letzte Karte nicht mehr auszuspielen wagte, sondern vohrer das Spiel aufgab« (in: Wilhelm Högner: *Flucht vor Hitler*, Frankfurt/M. 1979, S.25). In seinen Erinnerungen meint Högner: »So hätten vielleicht ein paar Tage Verwirrung im Norden und eine drohende Sprache der süddeutschen Regierung genügt, die Umgebung des greisen Reichspräsidenten zur Vernunft zu bringen.« (ebd., S.24)

Deutlicher als vom Zeugen Wilhelm Högner ist das Versagen der SPD kaum zu charakterisieren.

Besprechungen

Basaglia, F. (Hrsg.): Befriedungsverbrechen: Über die Dienstbarkeit des Intellektuellen. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1980 (294 S., kart., 24,— DM)

International bekannte Intellektuelle analysieren in diesem Buch die Rolle des Intellektuellen. Sie tun es — wie das Vorurteil erwartet — leider in der für Intellektuelle typischen Manier: Kaum einer, der über seine Tätigkeit redet. Die meisten der neun Beiträge des Sammelbands haben »den Intellektuellen« und nicht konkrete Praxisfelder der bezahlten Kopfarbeiter zum Gegenstand. Eine unzugängliche Sprache macht die Lektüre dieses nichtsdestoweniger wichtigen Buches streckenweise zur Qual. Worum geht's im einzelnen?

Gramsci hob zwei Funktionen des Intellektuellen hervor. Als Angestellter der herrschenden Klasse organisiert er erstens die »spontane Zustimmung« der Massen zum gesellschaftlichen Leben der führenden Gruppen. Im »staatlichen Zwangsapparat« sorgt er zweitens für die Disziplinierung all jener Gruppen, die aktiv oder passiv diese »Zustimmung verweigern«. *Mann und Frau Basaglia* beschreiben in dem für mich fruchtbarsten Aufsatz des Buches, wie sie sich dieser ihnen zugewiesenen Arbeit verweigert haben. Mit der Auflösung der psychiatrischen Kliniken in Görz und Triest, mit politischen Aktionen und Initiativen, die schließlich zur gesetzlichen Abschaffung der psychiatrischen Anstalten in ganz Italien führten, haben sich die *Basaglias* in ihrer Praxis gegen jene Disziplinierungs- und Kontrollfunktion des Intellektuellen zur Wehr gesetzt. Basaglia: »Es kommt darauf an, das Andere nicht nur zu denken, sondern es zu *machen*.« (39) Allerdings: sobald ein Intellektueller sich gegen die Befriedungsverbrechen an den Störern und Abweichlern von der gesellschaftlichen Ordnung verwehrt, wird er unter Umständen selbst zum Störfaktor erklärt. Diesen Mechanismus zeigt *Erich Wulff* am Beispiel der Berufsverbote. Manch kritischer Intellektueller nimmt schließlich Zuflucht zu einer Art »Elitesozialismus«, der sich jeglicher Praxis gegenüber unverbindlich zeigt. Ihre Arbeit gegen die Zwangsinstitution Psychiatrie führte die *Basaglias* auch heraus aus einer anderen schizophrenen Position, in die ein kritischer Intellektueller leicht geraten kann: Einerseits ergreift er *politisch* Partei für die Unterschicht, während er andererseits in der täglichen institutionellen Praxis »als Garant der herrschenden Doktrinen amtiert« (17). Aber die beiden sind sich der Gefahr bewußt, die für die Betroffenen nach wie vor von ihnen ausgeht. Auch der kritische Intellektuelle ist ständig versucht, immer neue Kontrollfunktionen zu schaffen. Und sei es nur in der gerade für den bloßen Theorieproduzenten so verbreiteten Pose, den Adressaten beibringen zu wollen, »worauf es ankommt«. Dagegen haben die *Basaglias* mit den Betroffenen zusammen den Kampf gegen die Institutionen geführt, und in diesem Prozeß haben sie auch ihre wissenschaftlichen Positionen entwickelt und verändert. »Der Angelpunkt ist die *Praxis*. Sie ist die offene Flanke der Ideologie«, so *Sartre* in einem Interview mit den *Basaglias* (40). Sie ist das Mittel, um den Zusammenhang »Macht-Wissen« zu spalten, mit dem sich *Michel Foucault* in seinem Beitrag beschäftigt. Der Intellektuelle tritt auf als Produzent von Wahrheit. Indem aber seine Produktionen als Wahrheiten auftreten, bekommt unser Wissen die Struktur von Macht-Wissen. Diese Macht entfaltet sich über bestimmte Institutionen, von denen in diesem Buch die Psychiatrie und der Strafvollzug näher analysiert werden. Dort nämlich ist die Trennung zwischen den Machthabern, die als Repräsentanten bestimmten Wissens auftreten und den »unwissenden« Machtlosen am schärfsten.

Robert Castel zeigt an der Geschichte der Psychiatrie, wie die wissenschaftliche, »wahre« Ideologie der Heilung des Patienten durch Ruhe und Isolation zur institutionellen (Zwangs-)Praxis der Ausgrenzung und Einsperrung führt. Die Wahrheit wird durchgesetzt. Gegen die Betroffenen.* Eine andere Wahrheitsproduktion, die des Intellektuellen Skinner, kritisiert *Noam Chomsky*. Nach Skinners Lerntheorie ist alles menschliche Verhalten durch Verstärkung determiniert. In der Praxis wird sie — als Verhaltenstherapie — zur Befriedung störenden Verhaltens von Neurotikern erfolgreich verwandt. Ihr ideologischer Gehalt aber, so Chomsky, liegt darin, daß diese Theorie für das menschliche Leben fordert, daß »peinliche Kontrolle notwendig sei, um das Verhalten

* die als unwissend gelten, weil sie machtlos sind. Nicht umgekehrt!

hochgradig spezifiziert zu formen« (140). Die wissenschaftliche Wahrheitsproduktion als Kontroll- und Disziplinierungsmittel. Zur Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse gehören der Intellektuelle, seine Produktionen und die Institutionen der Durchsetzung untrennbar zusammen. Erst die Zusammenarbeit mit den Betroffenen auf allen Ebenen und bereits bei der Wissens-Produktion läßt den Intellektuellen dem Verbrechen der Befriedung entgehen.

Mit seiner These, daß die Psychiatrie zu einem Berufsfeld wie jedes andere werde, wenn nur der Zwangscharakter ihrer Eingriffe abgeschafft wäre, läßt *Thomas Szasz* in seinem Beitrag genau diesen Zusammenhang außer acht. Gerade die moderne Sozial-Arbeit zeigt hingegen, wie sich soziale Kontrolle unter dem Deckmantel des Wohlwollens für die Betroffenen breitmacht. Sobald der Zwangscharakter der Institutionen in Frage gestellt wird, bekommt jene andere, von Gramsci genannte Funktion des Intellektuellen umso größere Bedeutung: die Organisierung der »freiwilligen Zustimmung« der Betroffenen zu dem Zustand ihrer Beherrschung. Die Intellektuellen beginnen »unter dem Schein der Hilfeleistung die Opfer der Macht vollends zu entwaffnen: In der Pose des Samariters geben sie ihnen den tödlichen Kuß.« (Basaglia, 22)

Kurzum: Das Buch analysiert nicht nur die Funktionen des Intellektuellen, sondern vor allem die Machtbezeichnung, die mit dem Wissen und seinen Produzenten verknüpft sind und sich in den Beziehungen unseres Alltags durchsetzen. Die Beiträge zeigen auch, daß diese Machtbeziehungen alles andere als zureichend unter dem Gegensatz von Kapital und Arbeit zu erfassen sind.

Erwin Seyfried (Berlin/West)

Frieden mit anderen Waffen. Hrsg. vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, Rowohlt aktuell Nr. 4939, Reinbek b. Hamburg, 1981 (249 S., 7,80 DM)

Es gibt bereits eine Vielzahl von Arbeiten aus der Friedensforschung über das Thema Rüstung und Abrüstung. Die herrschende Praxis des »Gleichgewichts des Schreckens« und der »flexiblen Vergeltung« wird allgemein als tödliche Bedrohung für den Bestand der Bundesrepublik angesehen. In der Diskussion wurden aber Ausarbeitungen zu einer anders gearteten Verteidigung der Bundesrepublik weitgehend außer Acht gelassen. Der Rowohlt-Verlag hat mit dem Taschenbuch »Frieden mit anderen Waffen« diese Lücke geschlossen und verschiedene Vorschläge einer alternativen Verteidigung in fünf »Optionen« zusammengefaßt. Es gelte, so heißt es in der Einleitung, »die 'reale Utopie' einer Sicherheitspolitik auszumalen, die die Kritik (an der herrschenden Hochrüstung, d.Red.) zu positivieren vermöchte. Insofern ist es erforderlich, daß die Kritik konstruktiv wird.«

In einem ersten Teil zerpfücken die Autoren (Eva Senghaas-Knobloch, Ulrich Albrecht, Andreas Buro, Michael Th. Greven, Egbert Jahn, Ekkehart Krippendorff, Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack — Hinweise zu den Autoren werden nicht geliefert) die aktuelle NATO-Konzeptionen mit den inzwischen gängigen Argumenten (siehe dazu *spw* 13,14 und 15). Krippendorff (vermutlich, denn die Autoren des Komitees werden nicht einzelnen Buchkapiteln zugeordnet) versucht anschließend, ein realistisches Bild von der sowjetischen Bedrohung der Bundesrepublik zu zeichnen. Er verzichtet darauf, eilig Panzer- und U-Boote gegeneinander aufzurechnen, sondern spürt den tatsächlichen Motiven und Absichten sowjetischer Politik nach. Die »Ansätze einer Bedrohungsanalyse« respektieren die sowjetische Armee, setzen aber die Bedrohung durch sie in Verhältnis zur NATO-Verteidigung um den Preis der Vernichtung Deutschlands. Vor allem aber werden die Bedrohungsängste der UdSSR ebenso ernst genommen wie die eigenen westdeutschen.

Der zweite Teil behandelt »fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik« (Untertitel), wobei die »Sicherheitspartnerschaft« des Bundestagsabgeordneten Karsten Voigt zu Recht, eine eigenständige EG-Verteidigungspolitik zu Unrecht als Alternativen von vornherein links liegen gelassen werden. Die Chancen einer NATO-unabhängigen, europazentrierten Verteidigung mit so unterschiedlichen möglichen Partnern wie Frankreich und Schweden hätten untersucht werden sollen. Die Autoren berücksichtigen lediglich die Idee einer »Weltmacht West-Europa« und kommen zu dem Schluß, daß in einem solchen Fall die Hochrüstung nur unter anderer Verfügungsgewalt fortgesetzt werde.

Der erste Vorschlag (Option 1) ist der des Auseinanderrückens (»Disengagement«) gegensätzlicher Militärpotentiale, hier eine Kombination von Verzicht auf atomare Waffen und von Zurück-

ziehen der konventionellen Waffen von der Systemgrenze. Einseitiges Disengagement unterbricht nicht notwendig den Rüstungswettlauf, sondern kann sich in seiner leichten Variante auf das »Ausdünnen« von militärischem Potential in bestimmten Regionen beschränken. Diese Option besitzt hohe Wahrscheinlichkeit, durchsetzbar zu sein, es relativieren sich aber Aussagen der Autoren, die die materiellen Vorteile von Disengagement hervorheben. Diese Option scheint deshalb eher für eine politische Demonstration des guten Willens geeignet, ein Anfang, der nicht notwendigerweise weiterführt. Immerhin kann sie verhärtete Fronten in Bewegung bringen; die Autoren spekulieren auf den Zwang zur Reaktion auf der Ostblockseite.

Im Neutralismus-Vorschlag (Option 2) werden verschiedene reale Möglichkeiten (Schweiz, Schweden) und historische Neutralismus-Ansätze für Deutschland nach dem 2. Weltkrieg vorgestellt, doch fehlt eine klarere Unterscheidung zwischen militärischer und politischer Neutralität und eine Analyse der Vorstellungen sozialistischer und kommunistischer Parteien aus Frankreich, Großbritannien und Italien. Angesprochen wird »Blockfreiheit« und die Größe des neutralisierten Raumes: Von Polen bis Portugal? Nur BRD und DDR? Inhaltlich reicht die Spannweite von Waffenlosigkeit bis zum Schutz der eigenen Position mit eigenen Kernwaffen. Der Austritt aus der NATO wird vorausgesetzt, eine Umorientierung der NATO selbst scheinen die Autoren auszuschließen. Ebenso wie in Option 3 (strikte Defensivverteidigung), werden in Option 2 die Prämissen des Vorschlages, die Leistungen des Konzepts, die zu erwartenden Widerstände und andere Konsequenzen sorgfältig erwogen. Nicht berücksichtigt wird in Option 2 und 3 eine Lage, in der der Bundesrepublik durch Intervention in Dritt-Ländern Rohstoffe vorenthalten werden.

Hauptelement des Defensiv-Konzeptes ist die Umstellung der derzeitigen Streitkräfte auf »kleine Einheiten«, die eindeutig nicht für einen Überfall auf die DDR oder UdSSR geeignet sind. Bedrohungsängsten, eine der tragenden Legitimationen für die jeweils eigene Hochrüstung, würden damit ihrer realen Grundlage beraubt. Das Konzept wird ausschließlich politisch, also nicht technokratisch wie bei Horst Afheldt (Verteidigung und Frieden, München 1976), diskutiert. Es verzichtet auf nukleare Abschreckung, auf einen NATO-Austritt und auf Voraus-Angebote der Warschauer-Pakt-Staaten. Die dezentrale Defensivverteidigung bietet dem Gegner keine schwerpunktmäßigen Angriffsziele und soll einen Okkupanten durch wespenstichartige Angriffe demoralisieren. Den bereits dazu erhobenen massiven Anschuldigungen wie »Vorleistungspazifismus« (in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung) setzt der Autor (vermutlich Andreas Buro) die einseitige Abrüstung als »eigenständige, selbstbestimmte Entscheidung« entgegen. Option 3 ist der einzige Vorschlag, der das Arbeitsplatzargument zumindest erwähnt.

Die »zivile Verteidigung« (Option 4) hofft auf die moralische Niederlage eines Okkupanten, indem an seine menschliche Natur appelliert wird: »Auch der Gewaltanwender leidet in der Regel, wenn er Gewalt gegen Zivilisten anwenden muß.« (188) Autor Egbert Jahn (Hinweis aus dem Vorwort) beschreibt zivile Verteidigung als strikt pazifistische und gewaltfreie, ja christlich-leidende Aktivität in den Aktionsformen Friedenserziehung, ziviler Ungehorsam, Sabotage bis hin zum Generalstreik, vor allem aber moralischer Appell an die Okkupanten, das Unrecht ihres Tuns einzusehen. Das Konzept erscheint rein idealistisch und widerspricht vielen historischen Erfahrungen. Französische Widerstandskämpfer oder vietnamesische Bauern hätten ihr moralisches Recht nie ohne den Griff zur Waffe durchsetzen können. Unterschiedliche Interessen in der Bevölkerung (Kollaborateure) werden ebenso übersehen, wie die Frage, ob der einzelne mit derart hohen Anforderungen nicht überfordert wird.

Ausgangspunkt der 5. Option ist die These, daß der Krieg in der »modernen Staatengeschichte« angelegt sei. Der Staat sei — der Autor beruft sich auf Max Weber — »das Monopol legitimer physischer Gewaltamkeit«. Der moderne Staat verdingliche sich im Militär, dem »Rückgrat« aller Staatswesen. Das Militär wiederum verlange nach Einsatz, wobei Krieg nicht zu verhindernde »Nagelprobe« jeder staatlichen Existenz sei. Den letzten und tiefsten Grund für die laufenden Kriegsvorbereitungen sieht der Autor aber in den »politischen Führungskadern«, die — einer absurden Sicherheitslogik unterworfen — eine paranoide Einstellung gegenüber anderen Staaten und deren Klassen entwickeln (210), was sich in Rüstung verdingliche und im Krieg ende. Also doch in der »menschlichen Natur« begründete »verzerrte Wahrnehmung« als Kriegsursache, von der sich

der Autor keine 30 Zeilen vorher distanziert? Der Ausweg aus dieser Sicht der Weltlage liegt in der einseitigen und vollständigen Abrüstung, wobei offen bleibt, wie eine Verteidigung auszusehen habe. Einer Analyse halten die Thesen der Option 5 in keinem Fall stand. Die behauptete »Zwangsllogik« von Staat-Militär-Krieg ist nicht einmal auf der Erscheinungsebene aufrechtzuerhalten: Man sehe sich nur Schweden an, das seit 300 Jahren in keinen Krieg aktiv verwickelt war. Option 5 kann allenfalls als politisches Credo gelten, eine ernsthafte Diskussion über die Chancen einer einseitigen, vollständigen Abrüstung steht noch aus.

Die Vorteile der Optionen werden anschließend in einer Zusammenfassung vorgestellt:

1. Sie beziehen das Sicherheitsinteresse des Warschauer Paktes mit ein; 2. sie schaffen neuen (finanziellen) Spielraum zur Lösung anderer Probleme wie Rohstoffabhängigkeit, Ernährungskrise, Analphabetismus u.ä.; 3. sie eröffnen neue Möglichkeiten, sich auf soziale Probleme im Innern der BRD und West-Berlin zu konzentrieren; 4. sie mobilisieren den Bürger für seine eigenen Interessen.

Insgesamt sind die drei ersten Optionen greifbarer in Bezug zur aktuellen Wirklichkeit; Option 4 und 5 werden von den Autoren selbst als problematisch eingestuft. Was in allen Fällen fehlt, ist die Verknüpfung der langfristigen Perspektiven mit den Tagesforderungen, alle Alternativen bleiben modelltheoretisch. Das ist nur zur Hälfte den Mitarbeitern des Komitees anzukreiden, denn beispielsweise in der Frage des Neutralismus ist der Stand der Diskussion einfach noch nicht weiter. Den aktuellen Stand zu verschiedenen alternativen Sicherheitsvorschlägen darzulegen, ist bereits eine Pioniertat. In der nächsten Auflage sollte die Option »atomwaffenfreies Europa« aber mit aufgenommen werden.

Gerald Mackenthun

Gorz, André: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus. Aus dem Französischen von H. Abosch. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1980 (160 S., br., 16,80 DM)

Als dieses Buch auf Deutsch erschien, hatten Arbeiter in Polen gerade den Austausch fast der gesamten Staats- und Parteispitze erzwungen. Sie nahmen Kurs auf Selbstverwaltung. — Hat Gorz nicht trotzdem recht? Lieber Abschied nehmen, zumindest von dem »Proletariat«, das nur noch in Sonntagsreden von Arbeiterstellvertretern vorkommt, die alles andere tun, bloß nicht Arbeiter an die Macht bringen?

Im *Kapital* führt Marx den Nachweis, daß der kapitalistische Akkumulationsprozeß *in einem* die Fremdbestimmung über die Arbeiter *und* ihre Befähigung zur Selbstregierung mehrt. Dies bestreitet Gorz. Allenfalls noch der Facharbeiter, wie zuvor der Handwerker, habe seine Handlungsmächtigkeit in der Arbeit erweitern können. Die Selbstverwaltung sei der »veraltete Traum einer aussterbenden Klasse« (118). Die Machtlosigkeit der Arbeiter ist, nach Gorz, heute in den »physischen Gesetzmäßigkeiten« von industrieller Arbeit und Staat verankert (97). Der »Umfang der Produktionseinheiten, ihre Abhängigkeit, die von ihnen verkörperte territoriale, soziale und technische Arbeitsteilung, kurzum der fundamentale Mangel an Übersicht und deshalb die Unmöglichkeit, so zu handeln, daß die einsichtigen Ziele ... sich in der Arbeit des Einzelnen spiegeln«, lassen eine direkte Kontrolle der Produzenten über ihre Produktion nicht zu (23). Wer Hoffnungen in die Automation setzt, wird eines besseren belehrt: »Automation dequalifiziert die Arbeit.« (118)

Wenn sich die Emanzipation der Menschen, wie Gorz meint, nicht auf die Entwicklung der Arbeit stützen kann, weil sie absolut entfremdet ist, dann führt jeder Versuch, die Entfremdung aufzuheben, zu seinem Gegenteil: Am gesellschaftlichen Zusammenhang der Individuen gibt es nichts wieder-anzuzeigen außer der Entfremdung (28f.). Für Gorz wird der klassenbewußte Proletarier zum Sinnbild der Unterwerfung unter das Kapital, zur »Kopie des Kapitals« (27). Schon Arbeit für andere, »rein gesellschaftliche« Arbeit, aber erst recht Engagement für gesellschaftliche Belange treibe den Arbeiter immer tiefer in die Abhängigkeit vom Kapital.

Grundlegend falsch am Marxismus sei, daß er die Revolution als Vergesellschaftung konzipiere. Dem Modell der Vergesellschaftung liege die letztlich katastrophale Vermengung von *Technik* und *Moral* zugrunde. Von den Individuen zu verlangen, sie sollten das äußerlich-gesellschaftlich Notwendige sich zum inneren Zweck machen, sie sollten es motiviert tun, führe notwendig zum Totalitarismus. »Moral ist ohne Notwendigkeit, und Notwendigkeit ist ohne Moral.« (101f.) Um dem

Totalitarismus einer nach dem Modell der *Liebespflicht* gebauten Gesellschaft zu entgehen, gebe es nur die Möglichkeit, selbstbestimmte und fremdbestimmte, *autonome* und *heteronome* Tätigkeiten in zwei Sphären streng zu scheiden und jeden Versuch aufzugeben, sie unter ein einziges gesellschaftliches Funktionsgesetz zu bringen (86ff., 101f.). Der Ausweg aus Kapitalismus und Sozialismus ist, nach Gorz, eine *dualistische Gesellschaft*. Der Sozialismus im Sinne der Beherrschung des Gesamtzusammenhangs nach einem Gesamtplan ist tot. Der Staat bleibt als Teil der heteronomen Sphäre bestehen, er ist auf Ewigkeit notwendig, um das Primat der Autonomie über die Heteronomie zu sichern (105). Gorz geht es nicht um Abschaffung von Staat und Industrie, sondern um ihre antagonistische Koexistenz mit einer Sphäre autonomen Lebens.

Es ist leicht, gegen Gorz ein paar schwerwiegende Einwände vorzubringen. Sein Bild vom Automationsarbeiter hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Gerade bei ihm sind die Dispositions- und Kontrollfähigkeiten so weit entwickelt, daß ihre Einsperrung in die umfassende Unzuständigkeit fürs Ganze zum Hauptproblem wird (vgl. dazu Projekt Automation und Qualifikation: Automationsarbeit, Empirie 3, *Argument*-Sonderband AS 67, Berlin/W. 1981). — Gorz stützt sich bei der Einführung der Begriffe *autonom/heteronom* zu Unrecht auf Marx, der mit seiner Unterscheidung »Reich der Freiheit«/»Reich der Notwendigkeit« gegen Schlaraffenland-Vorstellungen vom Sozialismus polemisierte, aber keine Zwei-Reiche-Lehre à la Gorz begründen wollte. — Ein leichtes, Gorz aus dem Marxismus auszuweisen und sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Die falschen Antworten wären erledigt, aber die unerledigten Fragen nicht. Man kann das Buch von Gorz auch als das aufgeschlagene Sünden-Register des Marxismus lesen, als Verzeichnis der offenen und vielfach unterdrückten Probleme. Bei einer solchen Lektüre zeigen sich überraschende Verwandtschaften zwischen einem traditionalistischen Marxismus und seinem scharfen Kritiker Gorz.

Indem Gorz das Konzept der Arbeitermacht kritisiert, unterstellt er es als *das* marxistische Konzept: als Meister der Produktion seien die Arbeiter zur Selbstregierung befähigt. Diese »Direkschaltung« von Ökonomie und Politik hat Tradition in der Arbeiterbewegung (Räte-Konzepte). Sie ist ohnmächtig unter den Bedingungen ausdifferenzierter kultureller und politischer Verhältnisse im entwickelten Kapitalismus. Hier haust die Macht auf vielen »Ebenen« und in vielen »Ecken«, sie ist nicht einfach konzentriert in der Spitze einer Pyramide. Dem muß der Aufbau von Gegen-Macht Rechnung tragen. Die Konzeption einer direkten Machtausstrahlung von der Fabrik in den Staat setzt häufig eine Dialektik in Gang, deren Resultat die Ausschließung der Arbeiter von der Macht ist: Die Bewegung spaltet sich in »Basis« und »Spitze«, in Räte und Partei, die sich gegenseitig stützen und paralisieren. Gorz ignoriert die andere Linie marxistischer Politik, die von Lenin, Gramsci, Togliatti herkommt: die Arbeiterklasse bildet vielfältige, zum Eingriff in das gegliederte Machtgefüge geeignete, nicht über einen Kamm zu scherende Organe und Praxisformen aus und verändert sich dabei selbst grundlegend.

Scheinbar widerspricht das Konzept der Arbeitermacht dem *Ohnmachtdiskurs*, dem politischen Bruder des *Verelendungsdiskurses* (immer weniger qualifiziert, immer monotoner, immer entfremdeter etc.). Sie hängen aber innerlich zusammen. Der *Ökonomismus* bedeutet: Die Arbeiter sind von der Politik ausgeschlossen, sie sind in der Ökonomie. Nur von hier aus können sie in die Politik eingreifen. Das ist wahr und falsch zugleich. Es entspricht vielfacher alltäglicher Ohnmachts-Erfahrung. Es widerspricht der Präsenz und Intervention der Arbeiter im Staat in Gestalt ihrer Gewerkschaften und Parteien. Vielleicht muß der Ohnmachtdiskurs in der Arbeiterbewegung als eine Verdichtung verstanden werden von Legitimationsbedürfnis der Stellvertreter und Machtanspruch der Arbeiter.

Die Kritik am reduktionistischen Politikverständnis und an der Ohnmachts-Vorstellung zieht die für Gorz zentrale Autonomie-Konzeption in Zweifel. Der Autonomie-Begriff ist zweideutig: einmal bezeichnet er die Loslösung aus einer herrschenden Hegemonie zum Zwecke der Gründung einer neuen. Andermal bedeutet »Autonomie« Verzicht darauf, die Machtfrage zu stellen — das schlägt Gorz vor. Er zerschneidet die Verbindung von »Aufhebung der Entfremdung« — »Selbstbestimmung« — »Aneignung des gesellschaftlichen Zusammenhangs« durch die Identifikation von »Gesellschaft« mit »Fremdbestimmung«/»Heteronomie«. Selbstverwirklichung ist demnach nur noch »autonom« möglich, und das heißt dann: unter Verzicht auf Kontrolle über den Gesamtzu-

sammenhang. — Im Szenario einer dualistischen Utopie im Anhang des Buches läßt Gorz einen Premierminister und einen Präsidenten alles mögliche verlautbaren und für das Volk vorsehen. Wer die beiden gewählt hat und wer sie kontrolliert, darüber schweigt er sich aus. Noch in der Kritik des etatistischen Sozialismus sind sich Gorz mit seiner Verewigung des Staates und viele traditionelle Marxisten mit ihrem unerschütterlichen Staatsvertrauen sehr nahe. Nichts charakterisiert seine Denkkunst besser als der Satz: »Die Polizei erspart jedem, sein eigener 'Bulle' zu sein.« (102) Schwer vorstellbar allerdings, daß er damit zum Vordenker der ökologischen und alternativen Bewegungen werden kann. Ihre Erfahrung ist: Die »Autonomie« der Privatsphäre ist von den Mächtigen gründlich zerstört, die Atemluft bleibt einem im Halse stecken, der Apfelbaum dörrt im Schrebergarten. Gibt es die Insel, auf die man sich zurückziehen könnte? Staat und Monopolen soll man die Besorgung des Lebensnotwendigen überlassen, wo sie noch nicht einmal unser täglich Brot anständig produzieren können? Frei atmen wollen und die Macht im Staat brauchen, wird zunehmend dasselbe. Für alle ist alles gerade genug. — Gorz kann antworten: ich bin ja für einen sozialisierten Sektor, der die vernünftige Produktion des Notwendigen besorgt. Aber wer organisiert und kontrolliert ihn? Unmotiviert das Nötigste tun — kann da mehr rauskommen, als vom realen Sozialismus bekannt? — Gleichwohl, Gorz zwingt uns, die Frage anders zu akzentuieren: Wer soll das alles selbstverwalten? Kann Sozialismus Spaß machen? Warum sind viele Versuche zur Selbstregierung der Massen auf eine erneute Spaltung von Autokraten und Subalternen hinausgelaufen? Und schließlich: Gorz kritisiert die Aufopferung der individuellen Entwicklung für den Sozialismus. Vielen Marxisten wird schnell auf die Lippen kommen: »kleinbürgerlicher Individualismus ...«. — Aber wo ist der Sozialismus heute so angelegt, daß die »Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch ... zusammenfällt mit der Entwicklung der Individualität«? (MEW 26.2., 111)

Die Hauptbotschaft des Buches steht auf der Titelseite: eine Fotomontage von John Heartfield von 1935, vor zwei ineinandergreifenden Zahnrädern strecken sich zwei Hände einander entgegen — die schwere Arbeiterhand von unten, die feingliedrige Intellektuellenhand von oben, bereit, die Volksfront zu schließen. Jetzt steht darüber: »Abschied vom Proletariat«. John Heartfield, vergewaltigt, enthüllt noch den Sinn der Sache: der Intellektuelle zieht seine Hand zurück, verabschiedet sich *nach oben*, wo weiche Direktorensessel auf ihn warten. Der Arbeiter mag unten bleiben. Abschied vom Proletariat — unverhofftes Wiedersehen mit dem Staat.

Wieland Elferding (Berlin/West)

1. Peter von Rügen unter Mitwirkung von Gerhard Beier, Knut Hickethier, Kurt Koszyk, Dieter Schwarzenau und Hans-Josef Steinberg: Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M. 1979 (300 S., br.)

2. Peter von Rügen und Kurt Koszyk, Dokumente und Materialien zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt 1979 (323 S., br., zusammen mit Bd.1 36,— DM)

Peter von Rügen gehört zu den Autoren, die schon vor der Modewelle für Arbeiterkultur auf die Kulturgeschichte der Arbeiterbewegung hinwiesen; 1973 erschien seine Studie »Sozialdemokratisches Arbeitertheater«, und mit den vorliegenden zwei Büchern machte er 1979 zu Recht darauf aufmerksam, daß seit Otto Rühles »Illustrierter Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats« von 1930 (1970 als Neudruck beim Verlag Neue Kritik aufgelegt) »neue zusammenfassende Arbeiten nicht vorhanden« waren. Die Situation hat sich inzwischen verändert, aber der Umfang des vorhandenen Materials läßt einen umso besser verstehen, warum sich die Mitarbeiter der *Dokumente und Materialien* über den nötigen Umfang ihrer Auswahl selbst in die Haare gerieten. Die Lücke »zusammenfassender Arbeiten« können allerdings auch sie nicht schließen, denn als »zusammenfassende Arbeit« wird man ihre Sammlung von Dokumenten und Abrissen einzelner Forschungsgebiete zur Kulturgeschichte der Arbeiterbewegung nicht gelten lassen können. Dazu mangelt es noch an gesicherten Kriterien für eine Gesamtschau, und die Autoren und Herausgeber der beiden Bände haben zum Glück auch gar nicht den Versuch gemacht, so etwas vorzutauschen. Sie lassen zunächst einmal Dokumente sprechen.

Nicht wenige davon stammen aus der Feder *Franz Mehrings*, des großen Kulturhistorikers der Arbeiterbewegung. Allein sein Name und Rang in der deutschen Arbeiterbewegung erinnert daran, welche bedeutende Rolle kulturelle Fragen bei deren Entstehung und Ausbreitung gespielt haben. Kulturelle Einrichtungen — von den Arbeiterbildungsvereinen bis zur Freien Volksbühne — waren eine der Säulen beim Aufbau der Arbeiterbewegung. Franz Mehring selbst stellt in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie fest, die Arbeiterbildungsvereine z.B. hätten »zweifelloh in der Arbeiterklasse viel tiefere Wurzeln geschlagen als Schulzes Genossenschaften, trotz allen Unzugs den die Bourgeoisie mit ihnen getrieben hat.«

Mehring's Spitze zielt auf die damals wie heute vorhandene Tendenz, mit kulturellem Zuckerguß soziale Probleme zu verkleistern. Von Unternehmenseite geförderte Bildungsvereine boten schon damals — so Mehring — Familienversammlungen, Turnfahrten, Konzerte, Theatervorstellungen und Weihnachtsbescherungen, aber »auch nicht eine einzige Frage, die nur von fern an die Beschäftigung mit den politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse rührt«. Wenn man in den Gewerkschaften von einer gewissen Sorte Sozialleistungen verächtlich als »Sozialklimbim« spricht, so zählt dazu heute, wie damals auch eine Portion solchen Kulturklimbims. Mehring hat den Sozialdemokratie nahestehenden Arbeiterbildungsvereine ein gutes Zeugnis für dessen Überwindung gestellt: »Es kam der Bourgeoisie bei den Arbeiterbildungsvereinen zwar auf die politisch-soziale Versimpelung der Arbeiter, aber nicht oder doch nicht ausschließlich auf ihre allgemeine Verdummung an; und soweit es ihr darauf ankam, waren die Arbeiter weit entfernt, sich verdummen zu lassen.«

Im Gegenteil: Sie bildeten sich, und das in Wissensgebieten, die mit kulturellem Zuckerguß so wenig zu tun hatten, daß dabei oft genug die künstlerischen und kreativen Seiten kultureller Bildungsarbeit zu kurz kamen. Eine in den *Dokumenten und Materialien* abgedruckte Statistik zu Themen deutscher Arbeiterbildungsvereine 1862-75 zeigt naturwissenschaftliche und historische Themen weit an der Spitze aller Vortragsthemen. Die Literatur endet hinter der Sozialökonomie auf dem 4. Platz der Interessen, die Künste gar auf dem 8. Platz. Auch in diesen Kursen ist es gewiß nicht nach den Vorstellungen für die Arbeitersache entflammter Künstler gegangen: Eine andere Statistik über die literarische Lektüre Berliner Kursteilnehmer zeigt an der Spitze der Hörergunst Schiller und Goethe; an damals lebenden deutschen Autoren nennt sie weit abgeschlagen Gerhart Hauptmann, Peter Rosegger und Ludwig Anzengruber.

An solchen Einseitigkeiten in der Arbeiterbildung war übrigens Franz Mehring nicht ganz unschuldig, der seine unbestrittene Autorität in Kulturfragen nutzte, um die Möglichkeit großer Kunst aus der Mitte der Arbeiterbewegung zu leugnen. Er proklamierte stattdessen das klassische Erbe, in dem die Arbeiter finden könnten, »was ihnen die Modernen nicht geben konnten: Den vorwärtsstürmenden Kampf wirklicher Kultur.« Sowohl die sozial engagierten Autoren des Naturalismus wie die ersten ansetzenden Arbeiterdichter stießen auf Mehring's entschiedene Ablehnung. Den Nachhall solchen Verdikts kann man in der ausführlich in den *Dokumenten und Materialien* wiedergegebenen Parteitagebete der SPD über den Naturalismus von 1896 hören. Und man kann nachlesen, wie *Clara Zetkin* Mehring »dringend bitten« mußte, in der sozialdemokratischen Presse ein gutes Wort für den Arbeiterdichter Otte Krille einzulegen; was Mehring nur widerwillig und recht defensiv tat. Kein Wunder; denn wir finden in den *Dokumenten und Materialien* von diesem *Otto Krille* einen sehr erfrischenden Beitrag, in dem er sich dagegen wehrt, »wenn aus unseren eigenen Reihen sich bisweilen Stimmen erheben, die mit Kassandrarufen die 'Tendenzpoesie' von den Arbeiterfesten verdrängen möchte, als ob sie die Feindin aller 'wahren Kunst' sei.« Ein Streit, den Jahrzehnte später auch die KPD noch einmal durchfocht, wobei Georg Lukács die Rolle Mehring's einnahm.

Die Sammlung setzt ihre Akzente bei den Themen Arbeiterbildung, Publizistik der Arbeiterbewegung, Arbeitertheater und verzichtet weitgehend auf das modische Thema »Arbeiterfest«, insbesondere auf den ganzen Komplex der Maifeiern. Aber das ist zu verschmerzen, nachdem im Asso Verlag eine eigene Geschichte der Maifeiern vorliegt, der inzwischen auch noch mancher Ausstellungskatalog gefolgt ist.

Hannes Schwenger (Berlin/West)

Karlheinz Schonauer: Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD — Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Bonn 1982 im Selbstverlag (355 S., 15,— DM)

Rechtzeitig vor dem Bundeskongreß 1982 läßt der Juso-Schülerreferent Schonauer per Bundes-Rundbrief seine u.a. von Johano Strasser betreute Doktorarbeit anpreisen. Im Vorwort stellte er seine »ausgeprägte Sympathie für die ... Vorstellung der Reformsocialisten« klar, formuliert aber den Anspruch, »einen gebührenden Abstand von sich selbst zu gewinnen« (VI).

Behandelt wird der Zeitraum bis 1973, wobei der Autor den Leser im Unklaren darüber läßt, weshalb er gerade hier einen Einschnitt in der Juso-Geschichte sieht. Schonauer zerlegt seine Darstellung in drei Abschnitte: erstens die Phase der »braven« Parteijugend 1946-1965 (1-93), zweitens die Politisierungsphase 1965-1969 (94-212) und drittens die Beschreibung der Jungsozialisten als innerparteiliche Opposition 1969-1973 (317-337). Nach einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung in der Weimarer Zeit schildert das erste Kapitel die »brave« Phase als geprägt durch eine rein passive Haltung gegenüber der Partei sowie ein unpolitisches Grundverständnis von Parteiarbeit. Die Jungsozialisten der 50er und frühen 60er Jahre betrachteten parteikonforme Bildungsarbeit als ihre Hauptaufgabe (18ff.). Die Politisierungsphase ist ein Produkt der »antiautoritären Studenten- und Jugendbewegung« (211). Die dritte Phase ist dadurch gekennzeichnet, daß die Jungsozialisten sich als »innerparteiliche Opposition« (336) herausbilden. Dabei sieht Schonauer das Konzept der Doppelstrategie als einen wesentlichen Pfeiler der inner- und außerparteilichen Stärke der Jusos (239ff.). Die in dieser Phase verstärkt einsetzende Diskussion zwischen den »Theoriefraktionen bildete ... die Grundlage dafür, daß die politische Bedeutung der Jungsozialisten im Laufe der siebziger Jahre wieder abnahm« (337). Dagegen ist selbst in den Augen von Horst Heimann die Theoriediskussion »nicht die Ursache, sondern nur ein auffälliges Symptom der Krise« (Heimann, Theoriediskussion in der SPD, S.197). Schonauer blendet die gesellschaftlichen Faktoren bei der Betrachtung der Krise der Jungsozialisten aus. Nicht die teilweise sicher wenig aktionsorientierte Theoriediskussion, sondern die verbreitete Theorielosigkeit hat zur Destabilisierung der Juso-Organisation maßgeblich beigetragen. Diese Theorielosigkeit hat bis heute eine konstruktive Kritik des Gesamtverbandes an der gescheiterten Doppelstrategie sowie die Entwicklung spezifisch sozialistischer Strategien verhindert (siehe dazu: Heidenreich/Scholz, Thesen zur Juso-Entwicklung seit 1968, Hannoveraner Kreisblatt Nr. 25, S.1, 7f.).

Das Absehen von Wesentlichem ist ein Kennzeichen für weite Teile des Buches. Die Methode des bewußten Auslassens und Fälschens erinnert stärker an alte legitimatorische Werke zur Organisationsgeschichte kommunistischer Parteien als an eine Arbeit, welche auch nur in Ansätzen ein klares Bild von der Geschichte der Jusos vermittelt. Relativ harmlos mag noch seine Entstellung der Geschichte der Jusos in der Weimarer Zeit sein. Während die Politik des rechten »Hofgeismarkkreises« positiv gewürdigt wird, bleibt der linke Jusoflügel (Hannoveraner-Arbeitskreis) unerwähnt. Es wird nur von »radikalen Linksozialisten« (5) gesprochen. Die Linkswendung der Jusos 1925 wird bei Schonauer zum Sieg von ein paar Spinnern. Die ausschlaggebende Entschließung wird falsch wiedergegeben, obwohl sie seit Jahren wieder allgemein zugänglich ist (vgl. Luthardt, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, Bd. II, S.68). Den anschließenden Entzug jeglicher Förderung durch die SPD findet Schonauer »dann auch« folgerichtig«. Relevanter ist schon, daß im dritten Kapitel durchweg die Veröffentlichungen solcher Autoren weggelassen werden, die der Politik der Mehrheit des Juso-Bundesvorstandes in den vergangenen Jahren kritisch gegenüberstehen. Bei der Darstellung des Strategiekongresses 1971 fehlt die kritische Würdigung von Albers/Wand (frontal Nr. 53/54). In der Berichterstattung über den Bundeskongreß 1973 unterschlägt er den Bericht von Albers/Wand (vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.4/73, S.372ff.) sowie die mit den wichtigsten Anträgen und Dokumenten versehene Broschüre (Wand, Zur Perspektive der Sozialdemokratischen Linken, Hamburg 1973). Die Diskussion über das Langzeitprogramm 1973 wird geschildert, ohne daß das mit allen relevanten Dokumenten versehene Buch (Albers/Neumann, Für ein sozialistisches Langzeitprogramm, Hamburg 1974) Erwähnung, geschweige denn Aufarbeitung findet (269ff.). Während das sogenannte »Strasser-Papier« ausführlich wiedergegeben wird, vermißt der Leser im Februar 1973 erschienenen Ge-

genpapier (Albers, Neumann, Wand, Anmerkungen zur Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstandes). Auch die Schriften der Antirevisionisten werden nicht berücksichtigt (Zeitschrift »Jungsozialisten« — Vorläufer des »Sozialist« —, Strategiediskussion im Juso-Bezirk Hannover, S. 1-66). Die Darstellung dieser Strömung der Jungsozialisten ist Schonauer gerade eine Seite wert (328).

Durch das bewußte Auslassen wird der Eindruck erweckt, als gäbe es zu den angesprochenen Sachverhalten keine kritische Stellungnahme der innerverbandlichen Opposition. In den Fragen Langzeitprogramm und »Strasser-Papier« führt dies dazu, daß Schonauer wichtige und für die weitere Entwicklung der Jusos entscheidende Diskussionen, die durch die unterschlagenen Schriften angeregt worden sind, dem Leser vorenthält.

Was Streit und Kontroverse war (und ist), wird so zur konkurrenzlosen Selbstdarstellung retuschiert. Die Auseinandersetzung um den Wahlkampf auf dem Bundeskongreß 1972 gibt Schonauer unzutreffend wieder. Die Position der Juso-Linken wird geschildert, als wollte sie zentrale politische Aussagen der Jungsozialisten im Wahlkampf verschweigen. (306f.) Stattdessen ging es um die Frage, ob Illusionen über sozialistische Zielvorstellungen der SPD im Wahlkampf verbreitet werden sollten (vgl. dazu Butterwegge, Jungsozialisten und SPD, Hamburg 1975, S.102f.). Ärgerlich sind auch Schonauers nicht immer klar erkennbare Wertungen: z.B. »formuliert Roth« (334), er »zeigt den doppelten Boden dieser Positionen auf« (307), während der Hannoveraner Kreis »sich... entrüstet zu Wort« meldet (334), das Hamburger Strategiepapier »sich einen eklatanten Widerspruch verhedderte« (328). Mit dieser Methode wird dem Leser die Politik Wolfgang Roths als richtig und alternativlos nahegelegt. Die Übereinstimmung des Autors mit ihr versteht sich von selbst. Juso-linke Kritik wird ohne die notwendige und eingehende Analyse ihres Begründungszusammenhangs als politisch falsch und schädlich dargestellt. So wird Schonauer dem selbstgesetzten Anspruch nicht gerecht. Einer Auseinandersetzung mit dem eigenen Standpunkt, indem er ihn mit den Auffassungen der anderen Strömungen konfrontiert, geht er aus dem Wege, als fürchte er, seine Position würde einer solchen Kontrolle nicht standhalten.

Wissenschaftlich gänzlich fragwürdig wird die Arbeit, wo Freud'sche Fehlleistungen aus dem hektischen Klima von Bundeskongressen auf einer ganzen Seite (337) den Stoff für die Entlarvung der vom Redner im ganzen vertretenen Position abgeben müssen.

Herbert Grimberg und Andreas Lojewski (Bremen)

Heinz Jung und Josef Schleiße: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland, Eine allgemeinverständliche Antwort. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1979 (280 S., 17,— DM)

Je mehr Anhänger die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) seit den sechziger Jahren in der BRD fand, und je heftiger die Auseinandersetzungen um sie — auch und gerade im sozialdemokratischen Organisationsbereich — wurden, desto dringlicher bedurfte es einer knappen, allgemeinverständlichen Darstellung ihrer Grundpositionen, umso mehr benötigte man aber auch eine überzeugende Entgegnung auf die Einwände ihrer Kritiker von links und rechts. Diese Lücke schließt das Buch von Heinz Jung und Josef Schleiße.

In der Einleitung stellen sich die Autoren die Aufgabe, »auf die wichtigsten der gegen die SMK-Theorie in der BRD vorgetragenen Einwände eine allgemeinverständliche Antwort zu geben« (9). Sie erheben keinen Alleinvertretungsanspruch für die SMK-Theorie und lehnen ein kommunistisches Theoriemonopol auf den Marxismus ausdrücklich ab. Anerkannt wird, daß sich auch in der sozialdemokratischen Bewegung Systemkritiker organisieren, die an der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus orientiert und am Erkennen der gesellschaftlichen Realität mittels des wissenschaftlichen Sozialismus interessiert sind. Auch eine nationale Exklusivität des SMK-Konzepts kann es nicht geben: »Die SMK-Theorie und ihre Entwicklung waren und sind das Ergebnis eines Lern- und Erkenntnisprozesses der internationalen Arbeiterbewegung und der an ihr orientierten marxistischen Wissenschaft.« (8)

Im ersten Teil der Arbeit beschäftigt Jung/Schleiße die Entwicklung des Kapitalismus und ihre Widerspiegelung in der marxistischen Gesellschaftstheorie und politischen Strategie. Die theoretischen Grundlagen der SMK-Konzeption werden verständlich, nur vor dem Hintergrund der

ökonomischen, politischen und sozialen Veränderungen des kapitalistischen Systems, herauskristallisiert und im einzelnen skizziert. Die Herausbildung und Konkretion der SMK-Konzeption fand nicht im Elfenbeinturm praxisferner Wissenschaft statt, sondern vollzog sich in den täglichen Klassenauseinandersetzungen, war wesentlich Resultat der Krisenprozesse dieses Gesellschaftssystems einerseits und politischer Kämpfe der Arbeiterbewegung andererseits. Jung/Schleifstein stellen die SMK-Position in die Tradition der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie, der Lenin'schen Imperialismusanalyse und der Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus, betonen also die Kontinuität der marxistischen Erklärungsansätze. Für die verschiedenen Entwicklungsstufen des Kapitalverhältnisses gibt es Ergänzungen und Fortführungen der Marx'schen Theorie, die nicht als starres, festgefügt System verstanden werden darf, sondern zum Ausgangspunkt für weiterreichende Untersuchungen der sozialen Wirklichkeit gemacht werden muß. Die Dynamik des Marxismus (und seine Überlegenheit gegenüber Dogmatismus und bürgerlichen Konkurrenzmodellen) basiert darauf, daß sich der Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus (Imperialismus) ebenso wie dessen Wandlung vom »einfachen« Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in theoretischen Anpassungsleistungen niederschlägt. Das Monopol und seine Verflechtung mit dem bürgerlichen Staat bilden den konzentriertesten Ausdruck dieser Weiterentwicklung des Kapitalismus. Jung/Schleifstein sprechen in Anbetracht der damit verbundenen Modifikationen — sei es nun die Ausdifferenzierung und Polarisierung des Klassenspektrums, der Staatsfunktionen und politischen Kräftekonstellationen oder die Umgruppierung innerhalb des Kapitals selbst — von den Verschmelzungstendenzen zwischen Monopol- und Staatsmacht als einer »spezifische(n) Kernstruktur, deren Analyse den Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung und der gesellschaftlichen Beziehungen liefert.« (50)

Die Verfasser unterscheiden zwischen der bürgerlich-demokratischen und der faschistischen Herrschaftsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die als die offene Diktatur des Finanzkapitals aufgefaßt wird und die antagonistischen Widersprüche der bestehenden Produktionsweise durch Aggressivität nach außen zu kehren versucht. Im Rahmen des westdeutschen Imperialismus bestimmen Jung/Schleifstein die Rolle der Großbanken als kollektive Finanzierungs- und Kontrolleinrichtungen des Monopolkapitals, wobei das Universalbankensystem der BRD besonders günstige Möglichkeiten zur Machtkonzentration bietet. Der Konzern bildet die dominante Organisationsform der Monopolisierung und Profitmaximierung. Die Verfasser betonen die Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution für den Vergesellschaftungsprozeß im Produktivkraftbereich und heben gleichzeitig hervor, daß die Kapitalkonzentration Krisen weder löst noch vermeiden hilft. Herausgestellt zu werden verdient auch die Aufschlüsselung der Wirtschaft nach privatmonopolistischen, »mittelständischen«, staatlichen und »gemischten« Sektoren sowie der Handlungsebenen des imperialistischen Staates (Unternehmertätigkeit, Umverteilungsfunktion und Regulierungsaufgaben). In diesem Zusammenhang stellen Jung/Schleifstein eine wechselseitige Durchdringung privatwirtschaftlicher und politischer Organisationsstrukturen fest, die sie als Scherenbewegung auffassen. »Aus der Doppelbewegung — 'Verstaatlichung' von Wirtschaft und Gesellschaft — 'Privatisierung' des Staates, ist der für den heutigen SMK charakteristische Machtmechanismus entstanden. Er hat sich im Rahmen der Staatsform der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie oder Republik installiert und mit seiner Existenz und Wirksamkeit die Entscheidungsautonomie des Parlaments längst unterhöhlt und hinfällig gemacht.« (65) Die dem von der bürgerlichen Politologie zum »Funktionsverlust der Parlamente« verharmlosten Entmachtungsprozeß der Legislative zugunsten der staatlichen Exekutivgewalt zugrunde liegenden »Sachzwänge« werden als Systemzwänge analysiert. Jung/Schleifstein kritisieren durch Jürgen Kuczynski, Lotte Zumpe u.a. repräsentierten Forschungsrichtung, die den Staatsmonopolismus als bloßen Überbau des Kapitalismus interpretiert. Im Gegensatz dazu begreifen die Buchautoren das Monopol und Staatsmonopol als qualitativen Umschlag der Basisstruktur, als Entwicklungsphase der politischen Ökonomie des Imperialismus.

Den im Kanzlerwechsel Brandt/Schmidt auch personell sichtbaren Wandel der Regierungspraxis, den Übergang von der sozialen Integration zur Konfrontation, den Wechsel von der Fiskal- zur Geld- und Kreditpolitik, wirtschaftstheoretisch im Neokeynesianismus bzw. im Monetarismus ver-

körpert, deuten Jung/Schleifstein in Anlehnung an und Fortsetzung von Kurt Gossweilers Monopolgruppentheorie, die zwischen etatistischen und dem Staatsinterventionismus gegenüber weniger aufgeschlossenen Finanzblöcken unterschied, als Schwerpunktverlagerung in Richtung einer *privatmonopolistischen* Entwicklungsvariante. »Während in den Beginn der Ära der sozialliberalen Regierungspolitik die Durchsetzung der staatswirtschaftlichen Variante fällt, kann für die Jahre 1972/73 ein Umschlag zur *privatmonopolistischen* Entwicklungsvariante des SMK in der BRD festgestellt werden.« (76) Obwohl unklar bleibt, nach welchen Gesetzmäßigkeiten sich die Ablösung der einen Entwicklungsvariante durch die andere vollzieht, liegt hier ein Erklärungsansatz vor, der nicht nur die aktuellen Entwicklungstendenzen (»Tendenzwende« von der systemkonformen Reformpolitik zur Restauration, Rechtstrend und Entdemokratisierung) plausibel macht, sondern auch empirische Studien anregt und befruchten kann. Jung/Schleifstein nennen als die Besonderheiten der Krise 1974/76, die ihren Verlauf bestimmten und sie von der »klassischen« Reinigungskrise im Konkurrenzkapitalismus unterschieden: »1. ihre Eingliederung in einen internationalen Zyklus und die Krise des kapitalistischen Welthandels; 2. ihre Verflechtung mit der Inflation; 3. ihre Erscheinungsform als Überakkumulationskrise; 4. das stärkere Hervortreten des unterschiedlichen Kapitalverwertungs-niveaus der sozialökonomischen Sektoren; 5. die Verflechtung mit und die Verschärfung 'überzyklischer' nationaler und internationaler Strukturkrisen; 6. die Krise der bisherigen Formen staatsmonopolistischer Regulierung und Wirtschaftspolitik.« (80) Am Beispiel dieser Krise 1974/76 illustrieren Jung/Schleifstein die modifizierte Durchsetzungsweise des Wertgesetzes unter staatsmonopolistischen Bedingungen. Der spontane Marktmechanismus erweist sich als unfähig, die ökonomischen Disproportionen der verschiedensten Art zu beseitigen, und auch die staatliche Wirtschaftspolitik kann den Kapitalismus nicht vom Problem der Massenarbeitslosigkeit, der Inflation und der Finanzkrise befreien.

Der zweite Teil des Buches hat die Kritik an der SMK-Konzeption zum Thema, gerät Jung/Schleifstein zur Generalabrechnung mit dem »Neo«- bzw. Seminar marxismus. Ihr Vorwurf lautet, daß sich seine Vertreter einer ahistorischen Methode befleißigen, die den Marxismus auf eine Lehre der unveränderlichen ökonomischen Strukturen reduziert. »Der Hauptfehler der 'kapitallogischen' Kritiker der SMK-Theorie besteht darin, daß sie nicht bereit sind, den Kern der marxistischen Methode, die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft 'im Flusse der Bewegung' und vor allem auch 'nach ihrer vergangenen Seite hin', auf die Untersuchung des Kapitalismus unserer Zeit auszudehnen.« (115) Entwicklungs-, Reife- und Niedergangsprozesse finden in dieser Art »Kapitallogik«, auf reine Textexegese beschränkter Marxphilologie, die das Monopol, die bestimmende Erscheinung des Wirtschaftslebens unserer Zeit, in ihrer Borniertheit nicht zur Kenntnis nimmt, weil sie die Konkurrenz fetischisiert und in den allgemeinen Kapitalbegriff integriert, nicht statt. Die Monopoltheorie bildet das entscheidende Mißverständnis der Kritiker des SMK-Konzepts. Wer — wie die bürgerliche Nationalökonomie, aber auch der Seminar marxismus — das Monopol als pures Marktphänomen und als »Betriebsunfall« der Konkurrenzwirtschaft verkennt, kann seine Entstehungsnotwendigkeit und die des heutigen Kapitalismus unmöglich erklären. Dennoch sperren sich die Kritiker der SMK-Theorie gegen die Einsicht, daß das Monopol im Produktionsbereich wurzelt, von hier aus die Zirkulationssphäre durchdringt und die Distributionsverhältnisse bestimmt. Darüber hinaus erfaßt das ökonomische Herrschaftsverhältnis den politischen und ideologischen Überbau, etabliert sich als außerökonomisches Gewaltverhältnis, das aggressive Züge trägt und für imperialistisches Kriegstreiben die Verantwortung trägt. Während die »Neomarxisten« diesen Tatbestand gerade im Weltmarktzusammenhang bestreiten und einen Widerspruch zwischen der Internationalisierung des Kapitals und dem bürgerlichen Nationalstaat konstruieren, gewinnt die Argumentation der Buchautoren immer dann an Überzeugungskraft, wenn sie konkret wird: »Wer könnte bestreiten, daß die Geschichte des Kolonialismus und Neokolonialismus durch die Verflechtung ökonomischer Macht und politischer Gewalt — in welchen Formen auch immer — bestimmt war und ist? Wo käme also dieses Wesensmerkmal des Monopols, der Drang zu Gewalt und Reaktion, deutlicher zum Vorschein als hier? Oder wer könnte die Geschichte der Erdölkonzerne, von ITT, Lockheed usw. schreiben und dabei Beziehungen der freien Konkurrenz zugrunde legen oder nachweisen können?« (150)

Knapp bleibt die Zurückweisung rechtssozialdemokratischer Kritik an der SMK-Theorie, was Jung/Schleifstein damit begründen, daß die besagten Autoren für ihre Position keine Originalität beanspruchen können, sondern sich mit Vorliebe der Argumente des linksrevisionistischen Seminarmarxismus bedienen. Auch die Probleme der Strategie und Taktik werden nur gestreift, so daß z.B. die antimonopolistische Demokratie als Übergangsstufe vom Kapitalismus zum Sozialismus im Dunkeln bleibt. Breiten Raum nimmt dagegen die Staatsfrage ein, ohne daß Jung/Schleifstein hierauf restlos befriedigende Antworten gäben. Das Verhältnis von Staat und Monopolen betrachten sie als »Machtspanne«, ein Begriff, der die komplizierten Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik im staatsmonopolistischen Kapitalismus nur sehr unzureichend abdeckt. Finanzoligarchie und Staat bilden einen staatsmonopolistischen Block, der alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens beherrscht und die Arbeiterklasse zwingt, im Verein mit den übrigen Werktätigen und den Ausplünderungspraktiken des Großkapitals unterworfenen Mittelschichten eine demokratische Alternative zwecks Erringung der Hegemonie durchzusetzen. Fragwürdig erscheint auch die Definition des Gegenwartsstaates als »realer Gesamtmonopolist« (222), wie sie an mehreren Stellen des Buches auftaucht. Aus dem Kontext der berühmten Stelle im »Anti-Dühring«, wo Engels den Staat als »ideellen Gesamtkapitalisten« charakterisiert und seine schrittweise Entwicklung zum wirklichen Gesamtkapitalisten prognostiziert, geht eindeutig hervor, daß der Staat dieses Ziel, das gleichbedeutend mit dem Verschwinden des Privatkapitals wäre, nie erreicht, solange er *bürgerlicher* Staat ist. Seiner Funktion nach war und bleibt der Staat »ideeller Gesamtkapitalist«. Dieses Attribut soll seine Instrumentalisierung durch die Kapitalistenklasse zum Ausdruck bringen. Der Terminus »realer Gesamtkapitalist« kennzeichnet dagegen eine Tendenz, die über das bloße Fungieren des Staates im Interesse der Bourgeoisie hinausgeht, heute noch wirksam ist und zunehmend stärker wird, ohne sich allerdings jemals ganz durchsetzen zu können. Dazu müßte der Staat sämtliche Produktionsmittel in seinen Besitz nehmen, was er nicht kann, weil er (als *bürgerlicher* Staat und Instrument der herrschenden Klasse) an die Grenzen des Kapitalverhältnisses stößt.

Christoph Butterwege (Bremen)

natürlich der Druck der Wirtschaftskrise durch eine noch so intensive kommunale Investitionstätigkeit nicht behoben werden kann.

Da hat nun die bürgerliche Journaille das Wort von der „Fürsorgeinflation“ in Umlauf gebracht. Jedem Arbeiter in Oesterreich wie in Deutschland ist die Inflation der Wahrheit!

Gelesene Nummern der SPW

dürfen nicht weggeworfen werden,
sondern müssen weitergegeben
werden an die Arbeitskollegen zur

Agitation und Werbung!

Heute so wichtig wie 1928 !

Über die Autoren

Anderson, Ingmar; Chefredakteur der Tageszeitung *Ny Dag* der schwedischen »Linkspartei-Kommunisten« (Vänsterpartiet kommunisterna — VPK).

Butterwegge, Christoph, geb. 1951; Dipl.-Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie Bremen. Wichtigste Veröffentlichungen: *Alternativen der Wirtschaftslenkung* (1976), *Probleme der marxistischen Staatsdiskussion* (1977), *Marxismus — SPD — Staat* (1981). Früher Mitglied des Bezirksvorstandes der Jungsozialisten Westliches Westfalen, Ausschluß aus der SPD 1974/75, Mitglied der GEW.

Christ, Rainer, geb. 1953; Sozialwissenschaftler, Mitglied des UB-Vorstandes der SPD Mainz und der ÖTV.

Davis, Tricia; sozialistische Feministin, Birmingham.

Derkowitsch, Nikolaus H., geb. 1944; Magister der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Beamter im österreichischen Bundeskanzleramt für internationale Angelegenheiten, insbes. Fragen des Nord-Süd-Dialogs, Mitglied der SPÖ.

Elfferding, Wieland, geb. 1950; Dipl.-Politologe. Veröffentlichungen: *Theorien über Ideologie*, AS 40; *Faschismus und Ideologie*, AS 60/62 (Mitautor 1980. Arbeitsgebiete: Produzentendemie in der Sowjetunion, Ideologie- und Politik-Theorie. Redakteur des *Argument*, Mitglied der GEW.

Frei, Alfred Georg, geb. 1954; Doktorand, Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft. Veröffentlichung: *Antonio Gramsci — Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus* (1978). Mitglied in ÖTV und SPD.

Grimberg, Herbert, geb. 1956; Rechtspraktikant. Mitglied in ÖTV und SPD, 1978-1981 stellv. Vorsitzender Bremer Jungsozialisten.

Häupl, Michael, geb. 1949; Biologe. Veröffentlichungen zu Ökologie, Austromarxismus und marxistischer Philosophie. Landesvorsitzender der Jungen Generation (JG) in der SPÖ Wien und Mitglied des JG-Bundesvorstandes.

Hall, Chatherine; sozialistische Feministin, Birmingham, Mitglied der KP Großbritanniens.

Hensche, Detlef, geb. 1938; Jurist, seit 1975 Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier, zuständig für die Gewerkschaftszeitungen und für die Berufsgruppen Journalisten und Schriftsteller sowie für den Arbeitsbereich Medienpolitik.

Hönning, Rudolf, geb. 1958; Student der Wirtschaftswissenschaften, Mitglied der SPD, stellv. Juso UB-Vorsitzender in Heinsberg.

Horstmann, Axel, geb. 1954; Dipl.-Volkswirt an der Universität Bielefeld, stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Ostwestfalen-Lippe und Bundesparteitagsdelegierter, Mitglied der GEW, SJD - die Falken und der DFG-VK.

Killig, Wolfgang, geb. 1952; Bankkaufman. Mitglied der HBV und SPD.

Lojewski, Andreas, geb. 1949; Rechtsanwalt. Mitglied in ÖTV und SPD, stellv. Ortsvereinsvorsitzender in Bremen.

Lucas, Michael, geb. 1944 in New York City; Journalist, Veröffentlichungen zum Verhältnis von Ökonomie und Rüstung in den USA, zur Friedens- und NATO-Politik.

Mackenthun, Gerald, geb. 1950; arbeitsloser freier Journalist. Mitglied der SPD, IG Druck und Papier/DJU und der *spw*-Redaktion.

Marian, Hans-Gert, geb. 1958; Student der Geschichte, Mitglied der SPD und des SHB-Bundesausschusses.

Meng, Richard, geb. 1954; Lehramtsreferendar. Mitglied in SPD, stellv. Vorsitzender der hessischen Jungsozialisten und stellv. Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Hessen-Süd.

Müller, Petra, geb. 1956; Lehramtsstudentin Bautechnik/Geschichte an der Gesamthochschule Wuppertal, z.Zt. Praktikantin beim DGB-Kreis Frankfurt. Mitglied der IG Metall, SJD - die Falken, SHB, SPD und im Juso-Bezirksvorstand Hessen-Süd für den Bereich Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

Richter, Ernesto, geb. 1943; Dr. der Ethnologie, Mitarbeiter des Dachverbandes zentralamerikanischer autonomer Universitäten in Costa Rica, von 1979-1982 Leiter der Forschungsabteilung Zentralamerika der U.N.A.M. in Mexiko, jetzt Neustadt am Rügenberge.

Rix-Mackenthun, Christiane, geb. 1953; Dipl.Pol., wiss. Mitarb. am Institut für Internationale Politik und Regionalstudien des Fachbereichs Politische Wissenschaft der FU Berlin. Mitglied der SPD seit 1972, Mitglied der GEW und des BdWi. Mitglied der spw-Redaktion.

Schneider, Wolfgang; Major Dr., Elektromechaniker, Mitarbeiter im Kabinett des Bundesministers für Wehrpolitik.

Schöler, Uli, geb. 1953; Jurist, Mitglied der SPD und ÖTV.

Schwenger, Hannes, geb. 1941; Sekretär der Gewerkschaft Kunst im DGB. Wichtigste Veröffentlichungen: *Schriftsteller und Gewerkschaft* (1974), *Literaturproduktion — Zwischen Selbstverwirklichung und Vergesellschaftung* (1980). Mitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft und der SPD.

Seyfried, Erwin, geb. 1950; Dipl.-Psychologe, Gärtner. Mitglied der SPD und der spw-Kulturkommission.

Statz, Albert, geb. 1946; Dr.phil., Hochschulassistent am Institut für Internationale Politik und Regionalstudien am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin. Veröffentlichungen zur Theorie und Geschichte der westeuropäischen Integration und zur Linksunion in Frankreich. Mitglied der Alternativen Liste Berlin, der ÖTV und des BdWi.

Tuguntke, Jörg, geb. 1948; Studium der Philosophie und Geschichte an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Ideologie-Theorie und Erwachsenenbildung. Mitglied der GEW.

Weiss, Peter, geb. 1916; 1934 Exil, seit 1939 in Stockholm. Maler, Filmregisseur, Schriftsteller. Zuletzt veröffentlicht: *Ästhetik des Widerstands* (3 Bde., 1975-1981); *Notizbücher 1971-1980* (2 Bde., 1981). Mitglied der schwedischen »Linkspartei-Kommunisten« (Vänsterpartiet kommunisterna — VPK). Gest. am 10.5.1981 in Stockholm.

Zimmermann, Burkhard, geb. 1950; Referendar. Wichtigste Veröffentlichung: *SPD in der Krise* (1976). Mitglied des Kreisvorstandes der SPD-Berlin-Zehlendorf und der IG Bau-Steine-Erden.

Sozialismus

1-82 Marxistische Zeitschrift

ALLEN

Pietro Ingrao
Luciano Lama

Arno Klönne

»In der Konsequenz der Löwenthal'schen Thesen liegt es, keine Klassen und keine Parteien mehr zu kennen, sondern nurmehr Freunde und Feinde der Industriegesellschaft. Das Opfer erscheint als Täter. Der jugendliche Arbeitslose ist es, der die Vollbeschäftigung gefährdet? So paradox es klingen mag, Löwenthal macht's möglich.«

»Es ist nötig, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Epoche in der Entwicklung des Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution begann, ihre treibende Kraft verbraucht hat. Heute hängt der Fortschritt des Sozialismus in immer stärkerem Maße von den sozialistischen Bewegungen in Westeuropa und der Dritten Welt ab. Das in der Sowjetunion angenommene und in die Länder des Ostens transferierte Modell ist unwiederholbar und zukünftige Trennung zwischen Sozialismus und Demokratie zwischen Formen des Eigentums und der Kontrolle der Produktionsmittel und den Formen der demokratischen Organisation der Macht ist inakzeptabel.«

Chevènement
Peter v. Oertzen
Horst Peter
Peter Glotz



P.C.I.-
Dokument



Einzelpreis: DM 8,-; Abo: 42,- (+Porto)

Im Buchhandel oder direkt bei
VSA, Postfach 501571, 2000 Hamburg 50



frontal

Das
sozialistische
Studentenmagazin
bringt im Mai/Juni



frontal

US-IMPERIALISMUS



Interventionsversuche
in Nicaragua
Mit CIA und „Free Europe“
gegen die sozialistischen
Staaten
BRD – wie weiter?
Zu den Demokratischen
Sozialisten: Klose,
Butterwegge, Horstmann,
Zellner
SPD-Parteitag

- Ich abonniere die frontal zum Preis von 12 DM im Jahr.
- Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar.

Name:

Adresse:

.....

Datum/Unterschrift:

frontal, Postf. 17 02 03, 5300 Bonn 1.

MODERNE ZEITEN



Sozialistische Monatszeitschrift

Schwerpunkte MOZ 5/6 82

Schwerpunkt 1: Friedensbewegung · A. Haußleiter: Ave Reagan / M. Lucas: US-Friedensbewegung / Roy u. Zhores Medwedew: UdSSR im Rüstungswettlauf / Kontroverse um DKP und Friedensbewegung / Falklands-Malvinen: Krieg um Ressourcen / Friedensbewegung in der DDR.

Schwerpunkt 2: „Ausländer raus!“ · Artikel u. Interview zur sozialen u. rechtlichen Situation ausländischer Bürger in der BRD. **Außerdem:** Gegenwehr gegen Sozialabbau / Gewerkschaften u. Beschäftigungspolitik / Nach dem SPD-Parteitag / Häuserkampf u. Wohnungspolitik.

Aboaktion

Wer jetzt ein Jahresabonnement der MOZ bestellt (12 Ausgaben für 60,-DM), kriegt die letzten 5 Ausgaben (im Wert von 25,-DM) als Werbebeschenk gratis.

Postkarte mit dem Vermerk „SPW-Anzeige“ ausfüllen und ab geht die Post an:

MODERNE ZEITEN, Am Taubenfelde 30,
3000 Hannover 1, Tel.: (05 11) 32 34 17

